

Statistisch-prognostischer Bericht 1998

Daten - Analysen - Perspektiven

Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Das Gesundheitswesen als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktor

Bedeutung und Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg

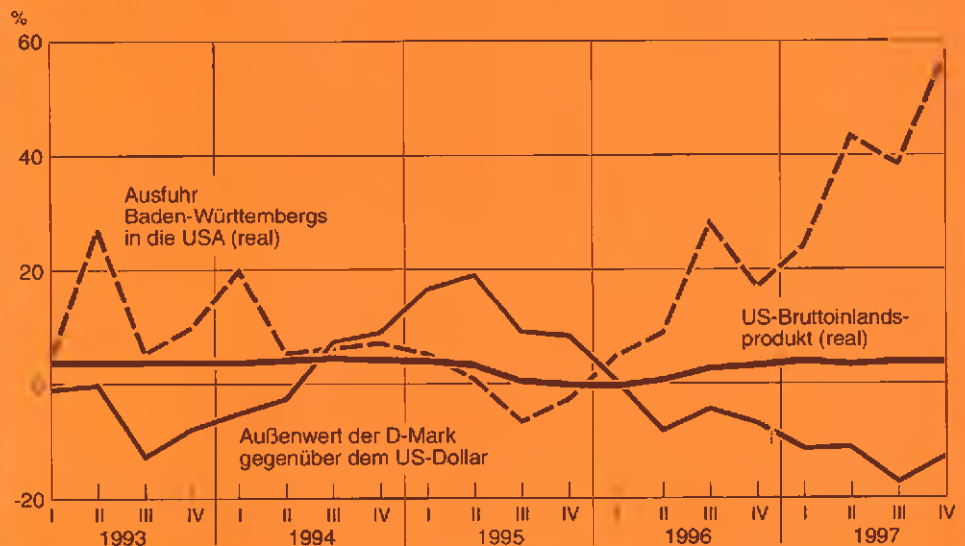
Beteiligung verschiedener Emittenten an der Freisetzung treibhausrelevanter Gase

Heft 25

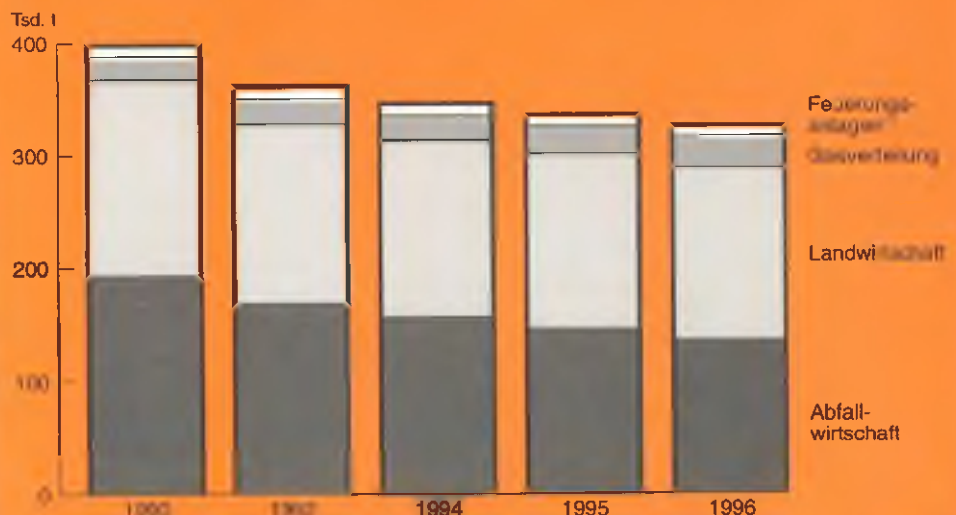
Baden-Württemberg



US-Konjunktur, Außenwert der D-Mark und Exporte in die USA seit 1993
Veränderung gegen Vorjahr



Methan-Emissionen in Baden-Württemberg 1990 bis 1996 nach Entstehungssektoren



Statistisch-prognostischer Bericht 1998

Daten – Analysen – Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 98001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Herausgeber und Vertrieb: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart,

E-Mail: stala.bw@t-online.de, Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>,

Telefon (0711) 6 41-28 66; Fax (0711) 6 41-21 30 oder 24 40

Preis DM 20,90

zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Wer Leitlinien für das politische Handeln von morgen vorgeben will, muß mit den Fakten und Trends in Wirtschaft und Gesellschaft vertraut sein. Dies gilt umso mehr in Zeiten zunehmender internationaler Beziehungen und Verflechtungen, in denen die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland gerade auch im Südwesten im Vordergrund steht und die Weichen für mehr Arbeitsplätze gestellt werden müssen. Angesichts immer höherer Anforderungen an effektives staatliches Handeln ist eine Einrichtung wie der statistisch-prognostische Bericht der Landesregierung aus der Informationslandschaft Baden-Württembergs nicht mehr wegzudenken. Ich freue mich daher, daß sich mit der diesjährigen Ausgabe die nunmehr seit 25 Jahren währende Tradition des statistisch-prognostischen Berichts fortsetzt.

Die Aufgabe des Berichts besteht darin, durch eine kompakte Zusammenschau der Strukturen und Entwicklungen in den zentralen Feldern der Landespolitik eine verlässliche Daten- und Informationsgrundlage zu schaffen, die für die Positionsfindung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig ist. Dabei geht es vorrangig darum, den längerfristigen Wandel der bekannten Strukturen aufzuzeigen. Denn es sind nicht immer die eher konjunkturbedingten, spektakulären Entwicklungssprünge von Jahr zu Jahr, sondern häufig die fast unmerklichen allmählichen Veränderungen, die den Wandel über mehrere Jahre hinweg nachhaltig prägen. Ihnen ebenso wie den zukunftsweisenden Entwicklungslinien gilt das Hauptaugenmerk.

Die Daten und Analysen des Berichts dienen der Regierung, den Ressorts und dem Landtag als Anregung und Stütze im politischen Entscheidungsprozeß. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern wie auch der Bürgerinnen und Bürger des Landes, die sich ein eigenes Urteil über die Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen. Hauptquelle dieser Informationen ist die amtliche Statistik, die durch ihre Objektivität, Neutralität und wissenschaftliche Unabhängigkeit ein unverzichtbares Gegengewicht zu einseitig interessengeprägten Darstellungen bildet.

Der Bericht beschreibt in seinem ersten Teil zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung die grundlegenden Strukturen der wichtigen Wirtschafts- und Sozialbereiche und untersucht, inwiefern die Entwicklungen am aktuellen Rand bekannte Trends stützen oder nennenswert davon abweichen. Der zweite Teil des Berichts befaßt sich in Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen mit teils grundlegenden, teils aktuellen Fragestellungen. In dem Beitrag zum Gesundheitswesen wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung dieser Wirtschaftsbereich, der aktuell meist nur unter Kostengesichtspunkten diskutiert wird, als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktor hat. In der Studie zur Bedeutung und Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg stehen die vielschichtigen Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf die Zahl der Arbeitsplätze im Mittelpunkt der Betrachtung. Der Beitrag zu den klimarelevanten Emissionen in Baden-Württemberg ist eine aktuelle Bestandsaufnahme der Emissionen klimarelevanter Gase unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts bereicherten die statistischen Analysen durch wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen. Der statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im August 1998

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Eberhard Leibing
Präsident

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1997/98	
Einleitung	9
Trends und Fakten 1997	9
Wirtschaftliche Perspektiven für 1998	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	15
Bevölkerung	21
Haushalte und Familien	25
Bildungswesen	27
Wohnsituation	31
Gesamtwirtschaft	33
Baden-Württemberg im Ländervergleich	35
Weltwirtschaft	39
Verarbeitendes Gewerbe	43
Bauwirtschaft	45
Dienstleistungen	47
Einzelhandel	51
Außenhandel	52
Insolvenzen	54
Öffentliche Finanzen	56
Preise	60
Vermögen privater Haushalte	62
Einkommen	64
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	
Das Gesundheitswesen als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktor	71
Bedeutung und Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg	95
Klimarelevante Emissionen in Baden-Württemberg	147
Anhang	
Autoren	169
Zeichenerklärung	170

Teil I

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1997/98

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1997/98*)

Mit der Wirtschaft geht es wieder aufwärts. Die Industrie hat nach einer kräftigen Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ihre Chancen genutzt und auf den hart umkämpften Märkten in Europa und den USA Anteile zurückgewonnen, die sie anfangs der 90er Jahre verloren hatte. Die Berichtigung verschobener Wechselkursverhältnisse und die Konjunktur bei den Handelspartnern standen dabei Pate, und im Osten Europas haben sich neue Märkte entwickelt, die schon heute über manche Schwierigkeiten hinweghelfen, die auf den alten Märkten bestehen. Auch deshalb ist die Krise in Ostasien bis dato*) weit entfernt.

Es sind die Paradedepferde der Industrie, die ins Geschirr gehen, der in der Rezession stark gebeutelte Fahrzeugbau vorweg. Auch der Maschinenbau hat seinen jahrelangen Strukturwandel überwunden und tritt mit dem neu erwachten Investitionszyklus im Inland aus dem Schatten des Fahrzeugbaus hinaus.

Die Rückbesinnung auf die Kernaufgaben ist ein langer Prozeß. Vor allem Branchen, die mit Schwergewicht im Inland agieren, kämpfen hart um kleine Märkte, die bei schwacher Nachfrage kaum Rendite abwerfen. Die Konkurse bei den Konsumgüterbranchen, im Einzelhandel und im Baugewerbe legen hierfür Zeugnis ab. Vor allem das Baugewerbe hat alle Hände voll zu tun, sich auf den stark veränderten Markt einzustellen, weil sich das Blatt in kurzer Zeit grundlegend gewandelt hat. Nachdem seine Kapazitäten noch vor fünf Jahren bei weitem nicht ausreichten, den Wohnungsbedarf einer schnell wachsenden Bevölkerung zu decken, war in kurzer Folge die Nachfrage weggebrochen, weil die Zuwanderung abgeebbt, die Wirtschaft nach der Rezession kaum noch Erweiterungsbedarf hatte und der öffentlichen Hand Einnahmen weggeblieben sind. Dies ist auch an den ansonsten florierenden Dienstleistungsunternehmen nicht spurlos vorbeigegangen.

All dies läßt sich mit Festigung des Konjunkturaufschwungs leichter tragen. Die Gesundung der wirtschaftlichen Grundlagen hat von den privaten und öffentlichen Haushalten große Anpassungsleistungen verlangt. Die Realeinkommen der privaten Haushalte sind um fünf Jahre zurückgefallen und die staatlichen Haushalte sind umkämpft wie nie. Der Mauerfall und die politischen Umwälzungen in Osteuropa haben die Bevölkerungszahl stark wachsen lassen und damit auch die staatlichen und konsumnahen Ausgaben. Die schwere Rezession und die weltwirtschaftlichen Umwälzungen trafen in dieser Lage Deutschland und vor allem den Südwesten zum falschen Zeitpunkt.

*) Redaktionsschluß Mitte Juni 1998.

Ausbleibende Steuereingänge und die hohe Arbeitslosigkeit engten den Handlungsspielraum so weit ein, daß zur Finanzierung neuer Maßnahmen kaum noch Raum blieb. Die hohe Zinslast für die Schulden der Vergangenheit taten ihr übriges. Zur Abmilderung wurden deshalb auch Erlöse aus Vermögensveräußerungen eingesetzt. Der Konjunkturaufschwung eröffnet jetzt mehr Möglichkeiten, die Staatsfinanzen zu konsolidieren.

Viel hängt in den nächsten Jahren davon ab, ob es gelingt, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu mindern. Nicht allein die Arbeitslosen und die von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien können optimistischer in die Zukunft schauen, wenn sie wieder Chancen sehen, daß sich auch ihr Blatt wieder wenden kann. Auch der private Verbrauch, von dem gut die Hälfte der Inlandsnachfrage ausgeht, kann der wirtschaftlichen Entwicklung wieder mehr Impulse geben, wenn auch von den Arbeitseinkommen Dynamik ausgeht. Eine Minderung der Steuerlast, ohne die es eine nachhaltige Stärkung der Inlandsnachfrage nicht geben wird, wird umso wichtiger, wenn die Kraft der Auslandsnachfrage nachläßt.

Offen bleibt, ob die stark angespannten Sozialsysteme von der Wende am Arbeitsmarkt genügend profitieren können. Die Arbeitseinkommen leiden nicht nur unter der Arbeitslosigkeit und der hohen Steuer- und Abgabenlast, sondern auch unter dem internationalen Wettbewerb, der einer zügigen Entwicklung entgegensteht. Weil sich andere Einkommensquellen freier entfalten können, werden die Arbeitseinkommen wohl auf Dauer hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben. Die Eigenverantwortung für die Daseinsvorsorge wird deshalb in Zukunft ein stärkeres Gewicht haben.

Trends und Fakten 1997

Die Wirtschaft des Landes hat zu einem großen Teil die Rezession und deren Nachwirkungen überwunden. Die Schlüsselbranchen der Industrie, namentlich der Fahrzeugbau und dessen Zulieferer, und weite Teile der Dienstleistungsunternehmen befinden sich auf einem beachtlichen Wachstumspfad. Staat und Kommunen, die sozialen Systeme sowie die konsumnahen Wirtschaftsbereiche sehen sich indessen einem tiefgreifenden Wandel ausgesetzt, dessen Wurzeln im weltwirtschaftlichen Wettbewerb und demografischen Veränderungen liegen.

- Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst nur noch wenig. Anders als in den Vorjahren ist der Zustrom von Ausländern 1997 per Saldo fast zum Stillstand gekommen. Wegen schwindender Beschäfti-

gungsmöglichkeiten und der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien wandern sogar mehr Ausländer ab als zu. Der Wanderungssaldo blieb nur wegen des Zugangs von Aussiedlern aus ehemals deutschen Ostgebieten positiv. Der leichte Bevölkerungszuwachs um 22 000 Personen geht vor allem auf den Geburtenüberschuß von Ausländern zurück, der seine Höhe dem Umstand verdankt, daß Ausländer im Alter häufig in ihre Heimatländer zurückkehren.

- Bei den baden-württembergischen Haushalten setzte sich der langfristige Trend zur Individualisierung fort. Zwar leben noch immer 8 von 10 Personen mit anderen Menschen in einem Haushalt, doch gewinnt die Zahl der Kleinhaushalte mit ein oder zwei Personen immer mehr an Bedeutung, während größere Haushalte seltener werden. Anders als früher gibt es nämlich immer weniger Mehrgenerationenhaushalte, was sich darin äußert, daß fast die Hälfte aller Einpersonenhaushalte von älteren Alleinlebenden geführt werden. Hinzu kommt, daß die Zahl kinderreicher Familien abnimmt und die Zahl der Alleinerziehenden durch die hohen Scheidungsraten weiter gestiegen ist. Dabei spielt auch die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften eine Rolle.
- Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich im vergangenen Jahr weiter entspannt. Insgesamt wurden 69 000 neue Wohnungen fertiggestellt. Die Zahl der Fertigstellungen lag zwar 13 % unter dem Vorjahresniveau, doch deutlich über dem in der jüngsten Wohnungsbedarfsprognose ermittelten Soll-Wert. Danach müßten bis zum Jahr 2005 jährlich ca. 41 000 neue Wohnungen entstehen, um den Wohnungsbedarf im Land zu decken. Die geringeren Fertigstellungszahlen zeigen, daß sich das Wohnungsangebot an die absehbare Nachfrageentwicklung anpaßt. Der insgesamt rückläufige Trend war vor allem bei der Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, aber auch in Zweifamilienhäusern zu beobachten. Allein bei den Einfamilienhäusern war das Fertigstellungsergebnis höher als ein Jahr zuvor.
- Mit der Festigung des konjunkturellen Aufschwungs im vergangenen Jahr sind die Weichen für mehr Arbeitsplätze gestellt. Im Laufe des Jahres nahm die Beschäftigungskrise in Baden-Württemberg ein Ende und hat einem leichten Aufwärtstrend Platz gemacht. Stärke und Breite der wirtschaftlichen Erholung haben zwar noch nicht ausgereicht, die jahresdurchschnittliche Gesamtbeschäftigung zu erhöhen, doch hat die Zahl der Arbeitsplätze 1997 „nur noch“ um 15 000 oder 0,3 % abgenommen, während es ein Jahr zuvor noch mehr als dreimal so viele waren. Ausschlaggebend war vor allem die starke Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe, die den Stellenabbau im Vergleich zum Vorjahr auf ein Viertel zurückgeführt hat. Damit war erstmals das Baugewerbe der Wirtschaftsbereich mit dem stärksten Personalrückgang. Wegen der anhaltenden Rationalisierungen in weiten Teilen des Dienstleistungssektors war das zusätzliche Stellenpotential dort nach wie vor schwach. Mehr Arbeitsplätze gab es nur bei den vorwiegend haushalts- und unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen, bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und in geringem Umfang im Handel. Die Verkehrsunternehmen, aber auch Banken, Versicherungen und der Staat bauten ihren Personalbestand weiter ab.
- Parallel zur Trendwende bei der Beschäftigung deuteten im vergangenen Jahr auch die grundlegenden Arbeitsmarktindikatoren auf eine Entlastung hin. Die Zahl der Arbeitslosen im Land nahm zwar weiter zu, das Tempo der Zunahme ließ im Laufe des Jahres jedoch deutlich nach. Die zunehmende Auslastung des vorhandenen Personalbestands äußerte sich in einem starken Rückgang der Kurzarbeit und einer kräftigen Zunahme der offenen Stellen. Von der starken Konjunktur insbesondere in der Metallindustrie profitierten bereits die Arbeitslosen mit Metallberufen. Auch die Zahl der jüngeren Arbeitslosen ging zurück, doch hat sich trotz der gestiegenen Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht entschärft, weil immer mehr Bewerber einen Ausbildungsplatz suchen.
- Ausschlaggebend für die Trendumkehr auf dem Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt war das Wirtschaftswachstum, das sich 1997 im Südwesten erheblich beschleunigt hat. Anders als in den Jahren zuvor waren die Dienstleistungsunternehmen nicht mehr einziger Wachstumsmotor der baden-württembergischen Wirtschaft. Triebfeder für das beschleunigte Wachstum war vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das nach mehrjähriger Schwächephase mit einem Plus von 5 % einen auffallend hohen Zuwachs an realer Wirtschaftsleistung verbuchte. Angetrieben von zwei fast gleich starken Motoren lief die Wirtschaft im Südwesten wieder rund, denn das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungsunternehmen tragen zu jeweils einem Drittel zur realen Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft bei. Im verbleibenden Drittel hielten sich positive und negative Entwicklungen die Waage. Wachstumsträger waren die Verkehrsunternehmen einschließlich Nachrichtenübermittlung, der Handel und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einschließlich der privaten Haushalte. Das Baugewerbe und erstmals auch der Staatssektor bremsten dagegen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Obwohl gesamtwirtschaftlich betrachtet die jüngste Rezession seit 1996 überwunden ist, litten das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und der Handel immer noch unter der Investi-

tions- und Konsumschwäche. Die reale Wirtschaftsleistung in diesen Bereichen hat noch nicht das Niveau vor der Rezession erreicht.

- Gezogen von einem boomenden Auslandsgeschäft, insbesondere mit Automobilen, kam die Industrie im Südwesten im Jahresverlauf 1997 immer mehr in Fahrt. Die wertmäßigen Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes lagen 1997 um knapp 6 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Inland nahmen sie um 1 %, im Ausland um 15 % gegenüber dem Vorjahr zu. Damit fand der langanhaltende Schrumpfungsprozeß des Verarbeitenden Gewerbes ein Ende. Nachdem zwischen 1980 und 1994 der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes von 42 auf 35 % abgenommen hatte, wuchs dessen Bruttowertschöpfung seitdem mit + 2 % p.a. so schnell wie die der Gesamtwirtschaft. Insbesondere der Fahrzeug- und Maschinenbau konnten dabei die in den Rezessionsjahren 1992/93 erlittenen Verluste teilweise wieder wettmachen. Mit dem konjunkturellen Aufschwung kam auch der jahrelange Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe 1997 zum Stillstand.
- Der Exportmotor lief 1997 auf vollen Touren. Vor allem die Ausfuhren in die angelsächsischen Länder stiegen stark. Sowohl die Exporte in die Vereinigten Staaten als auch nach Großbritannien profitierten von der guten Konjunktur in diesen Ländern und von deutlichen Wechselkursverbesserungen der beiden letzten Jahre. Auch der Absatzmarkt in den Reformländern Mittel- und Osteuropas expandiert in hohem Tempo und ist der Größe nach mit dem Italiens vergleichbar. Die Nachfrage aus den südostasien-tischen Ländern verlor indessen im Laufe des Jahres 1997 deutlich an Schwung und folgte in der zweiten Jahreshälfte unverkennbar einem rückläufigen Trend. Auch die Exporte in die EU-Länder blieben 1997 hinter der Gesamtentwicklung zurück, insbesondere nach Frankreich, Belgien und Italien.
- Die Bauwirtschaft hat 1997 das schlechteste Ergebnis seit 1980 erzielt. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung gab es für das Baugewerbe den fünften Rückgang in Folge. Das Baugewerbe hinterließ auch in anderen Wirtschaftsbereichen deutliche Bremsspuren. Schließlich hängt die wirtschaftliche Situation des Bereichs „Gewinnung von Steinen und Erden“, des Maschinenbaus, der Holzindustrie, aber auch des Groß- und Einzelhandels sowie von Architektenbüros stark von der Lage der Bauwirtschaft ab.
- Die Dienstleistungsunternehmen unterstützten im vergangenen Jahr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs entscheidend, tendierten aber nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor. Diese

Entwicklung deutet darauf hin, daß die Outsourcing-Welle, die in den Jahren nach der Rezession das Wachstum der Dienstleistungsunternehmen verstärkt hat, allmählich abebbt. Von der Tendenz zum Outsourcing hatten vor allem die Anbieter vorwiegend unternehmensbezogener Dienstleistungen wie Rechts-, Steuerberatungs-, Wirtschaftsprüfungs- sowie technische Planungs- und Beratungsbüros profitiert, welche die dynamischste und gleichzeitig auch wichtigste Dienstleistungssparte im Land sind. Trotz ihrer Wachstumsstärke ist die Beschäftigungsschwelle der Dienstleistungsunternehmen relativ hoch. Dies liegt an der hohen Arbeitsproduktivität, die in den letzten Jahren durch Rationalisierungsmaßnahmen weiter gestiegen ist.

- Nach kräftigen Umsatzrückgängen von 1992 bis 1994 und der sich anschließenden Phase der Stagnation nahmen 1997 die realen Umsätze im Einzelhandel gegenüber dem Vorjahr mit + 1,4 % wieder spürbar zu. Der Einzelhandel im Südwesten beginnt damit, die Talsohle zu verlassen und in den Jahren zuvor verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Nachdem vorübergehend verstärkt Teilzeitkräfte eingestellt wurden, werden seit November 1997 wegen des Rationalisierungs- und Konzentrationsdrucks trotz Umsatzbelebung wieder Stellen abgebaut.
- Dem wirtschaftlichen Gesundungsprozeß fällt nach wie vor eine erhebliche Firmenzahl zum Opfer. Mit über 3 500 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren verharrten die Insolvenzen 1997 auf dem im Vorjahr erreichten Rekordniveau. Immerhin ist die Gesamtzahl der Insolvenzen damit nach sechs Jahren 1997 erstmals nicht gestiegen. Problembereiche blieben der Handel, die unternehmensbezogenen Dienstleistungen und das Baugewerbe. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Lage dagegen spürbar gebessert. Hier sank die Zahl der Insolvenzen gegenüber 1996 um 13%, lag damit aber immer noch auf dem hohen Niveau des Jahres 1995. Die Insolvenzhäufigkeit – gemessen als Verhältnis der Unternehmensinsolvenzen zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen – blieb im Südwesten geringer als in allen anderen Bundesländern des früheren Bundesgebiets.
- Im vergangenen Jahr hat die Südwest-Wirtschaft im zweiten Jahr dank ihrer wirtschaftlichen Dynamik den Durchschnittstrend der westlichen Bundesländer übertroffen. Nach der ausgeprägten Wachstumsschwäche zu Beginn der 90er Jahre hat Baden-Württemberg zuvor verlorengegangenen Boden gut gemacht und gehört wieder gemeinsam mit Bayern und Hessen zur Gruppe der wachstumsstarken Flächenländer. Insbesondere im vergangenen Jahr hat das Verarbeitende Gewerbe kräftig aufgeholt, nachdem das reale Wirt-

schaftswachstum in diesem Wirtschaftsbereich gemeinsam mit Bayern an der Spitze aller westlichen Flächenländer lag. Der Erholungsprozeß der hiesigen Wirtschaft war seit 1993 begleitet von einem kräftigen Produktivitätsfortschritt, der die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessert hat. Der hiermit verbundene Stellenabbau war bis 1996 hierzulande stärker als in anderen Ländern. Im vergangenen Jahr war der Produktivitätszuwachs erstmals wieder fast ausschließlich vom Wirtschaftswachstum getragen und der Personalabbau war in keinem anderen Bundesland so gering wie hierzulande. Auch die Arbeitslosenquote im Südwesten war gleichauf mit Bayern bundesweit am niedrigsten.

Rahmenbedingungen bleiben günstig

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich insgesamt gesehen noch etwas freundlicher als im Vorjahr. Die wirtschaftliche Dynamik in den wichtigsten Partnerländern, die schnell wachsenden Märkte in Osteuropa, ein exportfreundlicher Wechselkurs, niedrige Zinsen und moderate Lohnabschlüsse haben die Auslandsnachfrage nach südwestdeutschen Produkten rasch steigen lassen. Auch wenn die Wirkung der DM-Abwertung nachläßt, wird der Export ein wichtiger Wachstumsmotor bleiben. Genauso wichtig ist, daß sich eine Reihe der den Aufschwung blockierenden Bremsen allmählich lockern. Der lang anhaltende Schrumpfungsprozeß der Bauwirtschaft nähert sich dem Ende und auch der Staatssektor wirkt nicht mehr so restriktiv, nachdem im letzten Jahr das Haushaltsdefizit nur nach großer Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden im Konvergenzrahmen geblieben war. Besonders wichtig ist, daß der lange angestaute Investitionsbedarf ein Ventil gefunden hat und die Nachfrage nach Investitionsgütern steigen läßt. Allerdings ist es heute schwerer als früher, den Bedarf an Erweiterungsinvestitionen abzuschätzen. Neue Technologien machen es möglich, schon mit Ersatzinvestitionen zusätzliche Kapazitäten zu schaffen und mit dem Trend zur Flexibilisierung der Arbeitszeit werden die Anlagen auch besser ausgenutzt als es früher der Fall war. Hinzu kommt, daß die Unternehmen nach ihren Produktionsverlagerungen im Ausland Kapazitätspuffer geschaffen haben, auf die sie mitunter zurückgreifen können. Alles zusammen ist mithin Grund genug, die Erwartungen an den neuen Investitionszyklus zu dämpfen. Auch die Unzufriedenheit der Industrie mit der hohen Abgabenbelastung und der Vertagung der Steuerreform weist in diese Richtung.

- Die Einkommen blieben im letzten Jahr deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Trend zurück. Nach nominal 2,3 % im Jahr zuvor stieg das Volkseinkommen in Deutschland 1997 um 2,7 %. In den fünf Jahren zuvor war es trotz der Rezession jährlich noch um 4 % gestiegen. Vor allem Arbeitseinkommen sind in den letzten Jahren wegen des Stellenabbaus und niedriger Tarifabschlüsse kaum noch gestiegen. Nach Abzug von Preissteigerungen, Steuern und Abgaben, die zwischenzeitlich stärker zugenommen haben als die Einkommen, sind die verfügbaren Einkommen auf das Niveau des Jahres 1992 zurückgefallen. Weil in den letzten beiden Jahren die Sozialleistungen dieser Entwicklung angepaßt wurden, erhalten die zügig wachsenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein stärkeres Gewicht. Nachdem diese Einkommensquelle 1991 im Bundesgebiet noch zu 31 % zum Volkseinkommen beitrug, waren es 1997 bereits 36 %. Während der Anteil von Sozialtransfers wie Renten oder Arbeitslosengeld fast stabil blieb, ist der Anteil der Arbeitseinkommen um sechs Prozentpunkte auf 42 % gesunken. Wegen des traditionell hohen Anteils der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie der vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit dürften sich die Gewichte in Baden-Württemberg noch zügiger verschoben haben.
- Die Öffentlichen Finanzen standen im Zeichen des Vertrags von Maastricht und der Einhaltung der dort vorgegebenen Referenzwerte für die Schuldenquote und das Haushaltsdefizit. Die angesichts der Arbeitslosigkeit hohen Ziele wurden mit den vereinten Kräften von Bund, Ländern und Gemeinden im wesentlichen erreicht. Wegen der weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Steuereingängen waren hierzu ein rigider Haushaltsvollzug und weitreichende Einsparungen angezeigt, die Ausgabensperren und eine Verringerung der Investitionsquote nötig machten. Erstmals seit langem sind die Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in Deutschland kaum noch gestiegen und die Staatsquote wieder unter die 50-Prozentmarke gefallen.

Mehr Konsumnachfrage

Anders als im vergangenen Jahr sind auch vom privaten Verbrauch wieder Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erwarten, obwohl er auch weiterhin unter einer hohen Steuer- und Abgabenlast zu leiden hat. Im Gegensatz zum Vorjahr werden die Belastungen aber nicht weiter zunehmen, so daß die Lohnsteigerungen, die nach den bisherigen Tarifrunden höher ausfallen als 1997, fast ungeschmälert für den Verbrauch zur Verfügung stehen. Weil auch die Renten- und andere Transfereinkommen etwas stärker und die Entnahmen aus Unternehmer- und Vermögenseinkommen schwächer wachsen werden, dürften die verfügbaren Einkommen den privaten Konsum deutlich beleben. Unterstellt man, daß die Preissteigerungsrate niedrig bleibt und sich auch die Sparquote nur marginal erhöht, dann dürfte die Konsumnachfrage um etwa 1 1/2 % höher ausfallen als im Vorjahr. In Baden-

Württemberg dürfte die Konsumbelegung sogar noch stärker sein als bundesweit, weil der Einkommens- und der Beschäftigungszuwachs höher veranschlagt wird als im Bundesdurchschnitt.

Mehr Breite im Aufschwung

Mit der Belegung der Investitions- wie auch der Konsumnachfrage rücken Branchen in den Vordergrund, die seit der Rezession im Konjunkturschatten standen. Begünstigt werden damit die klassischen Investitionsgüterbranchen Maschinenbau, Elektrotechnik und die Metallherzeugung sowie die Konsumgüterbranchen und der Handel. Profitieren werden auch die Dienstleistungsunternehmen fast in der ganzen Breite. Nachdem sie im letzten Jahr erstmals seit Jahren nicht in der vorderen Reihe der Wachstumsbranchen standen, haben sie im laufenden Jahr gute Chancen, dahin zurückzukehren.

Aus dem dargestellten Szenario und Detailkenntnissen über den Konjunkturverlauf in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs lassen sich Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998 ableiten. Das hierfür verwendete Rechenmodell ist nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgebaut. Soweit vorhanden, werden die aktuellen Monatswerte bis März bzw. April berücksichtigt.

Erneut mehr Wirtschaftswachstum

Die Prognose für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ergibt sich synthetisch aus der Summe der Einzelprognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Hierzu werden alle Informationen und Beobachtungen herangezogen, die geeignet sind, die Wirkungszusammenhänge hinreichend zu quantifizieren.

- Die Inlandsnachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes hat sich im vergangenen Jahr parallel zur Investitionsbelegung zügig erholt und sollte diese Entwicklung fortsetzen. Von Februar bis April 1998 lagen die Inlandsumsätze um 7,5 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allerdings ist in Rechnung zu stellen, daß wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April dieses Ergebnis durch vorgezogene Käufe geschönt ist. Der Absatz von hochpreislichen Gebrauchsgütern wie Fahrzeugen dürfte sich deshalb im Jahresverlauf abschwächen. Die Veränderungsrate zum Vorjahr wird auch wegen des Basiseffekts schwächer ausfallen. Weil damit zu rechnen ist, daß im Laufe des Jahres die Konsumneigung nennenswert anzieht und die Investitionsneigung forciert wird, dürften die Inlandsumsätze im Jahresdurchschnitt um 4% über dem schwachen Vorjahresergebnis liegen.
- Nachdem der Schrumpfprozess im Baugewerbe auch 1997 unvermindert angehalten hat, spricht vieles dafür, daß er sich in den nächsten Monaten merklich abschwächt. Solche Erwartungen fußen nicht nur auf der Dauer und dem schon erreichten Niveau, sondern auch auf der Breite, mit der sich der allgemeine Konjunkturaufschwung inzwischen vollzieht. Im ersten Jahresdrittel 1998 erreichten die Umsätze im Wohnungsbau erstmals wieder das Vorjahresniveau und die verstärkte Investitionsbereitschaft der Wirtschaft dürfte im Jahresverlauf weitere Akzente setzen. Ein merklicher Umsatzzuwachs für den Wirtschaftsaufbau im ersten Jahresdrittel weist in diese Richtung. Für das Baugewerbe insgesamt ist jedoch eine Tendenzwende nicht in Sicht, sodaß die baugewerblichen Umsätze im Jahresdurchschnitt nicht ganz an das Vorjahresergebnis herankommen.
- Anders als im Bundesgebiet hat der Einzelhandel im Sommer letzten Jahres eine lange Durststrecke hinter sich gelassen und sich seitdem mehr und mehr erholt. Im ersten Quartal 1998 stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % – allerdings auch hier begünstigt durch vorgezogene Käufe. Mit dem erwarteten Anstieg der Realeinkommen sollten die Einzelhandelsumsätze im Jahresdurchschnitt jedoch nicht weit hinter dieser Rate zurückbleiben.
- Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der in den letzten beiden Vorjahren mit + 5% am stärksten gewachsen ist, wird sich 1998 kräftig weiterentwickeln. Allerdings sind dämpfende Wirkungen durch die Liberalisierung der Märkte zu berücksichtigen, die den Gewinnanteil schmälern. Zuwachs der nominalen Umsätze um 4 %.
- Die Wohnungswirtschaft hat in den beiden Vorjahren – nach Sättigungserscheinungen in einigen Segmenten des Wohnungsmarktes – deutliche Bremsspuren

erkennen lassen und sich nicht mehr so dynamisch entwickelt wie zuvor. Dieser Trend wird sich 1998 abschwächen, die Bruttowertschöpfung im Branchendurchschnitt steigen.

- Die unternehmensnahen Dienstleistungen, die weit mehr als Banken, Versicherungen und die Wohnungswirtschaft den Wirtschaftsbereich Dienstleistungsunternehmen prägen, haben nach Verzögerungen im vergangenen Jahr im ersten Quartal 1998 ihren Wachstumsprozeß wieder beschleunigt. Sie werden vor allem von der Belebung der Inlandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe profitieren. Günstig wirkt sich aus, daß das Baugewerbe weniger dämpfend wirkt. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um einen Prozentpunkt auf 4,3 %.
- Die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen werden 1998 an ihrem Konzept zur Dämpfung der Haushaltsdefizite festhalten, nach Verbesserungen auf der Einnahmeseite aber weniger restriktiv agieren als im Vorjahr. Dies läßt eine Stagnation der Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr erwarten.

Das für die Teilbereiche der Gesamtwirtschaft oben skizzierte Szenario zur wirtschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs hängt entscheidend davon ab, daß die wesentlichen Grundannahmen, nämlich eine Erhöhung der Nettolöhne und -gehälter sowie die weitere Forcierung der Investitionsneigung im Inland, sich im Jahresverlauf bestätigen. Diese Annahmen sind das Ergebnis analytischer Überlegungen und basieren auf Erfahrungen aus

ähnlich gelagerten Situationen der Vergangenheit. Sie lassen sich noch nicht im ganzen Umfang aus der Entwicklung einzelner Zeitreihen ableiten. So gesehen ist die Wachstumsprognose, die für die Gesamtwirtschaft 1998 eine Zunahme der wirtschaftlichen Leistung von real 3% ergibt, als optimistisch einzuschätzen. Als vergleichsweise robust kann die Hauptaussage der Wachstumsprognose gelten. Danach wird sich 1998 das wirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg weiter beschleunigen, wenn auch nicht mehr so stark wie im vorigen Jahr. Dies bedeutet auch, daß Baden-Württemberg einiges von seinem erheblichen Wachstumsvorsprung gegenüber dem früheren Bundesgebiet, der sich von Mitte 1997 bis ins 1. Quartal 1998 abgezeichnet hat, im weiteren Jahresverlauf einbüßen wird. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute veranschlagen für das westliche Bundesgebiet für 1998 eine Wachstumsrate von 2,7 %.

Erstmals wieder mehr Arbeitsplätze

In Verbindung mit der Wachstumsprognose für die beschäftigungsstarken Wirtschaftsbereiche Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Handel lassen sich Aussagen über die weitere Beschäftigungsentwicklung treffen. Sie sind nicht nur wichtig, weil sie einen zentralen Politikbereich betreffen, sondern auch deshalb, weil sich ihr Verlauf in mehr oder weniger großem Umfang auf alle Wirtschaftsbereiche auswirkt, besonders auf die stark vom Konsum abhängigen Branchen. Wichtigste Annahme ist dabei, daß es wegen der hohen Kapazitätsauslastung zu einer weiteren Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe eines höheren Arbeitseinsatzes bedarf als in den

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1994 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

Wirtschaftsbereich	1994	1995	1996	1997	1998 ¹⁾	Nachrichtlich: Anteil an der unbereinigten Bruttowert- schöpfung 1997
	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Produzierende Wirtschaft ²⁾	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 3,2	+ 3,4	42,7
Handel und Verkehr	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,6	+ 3,5	12,4
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,7	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,7	+ 4,3	33,4
Staat ³⁾	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,2	- 0,8	0	11,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,0	x

1) Eigene Schätzung. – 2) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. – 3) Einschließlich Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand Frühjahr 1998.

zurückliegenden Jahren. Nach der auffallend hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität um 5,7 % im vorigen Jahr wird sie 1998 bei + 3,0 % wesentlich niedriger ausfallen. Einen ähnlichen Verlauf hatte sie in den Jahren 1984/85, als die konjunkturelle Lage ein ähnliches Strukturmuster aufwies. In den anderen Wirtschaftsbereichen ist nicht zu erkennen, daß sich das Verhältnis von Produktion und Arbeitseinsatz nennenswert ändern sollte. Lediglich im Handel dürfte sich der Produktivitätsfortschritt um gut 2 % erhöhen. Nachdem er 1996 bei einem schwachen Umsatzwachstum nur halb so hoch ausgefallen war, hatte er sich im Verlauf des Vorjahrs normalisiert und dürfte 1998 diesen Trend etwas abgeschwächt fortführen.

Nach diesen Vorgaben ist im laufenden Jahr vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und bei unternehmensnahen Dienstleistungen ein Zuwachs von Arbeitsplätzen in der Größenordnung von jeweils 20 000 bis 25 000 zu erwarten, in geringerem Umfang auch im Handel und bei privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Vor allem im Baugewerbe, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich Verkehr, Nachrichtenübermittlung, ist weiterhin mit einem Stellenabbau von zusammen knapp 15 000 zu rechnen. Ende 1998 dürfte es damit in Baden-Württemberg 40 000 Arbeitsplätze mehr geben als 1997.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

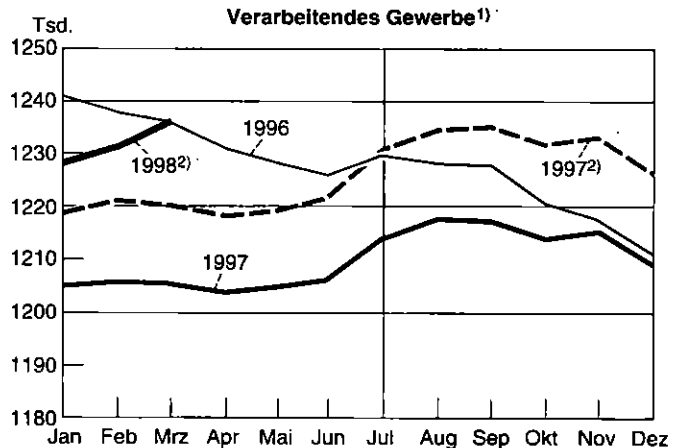
Trendwende bei der Beschäftigung

Mit dem konjunkturellen Aufschwung im vergangenen Jahr hat die Beschäftigungskrise in Baden-Württemberg ein Ende genommen und einem leichten Aufwärtstrend Platz gemacht. Dieser Aufwärtstrend läßt sich zwar aus dem Vorjahresvergleich noch nicht erkennen, doch zeigen die unterjährig vorliegenden Ergebnisse der wirtschaftsbereichsbezogenen Fachstatistiken und der Statistik über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, daß die Gesamtbeschäftigung in der zweiten Jahreshälfte die Talsohle erreicht und auch durchschritten hat.

Maßgeblichen Anteil daran hatte das Verarbeitende Gewerbe, das nach der Jahresmitte einen kräftigen Wachstumsschub verzeichnete. Für die Trendumkehr bei der Beschäftigtenentwicklung sorgte vor allem die Tatsache, daß der Wachstumsschub nicht mehr allein vom boomenden Auslandsgeschäft, sondern auch von der anziehenden Binnennachfrage getragen war. Infolge des leichten Aufwärtstrends war der zu Beginn des vergangenen Jahres mit 36 000 noch erhebliche Verlust an Arbeitsplätzen im Vergleich zum Vorjahr bis Jahresende auf 2 000 geschrumpft.

Schaubild 1

Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs 1996, 1997 und 1998



1) Einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich der in der Handwerkszählung 1995 aufgefundenen Betriebe.

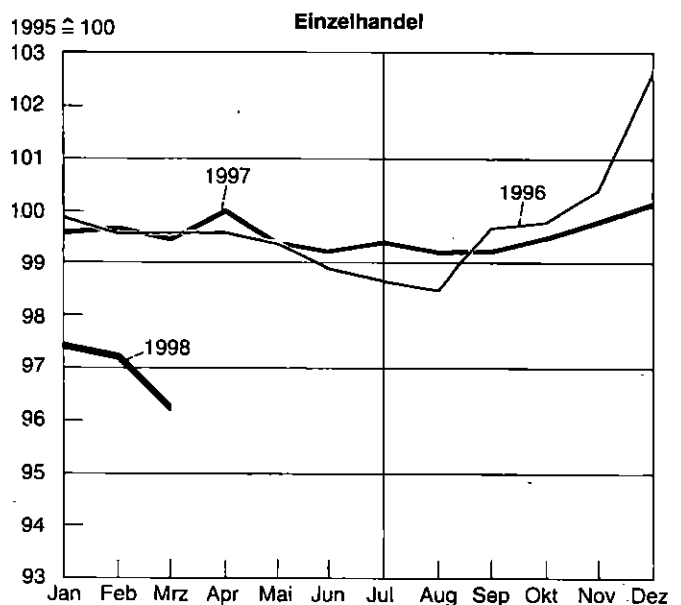
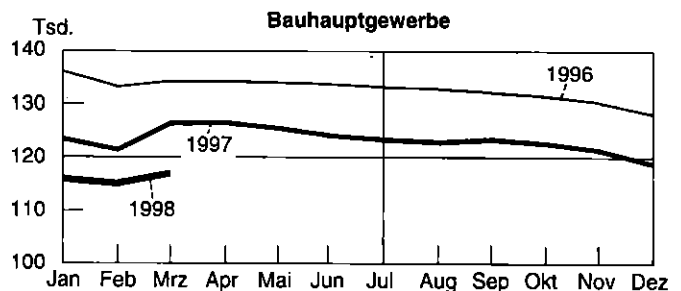


Tabelle 2

Erwerbstätige*) in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1997

Wirtschaftsbereiche	Baden-Württemberg			Früheres Bundesgebiet
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		
		1000		
Insgesamt	4 580	- 15	- 0,3	- 1,0
davon				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	106	- 6	- 5,3	- 4,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	35	- 1	- 2,5	- 5,0
Verarbeitendes Gewerbe	1 528	- 10	- 0,7	- 2,5
Baugewerbe	270	- 16	- 5,9	- 5,1
Handel	556	+ 5	+ 0,8	- 0,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	195	- 7	- 3,1	- 3,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	145	- 2	- 1,1	- 0,9
Sonstige Dienstleistungsunternehmen einschließlich Wohnungsvermietung	855	+ 19	+ 2,3	+ 2,4
Staat	668	- 5	- 0,8	- 1,2
Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	221	+ 8	+ 3,8	+ 2,4

*) Vorläufige Ergebnisse nach dem Inlandskonzept.

Stellenabbau 1997 um zwei Drittel geringer

Im vergangenen Jahr haben sowohl Stärke als auch Breite der wirtschaftlichen Erholung noch nicht ausgereicht, die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen. Nach massiven Beschäftigungsverlusten in den Jahren 1993 bis 1996 hat die Gesamterwerbstätigkeit 1997 gegenüber dem Vorjahr jedoch „nur noch“ um 15 000 Personen oder 0,3 % abgenommen, nachdem es im Jahr zuvor noch mehr als dreimal so viel waren. Der in den letzten fünf Jahren beobachtete Beschäftigungsrückgang im Land setzte sich damit nur noch in sehr abgeschwächter Form fort und war – anders als in den Jahren zuvor – schwächer als in allen anderen Bundesländern.

Insgesamt waren 1997 in Baden-Württemberg rund 4,6 Mill. Personen erwerbstätig. Nach dem starken Stellenabbau seit dem letzten Beschäftigungshöchststand im Jahr 1992 hatte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 1997 etwa das Niveau des Jahres 1989. In den Ergebnissen zur jahresdurchschnittlichen Gesamtbeschäftigung sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Selbständige, Beamte, mithelfende Familienangehörigen und geringfügig Verdienende einbezogen, deren Arbeitsort in Baden-Württemberg liegt.

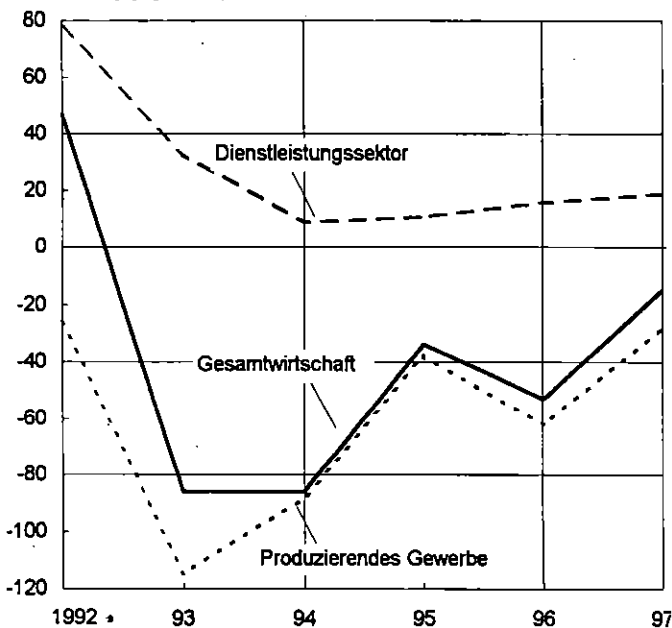
Ausschlaggebend für den stark nachlassenden Stellenabbau im vergangenen Jahr war im wesentlichen die starke Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe, wo sich der Verlust an Arbeitsplätzen von 45 000 im Jahr 1996 während des vergangenen Jahres auf weniger als ein Viertel reduzierte. Damit war im vergangenen Jahr nicht mehr das Verarbeitende Gewerbe, sondern das Baugewerbe der Wirtschaftsbereich mit dem stärksten Personalrückgang. Im Handel waren 1997 zwar knapp 1 % mehr Personen erwerbstätig als ein Jahr zuvor, der zur Jahresmitte registrierte Rückgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1,5 % deutet jedoch darauf hin, daß der Beschäftigungszuwachs in diesem Wirtschaftsbereich den Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und vor allem den geringfügig Beschäftigten zugute kam. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung wurde in den baden-württembergischen Verkehrsunternehmen einschließlich Nachrichtenübermittlung weiterhin rationalisiert, und auch die Banken und Versicherungen sowie der Staat engten ihren Personalbestand weiter ein. Beim Staat hat sich – anders als in den übrigen der vorgenannten Wirtschaftsbereiche – der Stellenabbau 1997 sogar verstärkt fortgesetzt.

Außer im Handel gab es auch bei den sogenannten sonstigen Dienstleistungsunternehmen, die vorwiegend haushalts- und unternehmensbezogene Dienstleistungen an-

Schaubild 2

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor Baden-Württembergs seit dem Höchststand 1992

Veränderung gegen Vorjahr in Tsd.



Statisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

bieten, und bei den privaten Haushalten einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mehr Arbeitsplätze als 1996. Es fällt auf, daß bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen der Personalzuwachs mit + 2,3 % nicht mehr so stark ausfiel wie in den Jahren zuvor, was auf verstärkte Rationalisierung hinweist. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Beschäftigungszuwachs in den vergangenen Jahren durch die Auslagerung von Dienstleistungsbereichen aus der Produzierenden Gewerbe überzeichnet war.

Leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Nach der Trendwende bei der Beschäftigung zeigen jetzt auch alle grundlegenden Arbeitsmarktindikatoren auf eine Wende hin. Seit Jahresbeginn 1998 liegt die Zahl der Arbeitslosen unter dem Niveau des Vorjahres. Im Mai waren im Südwesten knapp 342 000 Menschen ohne Arbeit, 35 000 weniger als noch vor einem Jahr. Auch die Arbeitslosenquote ist gesunken und liegt seit Januar diesen Jahres immer deutlicher unter den entsprechenden Vorjahreswerten. Im Mai 1998 betrug die Arbeitslosenquote 7,7 % und war 0,9 Prozentpunkte geringer als vor zwölf Monaten.

Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hatte sich 1997 in den saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen angedeutet, die seit Jahresmitte auf eine Trendumkehr hinwiesen. Im Jahresdurchschnitt 1997 waren aber im Land mit 382 000 Personen noch knapp 8 % mehr Personen ohne Arbeit als 1996 und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 8,0 auf 8,7 % gestiegen. Trotzdem schnitt der Südwesten gemeinsam mit Bayern besser ab als alle anderen Länder des westlichen Bundesgebiets. In den beiden südlichsten Bundesländern war die Arbeitslosenquote mit 8,7 % bundesweit am niedrigsten. Von Dezember 1997 bis April 1998 wies Baden-Württemberg sogar eine geringere Arbeitslosenquote auf als das benachbarte Bayern, im Mai lag sie nur leicht darüber.

Weniger arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter haben auch im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt entlastet, wenn auch nicht mehr im gleichen Ausmaß wie noch 1996. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres konnten dadurch 73 000 Personen¹ vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Nach der Darstellung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg wäre die Arbeitslosigkeit im Land im Jahresdurchschnitt 1997 ohne Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, § 105c-Fälle², Maßnahmen für Rehabilitanden, Deutschkurse für Aus-siedler, Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, produktive Lohnkostenzuschüsse und Altersübergangsgeld um 19 % höher ausgefallen. Im Jahr 1996 hatte der Entlastungseffekt noch bei 88 200 Personen gelegen.

Entlastet wurde der Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr auch durch den Rückgang der Kurzarbeit. Im Jahresdurchschnitt waren 1997 nur noch 25 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen, 14 000 weniger als vor Jahresfrist. Mittlerweile ist das Niveau der Kurzarbeit wieder fast auf den niedrigen Stand des Hochkonjunkturjahres 1991 zurückgegangen. Von Januar bis April 1998 arbeiteten in den baden-württembergischen Betrieben durchschnittlich 19 000 Arbeitnehmer kurz, 54 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

1 Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 01/98, Februar 1998.

2 Dabei handelt es sich um 58jährige und ältere Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld bzw. Eingliederungshilfe, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1997 und 1998

Arbeitsmarktindikator	1997				1998	
	Jahresdurchschnitt		Januar bis April		Januar bis April	
	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet
	Anzahl					
Arbeitslose	382 008	3 029 764	395 457	3 170 509	377 304	3 119 178
Kurzarbeiter	25 029	133 438	41 093	214 774	19 068	111 204
Offene Stellen	48 993	281 623	49 945	293 254	60 449	336 690
	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Arbeitslose	+ 7,9	+ 8,4	+ 10,7	+ 10,3	- 4,6	- 1,6
Kurzarbeiter	- 36,4	- 35,3	- 14,9	- 20,4	- 53,6	- 48,2
Offene Stellen	+ 9,3	+ 4,1	+ 7,8	+ 2,5	+ 21,0	+ 14,8
	Prozent					
Arbeitslosenquote ¹⁾	8,7	11,0	8,8 ²⁾	11,0 ²⁾	8,1 ²⁾	10,6 ²⁾

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. -- 2) Ende April.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

Deutlich mehr Stellenangebote

Der konjunkturelle Aufschwung seit der zweiten Jahreshälfte 1997 spiegelt sich in einer kräftigen Zunahme der bei den Arbeitsämtern im Land eingehenden Stellenangebote wider. Im Jahresdurchschnitt 1997 wurden mit 49 000 Stellenangeboten das Vorjahresniveau um 4 000 übertroffen. Seit Jahresmitte 1997 gewinnen die Personalanforderungen aus Wirtschaft und Verwaltung zusehends an Dynamik. Betrag der Zuwachs an offenen Stellen im zweiten Quartal 1997 verglichen mit dem Vorjahresquartal noch 6 %, verdoppelte sich dieser bis zum letzten Quartal und erhöhte sich in den ersten drei Monaten 1998 sogar auf 19 %. Wenngleich die Arbeitgeber mit Einstellungen weniger zurückhalten und häufiger wieder unbefristete Stellen anbieten, blieb der Anteil befristeter Stellen in den ersten vier Monaten 1998 mit gut einem Drittel hoch.

Metallberufe profitieren bereits vom Konjunkturaufschwung

Von dem zusätzlichen Stellenangebot profitierten im vergangenen Jahr vor allem Arbeitslose mit Ausbildungsabschlüssen im Fertigungsbereich. Der kräftige Konjunkturaufschwung im Verarbeitenden Gewerbe – und hier insbesondere im Fahrzeugbau und dessen Zulieferbetrieben – ließ die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der Metallberufe sinken. Ende September 1997 waren fast 6% weniger Metallherzeuger und -bearbeiter und knapp 3% weniger Schlosser und Mechaniker arbeitslos. In der Berufsgruppe der Montierer und den übrigen Metallberufen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit nicht mehr.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit betraf im vergangenen Jahr vor allem den Dienstleistungsbereich. Bei einer Zunahme um insgesamt 6 % nahm die Arbeitslosigkeit bei den Angestelltenberufen mit 10 % überdurchschnittlich

stark zu, während sich die Zuwachsrate bei den arbeitslosen Arbeitern nach 11 % im Jahr 1996 deutlich auf 4 % abschwächte. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Bereich der Dienstleistungsberufe äußerte sich auch durch eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Frauen, deren Anteil dort bei zwei Dritteln liegt. Im Vergleich zu Ende September 1996 stieg die Zahl der arbeitslosen Frauen um gut 8 %, fast doppelt so stark wie die der arbeitslosen Männer.

Arbeitslosigkeit bei Jüngeren sinkt

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ging im vergangenen Jahr zu Lasten der älteren Jahrgänge. Bei den jüngeren Altersgruppen bis unter 30 Jahren zeigten sich bereits erste Entlastungseffekte. Dort ging die Zahl der Arbeitslosen um knapp 2 % zurück. Die Tatsache, daß nur rund ein Viertel aller Arbeitslosen im Land dieser Altersgruppe angehören, zeigt, daß sich die Beschäftigungslage noch deutlich bessern muß, um den Arbeitsmarkt in seiner ganzen Breite zu entlasten.

Hinzu kommt, daß die berufliche Wiedereingliederung nicht nur mit zunehmendem Alter der Arbeitslosen, sondern auch mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit immer schwieriger wird. Nach einer vorübergehenden Beruhi-

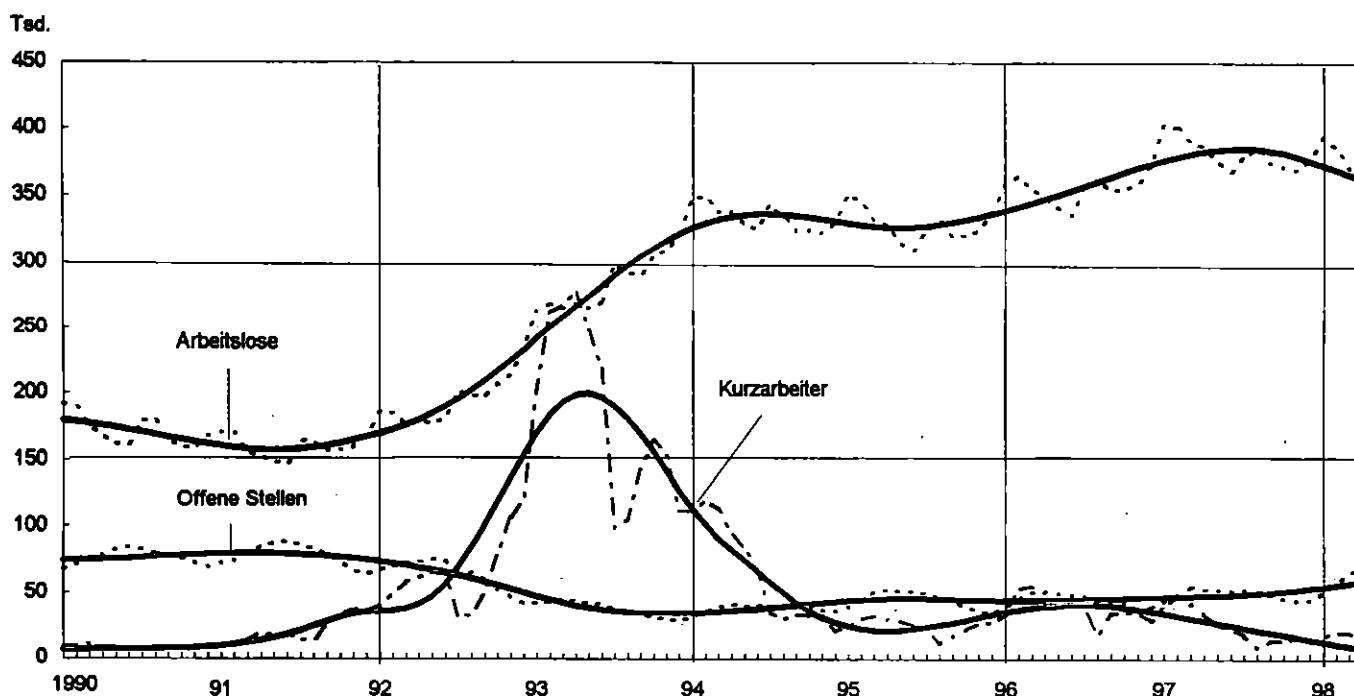
gungsphase im Jahr 1996 hat sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im vergangenen Jahr wieder verschärft. Ende September 1997 stieg die Zahl der Personen, die bereits länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, um 20 % auf knapp 126 000. Mittlerweile ist bereits jeder dritte Arbeitssuchende langzeitarbeitslos. Besonders stark von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind die älteren Jahrgänge. Ende September 1997 waren über 40 % der Langzeitarbeitslosen älter als 55 Jahre. In dieser Altersgruppe suchen 60% seit mehr als einem Jahr einen Arbeitsplatz.

Unverändert schwierig bleibt die Arbeitsmarktsituation auch für die ausländischen Arbeitnehmer. Ende September 1997 war die Zahl der arbeitslosen Ausländer mit 4 % zwar nicht mehr so stark gestiegen wie die Gesamtarbeitslosigkeit, die hohe Arbeitslosenquote von 16,1 % im Vergleich zur Gesamtquote von 8,6 % zeigt jedoch die schwierige Situation der ausländischen Arbeitssuchenden. Ihre Lage wird auch dadurch erschwert, daß 4 von 5 keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen.

Die angespannte Arbeitsmarktlage traf im vergangenen Jahr auch vermehrt Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen. Mit einem Plus von 10 % nahm die Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten besonders stark zu. Es bleibt zu hoffen, daß die in diesem Jahr erwartete Entlastung des Arbeitsmarktes nicht nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen, sondern allen Gruppen von Arbeitslosen zuteil wird.

Schaubild 3

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1990*



*) Originalreihen und glatte Komponenten; Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Arbeitslose in Baden-Württemberg 1997

Merkmal	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr	
		%	
Arbeitslose insgesamt	382 008	+	7,9
nach Geschlecht			
Frauen	169 206	+	9,2
Männer	212 802	+	7,0
nach Alter ¹⁾			
unter 30 Jahren	87 828	-	1,8
30 bis unter 55 Jahren	198 446	+	9,6
55 Jahre und älter	89 090	+	7,2
nach Berufsausbildung ¹⁾			
mit abgeschlossener Berufsausbildung	198 932	+	6,9
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	176 432	+	5,2
nach Stellung im Beruf ¹⁾			
Arbeiter	233 861	+	3,9
Angestellter	141 503	+	10,1
nach Dauer der Arbeitslosigkeit ¹⁾			
unter einem Jahr	249 792	+	0,4
Langzeitarbeitslose	125 572	+	19,8
Ausländer	92 193	+	7,6
Aussiedler	19 246	-	3,6
Schwerbehinderte	19 564	+	9,7

1) Stand Ende September; Zahl der Arbeitslosen insgesamt: 375 364 (+ 6,1% gegenüber 1996).

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

1998 weniger Arbeitslose

Erste Anzeichen für eine stärkere und breitere Entlastung des Arbeitsmarktes sind seit Beginn dieses Jahres zu beobachten. Betrug der Rückgang der Arbeitslosenzahl im Januar noch 2,5 %, verstärkte sich dieser bis Mai – nicht nur saisonbedingt – auf gut 9 %. Mittlerweile kommt der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht nur den Gruppen von Arbeitslosen zugute, die bereits im vergangenen Jahr von einer solchen Entwicklung profitierten, auch bei den arbeitslosen Frauen und bei den Arbeitslosen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurde das Vorjahresniveau unterschritten, und die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten ist fast zum Stillstand gekommen.

In diesem Jahr rechnet das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg mit einem Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl um 15 000. Dies entspräche im Vergleich zu 1997 einer Verringerung der Arbeitslosigkeit um rund 4 %.

Arbeitsmarktsituation jüngerer Leute**Ausbildungsstellenmarkt bleibt angespannt**

Auf dem baden-württembergischen Lehrstellenmarkt hat sich 1997 die Lage nicht entspannt. Ende September 1997 waren bei den Arbeitsämtern knapp 3 900 Berufsausbildungsstellen noch unbesetzt und rund 3 000 Bewerber noch nicht vermittelt. Am Ende des Berufsberatungsjahres 1996/97 war der Lehrstellenmarkt damit noch ausgeglichen, der Lehrstellenüberhang fiel jedoch mit 900 geringer aus als ein Jahr zuvor, als dieser noch bei 3 000 lag. Wie aus dem Berufsbildungsbericht hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr fast 70 200 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 1 400 mehr als ein Jahr zuvor. Die Appelle an die Betriebe, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, aber auch die regionalen Vermittlungsaktionen mit dem Ziel, den Bewerbern die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz zu erleichtern, hatten damit Erfolg gezeigt. Sie dürften mit dazu beigetragen haben, daß nach dem Rückgang 1996 im vergangenen Jahr erstmals wieder mehr Ausbildungsverträge neu abgeschlossen wurden. Insgesamt standen Ende September 1997 rund 74 000 angebotenen Ausbildungsstellen knapp 73 200 Lehrstellenbewerber gegenüber.

Die zunehmende Anspannung auf dem Lehrstellenmarkt kommt besonders deutlich im Verhältnis der von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen zum Ausdruck, das ein wichtiger Frühindikator für die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist. So ermittelte die Arbeitsverwaltung in Baden-Württemberg bereits am Ende des Berufsberatungsjahres 1995/96 einen Nachfrageüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt, der sich 1997 weiter vergrößert hat. Daß bei den Arbeitsverwaltungen mehr Bewerber als Lehrstellen gezählt wurden, ist auch darauf zurückzuführen, daß in Zeiten der Anspannung Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, häufiger die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch nehmen, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen weniger als sonst die Arbeitsverwaltung einschalten. So findet ein Teil der gemeldeten Bewerber Ausbildungsplätze, die nicht über die Arbeitsämter angeboten wurden.

Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 ging das Angebot an Ausbildungsstellen um fast 62 000 zurück, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeit-

raum um mehr als 27 000 erhöhte. Nach gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft ist das Angebot an Lehrstellen zuletzt nicht mehr so stark zurückgegangen wie noch in den beiden Jahren zuvor (1997: - 5,5 %, 1996: - 6 %, 1995: - 13,5 %). Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war jedoch 1997 mit 7 % mehr Bewerbern wieder stärker als in den Jahren 1995 und 1996 mit einem Zuwachs um jeweils + 5 %.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich nicht für alle Lehrberufe angespannt. So stieg das Lehrstellenangebot nicht nur bei den Verkehrsberufen, sondern auch erstmals wieder bei den technischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen. Dagegen hat sich bei nahezu allen übrigen Berufsgruppen das Stellenangebot verringert.

Am ungünstigsten waren 1997 die Chancen auf einen Ausbildungsplatz bei den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 200 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen, gefolgt von den technischen Berufen mit 180 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150. Wegen des höheren Stellenangebots waren die Aussichten bei den technischen Berufen jedoch besser als ein Jahr zuvor.

Vergleichsweise gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten 1997 wie schon in den Jahren zuvor Jugendliche, die Verkehrs-, Ernährungs-, und Metallberufe ergreifen wollten. Bei den Verkehrsberufen betrug das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Lehrstellen knapp 50 : 100, bei den Ernährungsberufen knapp 70 : 100 und bei den Metallberufen gut 90 : 100. Während in den vergangenen Jahren auch die Chancen auf eine Lehrstelle im Baugewerbe gut waren, gab es 1997 erstmals mehr Bewerber als Ausbildungsplätze.

Erhöhung des Angebots erforderlich

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird 1998 noch stärker als zuletzt von der Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen abhängen. In der Zwischenbilanz des Landesarbeitsamtes nach gut der Hälfte des Berufsberatungsjahres 1997/98 scheint sich der ungünstige Trend der vergangenen Jahre fortzusetzen, schwächt sich jedoch ab. Von Oktober 1997 bis April 1998 ist die Zahl der Lehrstellenbewerber um knapp 4 % gestiegen, während das Stellenangebot um gut 2 % geringer war. Damit hat sich die Situation nicht mehr so stark verschlechtert wie 1997. Erschwert wird die Lage in diesem Jahr aber dadurch, daß 1997 rund 11 700 Jugendliche - 500 mehr als 1996 - am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen haben. Diese werden 1998 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten.

Um wenigstens für einen Ausgleich auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu sorgen, sind weitere Anstrengungen erforderlich. Der Lehrstellenbedarf wird bis zum Jahr 2007 wegen der bis dahin steigenden Schülerzahlen zunehmen. Schon in diesem Jahr besteht im Vergleich zu 1997 ein zusätzlicher Bedarf von 2 000 bis 3 000 Lehrstellen.³ Neben der Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen ist aber auch die Flexibilität der Jugendlichen hinsichtlich ihres Berufswunsches noch mehr gefragt als zuletzt. Wichtig ist, überhaupt den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen, auch wenn die angebotene Lehrstelle nicht den Traumjob darstellt. Denn mit zunehmender Dauer der Beschäftigungslosigkeit wird es auch für die jungen Arbeitslosen immer schwerer, den Weg ins Berufsleben zurückzufinden. Das Problem Langzeitarbeitslosigkeit betrifft zwar hauptsächlich die älteren Arbeitslosen, doch auch bei den Jüngeren unter 25 Jahren erhöht sich die Zahl der länger als ein Jahr Arbeitslosen auffallend stark. Ende September 1997 nahm die Zahl der Langzeitarbeitslosen unter 25 Jahren binnen Jahresfrist um knapp 13 % zu, doppelt so stark wie die der Arbeitslosen insgesamt. Ihr Anteil an allen langfristig Erwerbslosen war mit 3 % jedoch gering.

Bevölkerung

Ende 1997 lebten in Baden-Württemberg knapp 10,4 Mill. Menschen, 22 000 mehr als zum Jahresbeginn. Dies war der geringste Bevölkerungszuwachs in den 90er Jahren. Nach den hohen Zunahmen der Einwohnerzahlen zu Beginn der 90er Jahre zeichnet sich damit für die zweite Hälfte des Jahrzehnts eine gemäßigtere Entwicklung ab. Im Gegensatz zu den Vorjahren trug die Wanderungsbilanz in 1997 wenig zur Bevölkerungsentwicklung bei. Sie ist mit einem Wanderungssaldo von rund 2 900 annähernd ausgeglichen. Der Bevölkerungszuwachs wurde daher im wesentlichen vom Geburtenüberschuß getragen.

Ausländische Bevölkerung nimmt ab

Die Zahl der deutschen Bevölkerung in Baden-Württemberg wurde Ende des Jahres 1997 mit rund 9,08 Mill. Personen festgestellt, etwa 0,8 % mehr als zu Jahresbeginn. Der Anstieg beruhte auf einem Wanderungsgewinn von gut 15 000, einem Geburtenüberschuß von mehr als 2 000 sowie einer ungewöhnlich hohen Zahl von Staatsangehör-

3 Wörner, M.: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 233 - 237.

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1996 und 1997 nach Staatsangehörigkeit

Merkmal	1996			1997		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer/innen		Deutsche	Ausländer/innen
Lebendgeborene	114 657	95 334	19 323	116 419	96 860	19 559
Sterbefälle	98 908	96 531	2 377	97 167	94 773	2 394
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (-)	+ 15 749	- 1 197	+ 16 946	+ 19 252	+ 2 087	+ 17 165
Zuzüge über die Landesgrenze	277 473	135 689	141 784	257 106	136 581	120 525
Fortzüge über die Landesgrenze	238 084	122 322	115 762	254 253	121 133	133 120
Wanderungssaldo	+ 39 389	+ 13 367	+ 26 022	+ 2 853	+ 15 448	- 12 595
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	-	+ 20 691	- 20 691	-	+ 58 513	- 58 513
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	+ 55 138	+ 32 861	+ 22 277	+ 22 105	+ 76 048	- 53 943
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 374 505	9 004 098	1 370 407	10 396 610	9 080 146	1 316 464

rigkeitsänderungen: fast 59 000. Letztere basieren allerdings weitgehend auf Korrekturen in der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes. Aufgrund von unzutreffenden Angaben bei der melderechtlichen Erfassung konnten die Staatsangehörigkeitswechsel vieler Spätaussiedelnden, die ohnehin einen Anspruch auf Einbürgerung haben, in der Statistik erst nachträglich eingearbeitet werden.

Vor allem durch diesen großen Korrekturposten sowie durch den negativen Wanderungssaldo (- 12 600) sank die ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg im Vergleich zum Jahresbeginn um knapp 4 %. Begrenzend wirkte sich der Geburtenüberschuß von gut 17 000 Personen aus. Im Ergebnis reduzierte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um ca. einen halben Prozentpunkt, nämlich auf 12,7 %.

Höherer Ausländeranteil in Ballungsgebieten

Gegliedert nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes ergibt sich ein doppelt so hoher Ausländeranteil für die Ballungsgebiete wie für den ländlichen Raum im engeren Sinne. Für die Ballungsgebiete, die sogenannten Verdichtungsräume, wurde zum 30. September 1997 ein Ausländeranteil von 17,2 % ermittelt, für den ländlichen Raum im engeren Sinne 8,3 %. Die Randzonen der Verdichtungsgebiete und die Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum lagen mit 11,4 und 12,3 % etwas unter dem Landesdurchschnitt.

Diese Strukturen zeigten sich auch in früheren Jahren. So lag zum Beispiel Ende 1987 der höchste Wert bei 12,7 % für die Verdichtungsräume und der niedrigste Wert bei 5,5 % für den ländlichen Raum im eigenen Sinne. Randzonen und Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum wiesen mit 8,5 % und 9,1 % auch damals eng zusammenliegende Anteile auf. Am deutlichsten stieg die Quote in den Ballungsgebieten. In den letzten zehn Jahren erhöhte sie sich um 4,5 Prozentpunkte. Die Anstiege der Quoten in den weiteren Raumordnungskategorien liegen relativ eng beieinander, Randzonen plus 2,9 Prozentpunkte, Verdichtungsgebiete des ländlichen Raumes

Tabelle 6

Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg 1987, 1992 und 1997 nach Raumkategorien des Landesentwicklungsplan

Raumkategorie	Anteil der Ausländer/innen am		
	31.12.87	31.12.92	30.09.97
	%		
Verdichtungsräume	12,7	16,4	17,2
Randzonen	8,5	11,3	11,4
Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum	9,1	11,8	12,3
Ländlicher Raum im engeren Sinn	5,5	8,3	8,3
Land Baden-Württemberg	9,3	12,3	12,7

plus 3,2 Prozentpunkte und Ländlicher Raum im eigenen Sinne plus 2,8 Prozentpunkte. Diese Veränderungen in den Anteilen der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gehen allerdings eher auf den Zeitraum Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zurück. Wählt man beispielsweise eine Vergleichsspanne von nur fünf Jahren (1992 und 1997), sind bei allen Raumordnungs-kategorien nur geringe bzw. keine Veränderungen in den Quoten feststellbar.

Ausländische Bevölkerung wandert eher ab

In 1997 zogen knapp 3 000 Personen mehr nach Baden-Württemberg als von hier fortwanderten. Der Wanderungsgewinn lag damit 1997 so niedrig wie noch nicht in diesem Jahrzehnt. Maßgeblich dafür ist vor allem das veränderte Wanderungsgeschehen in der ausländischen Bevölkerung. Während 1996 noch ein Wanderungsplus von rund 26 000 feststellbar war, wurde der Saldo im Jahresverlauf 1997 sogar negativ und lag zum Jahresende bei - 12 600 Personen. Verstärkte Rückwanderungen gab es in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Allein nach Bosnien-Herzegowina sind über 16 000 mehr ab- als zugewandert.

Der Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung hat sich im Vergleich zu 1996 kaum verändert und begründet sich vorrangig durch einen Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland. Vermutlich sind es deutschstämmige Spät-

aussiedelnde, die dieses Ergebnis vorrangig bestimmen.⁴ Die Dominanz der Zuwandernden aus Rußland und Kasachstan legt diesen Schluß nahe.

Leichter Geburtenanstieg

1997 wurden 19 000 mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Dieser Geburtenüberschuß ergab sich zum großen Teil aus der Entwicklung bei der ausländischen Bevölkerung. Nicht ganz 20 000 Geburten standen mehr als 2 000 Sterbefällen gegenüber. Damit ergibt sich wie im Jahr zuvor ein Plus von rund 17 000. Auch bei den Deutschen übertrafen die Geburten mit rund 97 000 die Anzahl der Gestorbenen, wodurch sich nach zwei Jahren mit Geburtendefizit wieder eine positive Bilanz von gut 2 000 ergab.

Für 1997 konnte nach dem deutlichen Rückgang der Geborenenzahlen zwischen 1990 und 1995 im zweiten Jahr hintereinander wieder ein leichter Anstieg der Geburten festgestellt werden. Interessant daran ist, daß die Veränderung der Geborenenzahlen in 1996 sowohl auf

⁴ Dies läßt sich mit den Angaben der Wanderungsstatistik nicht eindeutig belegen; das Merkmal Aussiedler/-in wird nicht erhoben.

Tabelle 7

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg seit 1990

Merkmal	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Anzahl							
Lebendgeborene	118 579	117 528	117 559	117 982	113 398	112 459	114 657	116 419
Sterbefälle	97 570	97 146	95 977	98 572	96 638	97 733	98 908	97 167
Geburtenüberschuß	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749	19 252
Zuzüge über die Landesgrenze	386 395	380 077	401 620	344 073	294 264	296 215	277 473	257 106
Fortzüge über die Landesgrenze	204 073	220 646	276 334	278 165	272 981	263 643	238 084	254 253
Wanderungssaldo	182 322	159 431	125 286	65 908	21 283	32 572	39 389	2 853
Bevölkerungszunahme	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138	22 105
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 822 027	10 001 840	10 148 708	10 234 026	10 272 069	10 319 367	10 374 505	10 396 610

demographische Einflüsse im Altersaufbau der Frauen als auch auf eine Verhaltenskomponente zurückgeführt werden kann. Der Anstieg der Geborenenzahl um 2 200 (1996) wurde hauptsächlich durch die Altersgruppe der 30jährigen und älteren Frauen begründet, bedingt durch leicht geändertes Verhalten und gleichzeitig größere Jahrgangsstärken. Dagegen wurde bei den unter 30jährigen die Verhaltensänderung durch rückläufige Besetzungszahlen der Jahrgänge überkompensiert. Man kann vermuten, daß diese Bestimmungsfaktoren auch für 1997 Gültigkeit besitzen. Bemerkenswert ist auch, daß sich der neuerliche Geburtenanstieg von rund 1 800 vorrangig aus der deutschen Bevölkerungsgruppe ableiten läßt. Diese bestimmte 1997 den Geburtenzuwachs annähernd zu 87 %. Nur 13 % des Mehr an Geburten resultieren aus dem Kreis der ausländischen Bevölkerung.

Insgesamt gesehen kann die jüngste Entwicklung nicht als Trendwende im Geburtenverhalten interpretiert werden. Der Anstieg der Geborenenzahlen ist vergleichsweise unspektakulär und die Zahl der Lebendgeborenen lag 1997 bei rund 116 000 und blieb damit im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre (ca. 119 000) immer noch auf einem relativ niedrigen Niveau. Auch die für 1996 erkannte Verhaltenskomponente kann auf normalen Schwankungen basieren. Bei den Veränderungen der letzten beiden Jahre kann es sich also durchaus um einen unbedeutenden temporären Effekt, für den vielfältige Ursachen denkbar sind, handeln.

Weniger Zuwanderung von Aussiedelnden und Asylsuchenden

Im vergangenen Jahr gab es deutlich weniger Zuwanderungen von Spätaussiedelnden und Asylsuchenden. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Zuzug von Aussiedelnden um ca. 5 000 auf knapp 17 000. Damit wurde der im Jahr zuvor beobachtete Rückgang noch deutlich übertroffen. Zur Erklärung können die geänderten Anerkennungsregelungen dienen. So ist beispielsweise der Sprachnachweis bereits vor Einreise zu erbringen.

Während 1996 noch gut 12 000 Asylsuchende verzeichnet wurden, lag die Zahl 1997 unter 11 000. Ursächlich hierfür kann vor allem die andauernde Wirkung der Asylrechtsänderung aus dem Jahr 1993 sein, die bundesweit zu einem massiven Rückgang der Asylsuchenden führte. Hinzu kommen weitere Faktoren, etwa die deutlich abgesenkten Leistungen für Asylsuchende oder die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

Tabelle 8

Zugänge an Aussiedler/innen und Asylsuchenden in Baden-Württemberg seit 1990

Jahr	Aussiedler/innen		Asylsuchende	
	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %
1990	92 741	+ 60,3	27 968	+ 59,2
1991	36 617	- 60,5	43 111	+ 54,1
1992	28 874	- 21,1	51 609	+ 19,7
1993	26 277	- 9,0	38 521	- 25,4
1994	27 991	+ 6,5	13 196	- 65,7
1995	26 455	- 5,5	12 927	- 2,0
1996	21 778	- 17,1	12 186	- 5,7
1997	16 740	- 23,1	10 789	- 11,5

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Langfristig Abnahme der Bevölkerungszahl

Nach der Voraussrechnung des Statistischen Landesamtes wird die Bevölkerungszahl des Landes bis ins erste Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts hinein weiter ansteigen. Es kann von einem Zuwachs von rund 300 000 Personen ausgegangen werden.⁵ Längerfristig ist jedoch mit einem – zunächst allmählichen, später deutlicheren – Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausrechnung wird nach 2010 das wachsende Defizit in der Bilanz aus Geburten und Sterbefällen die Wanderungsgewinne immer mehr überkompensieren und langsam zu einer Abnahme der Bevölkerungszahl führen. Etwa im Jahr 2025 dürfte die heutige Bevölkerungszahl des Landes dann unterschritten werden. Auch unter der Annahme höherer Wanderungsüberschüsse und Geburtenhäufigkeiten würden die Bevölkerungszahlen einen derartigen Verlauf nehmen. Die rückläufige Entwicklung würde nur zeitlich hinausgeschoben.⁶

5 Voraussrechnung der Bevölkerungsentwicklung des Landes Baden-Württemberg auf der Basis 31. Dezember 1995 – mittlere Variante.

6 Voraussrechnung der Bevölkerungsentwicklung des Landes Baden-Württemberg auf der Basis 31. Dezember 1995 – obere Variante.

Bevölkerung altert

Weniger aus der Entwicklung der absoluten Bevölkerungszahl als vielmehr aus den Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung ergeben sich die großen Herausforderungen an Politik und Gesellschaft. Aus heutiger Sicht ist die weitere Alterung der Bevölkerung unabwendbar, auch starke Zuwanderungen werden sie allenfalls verzögern. Der Anteil der unter 20jährigen an der Gesamtbevölkerung wird nach den Ergebnissen der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung abnehmen und der Anteil der 60jährigen und älteren Menschen wird deutlich zunehmen. Für die Gruppe der 20- bis unter 60jährigen, die weitgehend das Erwerbspersonenangebot bilden, ergibt sich auf Sicht von 15 bis 20 Jahren nur ein leicht rückläufiger Bevölkerungsanteil. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Altersgruppe in sich altert.

Auf längere Sicht wird auch das Erwerbspersonenpotential schrumpfen. In etwa 30 Jahren könnte sein Anteil, der heute noch 57 % beträgt, schon unter 50 % liegen. Die gravierenden Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung signalisieren eine Reihe weitreichender Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Der technische, wirtschaftliche und soziale Wandel wird künftig von einer deutlich älteren Bevölkerung bewältigt werden müssen.

Zahl hochbetagter Menschen wird stark steigen

In Baden-Württemberg leben gegenwärtig mehr ältere und alte Menschen als je zuvor. Seit Bestehen des Landes hat sich die Zahl der 65jährigen und älteren Menschen von gut 600 000 Personen auf heute ca. 1,55 Mill. erhöht. Jeder siebte Einwohner gehört inzwischen dieser Altersgruppe an. Besonders stark ist die Zahl der Hochbetagten – der 85jährigen und älteren Menschen – angestiegen. Während 1950 nahezu 15 000 Personen dieses Alters im Lande lebten, sind es heute mehr als 180 000. Nach den Vorausrechnungen der amtlichen Statistik (mittlere Variante) wird die Zahl der Hochbetagten weiter steigen. Bis 2025 könnte sich die Zahl der 85jährigen und älteren mit etwa 350 000 Personen gegenüber heute nahezu verdoppelt haben. Angesichts des überproportionalen Anstiegs der Zahl hochbetagter Menschen mit einem relativ hohen Risiko der Pflegebedürftigkeit gilt es, rechtzeitig für Pflegemöglichkeiten in der Familie und durch außerfamiliäre Einrichtungen zu sorgen.

Haushalte und Familien

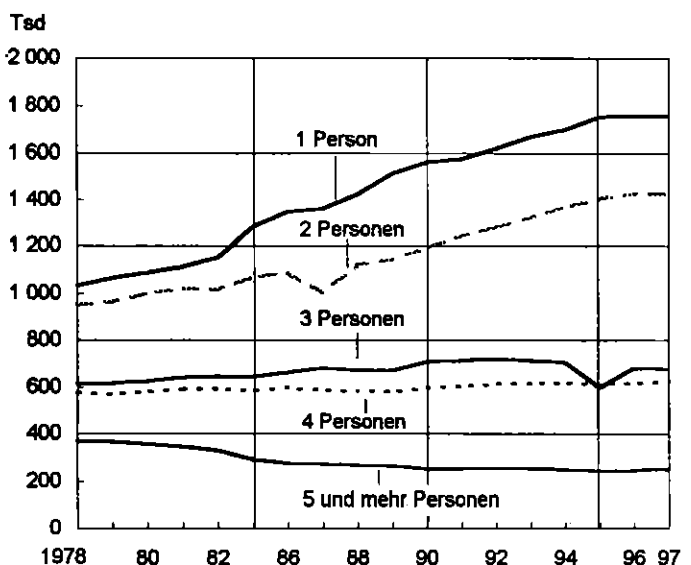
1997 gab es in Baden-Württemberg rund 4,72 Mill. Privathaushalte. Dabei gilt: je größer der Haushalt, desto geringer ist der Anteil, den dieser Haushaltstyp an der Gesamtzahl der Haushalte ausmacht. Einpersonenhaushalte stellen mit 37 % den größten Anteil an allen Haushalten im Land. Zweipersonenhaushalte vertreten einen Anteil von 30 %, Drei- und Vierpersonenhaushalte werten mit 14 bzw. 13 % auf und nur noch in jedem zwanzigsten Haushalt leben mehr Personen. Das Zusammenwohnen in einem Haushalt mit anderen Personen, als Ehepaare mit und ohne Kinder, als Alleinerziehende, in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft (mit oder ohne Kinder) oder in einer sonstigen Form der Haushaltsgemeinschaft, ist aber nach wie vor bevorzugte Lebensform der Menschen. Bezogen auf die Personen in den Privathaushalten lebten rund 83 % in Mehrpersonenhaushalten zusammen und nur 17 % in Einpersonenhaushalten.

Zahl der Privathaushalte wächst langfristig stärker als die Bevölkerung

Während 1978 rund 3,54 Mill. Haushalte gezählt wurden, in denen 9,12 Mill. Menschen lebten, hat sich die Zahl der Haushalte bis 1997 um 34 % erhöht, die Zahl der Haushaltsmitglieder wuchs dagegen nur um 15 %, nämlich auf 10,45 Mill. Personen. Dies begründet sich vorrangig durch den herausragenden Anstieg der Einperson-

Schaubild 4

Privathaushalte*) in Baden-Württemberg seit 1978 nach Haushaltsgröße



*) 1983 und 1984 keine Mikrozensusergebnisse.

Tabelle 9

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1996 nach Familientyp und Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1980	1985	1990	1992	1994	1996	1997
	1000							
Zusammenlebende Ehepaare								
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 241,2	2 187,6	2 333,6	2 418,2	2 468,3	2 475,0	2 465,1
darunter								
ohne Kinder	757,4	813,7	820,6	918,8	975,6	1 049,5	1 098,6	1 093,2
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 171,8	1 016,2	976,3	1 013,9	1 014,1	1 020,2	1 022,2
1 Kind	508,0	530,0	495,1	453,4	455,8	438,5	429,5	422,6
2 Kinder	466,2	450,0	398,6	387,2	412,2	427,6	433,5	443,0
3 Kinder oder mehr	281,4	191,8	122,5	135,7	146,0	148,0	157,1	156,6
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	2 068,9	1 697,0	1 674,3	1 758,0	1 779,5	1 818,2	1 829,1
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,77	1,67	1,71	1,73	1,75	1,78	1,79
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren								
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	120,7	127,8	125,4	143,3	159,4	175,2	189,8
1 Kind	55,6	77,1	94,3	88,8	100,3	110,4	116,4	125,1
2 Kinder	27,2	31,1	26,3	28,7	35,0	40,1	46,2	50,7
3 Kinder oder mehr	13,6	12,5	7,2	7,9	8,0	8,9	12,7	14,1
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	182,1	170,0	171,4	197,0	220,8	249,8	272,4
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,51	1,33	1,37	1,37	1,39	1,43	1,44
Alleinerziehende Männer	14,6	16,9	20,4	16,2	16,3	20,7	27,0	31,6
Alleinerziehende Frauen	81,8	103,8	107,4	109,2	127,0	138,7	148,2	158,2

haushalte. Im Zeitraum 1978 bis 1997 stieg deren Zahl von 1,03 Mill. auf 1,75 Mill. Dies entspricht einem prozentualen Zuwachs von 70 %, der damit doppelt so hoch ausfiel wie der Anstieg der Haushalte insgesamt. Ein Zuwachs um 50 % auf 1,42 Mill. ist bei den Zweipersonenhaushalten zu verzeichnen.

Alle anderen Haushaltstypen verloren im Zeitablauf zunehmend an Bedeutung. Während die Anteile der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten im genannten Zeitraum von 29 % auf 37 % und der Zweipersonenhaushalte von 27 auf 30 % stiegen, sind die Quoten der anderen Haushaltstypen gesunken. Insbesondere große Haushalte mit 5 und mehr Personen haben an Gewicht verloren. Nicht nur ein gesunkener Anteil an den Haushalten insgesamt wird registriert, sie vereinten 1997 nur noch 5 % aller Haushalte (1978: 10 %); es handelt sich auch um den einzigen Haushaltstyp, der absolut seltener anzutreffen ist als vor 20 Jahren. Die Zahl der Haushalte mit 5 und mehr Personen sank in dieser Zeit von rund 369 000 auf knapp 251 000.

In diesen Entwicklungen spiegelt sich wider, daß die Zahl kinderreicher Familien abnimmt und immer weniger Menschen in Haushalten mit mehreren Generationen leben. Ältere Alleinlebende stellen daher auch den größten Teil der Einpersonenhaushalte; fast die Hälfte der Bewohner von Einpersonenhaushalten sind 55 Jahre alt oder älter. Aber auch unter den jüngeren Einwohnern Baden-Württembergs lebt ein zunehmender Anteil allein in einem eigenen Haushalt. Es wird allerdings vermutet, daß diese Lebensform für die jüngeren Alleinlebenden als Übergangsphase im Lebenslauf – in der Phase der Loslösung von den Eltern bis zur Gründung einer eigenen Familie bzw. Partnerschaft – zu werten ist.

Ursachen der kleineren Haushalte werden vor allem in der Tendenz zur Individualisierung, zunehmender Alterung der Bevölkerung, reduzierten Kinderzahlen in den Familien oder auch steigenden Scheidungsraten gesehen. Die Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen, die mehr Mobilität verlangen, tragen dazu ebenso bei wie die Möglichkeit, sich einen eigenen Haushalt leisten zu können.

Mehr Ehepaare ohne im Haushalt lebende Kinder

Die Zahl der Ehepaare ohne im Haushalt wohnende Kinder ist in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden; auch ihre relative Bedeutung an den Ehepaaren insgesamt nahm zu. Während 1975 etwa 34 % der Ehepaare als Paare ohne Kinder erfaßt wurden, waren es zu Beginn dieses Jahrzehnts rund 39 %. Gleichzeitig nahm der Anteil der Ehepaare mit im Haushalt wohnenden minderjährigen Kindern von circa 56 % auf knapp 42 % ab. Während sich die Entwicklung bei den Ehepaaren ohne Kinder auch in den neunziger Jahren fortsetzte, die Quote stieg bis 1997 auf rund 44 %, blieb sie für Ehepaare mit minderjährigen Kindern annähernd stabil. Demzufolge sank in den 90er Jahren vor allem der Anteil der Ehepaare mit im Haushalt lebenden erwachsenen Kindern.

Mit schrumpfender Kinderzahl hat sich der Lebensabschnitt, in dem Eltern mit ihren Kindern zusammenleben, verkürzt. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu bedenken, daß Ehepaare ohne Kinder im Haushalt nicht gleichzusetzen sind mit zeitlebens kinderlosen Ehen. Als kinderlos gezählt werden auch Ehepaare, die noch keine Kinder haben und Ehepaare, deren Kinder bereits erwachsen und aus dem Familienhaushalt ausgezogen sind.

Zahl der Alleinerziehenden steigt

Die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern ist heute größer als vor 20 Jahren. Der zunächst langsam vonstatten gegangene Anstieg hat sich in den 90er Jahren beschleunigt. Die absolute Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren stieg seit 1975 um mehr als 93 000. Über zwei Drittel dieses Zuwachses fiel in den Zeitraum 1990 bis 1997.

Der Lebenshintergrund der Alleinerziehenden ist heute ein anderer als in früheren Jahrzehnten. Während noch bis in den Anfang der 60er Jahre viele Kriegswitwen zu den Alleinerziehenden gehörten und auch in den 70er Jahren der Anteil der Verwitweten dominierte, sind es in jüngerer Zeit die Geschiedenen. 1996 hatten 38 % aller Alleinerziehenden diesen Familienstand. Weitere 14 % der Alleinerziehenden stellten die verheiratet getrennt Lebenden und 20 % die Ledigen. Besonders deutlich hat sich in den 90er Jahren der Anteil der Ledigen unter den Alleinerziehenden erhöht. Bis 1996 erhöhte er sich um 5 Prozentpunkte auf 20 %. Der Anteil der Geschiedenen stieg im gleichen Zeitraum nur um 3 Prozentpunkte und der Anteil der verheiratet getrennt lebenden Alleinerziehenden stieg ebenfalls um 3 Prozentpunkte. Es ist dabei wichtig zu wissen, daß Elternteile, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft leben, als Alleinerziehende gezählt werden. Diese „unechten Alleinerziehenden“ erhöhen den statistisch ausgewiesenen Wert.

Mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften

Obwohl nichteheliche Lebensgemeinschaften auch heute noch eine Minderheit bilden – 1997 waren 93 % aller zusammenlebenden Paare in Baden-Württemberg miteinander verheiratet, nur 7 % lebten als nichteheliche Lebensgemeinschaft zusammen –, werden sie als neue Form des Zusammenlebens gesehen. Die vorliegenden Daten zeigen, daß offenbar immer mehr Paare unverheiratet zusammenleben. 1988 wurde die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit knapp 100 000 beziffert, 1997 schon mit mehr als 190 000. Wie das Alleinleben jüngerer Personen wird die nichteheliche Lebensgemeinschaft in der Literatur weniger als dauerhafte Alternative zur Ehe gewertet, sondern eher als eine Übergangsphase im Lebensverlauf, die häufig mit der Geburt oder Planung eines Kindes in die Ehe überführt werde. Zunehmende Akzeptanz dieser Paargemeinschaften und deren Kinder in der Bevölkerung lassen erwarten, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft in Zukunft auch dauerhafter angelegt sein wird.

Bildungswesen

Demographisch bedingte Zunahme der Schülerzahlen

Im Schuljahr 1997/98 wurden an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen (ohne Abendschulen und Kollegs) rund 25 000 Schüler und Schülerinnen mehr

Schaubild 5

Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980

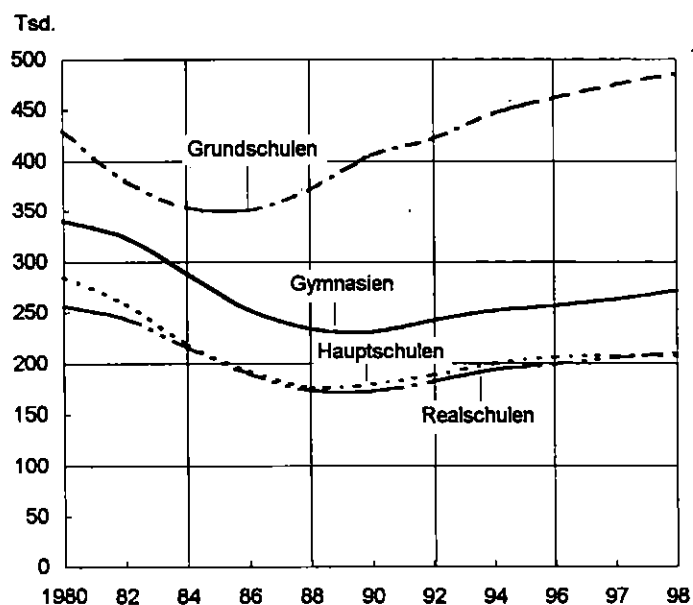


Tabelle 10

Schüler und Schülerinnen an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2011/12*)

Schuljahr	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Sonderschulen	Allgemeinbildende Schulen insgesamt ¹⁾
1981/82	404	272	253	336	55	1345
1984/85	354	220	216	288	47	1150
1987/88	359	182	180	241	43	1028
1990/91	406	180	173	231	44	1055
1993/94	432	195	189	248	47	1133
1996/97	475	208	206	263	50	1224
1997/98	485	208	211	271	50	1 249
1999/00	489	227	221	283	54	1299
2002/03	472	243	236	298	55	1330
2005/06	455	239	237	307	54	1318
2008/09	420	225	228	304	50	1252
2011/12	385	208	214	289	47	1167

*) Bis einschließlich 1997/98 Ist-Werte, danach voraussichtliche Entwicklung (Grundlage: Bevölkerungsvorausrechnung, Basis: 31. Dezember 1995, mittlere Variante.- 1) Ohne Abendschulen und Kollegs.

Tabelle 11

Schüler und Schülerinnen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2011/12*)

Schuljahr	Teilzeitbereich zusammen ¹⁾	Vollzeitbereich zusammen	Darunter			Berufliche Schulen insgesamt
			Berufsfachschulen	Berufs-kollegs	Berufliche Gymnasien	
1981/82	289 183	142 118	65 559	22 252	33 040	431 301
1984/85	291 891	140 639	58 265	28 188	31 787	432 530
1987/88	275 486	134 317	50 109	28 612	30 568	409 803
1990/91	233 398	135 594	48 161	28 199	30 575	368 992
1993/94	209 189	142 763	50 178	28 657	32 469	351 952
1996/97	192 916	150 181	52 075	33 304	34 283	343 097
1997/98	193 394	155 447	53 981	35 618	35 868	348 841
1999/00	200 000	162 000	55 000	38 000	39 000	362 000
2002/03	213 000	173 000	59 000	41 000	42 000	386 000
2005/06	230 000	185 000	64 000	44 000	45 000	415 000
2008/09	242 000	189 000	62 000	46 000	47 000	431 000
2011/12	237 000	182 000	59 000	45 000	46 000	419 000

*) Bis einschließlich 1997/98 Ist-Werte, danach voraussichtliche Entwicklung (Grundlage: Bevölkerungsvorausrechnung, Basis: 31. Dezember 1995, mittlere Variante.- 1) Berufsschulen und Berufsgrundbildungsjahr – Teilzeit.

unterrichtet als im Jahr zuvor. Die derzeitige Zahl liegt jedoch mit rund 1,25 Mill. deutlich unter dem Niveau der 70er und frühen 80er Jahre. Nach der Prognose des Statistischen Landesamtes ist jedoch bis zum Schuljahr 2003/04 aufgrund wachsender Jahrgangsstärken von einem Anstieg auf mehr als 1,33 Mill. auszugehen. Danach wird wieder ein Rückgang der Schülerzahlen erwartet.

An den Grundschulen des Landes wurden mit abgerundet 485 000 Kindern knapp 11 000 oder 2,3 % mehr als 1996 ermittelt, immer noch eine Folge des Anstiegs der Geborenenzahlen zum Ende der 80er Jahre. Mit einer Schülerzahl von knapp 211 000 bewegten sich die Realschulen wieder auf das Niveau zu, das sie Mitte der 80er Jahre schon einmal hatten. Dieses entspricht einem Zuwachs gegenüber dem vergangenen Schuljahr von 2,5 %. Die stärksten Zunahmen lassen sich für Gymnasien feststellen: Rund 271 000 Jugendliche werden hier derzeit unterrichtet, das sind 3 % mehr als im Jahr zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant blieben die Schülerzahlen an den Hauptschulen mit circa 208 000 und an den Sonderschulen mit rund 50 000.

Etwa 349 000 Schülerinnen und Schüler gingen im Schuljahr 1997/98 auf eine der beruflichen Schulen im Land. Hinzu kommen rund 16 000 Lernende an Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Damit ist in diesem Bereich erstmals seit langem wieder ein Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen. Für die beruflichen Schulen ist wegen der demographischen Entwicklung in den kommenden 10 Jahren mit einem Anstieg der Schülerzahl auf über 431 000 zu rechnen.

Der Anstieg der Schülerzahl im letzten Jahr um fast 6 000 resultiert zum größten Teil aus der Zunahme der Lernenden im Vollzeitbereich beruflicher Schulen. Nur nahezu 500 Personen zusätzlich besuchten mit der Berufsschule bzw. dem Berufsgrundbildungsjahr in Teilzeitform Einrichtungen des dualen Ausbildungssystems, an denen der schulische Teil der Berufsausbildung stattfindet. Hierin spiegelt sich die ungünstige Lage auf dem Ausbildungsmarkt wider. Im Vollzeitschulbereich geht die Veränderung hauptsächlich auf den Zuwachs von fast 6 000 Schülern und Schülerinnen an den Berufskollegs, Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien zurück, während gleichzeitig ihre Zahl an Fachschulen um 1 000 abgenommen hat.

Schüler an Berufsschulen werden älter

Die Schüler und Schülerinnen an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg sind heute im Durchschnitt älter als vor 20 Jahren. Dies gilt sowohl für die Auszubildenden an den Teilzeitberufsschulen als auch für die Gesamtheit der Schüler und Schülerinnen an beruflichen Schulen. Im Schuljahr 1996/97 hatte rund ein Drittel der

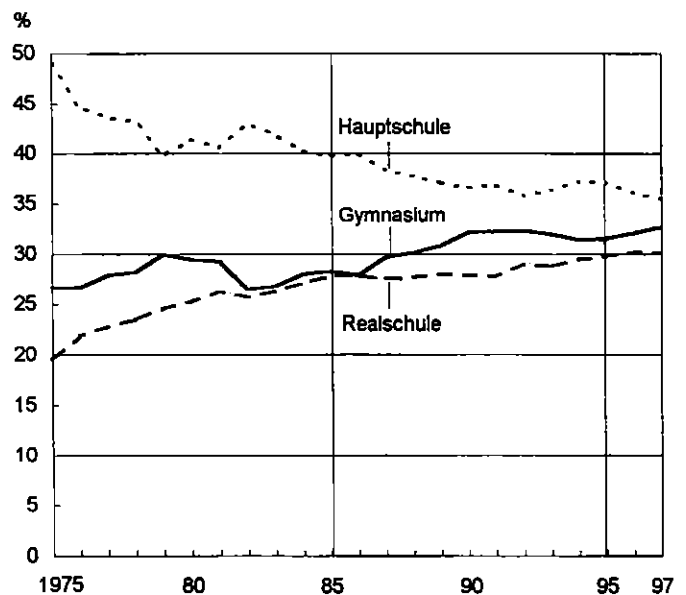
Auszubildenden an Berufsschulen das 20. Lebensjahr vollendet. Die meisten Auszubildenden waren 18 bis 19 Jahre alt. Im Vergleich dazu waren 21 Jahre zuvor, im Schuljahr 1975/76, lediglich knapp 6 % aller männlichen und weniger als 3 % der weiblichen Auszubildenden 20 Jahre alt oder älter. Die 17jährigen waren der am stärksten besetzte Jahrgang. Einer der Hauptgründe für diese „Alterung“ ist die gestiegene Zahl der Berufsschüler mit mittlerem Bildungsabschluß, Fachhochschul- oder Hochschulreife. Auch die Zunahme der Umschulenden beeinflusst das Durchschnittsalter. Eine weitere Rolle spielt das berufsvorbereitende Jahr, das durch die schwierige Ausbildungssituation bedingt ist.

Übergangsquoten im Trend

1997/98 wechselten 35,5 % der Grundschul Kinder auf eine Hauptschule, 0,5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Nach einem Anstieg in den Schuljahren 1993/94 und 1994/95 ist die Übergangsquote wieder leicht gesunken. Die Hauptschule bleibt aber die Schulart mit der höchsten Übergangsquote. Die Bedeutung der Realschule hat in den letzten 5 Jahren nur leicht zugenommen, und im Vorjahresvergleich blieb die Quote mit 30,1 % nahezu konstant. Die Gymnasien verzeichnen dagegen mit einer Übergangsquote von 32,6 % einen leichten Zuwachs. Im Schuljahr 1996/97 lag sie bei 32 %. Der langfristige Trend setzt sich also auch in den 90er Jahren fort; im Vergleich zu früheren Jahrzehnten allerdings in sehr gemäßigter Form.

Schaubild 6

Übergangsquoten aus Grundschulen auf weiterführende Schulen in Baden-Württemberg seit 1975



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stp98

Tabelle 12

Studierende*) in Baden-Württemberg seit Wintersemester 1975/76 nach Hochschularten

Wintersemester	Studierende insgesamt	Davon an					
		Universitäten ¹⁾	Pädagogischen Hochschulen	Kunst-hochschulen	Staatlichen Fachhochschulen	Nichtstaatlichen Fachhochschulen	Verwaltungs-fachhochschulen
1975/76	132 093	86 388	22 248	2 960	16 694	2 242	1 561
1980/81	147 768	102 124	13 127	3 332	23 055	2 647	3 483
1985/86	190 301	132 224	9 785	3 848	33 962	2 745	7 737
1990/91	215 242	148 780	11 851	4 028	40 563	3 250	6 770
1991/92	220 933	151 135	13 818	3 949	41 857	3 272	6 902
1992/93	226 301	152 728	14 755	3 976	43 301	4 096	7 445
1993/94	230 980	152 364	16 153	4 024	44 101	5 435	8 903
1994/95	231 540	149 248	18 375	4 183	44 408	6 235	9 091
1995/96	226 512	142 960	19 038	4 105	44 854	6 584	8 971
1996/97	219 353	137 771	18 657	4 060	44 036	7 114	7 715
1997/98	206 550	127 412	17 739	3 995	43 300	7 270	6 834

*) Nur Haupt Hörer. – 1) Einschließlich Theologische Hochschule Heidelberg und Private Wissenschaftliche Hochschule Bierbronn.

Lehrkörper altert

Der Anteil der älteren Lehrer und Lehrerinnen am gesamten Lehrkörper nimmt zu. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen liegt gegenwärtig bei 46,6 Jahren und ist im Vergleich zum Vorjahr um ein halbes Jahr gestiegen. Beachtlich ist weniger das Durchschnittsniveau, sondern das Tempo, mit dem es sich verändert. Wären alle Altersstufen gleichmäßig mit Lehrkräften besetzt und legte man ein durchschnittliches Eintrittsalter in den Schuldienst von 28 Jahren und ein durchschnittliches Abgangsalter von 62 Jahren zugrunde, ergäbe sich rechnerisch ein Durchschnittsalter von 45 Jahren. Mit 48,1 weist der Lehrkörper an den Gymnasien das höchste Durchschnittsalter auf. Mehr als vier Fünftel der Lehrkräfte sind 40 Jahre und älter, rund 43 % haben bereits das 50. Lebensjahr vollendet. Allein in diesem Jahrzehnt nahm das Durchschnittsalter der Lehrer und Lehrerinnen an den Hauptschulen um 2,4 Jahre, den Gymnasien um 3,5 Jahre und den Realschulen um 3,9 Jahre zu. Mit 4,3 Jahren hat das Durchschnittsalter an den Sonderschulen am stärksten zugenommen. Eine Fortsetzung des Alterungsprozesses in den nächsten Jahren ist abzusehen.

Allerdings sind auch die Ansätze eines Verjüngungsprozesses erkennbar. Die Zahl der jüngeren Lehrer und Lehrerinnen unter 36 Jahren – derzeit 5 000 unter 77 000

voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen – lag im laufenden Schuljahr wieder auf dem Niveau von vor fünf Jahren und wird sich bei konstanter Lehrerschaft in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Damit kommen mehr aktuell an den Hochschulen und Seminaren ausgebildete Lehrkräfte in die Schulen und können zu einer fachwissenschaftlichen, didaktischen und methodischen Erneuerung des Unterrichts beitragen.

Rückläufige Studierendenzahlen – nichtstaatliche Fachhochschulen melden Zulauf

An den Hochschulen in Baden-Württemberg waren im Wintersemester 1997/98 rund 207 000 Personen eingeschrieben; circa 13 000 weniger als im vorangegangenen Wintersemester. Auch in diesem Jahr setzt sich der, nach dem kontinuierlichen Anstieg bis 1994, in jüngerer Zeit begonnene Rückgang fort. Zwar wird die gegenwärtig rückläufige Entwicklung der Studierendenzahlen vor allem demographischen Auswirkungen zugeschrieben, aber auch die Neigung, von der Hochschulzugangsberechtigung Gebrauch zu machen, nahm in vergangenen Jahren ab. Nach Angaben aus dem Hochschulinformationssystem ging der Anteil derjenigen Studienberechtigten, die einen Hochschulabschluß anstreben, von 1990 bis 1994 von 76 % auf 72 % zurück.

Der Rückgang der Studierendenzahlen, die von 1996 auf 1997 von rund 138 000 auf 127 000 Studierende abgenommen hat, betrifft vor allem die Universitäten des Landes. Die Studierendenzahl an den Universitäten fiel damit unter das Niveau Mitte der 80er Jahre. Von dem Rückgang der Studierendenzahlen waren auch die anderen Hochschularten betroffen. Einzige Ausnahme bilden die nichtstaatlichen Fachhochschulen, die einen Zuwachs melden konnten, zuletzt allerdings einen geringen von nur 160 Studierenden.

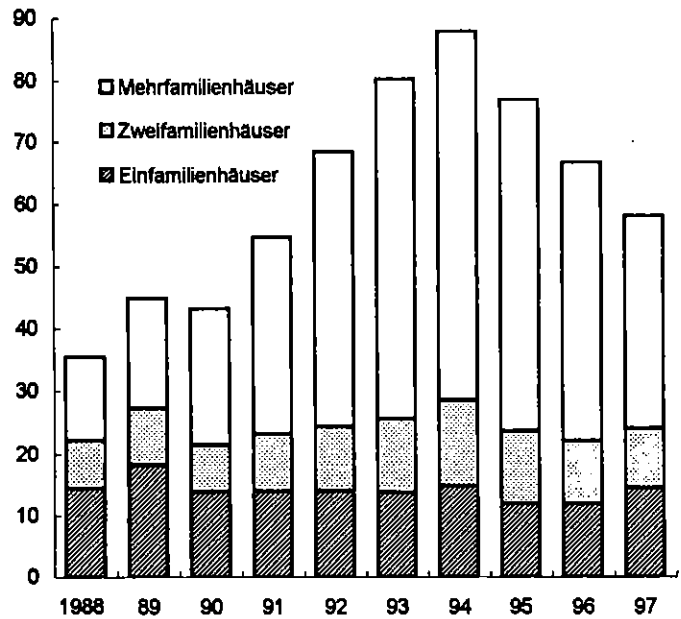
Wohnsituation

Die Zahl der Wohngebäude und der Wohnungen ist weiter gestiegen. 1997 gab es nahezu 2,09 Mill. Wohngebäude; die Zahl der Wohnungen stieg auf über 4,5 Mill. Bei rund der Hälfte des Wohnungsbestandes handelt es sich um Wohnungen mit 4 oder 5 Räumen. Etwa ein Viertel der Wohnungen hat mehr und ein weiteres Viertel weniger Räume aufzuweisen. In der jüngeren Entwicklung des Gebäude- und Wohnungsbestandes schlagen sich die rückläufigen Tendenzen im Wohnungsbau nieder. Der Bestand stieg ab Mitte der 90er Jahre weniger stark als zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Schaubild 7

Fertigstellungen im Wohnungsneubau Baden-Württembergs seit 1988 nach Gebäudetyp

Wohnungen in Tsd.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/sep98

Entspannung auf dem Wohnungsmarkt

In Baden-Württemberg fehlten Ende 1996 rechnerisch noch etwa 166 000 Wohnungen. Dies ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Haushalte mit Wohnungsbedarf und dem Wohnungsbestand, bei gleichzeitiger Berücksichtigung einer Fluktuationsreserve.

Gegenüber 1993 sank das Wohnungsdefizit landesweit um 40 %. Ende 1993 fehlten noch 294 000 Wohnungen. Bis zum Jahr 2005 besteht nach der jüngsten Wohnungsbedarfsprognose des Statistischen Landesamtes ein Gesamtbedarf von knapp 400 000 fertigzustellenden Wohnungen. Die Zahlen für 1997 ergeben, daß das Wohnungsdefizit um weitere rund

Tabelle 13

Gebäude- und Wohnungsbestand in Baden-Württemberg 1989 bis 1997 nach Anzahl der Räume

Jahr	Wohngebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾							
		insgesamt	davon mit ... Räumen						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
1000									
1989	1 894	3 940	94	193	671	1 168	855	484	476
1990	1 914	3 987	96	195	679	1 179	864	491	482
1991	1 937	4 049	99	200	691	1 195	876	499	490
1992	1 961	4 128	102	206	708	1 216	890	508	497
1993	1 988	4 219	107	214	730	1 241	905	517	506
1994	2 017	4 317	112	223	754	1 267	920	526	515
1995	2 042	4 403	116	232	775	1 290	933	534	523
1996	2 064	4 477	118	239	794	1 310	944	541	531
1997	2 087	4 542	121	244	808	1 325	955	549	540

1) Ohne Wohnheime.

55 000 Wohnungen verringert wurde. Damit reduziert sich der jährliche Fertigstellungsbedarf bis zum Jahr 2005 auf etwa 41 000 Wohnungen. Insgesamt kann von einer günstigen Entwicklung für die Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt gesprochen werden.

Rückläufige Tendenzen im Wohnungsbau insgesamt – positive Entwicklung beim Eigenheimbau

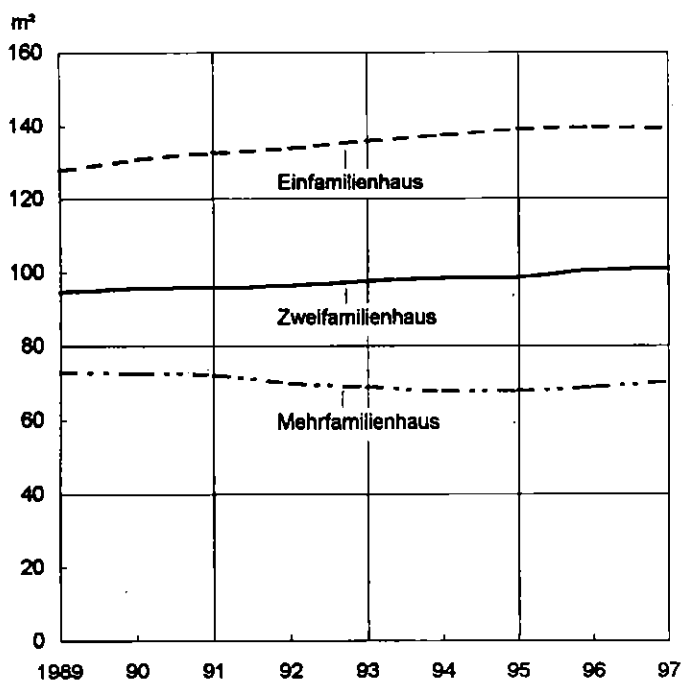
Der seit 1995 registrierte Rückgang bei Fertigstellungen im Wohnungsneubau setzte sich weiter fort. 1997 wurden rund 69 000 Wohnungen fertiggestellt, knapp 13 % weniger als 1996. Die Fertigstellung liegt aber noch über dem ermittelten jährlichen Bedarf.

Verringert hat sich vor allem die Fertigstellung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Bei diesem Gebäudetyp wurden 1997 annähernd 24 % weniger Wohnungen bezugsfertig als im Vorjahr. Aber auch die Zahl der durch den Bau von Zweifamilienhäusern geschaffenen Wohnungen ging im Vorjahresvergleich zurück und zwar um 8 %. Allein bei den Einfamilienhäusern blieb der Trend steigend. Hier übertraf das Fertigstellungsergebnis 1997 mit annähernd 15 000 das Vorjahresergebnis um fast 23 %.

Schaubild 8

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in Baden-Württemberg seit 1989 nach Gebäudetyp

- Fertiggestellte Wohngebäude -



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

Die aufgezeigte Entwicklung bei der Wohnungsfertigstellung dürfte in näherer Zukunft weitergehen. 1997 wurden nochmals weniger Wohnungen genehmigt als im Vorjahr. Auch hier setzte sich die 1995 eingeschlagene Richtung fort. Der neuerliche Rückgang um 6 % fiel aber geringer aus als im Vorjahr mit minus 18 %. Auch bei den Baugenehmigungen steht dem Rückgang bei Zwei- und Mehrfamilienhäusern ein Genehmigungszuwachs bei den Einfamilienhäusern gegenüber. Dieser bemisst sich auf knapp 20 %. Eine größere Zahl von Einfamilienhäusern als 1997 wurde letztmals 1979 genehmigt.

Trend zu größeren Wohnungen zu Ende?

Dem von 1987 an beobachteten Trend zu immer größeren Wohnungen scheint sich eine Phase der Stabilisierung anzuschließen. Seit 1995 wurde bei Einfamilienhäusern kein Zuwachs der durchschnittlichen Quadratmeter festgestellt. Die Wohnfläche hält sich auf dem hohen Niveau von knapp 140 m². Bei den bezugsfertigen Wohnungen in Zweifamilienhäusern war im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls keine Steigerung der Wohnfläche festzustellen. Diese lag 1996 und 1997 im Durchschnitt jeweils knapp über 100 m². Allein bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ist eine leichte Steigerung um gut einen Quadratmeter Wohnfläche gegenüber 1996 zu sehen. Die durchschnittliche Fläche der Wohnungen in diesen Gebäuden lag 1997 bei rund 70 m².

Zahl der Wohngeldbeziehenden weiter gestiegen

Ende 1996 lag die Zahl der Wohngeldempfängenden um weitere rund 13 000 höher als im Jahr davor. Es wurden fast 207 000 Bezieher von Wohngeld ausgewiesen. Rückblickend bis 1975 läßt sich ein Anstieg der Wohngeldbeziehenden um abgerundet 52 000 ermitteln. Mehr als die Hälfte dieses Zuwachses fand vor 1990 statt. Die restlichen 45 % konzentrierten sich auf die sieben Jahre von 1990 bis einschließlich 1996.

Der durchschnittliche Wohngeldanspruch ist, wie auch die durchschnittliche Miete, laufend gestiegen. 1975 betrug er 80 DM, 1996 waren es 202 DM. Die Steigerungsrate seit 1975 beträgt rund 153 %. Im gleichen Zeitraum stieg die durchschnittliche Miete der Wohngeldempfängenden von 217 DM auf 641 DM, also um circa 195 %.

Der Anteil des Wohngeldes an der Miete betrug 1975 durchschnittlich 37 % und liegt 1996 bei 32 %. Der herausragende Anteil in 1975 wurde aber auch bereits in früheren Jahren nicht mehr erreicht, wie die Werte für 1980 und 1985 exemplarisch zeigen. Annähernd zwei Drittel

Tabelle 14

Eckzahlen aus der Wohngeldstatistik für Baden-Württemberg seit 1975

Jahr/ Haushalts- größe	Empfänger von Wohngeld insgesamt	Durch- schnittlicher Wohngeld- anspruch	Durchschnitt- liche tatsäch- liche monat- liche Miete	Anteil des Wohngeldes an der Miete
				DM
1975	154 645	80	217	36,9
1980	141 066	82	252	32,5
1985 ¹⁾	134 699	114	370	30,8
1990	183 484	147	460	32,0
1992 ²⁾	190 949	155	517	30,0
1994	190 748	182	597	30,5
1995	194 122	191	625	30,6
1996	206 745	202	641	31,5
davon Haushalte mit ... Personen				
1	86 153	143	463	30,9
2	43 180	217	624	34,8
3	29 252	249	742	33,6
4	25 276	252	848	29,7
5	13 477	255	938	27,2
6 und mehr	9 407	312	1 049	29,7

1) Ab 1985 einschließlich rückwirkenden Bewilligungen aus dem ersten Quartal des Folgemonats.– 2) Ab 1992 mit pauschalitem Wohngeld, das seit 1.4.1991 für Sozial- und Kriegsopferfürsorgeempfänger gewährt wird.

der Wohngeldbeziehenden leben in Haushalten mit einer oder zwei Personen. Weitere 26 % wohnen in drei oder vier Personenhaushalten und die verbleibenden 11 % in Haushalten mit mehr Personen. Die relativ stärkste Entlastung durch Wohngeld erfolgt in Haushalten mit zwei Personen. Der Anteil des Wohngeldes an der Miete beträgt dort 35 %. Den niedrigsten Wert findet man bei Haushalten mit fünf Personen. Hier beträgt der Anteil, den das Wohngeld durchschnittlich an der Miete ausmacht, 27 %.

Gesamtwirtschaft

Konjunktureller Aufschwung gewinnt an Fahrt

Die seit Frühjahr 1996 zu beobachtende konjunkturelle Erholung hat das Wirtschaftswachstum im Südwesten erheblich beschleunigt. Das Bruttoinlandsprodukt – Ausdruck

der im Lande produzierten Güter und Dienstleistungen – erhöhte sich 1997 gegenüber dem Vorjahr real um 2,6 % auf 461 Mrd. DM. Ein Jahr zuvor hatte es nur ein Plus von 1,7 % gegeben. Das Tempo des konjunkturellen Aufschwungs stieg erst in der zweiten Jahreshälfte, bis zur Jahresmitte war die Wachstumsrate mit 1,7 % noch verhalten ausgefallen.

Triebfeder für das beschleunigte Wirtschaftswachstum war vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das 1997 nach einer mehrjährigen Schwächeperiode ein auffallend hohes Wachstum von real 5 % verbuchte. Der kräftige konjunkturelle Aufschwung insbesondere in der zweiten Jahreshälfte war nicht nur durch das boomende Auslandsgeschäft, sondern auch durch die Belebung der Inlandsnachfrage zustande gekommen. Erstmals seit der schweren Industrierezession war das Verarbeitende Gewerbe wieder Wachstumsmotor der Gesamtwirtschaft. Im Zeitraum 1994 bis 1996 hatte die Zuwachsrate der realen Bruttowertschöpfung noch bei durchschnittlich 1 % und damit erheblich unter der Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft gelegen.

Daß sich die Wirtschaft im Südwesten im vergangenen Jahr mit soviel Schwung präsentierte, liegt aber auch an den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne – ohne Handel, Verkehr und Staat. Sie expandierten mit einer Wachstumsrate von 3,7 % wieder überdurchschnittlich, tendierten aber nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor.

Zwei Drittel der Gesamtwirtschaft laufen wieder rund

Angetrieben von zwei etwa gleich starken Motoren lief die Wirtschaft im Südwesten wieder rund, denn die Dienstleistungsunternehmen und das Verarbeitende Gewerbe trugen mit Bruttowertschöpfungen von real 150 bzw. 155 Mrd. DM zu jeweils einem Drittel zur Gesamtwirtschaft bei.

Im verbleibenden Drittel, das sich aus allen übrigen Wirtschaftsbereichen zusammensetzt, hielten sich positive und negative Entwicklungen die Waage. Wachstumsträger waren dort die Verkehrsunternehmen einschließlich Nachrichtenübermittlung, die Handelsunternehmen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einschließlich der privaten Haushalte. Als Wachstumsbremse erwiesen sich vor allem im nunmehr fünften Folgejahr das Baugewerbe und erstmals auch der Staatssektor. Das Baugewerbe setzte seine Talfahrt mit einem Minus von 4 % weiter fort, und im Staatssektor sank infolge der Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand die reale Bruttowertschöpfung um 1,6 %. Die nachlassende Wirtschaftsleistung in diesen beiden Wirtschaftsbereichen hat das gesamtwirtschaftliche Wachstum um rund ein Zehn-

tel gebremst. Hätten Baugewerbe und Staat ihre reale Wirtschaftsleistung von 1996 im vergangenen Jahr halten können, wäre die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate 1997 rein rechnerisch auf 2,9 statt auf 2,6 % gestiegen.

Die alleinige Betrachtung der Wachstumsraten reicht jedoch nicht aus, um beurteilen zu können, wo die Gesamtwirtschaft hinsichtlich ihres Niveaus im längerfristigen Vergleich steht. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist die Rezession in Baden-Württemberg überwunden, nachdem das Bruttoinlandsprodukt bereits im Jahr 1996 den damaligen Höchststand aus dem Jahr 1992 erreicht hatte. Wegen des hohen Niveaus des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1992 und der anschließend ausgeprägten Rezession dauerte der Aufholprozeß in den 90er Jahren allerdings dreimal so lange wie nach der Rezession im Jahr 1982. Unter diesem Aspekt ist die aktuelle Situation in etwa mit der konjunkturellen Lage der Jahre 1983/84 vergleichbar. Damals wuchs die Gesamtwirtschaft mit ähnlich hohen Raten wie derzeit und auch die Beschäftigungslage besserte sich wieder.

Investitions- und Konsumschwäche bis heute spürbar

Während die Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne, die Unternehmen des Verkehrs einschließlich Nachrichtenübermittlung und mit ihnen auch die Gesamt-

wirtschaft wieder auf Expansionskurs sind, ist die Rezession in einigen Bereichen der Gesamtwirtschaft bis heute noch nicht überwunden. Das Verarbeitende Gewerbe hat seinen Rückstand an realer Bruttowertschöpfung auch vier Jahre nach der schweren Industrierezession noch nicht wettgemacht. Hierzu mag auch die verstärkte Auslagerung von Dienstleistungsbereichen aus dem Verarbeitenden Gewerbe beigetragen haben. Die Tendenz zum Outsourcing hat den Strukturwandel in den 90er Jahren beschleunigt, der sich vor allem in einer wachsenden Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen und einer nachlassenden Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes äußert. Das Verarbeitende Gewerbe hat sich seit 1993 zunehmend erholt, die reale Bruttowertschöpfung lag dort im vergangenen Jahr aber immer noch 6% unter dem letzten Höchststand im Jahr 1991. Erst im kommenden Jahr könnte die reale Bruttowertschöpfung in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich einen neuen Höchststand erreichen. Auch die reale Wirtschaftsleistung im Handel liegt noch immer 2 % unter dem Niveau vor der Rezession. Im Baugewerbe setzt sich der Abwärtstrend dagegen bis heute fort. Der Abstand zur realen Bruttowertschöpfung des Jahres 1992 hat sich bis 1997 auf 14 % vergrößert.

Daß sich Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Handel bis heute noch nicht von der Rezession erholt haben, liegt vor allem an der Investitions- und Konsumnachfrage im Inland, die weitaus schleppender verlaufen als in den 80er Jahren. Wie wichtig das Anziehen der Inlandsnachfrage für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist, zeigte sich in der zweiten Jahreshälfte 1997, als der konjunkturelle Aufschwung im Verarbeitenden

Tabelle 15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1980 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

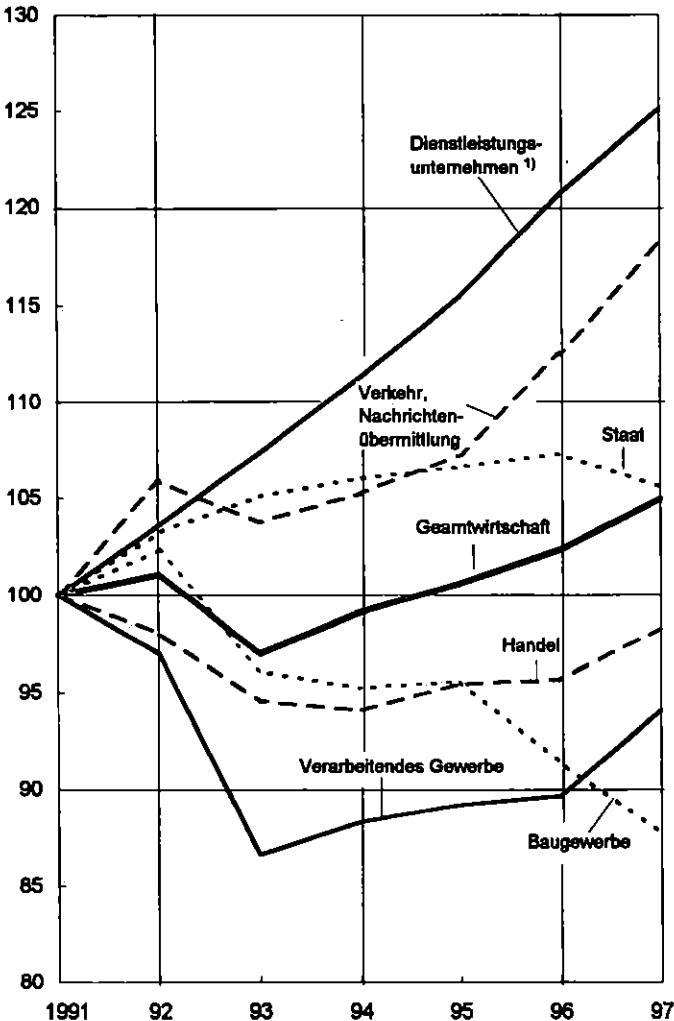
Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung							
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Dienstleistungsunternehmen	Handel und Verkehr	Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe			
1980	319 134	4 032	160 250	6 530	129 927	23 792	67 839	34 966	39 264
1985	344 297	4 487	167 172	7 669	137 865	21 637	82 188	38 735	42 752
1990	422 207	6 253	193 571	8 362	160 847	24 362	114 972	48 462	46 747
1991	439 031	4 786	197 754	8 767	164 793	24 193	120 257	52 974	47 815
1992	443 791	6 777	193 528	8 948	159 819	24 762	124 582	53 439	49 425
1993	425 786	5 639	174 602	8 637	142 723	23 241	129 041	51 850	50 411
1994	435 068	6 130	177 502	8 984	145 473	23 046	133 829	51 970	51 018
1995	441 676	5 698	179 300	9 230	146 946	23 124	138 793	52 807	51 372
1996	449 260	6 575	179 702	9 904	147 691	22 107	145 091	53 904	51 980
1997	460 759	6 433	185 758	9 522	155 013	21 223	150 444	55 846	51 566

Berechnungsstand Frühjahr 1998.

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1991*)

- in Preisen von 1991 -

1991 = 100



*) Gesamtwirtschaft: Bruttoinlandsprodukt. - 1) Im engeren Sinne (ohne Handel, Verkehr, Staat).

Gewerbe eingesetzt hat. Erst wenn sich mit wachsender Stabilität des konjunkturellen Aufschwungs die Beschäftigungssituation spürbar bessert und das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit sinkt, werden auch der Handel und das Baugewerbe stärkere konjunkturelle Impulse erhalten.

Die Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung sind im letzten Jahr besser geworden. Anders als zuvor stützte sich der Produktivitätszuwachs der baden-württembergischen Wirtschaft – ausgedrückt durch das je Erwerbstätigen erwirtschaftete reale Bruttoinlandsprodukt – fast ausschließlich auf eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung und nicht mehr auf einen Personalabbau. Dies zeigt, daß die Wirtschaft einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gesundung vorangekommen ist.

Baden-Württemberg im Ländervergleich

Südwest-Wirtschaft löst sich vom Durchschnittstrend

Im Jahr 1997 ist die baden-württembergische Wirtschaft um real + 2,6 % gewachsen und lag im zweiten Jahr hintereinander 0,4 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum der westlichen Bundesländer. Nach der ausgeprägten Wachstumsschwäche zu Beginn der 90er Jahre gehört Baden-Württemberg wieder zur Gruppe der wachstumsstarken Flächenländer und hat an Boden gut gemacht, den es während der Rezession und in den Jahren danach verloren hatte. Im vergangenen Jahr trug der Südwesten mit 16,3% wieder stärker zum realen Bruttoinlandsprodukt des westlichen Bundesgebiets bei, nachdem in der Zeit von 1990 bis 1993 sein Anteil um gut einen halben Prozentpunkt auf 16,1 % zurückgegangen war.

Der Wachstumsrückstand gegenüber anderen Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 1995 hatte jedoch nichts daran geändert, daß Baden-Württemberg – gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – zu den wirtschaftsstärksten Flächenländern im Bundesgebiet zählte. Auch in diesen Jahren war die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf lediglich in Hessen – und seit 1994 auch in Bayern – höher als hierzulande.

Der Aufholprozeß Baden-Württembergs wäre deutlicher ausgefallen, wenn das Land in den Wachstumsbereichen Dienstleistungen und Verkehr stärker vertreten wäre. Obwohl die reale Wirtschaftsleistung der hiesigen Dienstleistungsunternehmen seit der Rezession, also im Zeitraum 1994 bis 1997, unter den vier wirtschaftsstärksten Ländern durchschnittlich mit der zweithöchsten Rate zunahm und nur von Bayern übertroffen wurde, blieb der Anteil Baden-Württembergs am westlichen Bundesgebiet unverändert bei 15,1 %, weil die Dienstleistungsunternehmen hierzulande ein geringeres strukturelles Gewicht haben als in anderen Bundesländern.

Verarbeitendes Gewerbe hat kräftig aufgeholt

In der jetzigen Stärke ebenso wie in der Schwächephase zuvor spiegelt sich vor allem die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes wider. Besonders erfreulich ist, daß das Verarbeitende Gewerbe mit einem realen Wirtschaftswachstum von 5 % im Jahr 1997 gemeinsam mit Bayern an der Spitze aller westlichen Flächenländer lag. Die Industrie im Land hat in den vergangenen zwei Jahren mächtig aufgeholt. Seit 1995 ist der Anteil Baden-Württembergs

Wirtschaftliche Bedeutung ausgewählter Länder innerhalb des früheren Bundesgebiets seit 1981

Jahr	Anteil des realen Bruttoinlandsprodukts der Länder ... am früheren Bundesgebiet			
	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein-Westfalen
%				
1981	15,9	17,2	9,6	27,4
1983	16,0	17,6	9,7	26,8
1985	16,1	17,8	9,8	26,4
1987	16,5	18,2	10,1	26,0
1989	16,6	18,2	10,4	25,8
1991	16,6	18,5	10,8	25,2
1993	16,1	18,7	10,9	25,2
1995	16,2	18,9	11,0	25,0
1996	16,2	19,0	11,0	24,9
1997	16,3	19,1	11,1	24,8

innerhalb des westlichen Bundesgebiets von 20,3 auf 20,8 % gestiegen. Dies ist insofern wichtig, als noch im Rezessionsjahr 1993 die reale Wirtschaftsleistung im Verarbeitenden Gewerbe mit Ausnahme des Saarlandes in keinem anderen Flächenland so stark zurückgegangen war wie im Südwesten. Von Ende der 80er bis zur Mitte der 90er Jahre hatte Baden-Württemberg in mehrererlei Hinsicht schlechtere Karten als andere Bundesländer. So profitierte die Wirtschaft im Südwesten auch wegen der geographischen Lage weniger von der Wiedervereinigung als andere Bundesländer. Die Rezession 1992/93 traf den Südweststaat stärker als Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen, weil in dieser Phase regelmäßig die Nachfrage im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, Paradezweig der baden-württembergischen Wirtschaft, schwach ausgeprägt ist. Zu der nachlassenden Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern kam der Rückgang der Auslandsnachfrage hinzu, weil die Auslandskonjunktur schwach war und sich die Preise der Exportgüter aufwertungsbedingt stark erhöhten. Beides hat die in hohem Maße exportorientierte baden-württembergische Investitionsgüterindustrie besonders beeinträchtigt. Seit diese Nachteile weggefallen sind, hat Baden-Württemberg zuvor verlorengegangenen Boden wieder gutgemacht. Insbesondere der Exportboom im vergangenen Jahr hat die hiesige Wirtschaft sichtlich belebt, weil sie eng mit dem Ausland verflochten ist.

Starker Produktivitätsfortschritt in Baden-Württemberg

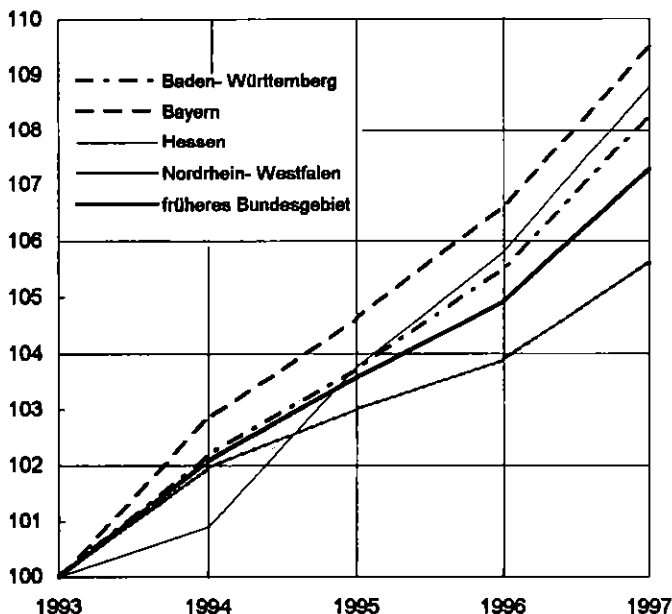
Der Erholungsprozeß der hiesigen Wirtschaft wurde auch durch die Produktivitätsentwicklung begünstigt. Denn nicht nur bezüglich des Wachstumstempos, auch beim Produktivitätsfortschritt hat Baden-Württemberg seit 1993 seine Position im Bundesländervergleich und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder verbessert. Dies gilt nicht nur für das Verarbeitende Gewerbe, sondern auch für die Dienstleistungsunternehmen. Seit der Rezession hat der Südwesten den größten Sprung beim Produktivitätsfortschritt zu verzeichnen. Von 1990 bis 1993 hatte Baden-Württemberg mit einer Zuwachsrate von jährlich 0,7 % unter den vier wirtschaftsstärksten Ländern auf dem letzten Platz gelegen, in den Folgejahren auf dem dritten Platz.

Insbesondere in den Jahren 1993 bis 1996 war der Preis für diese Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hoch, denn der Zuwachs an Arbeitsproduktivität – gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – wurde vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen erreicht. In diesen Jahren ging die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg insgesamt um knapp 260 000 zurück. Bei einem Erwerbstätigenanteil von 16,5 % am gesamten

Schaubild 10

Reales Bruttoinlandsprodukt nach ausgewählten Ländern seit 1993

1993 = 100



Berechnungsstand Frühjahr 1998.

Tabelle 17

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren ausgewählter Flächenländer des früheren Bundesgebiets seit 1980*)

– in Preisen von 1991 –

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein- Westfalen	Früheres Bundesgebiet
Bruttoinlandsprodukt in Mill. DM					
1980	319 134	343 756	195 597	554 901	2 018 000
1985	344 297	379 948	210 342	564 222	2 136 000
1990	422 207	459 454	265 561	644 743	2 520 400
1991	439 031	485 947	282 383	673 295	2 647 600
1992	443 791	502 297	290 999	680 029	2 694 300
1993	425 786	492 843	288 447	664 196	2 639 100
1994	435 068	506 743	291 018	677 183	2 694 000
1995	441 676	515 653	299 344	684 080	2 733 700
1996	449 260	525 421	305 136	690 027	2 769 000
1997	460 759	539 529	313 782	701 597	2 831 000
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in DM					
1980	34 729	31 768	35 163	32 523	32 793
1985	37 410	35 024	38 289	33 735	35 031
1990	43 409	40 506	46 451	37 390	39 846
1991	44 350	42 159	48 723	38 643	41 321
1992	44 054	43 019	49 505	38 660	41 537
1993	41 760	41 701	48 480	37 480	40 270
1994	42 446	42 618	48 730	38 080	40 906
1995	42 901	43 137	49 943	38 331	41 322
1996	43 427	43 728	50 705	38 520	41 674
1997	44 335	44 750	52 026	39 060	42 474
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in DM					
1980	73 843	68 892	79 177	77 771	74 796
1985	79 593	75 553	86 093	82 044	80 637
1990	89 814	83 564	100 476	88 055	88 500
1991	91 341	86 334	104 134	90 016	90 705
1992	91 426	88 491	106 460	90 318	91 466
1993	89 309	88 393	106 907	89 722	90 997
1994	92 914	91 834	109 903	92 527	94 012
1995	95 016	93 926	114 370	94 265	96 041
1996	97 762	96 633	117 101	96 126	98 345
1997	100 608	100 368	122 902	98 540	101 561

*) Werte für 1991 bis 1997 sind vorläufig.

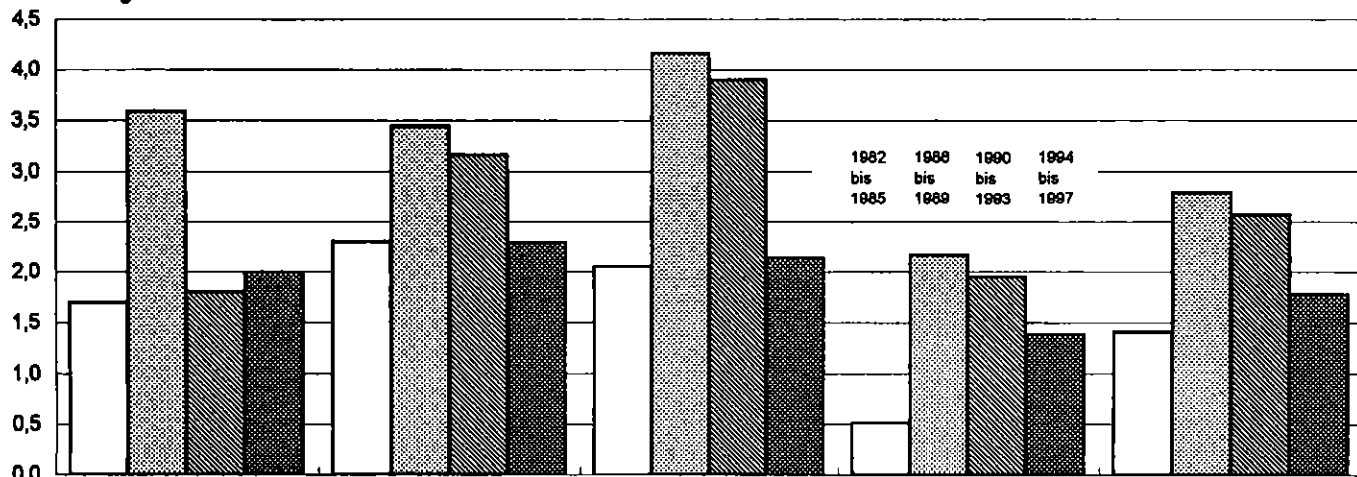
westlichen Bundesgebiet entfiel in diesen Jahren mit 20 % ein überdurchschnittlich hoher Anteil des Stellenabbaus auf Baden-Württemberg. Die Unternehmen hierzulande waren vor allem deshalb einem höheren Wettbewerbsdruck ausgesetzt, weil die Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1990 bis 1993 deutlich weniger zugenommen hatte als in anderen Bundesländern. Hierzu hatte nicht nur das schwächere Wirtschaftswachstum beigetragen, sondern auch der starke Zuwachs an Beschäftigung. Es wird vielfach vergessen, daß es Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre einen ausgeprägten Beschäftigungsboom gegeben

hat. Selbst der massive Einbruch während der Rezession und in den Jahren danach hat deshalb das Beschäftigungsniveau „nur“ auf den Stand des Jahres 1989 zurückgeführt. Es liegt deshalb nahe, den Stellenabbau der vergangenen Jahre auch als Korrektur der Überhitzungserscheinungen zu interpretieren, die während des Einheitsbooms aufgetreten waren. Die Phase der Konsolidierung ist allen Anzeichen nach im Südwesten nunmehr abgeschlossen. Die Tatsache, daß der Produktivitätszuwachs im Jahr 1997 anders als zuvor kaum noch durch Stellenabbau, sondern fast ausschließlich vom Wirt-

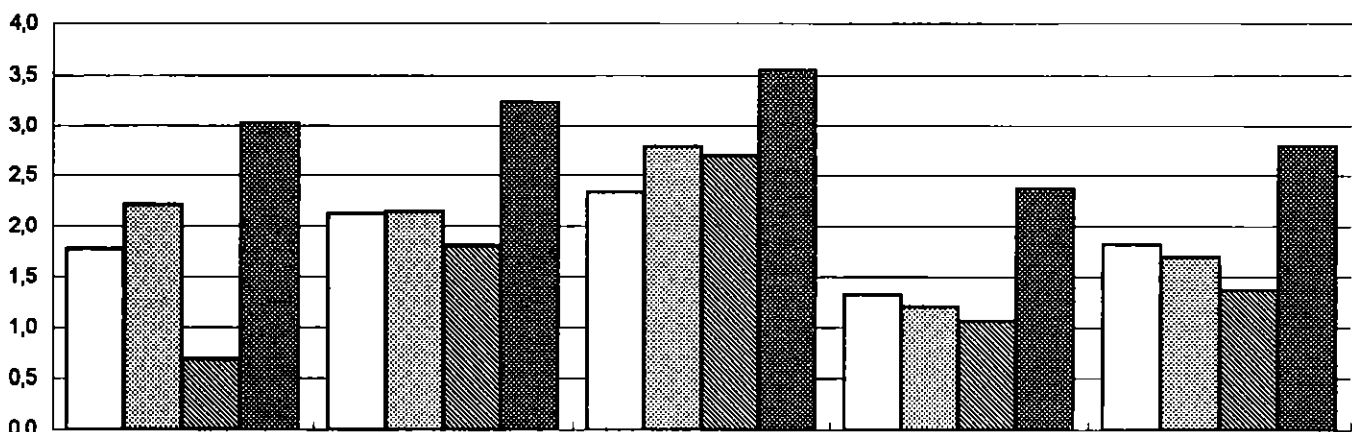
Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsproduktivität und Erwerbstätige im Ländervergleich

Reales Bruttoinlandsprodukt

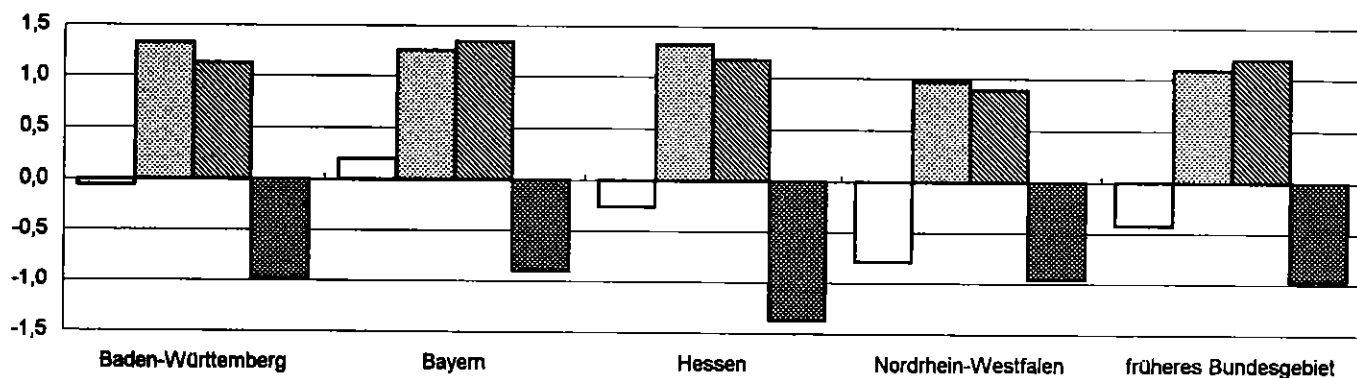
durchschnittliche jährliche
Veränderung in %



Arbeitsproduktivität ¹⁾



Erwerbstätige



1) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

schaftswachstum getragen war, läßt erwarten, daß mit dem Konjunkturaufschwung nun auch die Beschäftigungslage zunehmend besser wird.

Industrie bestimmt weitere Entwicklung

Die Trendwende in der Beschäftigung zeigt, wie wichtig eine florierende Industrie für die Entlastung des Arbeitsmarktes ist. Im vergangenen Jahr lag Baden-Württemberg mit der bundesweit niedrigsten Arbeitslosenquote von 8,7 % erstmals wieder gleichauf mit Bayern, nachdem der Südwesten in den Jahren 1993 bis 1996 eine höhere Quote aufwies als das Nachbarland Bayern. Von den weiteren Antriebskräften der Industrie – und hier insbesondere von der Entwicklung der Inlandsnachfrage – wird es abhängen, wie stark der Arbeitsmarkt in diesem Jahr entlastet wird. Mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Industrie wird sich auch gesamtwirtschaftlich die Zahl der Erwerbstätigen nachhaltig erhöhen. Für jede Million DM, die real erwirtschaftet wird, braucht man hierzulande im Verarbeitenden Gewerbe rund 10 und in den Dienstleistungsunternehmen 6,5 Erwerbstätige.

In diesem Jahr stehen die Chancen gut, daß Baden-Württemberg seine Position in der Spitzengruppe der Bundesländer ausbaut. Gerade die vergleichsweise hohe Präsenz der Industrie gereicht nun zum Vorteil, nachdem die Struktur der baden-württembergischen Wirtschaft und deren hohe Exportabhängigkeit in den Jahren zuvor eher nachteilig war. Zwar hat sich der Strukturwandel, der sich vor allem in einer wachsenden Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen und einer nachlassenden Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes äußert, auch in Baden-Württemberg nach 1993 beschleunigt, doch ist die baden-württembergische Wirtschaft mit einem Anteil von 34 % immer noch stärker von der Industrie geprägt als die anderen Bundesländer.

Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft setzte ihren Expansionkurs im Jahre 1997 mit ungebremsstem Tempo fort. Mit 4 % stieg das reale Bruttoinlandsprodukt der Weltwirtschaft gegenüber dem Vorjahr ähnlich stark wie 1996. In den Ländern USA, Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Italien und Österreich, in die zusammen etwa die Hälfte der baden-württembergischen Exporte fließt, betrug das Wirtschaftswachstum zusammen 3 %. Von dessen Verlauf hängen die Exportchancen der Südwestwirtschaft in hohem Maße ab.

In den einzelnen Regionen war die konjunkturelle Dynamik recht unterschiedlich. Während sich die Konjunktur in den angelsächsischen Volkswirtschaften kräftig entwickelte, sie sich in Kontinentaleuropa deutlich belebte, geriet der Konjunkturmotor in manchen ostasiatischen Staaten

Tabelle 18

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Ländern seit 1995

Land	1995	1996	1997	1998 ¹⁾
	Veränderung gegen Vorjahr in %			
USA	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7
Japan	+ 1,5	+ 3,9	+ 0,9	- 0,3
Deutschland	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,7
Frankreich	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,9
Vereinigtes Königreich	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,7
Schweiz	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 1,5
Indonesien	+ 8,0	+ 8,0	+ 4,5	- 9,0
China	+ 10,6	+ 9,6	+ 9,0	+ 7,5
Malaysia	+ 9,5	+ 8,6	+ 7,5	+ 2,0
Hongkong	+ 4,7	+ 4,9	+ 5,0	+ 2,0
Südkorea	+ 9,0	+ 7,1	+ 5,5	- 2,5
Tschechische Republik	+ 6,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,9
Polen	+ 7,0	+ 6,1	+ 6,9	+ 5,8

1) Geschätzte Zahlen.

Quellen: OECD; Frühjahresgutachten 1998 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.

vor allem Japan ins Stottern⁷ Nach Einschätzung der OECD⁸ erweist sich die Konjunktur in den führenden Industriestaaten aber als robust, so daß die aus Asien kommenden Schockwellen verkräftbar sein dürften. In Lateinamerika, in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten und in den meisten ostasiatischen Schwellenländern hielt die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung an.

Wachstumsregion Ostasien in der Krise

Noch 1997 haben sich die ostasiatischen Länder⁹ ausgesprochen dynamisch entwickelt. Trotz der krisenhaften Situation an den Finanzmärkten mancher Länder nahm in dieser Region das reale Bruttoinlandsprodukt insgesamt

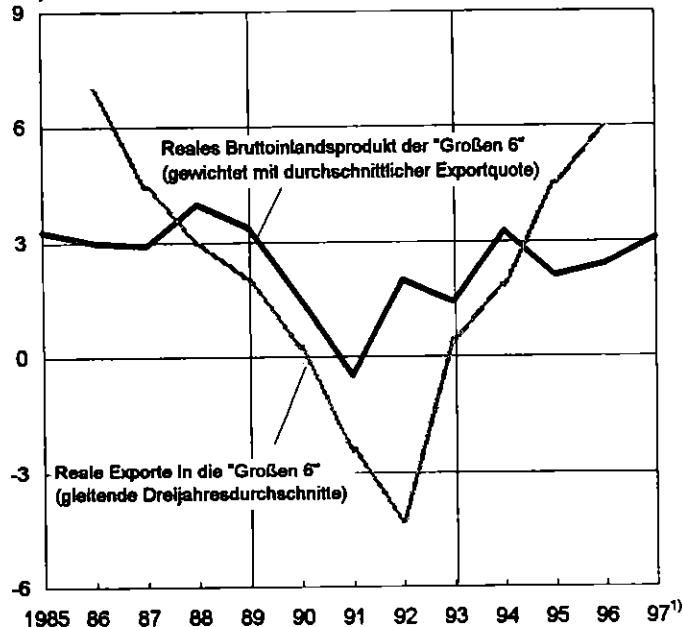
7 Gern, K. - J. / Gottschalk, J. / Scheide, J. / Schlie, M. & Strauß, H.: "Leicht gedämpfter Aufschwung in der Weltwirtschaft", in: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.): Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen, 1998.

8 OECD, Economic Outlook, Nr. 62, Paris, 1997 sowie OECD, Economic Outlook, Nr. 63, Paris, 1998; aus: Neue Zürcher Zeitung vom 9. April 1998: "Asiatischer Sand im Getriebe der Weltwirtschaft."

9 Südkorea, Hongkong, Singapur, Taiwan, Thailand, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und China.

Konjunkturabhängigkeit der baden-württembergischen Exporte in die 6 größten Handelspartner* seit 1985

Veränderung gegen Vorjahr in %



*) USA, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Schweiz, Italien, Österreich. -- 1) Vorläufiger Wert.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

um knapp 6 1/2 % gegenüber dem Vorjahr zu. Insbesondere in China, Singapur und Malaysia expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit Zuwachsraten von 9 bzw. 7 1/2 % gegenüber dem Vorjahr kräftig.

Demgegenüber hat die Finanzkrise das Wirtschaftswachstum in Indonesien, Südkorea und Thailand in der zweiten Jahreshälfte 1997 stark gebremst. Diese Länder waren vom Einbruch der Aktienkurse und der Immobilienpreise sowie von der drastischen Abwertung ihrer Währungen besonders betroffen. So wertete per Ultimo Juni bzw. Dezember 1997 die indonesische Rupiah um 115 %, der südkoreanische Won um 98 % und der thailändische Baht um 79 % gegenüber dem US-Dollar ab. Hohe Zinsen zur Stützung der Wechselkurse und aufwertungsbedingt höhere Importpreise führten zu einer Abschwächung der Binnennachfrage. Infolgedessen gingen die baden-württembergischen Exporte in die Hauptkrisenländer 1997 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück. Da sich deren Anteil am baden-württembergischen Gesamtexport im Jahr 1997 lediglich auf 2 1/2 % belief, war die ostasiatische Wirtschaftskrise im Südwesten kaum zu spüren.

Für 1998 wird insbesondere für Indonesien mit einem kräftigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Beginn und Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung in allen Krisenländern werden entschei-

dend davon abhängen, wie schnell die Sanierung des Finanzsektors gelingt. Sicherlich wird aber die weitere konjunkturelle Entwicklung auch von den Abwertungseffekten bestimmt. Die Exporte der Krisenländer – hauptsächlich Rohstoffe, Maschinen und Bekleidung – werden abwertungsinduziert gewiß an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Dies gilt im besonderen für die amerikanischen und japanischen Märkte, da sie die Hauptabnehmer südostasiatischer Güter sind. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die billigeren Güter aus Südostasien den baden-württembergischen Exporteuren, insbesondere von Maschinen und Fahrzeugen, Marktanteile streitig machen werden. Da die baden-württembergischen Maschinenbauer hauptsächlich Spezialmaschinen und die Fahrzeugbauer Produkte der gehobenen Preisklasse herstellen, dürften die Substitutionseffekte begrenzt bleiben.

Konjunkturperspektiven für Japan bleiben getrübt

In Japan geriet die konjunkturelle Entwicklung 1997 ins Stocken. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um lediglich 1 %. Die japanische Konjunkturschwäche bekam auch die baden-württembergische Wirtschaft zu spüren, deren Exporte dahin im vergangenen Jahr um reichlich 8 % zurückgingen. Im Winterhalbjahr 1997/98 hat sich die konjunkturelle Lage weiter verschlechtert. Im ersten Quartal 1998 sank das Bruttoinlandsprodukt um rund 1 1/2 % gegenüber dem Vorjahr. Japan ist aufgrund seiner engen Außenhandelsverflechtung mit Südostasien stärker von der dortigen konjunkturellen Abkühlung betroffen als beispielsweise Europa. Auch die restriktiven finanzpolitischen Maßnahmen des vergangenen Jahres, wie Steuererhöhungen und erhöhte Zuzahlungen bei der Krankenversicherung, sowie der Zusammenbruch bedeutender Finanzhäuser, wirkten bremsend. Darüber hinaus hat die jüngste, kräftige Abwertung des japanischen Yen die Gefahr eines Abwertungswettlaufs in der Region und damit einer zweiten Phase der Asienkrise erhöht.

Als Reaktion auf die Konjunkturabschwächung hat die japanische Regierung ihren restriktiven Kurs inzwischen aufgegeben und versucht nun, über Konjunkturprogramme die Wirtschaft zu stimulieren und das Finanzsystem zu sanieren. Ob und wann diese Maßnahmen wirken, muß sich erst noch zeigen. Bisher ist für die japanische Konjunktur jedenfalls keine Besserung in Sicht. Steigende Arbeitslosigkeit und fehlende dauerhafte Einkommensperspektiven werden den privaten Verbrauch weiterhin dämpfen. Zusätzlich zur schwachen Binnennachfrage wird auch die kräftige Yen-Abwertung retardierend auf die Importnachfrage wirken. Weil auf Japan nur 3 % der baden-württembergischen Exporte entfallen, dürfte dies die Südwestwirtschaft nur am Rande berühren. Stärker bemerkbar machen dürfte sich der dämpfende Einfluß

der japanischen Konjunktur auf die Weltwirtschaft und die verschärfte Wettbewerbssituation mit japanischen Produkten nach der Yen-Abwertung.

USA: Abkühlung 1998 zu erwarten

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten hat sich seit der kurzen Rezession 1991 in sechs Jahren spannungsfreiem Wachstum außerordentlich günstig entwickelt. Und im Jahr 1997 hat sich der Aufschwung sogar noch beschleunigt. Nach einem Plus von knapp 3 % im Jahr 1996 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um fast 4 %. Noch mehr als die konjunkturelle Entwicklung dürften die Geschäfte der baden-württembergischen Exporteure durch die – jahresdurchschnittlich – 13 prozentige Aufwertung des US-Dollar gegenüber der D-Mark beflügelt worden sein. Sie exportierten 44 % mehr Güter in die USA als im Jahr zuvor. Bei einer Zunahme der US-Einfuhren um gut 14 % konnte die Südwestwirtschaft somit zuletzt verlorene Marktanteile zurückgewinnen. Mit einem Exportanteil von knapp 14 % sind die Vereinigten Staaten wieder wichtigster Handelspartner Baden-Württembergs. Aufgrund ihrer Ausfuhrstruktur kam den baden-württembergischen Unternehmen die starke Ausweitung der US-amerikanischen Ausrüstungsinvestitionen zugute, die sich bei hoher Kapazitätsauslastung um etwa 11 % erhöhten.

Auch die Situation auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter günstig: Ende 1997 waren ca. 3 Mill. Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Infolgedessen sank die Arbeitslosenquote¹⁰ weiter auf zuletzt 5 %. Zusammen mit gestiegenen Realeinkommen und niedrigen Zinsen führte dies zu einer recht dynamischen Entwicklung des privaten Verbrauchs, der ähnlich stark zulegte wie das Bruttoinlandsprodukt. Davon profitierten vor allem die südwestdeutschen Automobilhersteller. Erstaunlich ruhig blieb es an der US-amerikanischen Preisfront: Die Entspannung auf den Rohstoffmärkten und die Aufwertung des US-Dollar ließen die Einfuhrpreise um knapp 2 1/2 % sinken. Darüber hinaus führten die verbilligten Importe dazu, daß der Anstieg der Verbraucherpreise 1997 trotz Hochkonjunktur mit + 2 1/2 % gegenüber dem Vorjahr weitgehend moderat blieb.

Die Konjunkturaussichten für 1998 bleiben insgesamt günstig, die Währungs- und Finanzkrise in Südostasien wird in der US-Konjunktur aber Bremsspuren hinterlassen. 1996 stammten etwa 40 % der US-Importe aus den aufstrebenden Volkswirtschaften Ostasiens und Japans, deren Produkte durch die Währungsabwertung an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen werden. Gleichzeitig trübt die ostasiatische Wirtschaftskrise zusammen mit der Stärke

des US-Dollar die US-amerikanischen Exportaussichten in diese Region, in die – Japan nicht mit eingerechnet – etwa so viel exportiert wird wie nach Westeuropa. Von der zu erwartenden Nachfrageverschiebung zugunsten von Importgütern wird sicherlich auch die Südwestwirtschaft profitieren können. Gute Karten haben dabei insbesondere die Automobilhersteller, zumal die Einkommensentwicklung und die geringe Arbeitslosigkeit darauf schließen lassen, daß das Konsumklima günstig bleibt. Demgegenüber wird die US-Produktion aufgrund dieser Nachfrageverschiebung wohl an Schwung verlieren, was die Nachfrage nach Investitionsgütern im Jahresverlauf dämpfen dürfte.

Aufwärtsentwicklung in Westeuropa setzt sich fort

In der Europäischen Union hat sich die wirtschaftliche Expansion 1997 merklich beschleunigt. Nach gut 1 1/2 % im Vorjahr legte das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 um über 2 1/2 % zu. Für die elf Teilnehmerländer an der künftigen Europäischen Währungsunion betrug das Wirtschaftswachstum 1997 etwa 2,4 %. Die dynamischste Wirtschaftsentwicklung innerhalb der EU verzeichneten Irland, Finnland, Portugal und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Norfirland mit Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 7 1/2 und 3 1/2 %. Am schwächsten expandierte die gesamtwirtschaftliche Leistung in Italien, Österreich und Schweden mit einem Plus von 1 1/2 bis 2 %.

Die Schweiz hinkte der konjunkturellen Entwicklung in Westeuropa 1997 hinterher. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg hier im Vorjahresvergleich lediglich um

Tabelle 19

Reales Importvolumen*) wichtiger Handelspartner Baden-Württembergs seit 1995

Land	1995	1996	1997	1998 ¹⁾
	Veränderungen gegen Vorjahr in %			
USA	+ 8,9	+ 9,1	+ 14,2	+ 13,2
Frankreich	+ 5,1	+ 2,8	+ 6,6	+ 7,5
Vereinigtes Königreich	+ 4,2	+ 8,4	+ 9,2	+ 9,0
Schweiz	+ 5,4	+ 2,4	+ 6,7	+ 6,3
Italien	+ 9,6	- 2,0	+ 11,8	+ 11,5
Österreich	+ 7,0	+ 8,7	+ 7,7	+ 6,5
Japan	+ 14,2	+ 11,5	- 0,1	- 1,5

*) Gesamtimporte.– 1) Prognose.

Quelle: OECD Economic Outlook, Band 63, Mai 1998.

10 Hier wie im folgenden bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Tabelle 20

Arbeitslosenquoten in wichtigen Industrieländern seit 1995

Land	1995	1996	1997	1998 ¹⁾
	%			
Deutschland	9,4	10,3	11,5	11,4
Frankreich	11,7	12,3	12,4	11,8
Vereinigtes Königreich	8,2	7,5	7,1	6,8
Italien	12,0	12,1	12,3	12,0
Niederlande	7,1	6,6	5,6	5,0
Spanien	23,3	22,2	20,8	19,5
Finnland	17,0	16,0	14,5	13,0
Schweiz	4,2	4,7	5,2	4,5
USA	5,6	5,4	4,9	5,0
Japan	3,2	3,4	3,4	3,8

1) Prognose der Institute.

Quelle: Frühjahresgutachten 1998 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.

1/2 % und auch das nur, weil sich der Export spürbar belebte. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich dagegen weiter. Auch bei den Anlageinvestitionen setzte sich die Talfahrt fort. Nicht zuletzt deshalb blieben die Ausfuhren der Südwestwirtschaft in den südlichen Nachbarstaat mit + 4 1/2 % hinter dem Zuwachs der gesamten Importnachfrage in Höhe von 6 1/2 % zurück.

Getragen wurde die Konjunktur in Westeuropa hauptsächlich vom Export, wenngleich auch die Inlandsnachfrage stärker zur konjunkturellen Aufwärtsbewegung beitrug. In Frankreich befand sich zu Jahresbeginn 1998 die Kapazitätsauslastung auf dem höchsten Stand seit 1991. Hier ließ eine stark wachsende Industrieproduktion die Anlageinvestitionen deutlich schneller als bisher expandieren. Aber auch in Italien kam es zu einer merklichen Beschleunigung. Im Vereinigten Königreich entwickelte sich die Industrieproduktion dagegen zuletzt rückläufig, so daß es hier wohl zu einer Abschwächung der Investitionsgüternachfrage kommen wird. Ausschlaggebend dafür dürfte die Exporttätigkeit sein, die wegen der anhaltenden Stärke des Pfund Sterling gedämpft wird. Im Vereinigten Königreich dürfte die Wachstumsphase somit ihren Höhepunkt überschritten haben.

Bei den Teilnahmekandidaten für die Europäische Währungsunion wirkte die Finanzpolitik dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zahlreiche Regierungen erhöhten die Abgaben und senkten die Ausgaben, um den Referenzwert des Vertrages von Maastricht für das Budgetdefizit nicht zu überschreiten.

Ermöglicht durch eine durchweg sehr moderate Entwicklung der Verbraucherpreise, die in der EU 1997 nur etwa 1,7 %¹¹ über dem Vorjahresniveau lagen, hielten die meisten nationalen Zentralbanken ihren expansiven geldpolitischen Kurs bei, der auf die inländische Nachfrage stimulierend wirkte. Insgesamt war die Zinsentwicklung von dem Konvergenzprozeß im Vorfeld der Währungsunion geprägt. In Ländern mit vergleichsweise hohen Zinsen, wie Italien, Spanien und Portugal, wurden die Leitzinsen gegen Jahresende gesenkt. Im DM-Block wurden sie nur leicht, allein im Vereinigten Königreich spürbar erhöht.

Dunkle Schatten auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der EU wirft die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit. 1997 blieb die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union nahezu unverändert bei ca. 10 1/2 %. Besonders düster war die Lage in Spanien und Finnland mit Arbeitslosenquoten von 21 bzw. 14 %. Folge der insgesamt angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt war eine nur verhaltene Entwicklung des privaten Konsums in der EU. Nur in den Volkswirtschaften, in denen sich eine deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt vollzog, also besonders im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden und in Dänemark, stiegen die real verfügbaren Einkommen merklich. In der Folge wurden hier die Konsumausgaben spürbar ausgeweitet.

Für 1998 ist in den westeuropäischen Ländern eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung zu erwarten. Mit einer spürbareren Belebung der Inlandsnachfrage und einer gleichzeitig nachlassenden Dynamik im Exportgeschäft wird die Konjunktur zwar nicht an Tempo, wohl aber an Stabilität und Breite gewinnen. Damit dürfte sich auch am Arbeitsmarkt die Lage etwas bessern.

Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt weiter an Fahrt

Die als Partner der Südwestwirtschaft immer wichtigeren Reformländer Mittel- und Osteuropas setzten ihren Wachstumskurs beschleunigt fort. Besonders für Polen erhöhte sich die Wachstumsrate von 6 auf 7 % im Jahr 1997 nochmals deutlich. In Ungarn kräftigte sich die Produktion nach knapp 1 % im Jahr 1996 mit + 4 % merklich. Die Konjunktur in der Tschechischen Republik verlor im vergangenen Jahr dagegen an Dynamik. Hier wurden die

11 Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Folgen des Stabilisierungsprogramms, welches Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zur Reduzierung des öffentlichen Haushaltsdefizits beinhaltete, spürbar. Bemerkenswert rasch stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in den baltischen Staaten, besonders in Estland mit + 8 %. Insgesamt ging der Aufschwung in den meisten Ländern mit einer regen Investitionstätigkeit einher und war mit einem weiteren Rückgang der Verbraucherpreise verbunden. Die Arbeitslosigkeit sank dagegen kaum, in der Tschechischen Republik stieg sie sogar.

Alles in allem sind die Aussichten für eine anhaltend rasche Erholung in Mittel- und Osteuropa günstig. Die ausgeprägten Produktivitätssteigerungen des vergangenen Jahres haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten weiter verbessert. Darüber hinaus wird die Ausfuhr dieser Länder sicherlich von der anhaltenden Belebung der Konjunktur in Westeuropa profitieren können.

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg hat 1997 auf einen breiten Wachstumspfad zurückgefunden. Gezogen von einem boomenden Auslandsgeschäft, insbesondere mit Automobilen, kam die Industrie im Südwesten im Jahresverlauf immer mehr in Fahrt.

Verarbeitendes Gewerbe mit viel Dynamik

Mit einer Zunahme der realen Bruttowertschöpfung von 5 % gegenüber 1996 expandierte das Verarbeitende Gewerbe erstmals seit 1986 wieder stärker als die Gesamtwirtschaft und war gleichauf mit dem Bereich Verkehr der dynamischste Wirtschaftsbereich, deutlich vor den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne¹², die um 3,7 %¹³ gewachsen sind.

Damit fand der langanhaltende Anteilsverlust des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ein Ende. Zwischen 1980 und 1994 nahm der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes – gemessen als Anteil an der realen Bruttowertschöpfung – noch beinahe kontinuierlich von 42 auf 35 %¹⁴ ab. Demgegenüber trugen

die Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne seit 1980 immer mehr zur gesamten Wertschöpfung im Südwesten bei. Großen Anteil am Verlust des Verarbeitenden Gewerbes hatten die Schlüsselbranchen Maschinen- und Straßenfahrzeugbau, deren Bruttowertschöpfungsanteile zwischen 1980 und 1994 jeweils von 7 auf 5 % zurückgingen. Aber auch kleinere Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, büßten viel von ihrem ursprünglichen Gewicht ein: Hier halbierte sich der Bruttowertschöpfungsanteil von 2 auf 1 %. Lediglich die Chemische Industrie konnte ihren Anteil von rund 2 % in diesem Zeitraum gut behaupten.

Der Schrumpfungsprozeß war während der Rezession 1992/93 besonders drastisch ausgeprägt. Im Verarbeitenden Gewerbe konzentrierte sich die Hälfte des Anteilsverlusts auf diese beiden Jahre. Dasselbe gilt für den Maschinenbau, während sich der Schrumpfungsprozeß im Straßenfahrzeugbau sogar fast vollständig in diesem Zeitraum vollzog. Dieser markiert in etwa den Umfang der strukturellen Anpassungsmaßnahmen (Rationalisierungen, Outsourcing, etc.), die durch den enormen Wettbewerbsdruck im In- und Ausland unaufschiebbar wurden, zum Teil aber auch die Wirkungen vorübergehender Nachfrageausfälle, die durch die ungünstigere Auslandskonjunktur und die D-Mark-Aufwertungen entstanden waren.

Wegen der Umstellung der Wirtschaftszweige auf eine neue Systematik läßt sich diese Zeitreihe nicht über das Jahr 1994 hinaus fortführen. Die jüngste Umsatzentwicklung, der – jetzt neu definierten – Schlüsselbranchen deutet aber darauf hin, daß sie sich seit 1995 schwungvoller entwickelten als die Gesamtwirtschaft. Infolge des Nachfragebooms aus dem Ausland expandierten die Umsätze der stark exportorientierten Unternehmen des Maschinen- und Fahrzeugbaus seit 1995 deutlich stärker als die des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Weil dessen Bruttowertschöpfung in diesen Jahren mit + 2 % p.a. so schnell wuchs wie die der Gesamtwirtschaft, haben beide Branchen die rezessionsbedingten Verluste teilweise wettgemacht. Demgegenüber blieb der Bereich "EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik" sowie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe hinter der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und damit auch hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Boomendes Auslandsgeschäft sorgt für kräftiges Umsatzplus

Die wertmäßigen Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes lagen 1997 um knapp 6 % über dem Niveau des Vorjahres. Deflationiert man diesen nominalen Zuwachs mit Hilfe des Preisindex für Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes, ergibt sich ein reales Plus von immerhin 5 %.

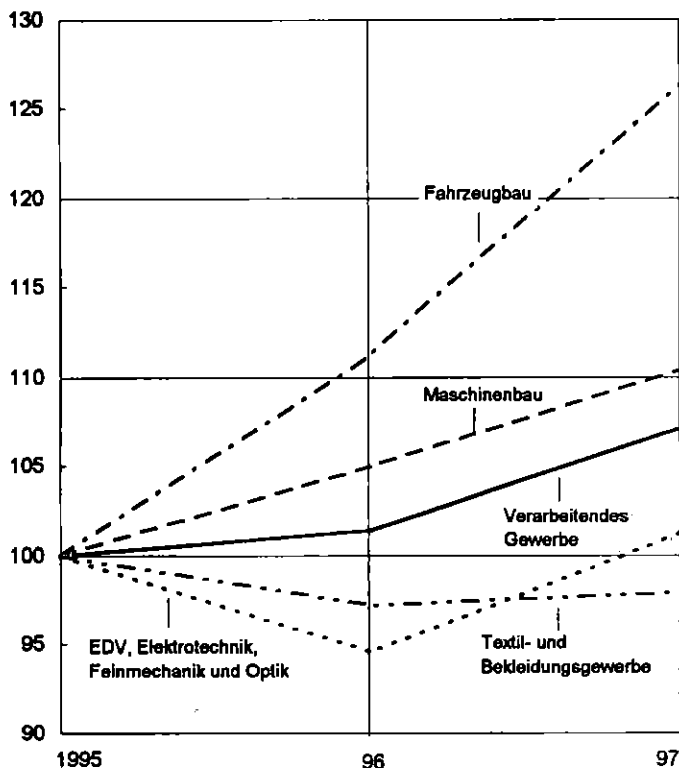
12 Dazu zählen Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung sowie sonstige Dienstleistungsunternehmen (zum Beispiel im Gastgewerbe oder im Gesundheitswesen)

13 Vorläufiger Wert.

14 Vorläufiger Wert.

Umsatz ausgewählter Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg seit 1995

1995 = 100



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

Geprägt wurde die Entwicklung im vergangenen Jahr von der boomenden Nachfrage aus dem Ausland. Die hier erzielten Umsätze legten im Vergleich zum Vorjahr um nominal 15 % zu. Besonders nachgefragt wurden Erzeugnisse des Fahrzeugbaus und aus dem Bereich "EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik", deren Auslandsumsätze um rund 22 % über dem Vorjahresniveau lagen. Offenbar ernten die Unternehmen des Südwestens inzwischen die Früchte ihrer Rationalisierungs- und Umstrukturierungsanstrengungen der letzten Jahre. Hinzu kommt, daß die Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren moderat ausfielen. 1997 gingen die Lohnstückkosten immerhin um ca. 5 % zurück. Zusätzlich begünstigt durch eine deutliche Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, konnte die Südwestindustrie somit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit auch 1997 stark verbessern. Darüber hinaus trug die günstige Konjunkturentwicklung, besonders in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich, ihren Teil zu dem boomenden Auslandsgeschäft des Südwestens bei. Wegen der Abwertung der D-Mark war es den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1997 sogar möglich, die Ausfuhrpreise gegenüber dem Vorjahr mit + 1 1/2 % wieder stärker zu erhöhen als zuletzt. Doch der enorm gestiegene Wettbewerbsdruck

auf den Weltmärkten erlaubte es ihnen nicht, ihre abwertungsinduzierten Preiserhöhungsspielräume in einem ähnlichen Umfang zu nutzen wie in den 80er Jahren.

Inlandsumsätze mit zunehmender Belegung

Die Nachfrage aus dem Inland blieb weit hinter dem Auslandsgeschäft zurück. Wegen des schwachen ersten Halbjahrs nahmen 1997 die Inlandsumsätze im Vergleich zum Vorjahr nur um nominal 1 % zu. Das Geschäftsklima hellte sich jedoch im Jahresverlauf zusehends auf: Im dritten Quartal lagen die Inlandsumsätze um knapp 2 %, im vierten Quartal sogar um 3 1/2 % über dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich dafür war die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern. Vor allem die Umsatzzuwächse der Metallerzeugung und -bearbeitung stiegen im vierten Quartal 1997 auf ca. 18 % und die des Fahrzeugbaus auf etwa 12 % gegenüber dem Vorjahr an.

Bremseffekte durch Schwäche des Bau-gewerbes und des privaten Verbrauchs

Die schwierige Lage am Bau und die mäßige Entwicklung der privaten Konsumausgaben wirkten sich dagegen weiter dämpfend auf die Inlandsumsätze einiger Branchen aus.

Die ungünstige Baukonjunktur dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, daß die inländischen Maschinenbauumsätze nur verhalten tendierten. Mit einem Plus von 2 % blieben sie 1997 deutlich hinter den obengenannten Branchen zurück. Einem besseren Gesamtergebnis stand insbesondere die um 9 % rückläufige Entwicklung bei den "Herstellern von Maschinen für unspezifische Verwendung" entgegen. Da diese Teilbranche, auf die 1997 etwa ein Viertel der Inlandsumsätze des Maschinenbaus entfiel, Produkte wie Öfen, Brenner, Aufzüge, Flaschenzüge, Kräne, und ähnliches umfaßt, liegt die Vermutung nahe, daß die schwierige Lage am Bau für die verhaltene Gesamtentwicklung bei den Maschinenbauern mit verantwortlich war. Die von der Baukonjunktur kaum tangierten Hersteller von Werkzeugmaschinen konnten sich, über das gesamte Jahr gesehen, immerhin über Umsatzzuwächse von 6 % freuen.

Auch die konsumnahen Branchen "Textil- und Bekleidungs-gewerbe" bzw. das "Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung" konnten dem aufwärtsgerichteten Trend nicht folgen. Weitere Umsatzrückgänge bzw. Stagnation bestimmten hier das inländische Konjunktur-bild. Ursache dafür ist der nun schon seit Jahren verhaltene private Verbrauch. Eine Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau,

eine hohe Abgaben- und Steuerlast und die eher zurückhaltenden Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre haben nicht dazu beitragen, den inländischen Konsum zu stimulieren.

Beschäftigungsabbau kommt zum Stillstand

Zwischen 1991 und 1996 fielen in Baden-Württemberg rund 300 000 Industriearbeitsplätze entweder Unternehmensinsolvenzen oder Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer. Damit erreichte der Stand der Industriebeschäftigung im Jahr 1996 in etwa das Niveau von Mitte der 50er Jahre. Doch mit dem konjunkturellen Aufschwung kam der jahrelange Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe zum Stillstand. Rund 1,2 Mill. Beschäftigte bedeuteten für 1997 zwar noch einen jahresdurchschnittlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 1 1/2 %. Aber bereits zu Jahresende 1997 zeichnete sich eine Trendwende bei der Industriebeschäftigung ab. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres waren dann 12 000 Personen mehr im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt als ein Jahr zuvor. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rund 1 %. Besonders einstellungsfreudig zeigten sich die Unternehmen der Branchen, die von der anziehenden Inlandsnachfrage am stärksten profitierten. Im Fahrzeugbau waren im obengenannten Zeitraum 13 000 und bei der Metallerzeugung und -bearbeitung 4 000 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Im Verbrauchsgüterbereich – so auch im Textil- und Bekleidungs-gewerbe – zeichnete sich zu Jahresbeginn 1998 immerhin eine Verlangsamung des Stellenabbaus ab.

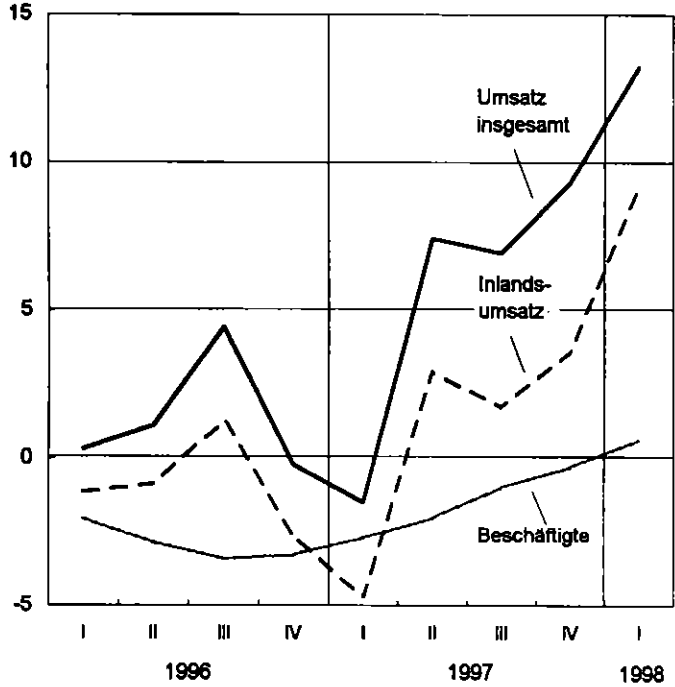
Aufschwung setzt sich 1998 fort

Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wird auch 1998 aufwärtsgerichtet bleiben. Die Exporte werden das im vergangenen Jahr vorgelegte Tempo zwar kaum halten können, dürften aber weiter zulegen. Hinzu kommt, daß mit der seit Herbst 1997 anziehenden Binnennachfrage die Konjunktur im Land ein zweites Standbein und damit an Stabilität und Breite gewinnt. Ursächlich dafür ist das Ende des langanhaltenden Attentismus bei den Investitionen. Offenbar hat sich das Vertrauen der Unternehmen in die verbesserten Absatz- und Gewinnaussichten inzwischen gefestigt.¹⁵ Aufgrund ihrer Produktionsstruktur kam dies besonders der baden-württembergischen Wirtschaft entgegen. Hier lagen die realen, inländischen Auftragseingänge nach Investitionsgütern im ersten Quartal 1998 um 13 % über dem Vorjahresniveau. Gefragt waren besonders Fahrzeuge (+ 22 %), aber auch Maschinenbauerzeugnisse (+ 10 %). Erholungstendenzen ließ die

Schaubild 14

Umsätze (nominal) und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1996

Veränderung gegen Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/sipr98

lange Zeit schwache Inlandsnachfrage in den konsumnahen Bereichen erkennen: Sie erzielte bei den Gebrauchsgüterherstellern einen Zuwachs von real 7 %, doch werden hier sicherlich Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998 eine Rolle gespielt haben.

Die kräftige Nachfrage macht bei einer vergleichsweise hohen Kapazitätsauslastung Erweiterungsinvestitionen notwendig. Von daher dürfte sich auch der junge Trend in der Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe fortsetzen. Ob das hohe Beschäftigungsniveau von 1991 wieder erreicht wird, ist allerdings fraglich. Schließlich hat das Verarbeitende Gewerbe des Landes den neuen Aufschwung gerade durch personalsparende Rationalisierungsmaßnahmen erreicht.

Bauwirtschaft

Für die Bauwirtschaft war auch 1997 kein Jubeljahr. Die Branche befand sich weiter im Rückwärtsgang und erzielte – gemessen an der realen Bruttowertschöpfung – damit das ungünstigste Ergebnis seit 1980. Immerhin gibt es zu Jahresbeginn 1998 erste Anzeichen dafür, daß im Jahresverlauf die Talsohle erreicht werden könnte.

¹⁵ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Heft 20 - 21/98, Berlin, S. 325 ff.

Baugewerbe bremst Gesamtwirtschaft

Der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert: Zwischen 1980 und 1997 fiel dieser Wert um über 3 Prozentpunkte auf knapp 5 %. Selbst in den Jahren guter Baukonjunktur von 1986 bis 1992 blieben die Wachstumsraten der realen Bruttowertschöpfung hinter denen des realen baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts zurück, so daß das Baugewerbe auch in guten Jahren Anteile verloren hat. Der Rückgang war im Südwesten stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet: Dort reduzierte sich der Bruttowertschöpfungsanteil seit Anfang der 80er Jahre um lediglich 2 1/2 Prozentpunkte.

Dennoch hängt für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs mehr von der Bauwirtschaft ab, als der reine Anteilswert vermuten läßt. Erzeugnisse des Stahl- und Leichtmetallbaus, der Feinkeramik, der Holzindustrie und des Maschinenbaus, vor allem aber Baustoffe werden in erheblichem Umfang von Bauunternehmen nachgefragt. Darüber hinaus erbringen Architektenbüros bauspezifische Dienstleistungen und auch der Groß- und Einzelhandel lebt teilweise von der Nachfrage der Hauslesbauer. Alles in allem ist es daher nicht verwunderlich, daß die langanhaltende Krise im Baugewerbe Bremsspuren in der gesamten Wirtschaft hinterließ.

Abwärtstrend schwächt sich ab

Im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs hat sich der Abwärtstrend im vergangenen Jahr fortgesetzt, wenn auch nicht so stark wie im Jahr zuvor. 1996 lagen die wertmäßigen Auftragseingänge noch um 11 % unter dem Vorjahresniveau, 1997 belief sich der Rückgang auf "nur" noch knapp 8 %. Im Gegensatz zum Vorjahr mußte der Hochbau 1997 mit – 8 % kräftigere Einbußen bei den Auftrags-eingängen hinnehmen als der Tiefbau (– 7 %).

Besonders zurückhaltend zeigten sich die öffentlichen Auftraggeber. Aufgrund der Konsolidierungsbemühungen von Bund, Ländern und Gemeinden blieben die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau um 13 % und im öffentlichen Tiefbau um 11 % unter dem Niveau des Vorjahres. Auch wenn die öffentlichen Bauaufträge nochmals spärlicher flossen als im Vorjahr, schwächte sich der Rückgang immerhin deutlich ab.

Da im Wohnungsbau immerhin rund zwei Fünftel der Umsätze des Bauhauptgewerbes getätigt werden, ist diese Sparte für die wirtschaftliche Lage des Bauhauptgewerbes von besonderer Bedeutung. Aber auch hier blieben die Auftragseingänge unter dem Vorjahresniveau. Nachdem sie bereits in den beiden Jahren zuvor um durchschnitt-

lich 13 % gesunken sind, gaben sie 1997 aber "nur" noch um gut 7 % nach. Ursächlich für die nachgebende Auftragsvergabe dürften die eingetrübten Renditeerwartungen im Mehrfamilienhausbau gewesen sein. Schließlich dürfte das in den Vorjahren stark ausgeweitete Angebot zu Problemen bei Vermietung und Verkauf geführt haben. Auch die Diskussionen über eine Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen führten zu einer Zurückhaltung potentieller Investoren.¹⁶

Auch die Auftragslage im gewerblichen und industriellen Bau blieb im vergangenen Jahr weiter schwach. Während die Auftragseingänge im Wirtschaftshochbau 1997 ähnlich schwach tendierten wie im Vorjahr (– 8 %), hat sich deren Rückgang im Wirtschaftstiefbau auf – 6 % fast verdoppelt. Diese Entwicklung überrascht auf den ersten Blick: Immerhin stellen die verbesserte Ertragslage und die positiven Geschäftserwartungen der Unternehmen sowie niedrige Zinsen eigentlich günstige Rahmenbedingungen für Investitionen dar. Offensichtlich war aber das Gewicht des Erweiterungsmotivs bei den Investitionsplänen noch zu schwach. Dies wird sich erst mit zunehmender Dauer des Konjunkturaufschwungs ändern.

Weniger Produktionseinbußen – aber Abbau von Auftragsbeständen

Die reale Rohbauleistung lag nach – 10 % im Vorjahr 1997 nur um 1 % unter dem Niveau von 1996. Während der Hochbau an das Vorjahresergebnis anknüpfte, blieb die Bauleistung im Tiefbau nur knapp darunter. Bei den spärlichen Auftragseingängen war dies allerdings nur dadurch möglich, daß Auftragspolster deutlich abgebaut wurden. Infolgedessen blieben die realen Auftragsbestände Ende 1997 im Hochbau um 23 % und im Tiefbau um 13 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe hält an

Obwohl sich die Bauproduktion weitgehend auf Vorjahresniveau hielt, setzte sich 1997 der seit Jahren anhaltende Rückgang der Beschäftigtenzahl nahezu unvermindert fort. Nach einem Rückgang von 9 % im Jahr 1996, waren Ende Juni 1997 mit rund 124 000 Personen etwa 7 % weniger beschäftigt als noch ein Jahr zuvor. Damit gingen im Bauhauptgewerbe seit 1995 knapp 24 000 Ar-

16 Müller, J.: "Westdeutsche Bauwirtschaft: Verbesserte Perspektiven stimulieren Investitionsbereitschaft", in: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, ifo Schnelldienst, Heft 33, November 1997, S. 9 ff.

Tabelle 21

Ausgewählte Merkmale aus dem Bauhauptgewerbe 1996, 1997 und 1998

Merkmal	1996	1997	1. Quartal 1998
	Veränderung gegen Vorjahr in %		

Auftragseingänge (nominal)

Insgesamt	- 11,4	- 7,7	+ 7,1
davon			
Hochbau	- 10,5	- 8,3	+ 4,7
davon			
Wohnungsbau	- 12,1	- 7,3	+ 2,1
Wirtschaftshochbau ¹⁾	- 8,1	- 8,2	+ 2,5
Öffentlicher Hochbau ²⁾	- 11,4	- 13,1	+ 30,0
Tiefbau	- 12,7	- 6,9	+ 11,2
davon			
Straßenbau	- 8,8	- 3,1	+ 23,3
Öffentlicher Tiefbau	- 20,1	- 10,9	+ 6,1
Wirtschaftstiefbau ³⁾	- 3,7	- 6,1	+ 0,6

Rohbauleistung (real)

Insgesamt	- 9,6	- 0,6	- 6,3
davon			
Hochbau	- 13,8	+ 0,2	- 12,7
Tiefbau	- 2,3	- 1,4	+ 6,6

Beschäftigte

Insgesamt	- 9,2	- 7,3	- 6,3
-----------	-------	-------	-------

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bank AG und Postfolgeunternehmen.- 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.- 3) Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

beitsplätze verloren. Von diesem Personalabbau waren Ausländer mit einem Rückgang von 30 % besonders stark betroffen. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden ging 1997 nach einem zwischenzeitlichen Anstieg wieder auf das Niveau von 1995 zurück, als rund 6 900 Lehrlinge in einem Ausbildungsverhältnis standen.

Bremseffekte lassen 1998 nach

Einen Wachstumsbeitrag wird das Baugewerbe im Jahr 1998 zwar kaum leisten können, doch die von der Bauwirtschaft ausgehenden retardierenden Effekte auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum dürften im Jahresverlauf schwächer werden. Erste positive Signale lassen sich nach Ablauf des ersten Quartals bereits ausmachen.

Im öffentlichen Hoch- und Tiefbau sowie im Straßenbau fließen die Aufträge deutlich reichlicher als noch im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Zwar werden auch im laufenden Jahr leere Kassen den öffentlichen Ausgaben für Baumaßnahmen enge Grenzen setzen, doch werden Bund, Länder und Gemeinden ihre Bautätigkeit angesichts des mittlerweile angestauten Nachholbedarfs kaum weiter drosseln können.

Der Wirtschaftsbau wird 1998 sicherlich von den anziehenden Investitionen profitieren können. Dabei dürften Erweiterungsinvestitionen, also der Neubau von Fabrik- oder Lagerhallen, aufgrund des recht hohen Niveaus, das die Kapazitätsauslastung inzwischen wieder erreicht hat, im Jahresverlauf stärker bei den Investitionsplänen Berücksichtigung finden als bisher.

Weniger günstig sind die Aussichten für den Wohnungsbau. Im 1. Quartal dieses Jahres nahm die Neubaugfrage im Mehrfamilienhausbau im Vergleich zum Vorjahr weiter ab. Hier dürfte der rückläufige Trend anhalten. Der Bau von Eigenheimen wird dagegen, wie bisher, vom niedrigen Zinsniveau und vom Rückgang der Preise für Bauleistungen stimuliert.

Dienstleistungen

Weiterhin Wachstumsmotor der Gesamtwirtschaft

Seit dem vergangenen Jahr gewinnt der konjunkturelle Aufschwung im Südwesten an Breite. Anders als in den Jahren 1993 bis 1996, als die Dienstleistungsunternehmen wegen der Wachstumsschwäche der übrigen Wirtschaftsbereiche einziger Wachstumsmotor im Land waren, ist 1997 die Industrie als zweiter Motor hinzugetreten und hat im zweiten Halbjahr die Vorreiterrolle übernommen. Die Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne, also ohne Handel, Verkehr und Staat, unterstützten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung jedoch entscheidend. Die Wachstumsrate in diesem Wirtschaftsbereich lag mit real 3,7 % wiederum deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 2,6 %, tendierte aber nicht so stark wie in den Jahren zuvor. Insgesamt erzielten die Dienstleistungsunternehmen im Land 1997 eine preisbereinigte Bruttowertschöpfung von gut 150 Mrd. DM, 5 Mrd. DM weniger als das Verarbeitende Gewerbe.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen dynamisch ...

Die Dienstleistungsunternehmen umfassen die drei großen Sparten Kreditinstitute/Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und die sogenannten „sonstigen“

Dienstleistungsunternehmen nach Sparten*)

Dienstleistungsunternehmen insgesamt

Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen

Wohnungsvermietung

sonstige Dienstleistungsunternehmen:

vorwiegend haushaltsbezogene und Humandienstleistungen

- Gastgewerbe, Heime
- Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe
- Gesundheits- und Veterinärwesen

vorwiegend unternehmensbezogene Dienstleistungen

- übrige Dienstleistungen
(z. B. Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, technische Beratung und Planung, Werbung, Reinigung, Wäschereien, Vermietung beweglicher Sachen usw.)

*) Gemäß der Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

das Gastgewerbe, das Bildungs- und das Gesundheitswesen gehören, waren die Dienstleistungen des Gesundheitswesens stärkster Wachstumsträger.

... aber auch konjunkturabhängig

Wegen der großen Bedeutung der unternehmensabhängigen Dienstleistungen ist die wirtschaftliche Entwicklung aller Dienstleistungsunternehmen eng mit der Entwicklung des Produzierenden Gewerbes verknüpft. Dies zeigt ein Vergleich Baden-Württembergs mit dem gesamten westlichen Bundesgebiet. Die reale Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen ist hierzulande – ebenso wie im Produzierenden Gewerbe – tendenziell stärker konjunkturellen Schwankungen unterworfen als bundesweit. Seit dem Rezessionsjahr 1993 haben sich die baden-württembergischen Dienstleistungsunternehmen ebenso wie die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wieder kräftiger entwickelt als im Bundesgebiet, während sie in der vorangegangenen konjunkturellen Abschwungphase in beiden Wirtschaftsbereichen schwächer tendierten als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer.

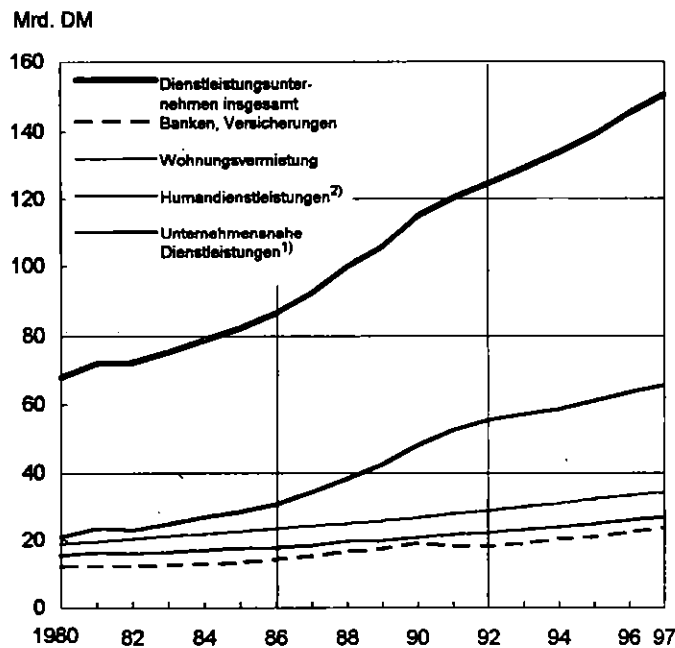
Dienstleistungsunternehmen (*Übersicht*). In den 90er Jahren verlief die wirtschaftliche Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen in allen drei Hauptbereichen positiv und entsprach in etwa dem Trend der 80er Jahre. Am stärksten ausgeprägt war die Dynamik bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen, die haushaltsbezogene und Humandienstleistungen sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen anbieten. Seit 1990 stieg in dieser Dienstleistungssparte die reale Bruttowertschöpfung um 34 % und damit stärker als bei Banken und Versicherungen und den Unternehmen der Wohnungsvermietung, wo die Bruttowertschöpfung um 27 bzw. 25 % zunahm.

Die Anbieter von Human- und unternehmensorientierten Dienstleistungen bestimmen wesentlich die Entwicklung des gesamten Wirtschaftsbereichs, denn sie tragen zu über 60 % zur realen Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen bei. Die Bedeutung der Wohnungsvermietung und der Banken und Versicherungen ist mit Wertschöpfungsanteilen von 23 bzw. 16 % deutlich geringer. Innerhalb der großen Gruppe der sonstigen Dienstleistungsunternehmen war der Aufwärtstrend bei den vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen, zu denen unter anderem Dienstleistungen von Rechts-, Steuerberatungs-, Wirtschaftsprüfungs- und technischen Planungs- und Beratungsbüros gehören, besonders stark ausgeprägt. Dieser Bereich erwirtschaftet mittlerweile annähernd die Hälfte der realen Bruttowertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen des Landes und ist damit die wichtigste Dienstleistungsbranche. Bei den haushaltsbezogenen und Humandienstleistungen, zu denen

Schaubild 15

Reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen Baden-Württembergs seit 1980*)

- In Preisen von 1991 -



*) Ohne Handel, Verkehr, Staat; Berechnungsstand: Frühjahr 1998. - 1) Zum Beispiel Rechts-, Wirtschafts-, technische Beratung. Angaben für 1996 und 1997 geschätzt. - 2) Zum Beispiel Gesundheitswesen, Gastgewerbe. Angaben für 1996 und 1997 geschätzt.

Vergleicht man die Konjunkturzyklen beider Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg, zeigen sie auf den ersten Blick zwar keine unmittelbaren Parallelen. Dies liegt jedoch daran, daß die Dienstleistungsunternehmen erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Quartalen auf Veränderungen der wirtschaftlichen Lage im Produzierenden Gewerbe reagieren. So schwächte sich die Wachstumsdynamik 1997 ähnlich wie im Jahr 1985 ab, nachdem ein Jahr zuvor das Produzierende Gewerbe jeweils nur eine geringe Zuwachsrate verbucht hatte. Hinzu kommt, daß der konjunkturelle Zusammenhang zwischen Dienstleistungsunternehmen und Produzierendem Gewerbe insbesondere im Gefolge von Industrierezessionen durch die Tendenz zum Outsourcing überlagert wird. Daß die Dienstleistungsunternehmen seit 1993 die wirtschaftliche Erholung maßgeblich bestimmten, ist somit nicht nur auf die generell hohe Wachstumsdynamik dieses Wirtschaftsbereichs zurückzuführen, sondern auch auf die Verselbständigung oder Auflösung von Dienstleistungstätigkeiten, die zuvor im Bereich der produzierenden Wirtschaft angesiedelt waren.¹⁷ Durch das Auslagern branchenfremder Unternehmensteile aus dem Produzierenden Gewerbe gelangten Teile der Bruttowertschöpfung des Industriesektors in den Dienstleistungssektor, wodurch sich die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen zusätzlich erhöhte. Solche „gegenläufigen“ Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsunternehmen waren bereits in den konjunkturellen Schwächephasen 1980/81 und 1986/87 zu beobachten. Im Zeitraum 1991 bis 1993 äußerte sich dies in einer gleichbleibend hohen Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen.

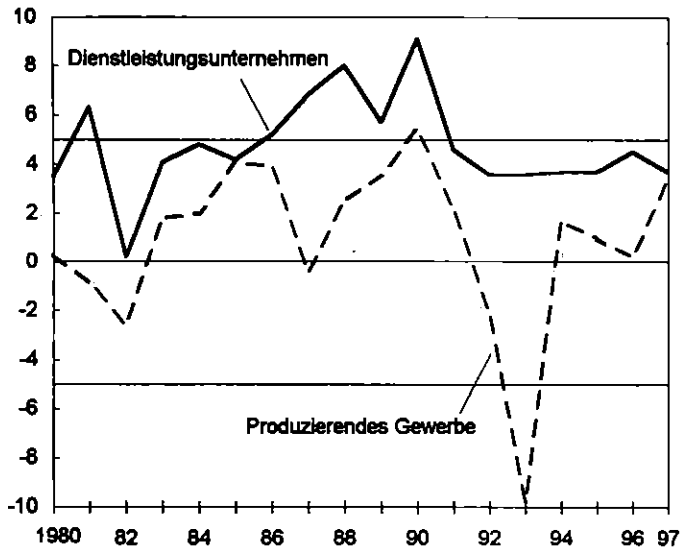
Weil das Outsourcing unternehmensnaher Dienstleistungen mit zeitlichem Abstand zur Rezession erfahrungsgemäß abebbt, ist zu erwarten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen künftig wieder enger an das Produzierende Gewerbe gekoppelt ist. Nachdem das Produzierende Gewerbe im vergangenen Jahr einen kräftigen Wachstumsschub verzeichnete, stehen die Chancen gut, daß die reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen des Landes auch in diesem Jahr überdurchschnittlich stark zunimmt.

17 Die Ergebnisse beruhen auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dort werden die Unternehmen nach institutionellen Gesichtspunkten den einzelnen Wirtschaftsbereichen zugeordnet, also nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Unschärfen bezüglich der Dienstleistungsdaten liegen darin begründet, daß beispielsweise auch Unternehmen, die anderen Wirtschaftsbereichen zugeordnet werden – zum Beispiel Unternehmen des Produzierenden Gewerbes – ebenfalls marktbestimmte Dienstleistungen anbieten. Bei der statistischen Erfassung der Dienstleistungen bestehen derzeit noch erhebliche Lücken.

Schaubild 16

Reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen*) und im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1980

Veränderung gegen Vorjahr in %



*) Ohne Handel, Verkehr, Staat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/slr98

Rationalisierungen – Folge von Überhitzungserscheinungen

Anders als in den letzten Jahren dürfte sich 1998 mit Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auch der Stellenzuwachs in den hiesigen Dienstleistungsunternehmen wieder verstärken. Wie ein längerfristiger Vergleich der Entwicklung von Erwerbstätigenzahl und realer Bruttowertschöpfung zeigt, war die Abschwächung im Beschäftigungsanstieg seit 1992 auch eine Folge der Überhitzungserscheinungen, die im Zeitraum 1990 bis 1992 zu beobachten waren. Während in den 80er Jahren der prozentuale Zuwachs an Arbeitsplätzen geringer war als der Wertschöpfungszuwachs, näherten sich zu Beginn der 90er Jahre beide Entwicklungen immer mehr an. Im Jahr 1992 erhöhte sich der Personalbestand sogar stärker als die reale Wirtschaftsleistung, was in den Jahren danach auch in den Dienstleistungsunternehmen zu Rationalisierungen führte. Anders als im Produzierenden Gewerbe äußerten sich die Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund des hohen Wachstums nicht in einem Stellenabbau, sondern in einem geringeren Stellenzuwachs. Trotzdem wurden auch in einzelnen Dienstleistungssparten wie beispielsweise im Kredit- und Versicherungsgewerbe Stellen abgebaut.

Hohe Arbeitsproduktivität – begrenzter Stellenzuwachs

Wenngleich sich die Aussichten auf einen stärkeren Stellenzuwachs in den Dienstleistungsunternehmen verbessert haben, bleibt die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungssituation in Baden-Württemberg ganz entscheidend von der Industrie abhängig. Im Vergleich zur Industrie beschäftigen die Dienstleistungsunternehmen nämlich deutlich weniger Personen. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der in den Dienstleistungsunternehmen Erwerbstätigen bei nur einem Fünftel, obwohl die Dienstleistungsunternehmen zu rund einem Drittel zur realen Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft beitragen. Bei etwa gleichen Wertschöpfungsanteilen arbeiteten 1997 im baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbe trotz des massiven Stellenabbaus der letzten Jahre noch gut 1,5 Mill. Menschen, 50 % mehr als in den Dienstleistungsunternehmen.

Ausschlaggebend hierfür ist die außerordentlich hohe Arbeitsproduktivität in den Dienstleistungsunternehmen. Dort erwirtschaftete 1997 ein Erwerbstätiger mit rund 150 000 DM

im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe das 1,5fache an realer Bruttowertschöpfung. Insbesondere in den vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen und im Bereich Wohnungsvermietung, den beiden wichtigsten Dienstleistungsbranchen, liegt die Arbeitsproduktivität deutlich über dem Durchschnitt aller Dienstleistungsunternehmen. Aus der hohen Arbeitsproduktivität ergeben sich daher Tendenzen zur Minderung des Arbeitseinsatzes.

Andererseits gewinnt im internationalen Wettbewerb ein qualifiziertes Dienstleistungsangebot im Bereich der Entwicklung innovativer und hochtechnologischer Produkte, aber auch im Servicebereich, längerfristig immer mehr an Bedeutung, wodurch sich insbesondere für die wachstumsstarken unternehmensnahen Dienstleistungen zukunftsreiche Beschäftigungsfelder eröffnen. Die Bereitstellung dieses Dienstleistungsangebots setzt eine gute Infrastruktur voraus, so daß mit der Ausweitung der unternehmensnahen Dienstleistungen auch in anderen Dienstleistungsbranchen, wie beispielsweise im Wissenschafts- und Bildungsbereich, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu erwarten sind.

Tabelle 22

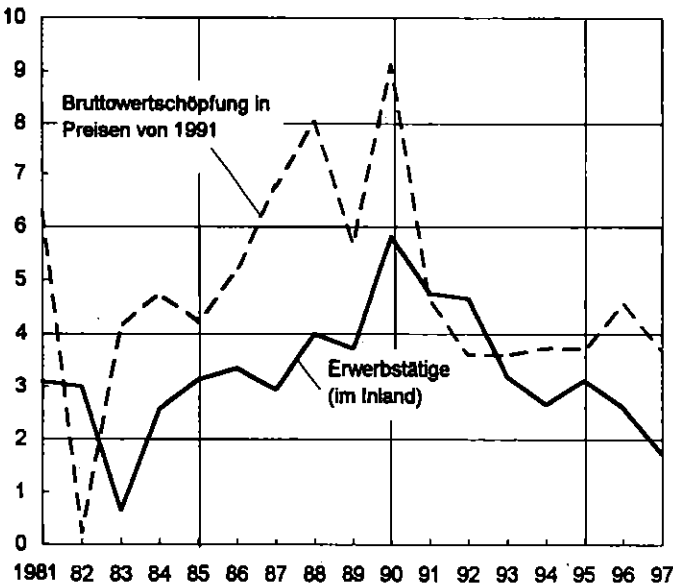
Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität in ausgewählten Dienstleistungsbereichen Baden-Württembergs seit 1980

Jahr	Dienstleistungsunternehmen insgesamt	Darunter			
		Übrige Dienstleistungen	Wohnungsvermietung	Kreditinstitute	Gesundheits- und Veterinärwesen
Reale Bruttowertschöpfung in Mill. DM					
1980	67 839	21 019	18 865	9 715	6 824
1990	114 972	48 091	26 904	14 829	8 782
1993	129 041	57 050	29 826	14 531	11 244
1994	133 829	58 517	30 844	15 528	11 865
1995	138 793	60 872	32 001	15 976	12 648
1996	145 091	.	33 116	.	.
1997	150 444	.	34 144	.	.
Erwerbstätige in 1 000					
1980	583	.	.	89	.
1990	800	341	.	110	116
1993	905	404	.	118	133
1994	929	420	.	119	139
1995	958	440	.	117	144
1996	983
1997	1 000
Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in DM (Arbeitsproduktivität)					
1980	116 436	.	.	109 383	.
1990	143 667	220 065	.	134 567	75 748
1993	142 557	214 972	.	123 548	84 651
1994	143 981	212 862	.	130 938	85 457
1995	144 928	211 182	.	136 379	87 532
1996	147 652
1997	150 451

Berechnungsstand Frühjahr 1998.

Erwerbstätige und reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen*) Baden-Württembergs seit 1981

Veränderung gegen Vorjahr in %



*) Ohne Handel, Verkehr, Staat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stp98

Deutliche Belebung im 2. Halbjahr

Im Jahresverlauf 1997 haben sich die realen Einzelhandelsumsätze zunehmend besser entwickelt. Lagen sie bis Jahresmitte noch etwa auf Vorjahresniveau, wurde mit einem Plus von ca. 2,8 % gegenüber dem Vorjahr fast der gesamte Jahreszuwachs im zweiten Halbjahr erzielt. Getragen wurde diese Entwicklung von den guten Geschäften der Kfz-Einzelhändler, die übers Jahr 1997 ein Umsatzplus von knapp 5 %, in der zweiten Jahreshälfte sogar + 8 1/2 % erreichten. Ebenso günstig entwickelte sich im abgelaufenen Jahr der Handel mit Bau- und Heimwerkerbedarf. Offensichtlich sehen sich die Haushalte verstärkt veranlaßt, notwendige Reparatur- und Umbauarbeiten wegen ihrer angespannten Finanzlage selbst auszuführen. Demgegenüber blieben die Geschäfte mit Bekleidung (- 4 %), Textilien (- 3 %), sowie mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen (- 1,5 %) hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Diese Sparten litten offenbar besonders unter dem im vergangenen Jahr schwachen privaten Verbrauch.

Trotz Umsatzplus wieder Beschäftigungsabbau

Im Einzelhandel kam es in den letzten Jahren zu deutlichen Strukturänderungen. Der Wettbewerbsdruck und damit der Zwang zu Kosteneinsparungen und Rationalisierungen hat sich stark erhöht. Darauf antwortete der Einzelhandel mit einer wachsenden Konzentration, die die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte weiter schrumpfen ließ. Diesem Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß fielen zwischen 1993 und 1995 viele Stellen zum Opfer. Nachdem durch die verstärkte Einstellung von Teilzeitkräften der Stellenabbau anschließend weitgehend zum Stillstand kam, entwickelte sich die Beschäftigtenzahl trotz der Umsatzbelebung seit November 1997 wieder rückläufig. Dabei vollzog sich der Personalabbau ausschließlich bei den Vollbeschäftigten und beschleunigte sich hier im Jahresverlauf deutlich. Im ersten Quartal 1998 sank

Einzelhandel

Das Klima im baden-württembergischen Einzelhandel hat sich im vergangenen Jahr etwas aufgehellt. Zwischen 1992 und 1994 mußte der Einzelhandel im Land mit Ausklingen des vereinigungsinduzierten Konsumbooms und der sich verschlechternden Lage auf dem Arbeitsmarkt kräftige Umsatzrückgänge hinnehmen. Nach einer Phase der Stagnation in den Jahren 1995 und 1996, nahmen die realen Umsätze erst 1997 mit + 1,4 % gegenüber dem Vorjahr wieder spürbar zu. Der Einzelhandel im Südwesten beginnt damit, die Talsohle zu verlassen und in den Jahren zuvor verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Tabelle 23

Ausgewählte Kennzahlen für den Einzelhandel Baden-Württembergs seit 1996

Merkmal	1996		1997				1998
	Jahresdurchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
	Veränderung gegen Vorjahr in %						
Umsatz (real)	+ 0,1	+ 1,4	- 1,6	+ 1,9	+ 1,4	+ 4,2	+ 3,5
Beschäftigte insgesamt	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	- 2,7
Vollbeschäftigte	- 2,3	- 1,6	- 0,7	- 0,9	- 1,7	- 3,2	- 4,5
Teilzeitbeschäftigte	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,3	- 0,4

die Zahl der Vollbeschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 4 1/2 %. Hinzu kommt, daß sich bei den Teilzeitbeschäftigten zu Jahresbeginn 1998 der seit 1995 anhaltende Stellenzuwachs nicht weiter fortsetzte.

Aussichten für 1998 günstiger

Mit dem für den weiteren Jahresverlauf erwarteten Anstieg der real verfügbaren Einkommen, in dem auch die Wende am Arbeitsmarkt zum Ausdruck kommt, dürfte die Nachfrage der privaten Haushalte weiter an Schwung gewinnen¹⁸. Die Einzelhandelsumsätze, die stark von der Entwicklung des privaten Verbrauchs abhängen, dürften damit – trotz der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998 – an ihren jüngsten Aufwärtstrend anknüpfen können. Es bleibt aber abzuwarten, inwieweit sich die Umsatzbelegung in der Beschäftigtenentwicklung niederschlagen wird.

Außenhandel

Der Exportmotor lief 1997 auf vollen Touren. Vor allem die Ausfuhren in die angelsächsischen Länder stiegen stark. Sowohl die Exporte in die Vereinigten Staaten als auch nach Großbritannien profitierten von deutlichen Wechselkursverbesserungen der beiden letzten Jahre. Auch die stark ausgeprägte Binnenkonjunktur verbesserte das Exportklima für die heimischen Produzenten. Nach vorläufigen Zahlen beliefen sich 1997 die baden-württembergischen Exporte auf rund 150 Mrd. DM. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um nominal 12 %.

Exportboom in die USA

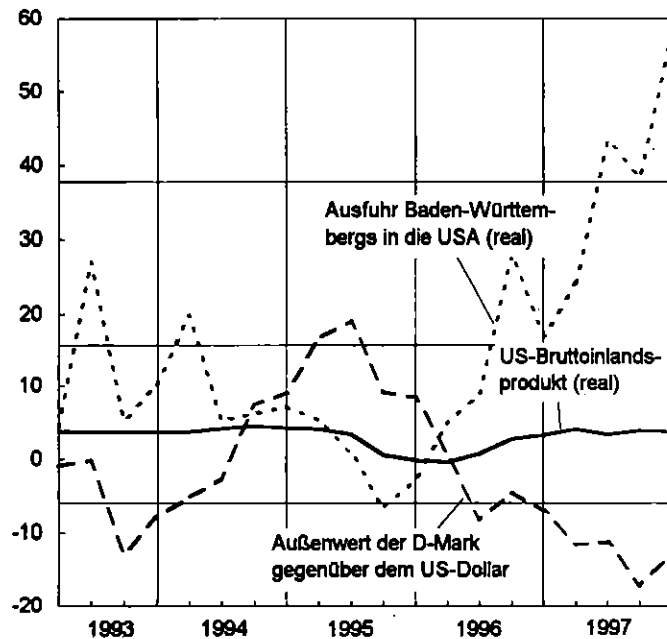
In die Vereinigten Staaten nahmen die Ausfuhren binnen Jahresfrist um gut 6 Mrd. DM bzw. über 40 % zu. Mit einem Exportanteil von gut einem Siebtel sind damit die Vereinigten Staaten der mit Abstand wichtigste Regionalmarkt für baden-württembergische Erzeugnisse. Von diesem Nachfragesog profitierte vor allem die Kraftfahrzeug- und Chemische Industrie. Der Export von Kraftfahrzeugen stieg um 60 % auf 8,3 Mrd. DM. Dies bedeutet, daß beim Export in die USA mittlerweile fast jede zweite Mark mit Kraftfahrzeugen verdient wird. Die Ausfuhren der chemischen Industrie in die USA verdreifachten sich und erreichten ein Volumen von 3 Mrd. DM. Auch die Exporte

¹⁸ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Heft 20-21/98, Berlin, S. 342.

Schaubild 18

US-Konjunktur, Außenwert der DM und Exporte in die USA seit 1993

Veränderung gegen Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stp98

des Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie legten mit + 21 % bzw. + 15 % kräftig zu, blieben aber hinter der Gesamtentwicklung zurück. Die Exporte in das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland übertrafen das Vorjahresniveau um knapp ein Fünftel. Sie erreichten damit ein Volumen von gut 11 Mrd. DM. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten entwickelte sich hier der Export von Maschinen mit + 30 % gegenüber dem Vorjahr dynamischer als die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen (+ 19 %). Da der konjunkturelle Höhepunkt in Großbritannien und auch in den Vereinigten Staaten überschritten sein dürfte und auch die Aufwertungseffekte an Wirkung verlieren, ist im weiteren Jahresverlauf 1998 mit einer Abschwächung zu rechnen.

Asiengeschäft verliert an Schwung

Die Nachfrage aus den südostasiatischen Ländern verlor im Laufe des Jahres deutlich an Schwung und folgte in der zweiten Jahreshälfte unverkennbar einem rückläufigen Trend. Im Durchschnitt des gesamten Jahres gingen die Exporte in die ASEAN-Länder¹⁹ um rund 6 % zurück.

¹⁹ Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Tabelle 24

Exporte Baden-Württembergs seit 1995 nach Warengruppen und ausgewählten Zielländern

Zielgebiet/-land	Insgesamt			Darunter								
				Maschinen			Straßenfahrzeuge			Chemische Erzeugnisse		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Mill. DM											
EU-15	65 112,5	66 992,4	70 969,6	14 252,4	15 391,8	16 743,6	13 168,8	13 395,5	14 943,0	7 043,4	7 426,1	7 868,8
darunter Frankreich	14 938,4	14 780,1	14 790,0	3 344,1	3 332,0	3 443,9	2 443,3	2 419,0	2 656,9	1 599,9	1 683,7	1 842,3
Vereinigtes Königreich	9 039,7	9 561,5	11 331,3	2 229,9	2 477,5	3 193,4	2 056,6	2 348,3	2 944,4	866,6	1 013,3	1 030,4
Italien	9 672,5	9 250,8	9 670,2	2 050,5	2 009,9	2 047,4	2 792,9	2 486,8	2 691,7	826,5	915,4	929,6
USA	12 357,0	14 223,8	20 466,2	3 817,2	3 811,0	4 600,2	3 900,0	5 186,3	8 322,6	977,0	1 071,0	2 907,9
Insgesamt	125 982,5	133 810,9	149 663,9	31 190,8	33 970,1	35 425,9	27 312,3	30 089,2	35 893,0	12 607,6	13 432,1	16 882,9
	Veränderung gegen Vorjahr in %											
EU-15	+ 8,2	+ 2,9	+ 5,9	+ 13,5	+ 8,0	+ 8,8	+ 7,9	+ 1,7	+ 11,6	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,0
darunter Frankreich	+ 8,9	- 1,1	+ 0,1	+ 11,1	- 0,4	+ 3,4	- 2,5	- 1,0	+ 9,8	+ 4,1	+ 5,2	+ 9,4
Vereinigtes Königreich	+ 18,7	+ 5,8	+ 18,5	+ 16,8	+ 11,1	+ 28,9	+ 18,6	+ 14,2	+ 25,4	+ 10,6	+ 16,9	+ 1,7
Italien	+ 2,5	- 4,4	+ 4,5	+ 24,5	- 2,0	+ 1,9	+ 9,0	- 11,0	+ 8,2	+ 5,2	+ 10,8	+ 1,6
USA	+ 0,4	+ 15,1	+ 43,9	+ 10,2	- 0,2	+ 20,7	- 8,2	+ 33,0	+ 60,5	+ 20,3	+ 9,6	+ 171,5
Insgesamt	+ 6,7	+ 6,2	+ 11,8	+ 11,6	+ 8,9	+ 4,3	+ 4,1	+ 10,2	+ 19,3	+ 6,6	+ 6,5	+ 25,7

Ausschlaggebend dafür war der drastische Einbruch bei den Ausfuhren nach Thailand, die im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel zurückgingen. Im Falle Japans war die schwache Binnenkonjunktur und die Auswirkungen der Währungs- und Finanzkrise in Südostasien für das schlechte Exportergebnis von - 8 % verantwortlich. Wegen des nur geringen Exportanteils in diese Länder - auf sie entfielen nur 6 % der Exporte insgesamt - blieben die direkten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf Baden-Württemberg bisher gering.

Europageschäft wird wieder wichtiger

Die Exporte in die EU-Länder blieben auch 1997 mit + 6 % deutlich hinter der Gesamtentwicklung zurück. Ohne das Vereinigte Königreich fällt das Ergebnis mit einem Zuwachs von rund 4 % noch bescheidener aus. Unterdurchschnittlich entwickelten sich die Exporte in die Länder Frankreich, Österreich, Niederlande und Belgien, auf die insgesamt knapp ein Viertel der Ausfuhren entfielen. Die Exporte nach Frankreich, Belgien und Italien dürften unter den verstärkten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte gelitten haben, die zur Erreichung des Maastrichter Defizitziels notwendig waren. Von überdurchschnittlichem Erfolg waren dagegen die Exportaktivitäten nach Spanien, Finnland und Portugal gekrönt. Hier konnten zum Teil hohe zweistellige Zuwächse, insbesondere mit Maschinen, erzielt werden. Da sich 1997 die Wachstumsperspektiven in Südostasien deutlich verschlechtert haben und sich die wirtschaftliche Dynamik in den angelsächsischen Ländern abschwächen wird, dürfte die Entwicklung der kontinentaleuropäischen Konjunktur für die baden-württembergischen Exporte wieder an Bedeutung gewinnen. Deren Perspektiven sind für 1998 insgesamt günstiger. Die Wirtschaft der EU-Länder wird - bis auf das Vereinigte Königreich - im laufenden Jahr an Schwung gewinnen. Zusätzliche Nachfrageimpulse dürften die Exportunternehmen von der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion erhalten.

Reformländer weiter dynamisch

Die Exporte in die Reformländer folgten auch 1997 dem Trend der letzten Jahre. Mit Ausnahme Rumäniens wurden in allen Ländern Mittel- und Osteuropas beachtliche Exportzuwächse erzielt. Spitzenreiter war Rußland mit einem Plus von gut 50 %, gefolgt von Polen mit 30 % und der Tschechischen Republik mit 20 %. Zusammengefaßt haben die Exporte in diese Länder mittlerweile bereits die Größenordnung der Lieferungen nach Großbritannien erreicht. Weil die makroökonomischen Grunddaten in den meisten Reformländern auch 1998 günstig sind, ist mit einem Anhalten des kräftigen Exportstroms in diese Länder zu rechnen.

Schaubild 19

Ausfuhr Baden-Württembergs seit 1980 nach Kontinenten und Ländergruppen

Jahr	Reformländer	Asien	Amerika	EU 15
1980	100	100	100	100
1982	120	110	105	105
1984	150	130	110	110
1986	200	150	120	120
1988	250	180	130	130
1990	300	200	140	140
1992	350	220	150	150
1994	400	250	160	160
1996	450	280	170	170
1997 ¹⁾	520	300	180	280

1) Vorläufige Ergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/slr98

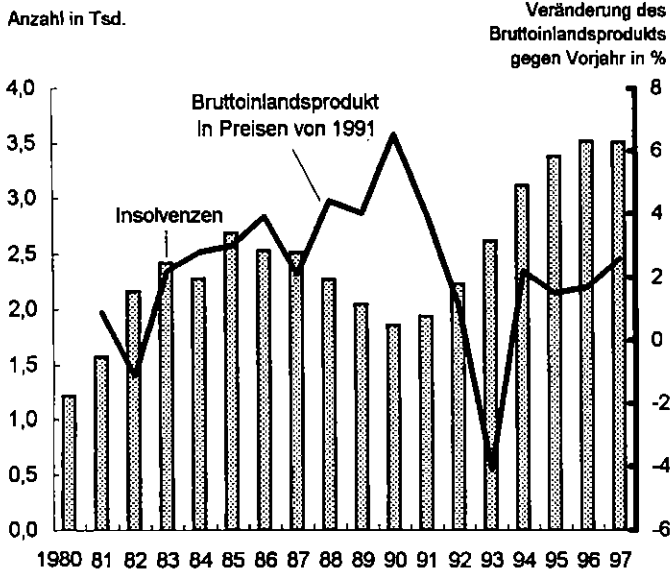
Insolvenzen

Anstieg der Insolvenzen kommt zum Stillstand

Mit über 3 500 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren verharren die Insolvenzen 1997 auf dem im Vorjahr erreichten Rekordniveau. Damit ist die Gesamtzahl der Insolvenzen nach sechs Jahren kontinuierlichen Wachstums 1997 erstmals nicht gestiegen. Dennoch ist eine Trendwende in der Insolvenzentwicklung bislang ausgeblieben. Nach leichtem Rückgang im Sommer 1997 lagen sie von November 1997 bis März 1998 wieder um 10 % über dem Vorjahresniveau.

Eingeleitet wurde die insgesamt negative Entwicklung durch die tiefe Rezession 1992/93, deren Folgen für die Unternehmen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß annahmen. So hat sich die Zahl der Insolvenzen zwischen 1990 und 1997 fast verdoppelt. Dabei wurde die Insolvenzentwicklung maßgeblich durch die Situation bei den Unternehmen bestimmt. Deren Anteil an den gesamten Insolvenzen stieg zwischen 1990 und 1997 von 48 auf mittlerweile 70 %, das entspricht rund 2 450 Fällen. Im Ver-

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1980



*) Ohne Anschlußkonkurse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

gleich zu 1996 nahmen die Unternehmenspleiten in Baden-Württemberg um rund 6 % zu. Mit nunmehr 1 050 Insolvenzen verschlechterte sich demgegenüber die Lage bei den übrigen Gemeinschuldern (darunter fallen natürliche Personen, Nachlaßkonkurse und Organisationen ohne Erwerbszwecke) im gleichen Zeitraum entsprechend weniger stark. Gegenüber dem Vorjahr ging hier die Zahl der Insolvenzen 1997 sogar um rund 12 % zurück.

Handel und unternehmensbezogene Dienstleistungen sind am stärksten betroffen

Von den rund 2 450 Unternehmensinsolvenzen 1997 entfielen ein Viertel auf den Handel (605 Fälle) sowie jeweils rund ein Fünftel auf die unternehmensbezogenen Dienstleistungen²⁰ (512) und das Baugewerbe (507). Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes betrug rund 17 % (418). Die restlichen ca. 17 % (410) verteilten sich auf die übrigen Wirtschaftsbereiche, darunter besonders auf das Gastgewerbe (138) sowie auf den Bereich "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" (106).

20 Einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen.

Nachfrageflaute im Handel und Baugewerbe macht sich bemerkbar

Die Ursache für das bisher vergebliche Warten auf die Trendwende dürfte hauptsächlich die verhaltene Entwicklung des privaten Verbrauchs und die schwierige Lage des Baugewerbes sein. So nahmen 1997 die Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen Handel und Gastgewerbe, die beide stark vom privaten Verbrauch abhängen, um 16 bzw. 5 % gegenüber 1996 zu. Zudem litten viele Unternehmen des Baugewerbes unter den nur schwach ausgeprägten Bauinvestitionen. Infolgedessen stiegen hier im Jahre 1997 die Unternehmenspleiten um 9 % gegenüber dem Vorjahr an. Zusätzlich wirkte sich die schwache Baukonjunktur im vergangenen Jahr negativ auf die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere auf Bauträger sowie Architekten- und Ingenieurbüros, aus. Denn auch in diesem Wirtschaftsbereich nahmen die Unternehmenszusammenbrüche insgesamt im Vergleich zum Vorjahr merklich zu (+ 8 %). Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Lage dagegen spürbar gebessert. Die Zahl der Insolvenzen sank hier im Vergleich zu 1996 um rund 13 %. Hauptgrund dafür war die vorwiegend wegen des boomenden Auslandsgeschäfts verbesserte Ertragslage der Unternehmen. Schließlich verzeichneten gerade die stark exportabhängigen Branchen Maschinenbau, "EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik" sowie die Zulieferbranchen des Fahrzeugbaus die deutlichsten Rückgänge von meist über 20 %.

Als Gründe für Zahlungsunfähigkeiten kommen neben gesamtwirtschaftlichen Einflußgrößen aber auch innerbetriebliche Zusammenhänge in Betracht. Zu letzteren sind insbesondere mangelnde Eigenkapitalausstattung sowie Managementfehler im weitesten Sinne (Kalkulationsfehler und verfehlte Investitionspolitik) zu zählen.

Dabei liegt die Vermutung nahe, daß "junge" Unternehmen diesen Managementrisiken in besonderem Maße ausgesetzt sind. Dafür spricht, daß 1997 knapp drei Viertel der insolventen Unternehmen weniger als acht Jahre existierten. Obwohl die jüngeren Unternehmen nach wie vor das Insolvenzgeschehen dominieren, geraten auch immer mehr ältere Unternehmen in Konkurs. Wie bereits 1996 nahmen auch 1997 die Konkurse von Unternehmen, die älter als acht Jahre waren, mit + 9 % gegenüber dem Vorjahr stärker zu als die von jüngeren mit + 5 %.

Insolvenzgefahr ist im Südwesten weiterhin am geringsten

Seit 1996 steigt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg schwächer an als im früheren Bundesgebiet. Während im Südwesten 1997 die Unternehmensinsolvenzen um rund 6 % über dem Vorjahresniveau lagen, nahmen sie im früheren Bundesgebiet um

knapp 7 % zu. Die Insolvenzhäufigkeit – gemessen als Verhältnis der Unternehmensinsolvenzen zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen – blieb in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen „alten“ Bundesländern weiterhin am niedrigsten. In Baden-Württemberg kamen 1997 auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 63 Insolvenzfälle, vier mehr als im Vorjahr. Ähnlich gering wie hierzulande war die Insolvenzgefährdung nur in Rheinland-Pfalz und in Bayern mit 68 bzw. 71 Unternehmenszusammenbrüchen je 10 000 Unternehmen.²¹

Für 1998 ist keine Entspannung in Sicht

Die Insolvenzsituation im Land dürfte sich auch 1998 nicht wesentlich entspannen. Im Handel, insbesondere im Einzelhandel, wird sich der für den weiteren Jahresverlauf erwartete, allmähliche Anstieg der real verfügbaren Einkommen erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Insolvenzentwicklung auswirken, so daß für dieses Jahr noch keine nennenswerte Besserung zu erwarten ist. Auch die nach wie vor schwache Entwicklung im Baugewerbe gibt kaum Anlaß, für diesen Bereich auf eine Trendwende bei den Insolvenzen zu hoffen. Hoffnungsträger bleibt somit allein das Verarbeitende Gewerbe. Mit der Fortsetzung der günstigen konjunkturellen Entwicklung wird hier der Rückgang der Insolvenzzahlen weiter anhalten. Die Ergebnisse für das erste Quartal 1998 bestätigen diese Vermutung: Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal nahmen die Insolvenzen im Baugewerbe (+ 30 %) und im Handel (+ 5 %) weiter zu, während sie im Verarbeitenden Gewerbe merklich (– 9 %) zurückgingen.

Der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe wird jedoch kaum ausreichen, die Insolvenzzahlen insgesamt deutlich unter das Vorjahresniveau zu drücken. Die ungünstigere Entwicklung in den anderen Bereichen steht dem entgegen.

Öffentliche Finanzen

Gesamtstaatliche Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Auch 1997 stand im Mittelpunkt der gesamtstaatlichen Finanzpolitik die Aufgabe das Staatsdefizit abzubauen. Vor dem Hintergrund von Maastricht kam eine weitere Aufgabe hinzu, die auch in den nächsten Jahren bestehen wird.

So ist es zum finanzpolitischen Ziel geworden das Staatsdefizit zumindest auf den im Maastrichtvertrag genannten Grenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts abzubauen und es in den nächsten Jahren weiter zu verringern. Diese Aufgabe wurde 1997 erschwert, weil die öffentlichen Haushalte wiederum Einnahmeausfälle in nicht erwartetem Umfang zu verkraften hatten. Um weitere Defizite zu vermeiden, ordneten der Bund und viele Länder im Rahmen des Haushaltsvollzugs Ausgabenstopps für die nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhenden Aufwendungen an. Außerdem sollen auch durch eine nachhaltige Verschlinkung der Staatstätigkeit bessere Bedingungen für Wirtschaft und Beschäftigung geschaffen werden. So wird angestrebt, die Abgabenlast zu mindern und die Staatsausgabenquote auf das Niveau vor der deutschen Vereinigung zurückzuführen.

Das Staatsdefizit des Jahres 1997 belief sich in der unter den Europäischen Ländern vergleichbaren Abgrenzung (Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) auf 96,5 Mrd. DM. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt entspricht dieser Betrag einer Defizitquote von 2,7 %; sie lag damit unter dem für die Konvergenzmessung vorgesehenen Referenzwert von 3 %.

In der Abgrenzung der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen²² war das Staatsdefizit geringfügig höher (101,9 Mrd. DM). Im einzelnen trugen der Bund 58,6 Mrd. DM, die Länder 47,4 Mrd. DM und die Gemeinden 0,6 Mrd. DM bei, während die Sozialversicherung 1997 einen Finanzierungsüberschuß von 4,7 Mrd. DM erzielte. Im Jahr 1996 hatte das Staatsdefizit 125,9 Mrd. DM betragen.

Die Einnahmen des Staates erhöhten sich insgesamt um 1,9 % auf 1 676 Mrd. DM. Überproportional um 3,7 % stiegen die Sozialbeiträge, vor allem in Folge der Beitragsanhebung bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu Jahresanfang von 19,2 % auf 20,3 %. Die gesamten Steuereinnahmen lagen im Jahr 1997 nur um 0,4 % über dem Vorjaheresergebnis; die indirekten Steuern nahmen um 2,3 % zu und die direkten Steuern um 1,9 % ab. Der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt belief sich 1997 auf 22,6 %, gegenüber 23,1 % im Jahr 1996. Die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausdrückt, stieg indessen auf 20,1 % an, 1990 lag er noch bei 17 %. Die sonstigen staatlichen Einnahmen entsprachen 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

21 Angele, J.: Insolvenzen 1997, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1998, S. 315 ff.

22 Der Unterschied zwischen den beiden Konzepten besteht darin, daß die öffentlichen Krankenhäuser in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch bis einschließlich 1998 dem Staat und nicht den Unternehmen zugeordnet werden.

Tabelle 25

Bruttoinlandsprodukt sowie Einnahmen und Ausgaben des Sektors Staat im gesamten Bundesgebiet seit 1990

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Einnahmen	Darunter			Ausgaben	Darunter			Finanzierungssaldo
			Abgaben zusammen	Steuern	Sozialbeiträge		Übertragungen	Staatsverbrauch	Bruttoinvestitionen	
Mrd. DM										
1990	2 426	1 068	984	573	410	1 118	555	444	56	- 50
1995	3 460	1 637	1 512	839	673	1 985	1 084	687	83	- 348
1996	3 542	1 645	1 524	819	705	1 771	858	705	77	- 126
1997	3 642	1 676	1 553	822	731	1 778	867	705	69	- 102
Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %										
1990	100	44,0	40,5	23,6	16,9	46,1	22,9	18,3	2,3	- 2,0
1995	100	47,3	43,7	24,2	19,4	57,4	31,3	19,8	2,4	- 10,1
1996	100	46,4	43,0	23,1	19,9	50,0	24,2	19,9	2,2	- 3,6
1997	100	46,0	42,7	22,6	20,1	48,8	23,8	19,4	1,9	- 2,8

In den vergangenen Jahren hatten zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der deutschen Einheit und der zunehmenden Arbeitslosigkeit dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt) belief sich 1997 schließlich für das gesamte Bundesgebiet auf 42,6 %, 1996 lag sie bei 43,1 %, 1995 war sie infolge höherer Sozialabgaben sogar noch bei 43,7 %. Sie war damit 1997 rund 1 Prozentpunkt niedriger ausgewiesen als 1995. Zum Teil ist dies aber auch eine Folge der Veränderung beim Kindergeld, die jetzt steuervermindernd wirkt. So nahm die Sozialabgabenquote weiterhin zu.

Mit 0,4 % sind die staatlichen Ausgaben (1 777,9 Mrd. DM) im Jahre 1997 deutlich geringer gestiegen als die Einnahmen. Höhere Ausgaben als im Vorjahr erbrachte der Staat für soziale Leistungen (+ 1,7 %), für sonstige laufende Übertragungen (+ 1,9 %) sowie für die Zinsen auf öffentliche Schulden (1,3 %). Der Staatsverbrauch überschritt mit 0,1 % den Vorjahreswert nur geringfügig. Niedrigere Ausgaben sind für Subventionen (- 4,5 %) sowie für die öffentlichen Investitionen (- 9,4 %) zu verzeichnen. Vom gesamten Rückgang der Bruttoinvestitionen in Höhe von 7,2 Mrd. DM entfielen knapp 4 Mrd. DM auf die Gemeinden und rund 2 Mrd. DM auf den Bund.

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors (Deutschland insgesamt) beliefen sich 1997 nur auf 49 % des Bruttoinlandsprodukts nach 50 % im Jahr 1996. Im Jahr 1990

waren es noch 46,1 %. Die Zunahme dieser Quote gegenüber 1990 ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum in den Jahren nach 1991 bei zugleich stark steigender Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (Bundesgebiet) entfielen 1997 wie schon im Vorjahr zu 49 % auf Übertragungen, 1995 waren es noch 55 %. Weiterhin fielen 1997 rund 40 % auf den Staatsverbrauch, der zum Beispiel die Personalausgaben und laufende Sachaufwendungen für die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, für das Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt. Von den Übertragungen des Jahres 1997 entfielen unter anderem 78 % auf die sozialen Leistungen und 8 % auf Subventionen. Der Anteil der sozialen Leistungen an den gesamten Ausgaben nahm von 34 % im Jahr 1990 auf 38 % im Jahr 1997 zu. Das Ausmaß der Transferzahlungen ist dabei auf die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch auf die Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. So entfallen von den Ausgaben des Staates (Deutschland) knapp zwei Fünftel auf die soziale Sicherung und rund ein Achtel auf das Gesundheitswesen sowie knapp ein Zehntel auf das Unterrichtswesen. Zur sozialen Sicherung zählen unter anderem Krankenversicherung und Mutterschutz, Rentenversicherungen und Pensionszahlungen, Arbeitslosenversicherung und -hilfe sowie Kindergeld.

Auf die Bruttoinvestitionen entfielen 1997 zudem 4,0 % der gesamten Ausgaben nach 4,3 % im Jahr 1996. 1980 wurden dagegen noch 7,4 % der Ausgaben für Investitionen eingesetzt. 1970 waren es sogar noch 11,8 %.

Tabelle 26

Schulden*) Baden-Württembergs seit 1990

Jahr	Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	DM je Einwohner	Veränderung gegen Vorjahr in %
Insgesamt				
1990	56 448,2	+ 6,4	5 805	+ 3,9
1991	59 810,7	+ 6,0	6 049	+ 4,2
1992	63 095,0	+ 5,5	6 262	+ 3,5
1993	65 565,1	+ 3,9	6 427	+ 2,6
1994	68 741,9	+ 4,8	6 708	+ 4,4
1995	68 511,1	- 0,3	6 654	- 0,8
1996	71 742,2	+ 4,7	6 936	+ 4,2
1997	73 312,8	+ 2,2	7 051	+ 1,7
darunter				
Land				
1990	40 436,8	+ 8,3	4 158	+ 5,7
1991	43 410,0	+ 7,4	4 390	+ 5,6
1992	45 967,4	+ 5,9	4 562	+ 3,9
1993	47 389,3	+ 3,1	4 646	+ 1,8
1994	49 070,1	+ 3,5	4 788	+ 3,1
1995	50 154,3	+ 2,2	4 871	+ 1,7
1996	53 392,5	+ 6,5	5 162	+ 6,0
1997	55 505,2	+ 4,0	5 339	+ 3,5
Gemeinden/Gv.				
1990	15 166,2	+ 2,3	1 560	- 0,1
1991	15 457,6	+ 1,9	1 563	+ 0,2
1992	16 098,7	+ 4,1	1 598	+ 2,2
1993	17 030,4	+ 5,8	1 670	+ 4,5
1994	17 143,6	+ 0,7	1 673	+ 0,2
1995	17 181,3	+ 0,2	1 669	- 0,2
1996	17 113,9	- 0,4	1 654	- 0,9
1997	16 412,7	- 4,1	1 579	- 4,5

*) Ohne Schulden der Eigenbetriebe und ohne Schulden der rechtlich selbständigen Unternehmen.

Bei den Zinsausgaben machten sich die niedrigen Zinssätze weiterhin positiv bemerkbar. Die Zinsen auf öffentliche Schulden beliefen sich 1997 im gesamten Bundesgebiet wie schon 1995 auf rund 136 Mrd. DM. Das waren 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts. 1990 lag der Anteil noch bei 2,6 % und 1980 sogar nur bei 2 %.

Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg geringer als im westdeutschen Länderdurchschnitt

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1997 nach Angaben der Deutschen Bundesbank auf rund 2 221 Mrd. DM. Die Verschuldung der westdeutschen Länder betrug 505 Mrd. DM, die der westdeutschen Gemeinden rund 163 Mrd. DM. Das bedeutet in den westdeutschen Ländern eine Verschuldung pro Kopf von 7 581 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnet sich je Einwohner ein Betrag von 2 440 DM. Der Schuldenstand der westlichen Länder stieg damit seit 1990 um 54 % und der westdeutschen Gemeinden um 26 %. Demgegenüber hat sich die Verschuldung der gesamten öffentlichen Haushalte Deutschlands mehr als verdoppelt.

Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. So belief sich die Gesamtverschuldung des Landes Ende 1997 auf 55,5 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 5 341 DM. Dabei nahm die Verschuldung des Landes von 1996 auf 1997 um 4 % zu; die Verschuldung je Einwohner um 3,5 %. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1997 auf 16,4 Mrd. DM (- 4,1 %), das waren je Einwohner 1 579 DM gegenüber 1 654 DM im Jahr 1996.

Geringere Steuereinnahmen als erwartet

Die Steuereinnahmen des Landes beliefen sich für das Jahr 1997 auf rund 38 Mrd. DM, das waren 1,9 % weniger als im Vorjahr. Diese Rückgänge sind zum Teil durch gesamtwirtschaftliche Faktoren zu erklären. Ferner wirkte sich auch die Umstellung des Systems und die Erhöhung des Kindergeldes steuermindernd aus. Außerdem schlug sich die schwache Inlandsnachfrage beim Umsatzsteuerwachstum nieder. Auch die Abschaffung der Vermögensteuer machte sich bemerkbar; hier konnten die Ausfälle noch nicht durch Mehreinnahmen aus der Erbschaftssteuerreform und Anhebung der Grunderwerbssteuer vollständig ausgeglichen werden. Die ergiebigsten Steuern waren dennoch die Steuern auf das Einkommen. Die Einnahmen aus Steuern vom Einkommen beliefen sich auf rund 20,2 Mrd. DM und lagen nahezu auf dem Vorjahreswert. Die Steuern vom Umsatz stiegen dagegen um 0,9 % auf 11,8 Mrd. DM. Die reinen Landessteuern beliefen sich auf 4,9 Mrd. DM. Das waren 14 % weniger als im Vorjahr. Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von 952 Mill. DM (+ 5,5 %) sowie laufende Zuweisungen, Zuschüsse und Schuldendiensthilfen in Höhe von 8,4 Mrd. DM verbuchen.

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden insgesamt 10,5 Mrd. DM (+ 1,9 %) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 7,7 Mrd. DM Tilgungs-

ausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf 2,8 Mrd. DM. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1997 beträgt 2,6 Mrd. DM.

Die unter anderem um Tilgungsausgaben bereinigten Ausgaben beliefen sich 1997 auf 52,7 Mrd. DM und die bereinigten Einnahmen auf 50,8 Mrd. DM. Damit sind die bereinigten Einnahmen seit 1990 um 23,9 % gestiegen und die bereinigten Ausgaben um 21,3 %. Die bereinigten Ausgaben wurden 1997 zu 72 % durch Steuereinnahmen gedeckt, im Vorjahr war dies nur zu 71 % der Fall, 1990 aber noch zu 74 %. Von den bereinigten Ausgaben entfielen 1990 noch 38,9 % auf Personalausgaben, 1997 betrug dieser Anteil aber 42 %. Auf die Personalausgaben entfällt damit nach wie vor ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben. Dagegen lagen die Investitionsausgaben 1997 um rund 7,1 % unter dem Wert von 1990. Sie betragen 5,4 Mrd. DM. Der Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Ausgaben nahm so von 13,5 % im Jahr 1990 auf 10,3 % im Jahr 1997 ab. Ursächlich für diesen Rückgang sind die zum Ausgleich der Mindereinnahmen notwendig gewordenen Sparmaßnahmen, die aufgrund der Struktur des Landeshaushalts sich verstärkt bei den Investitionen auswirken. Ferner ist zu berücksichtigen, daß als Folge der hohen Investitionstätigkeit in den letzten Jahrzehnten eine hochentwickelte Infrastruktur entstanden ist, deren laufende Kosten zunehmend Haushaltsmittel binden.

Für Sachinvestitionen wurden 1,3 Mrd. DM eingesetzt, das waren 13 % weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben für Baumaßnahmen sanken sogar um 16,7 %. Sie schließen unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulen, Hochschulkliniken, Behördengebäuden und den Bau von Straßen ein. Die Ausgaben für Baumaßnahmen beliefen sich auf 0,8 Mrd. DM. Weitere 39,9 Mrd. DM entfielen auf Sachausgaben. Stark nahmen hier die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse ab (- 5,6 %), sie beliefen sich 1997 auf 17,4 Mrd. DM. Davon entfielen unter anderem auf die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs 2,2 Mrd. DM (- 21,4 %) und auf allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden 9,2 Mrd. DM (- 6,9 %).

Merklich erhöhte sich im Laufe der 90er Jahre die Zinslast. Lagen die Zinsausgaben 1990 noch bei rund 2,4 Mrd. DM (5,5 % der bereinigten Ausgaben), so betragen sie 1997, trotz günstigem Zinsniveau, 3,1 Mrd. DM (5,9 % der bereinigten Ausgaben). 1980 belief sich die Zinslast dagegen noch auf 1,1 Mrd. DM, das waren 3,7 % der bereinigten Ausgaben.

Die Zinszahlungen nahmen damit seit 1990 jahresdurchschnittlich um 3,3 % zu und die Personalausgaben um 4 %. Beide Ausgabenposten nahmen damit gemessen an den gesamten Ausgaben durchschnittlich zu (+ 3,9 %), dabei haben sich das günstige Zinsniveau der

beiden Jahre und die moderaten Lohnabschlüsse in den 90er Jahren positiv ausgewirkt. Demgegenüber stiegen die Steuereinnahmen mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 2,4 % unterdurchschnittlich. Die Ein- und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sind nominale Werte, so daß bereinigt um die Inflationsrate, die in Baden-Württemberg jahresdurchschnittlich 2,6 % betrug, die Ausgaben real um 1,3 % wuchsen.

Konsolidierung des Landeshaushalts

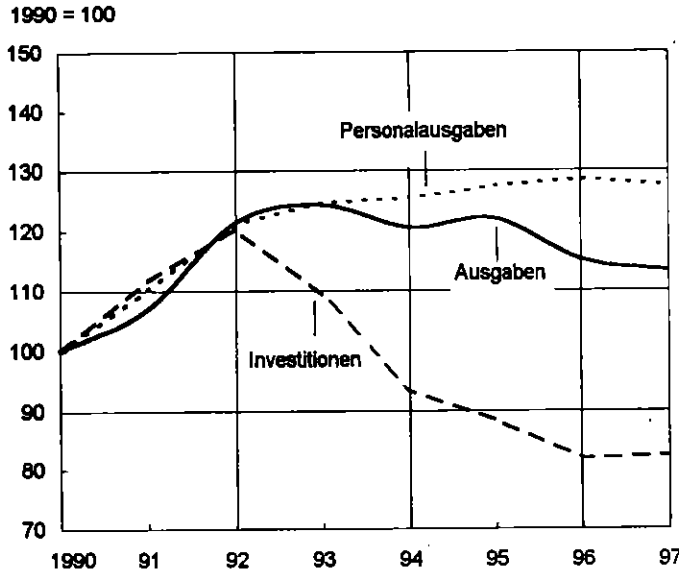
Im Landeshaushalt Baden-Württemberg hat auch 1998 die Konsolidierung der Finanzen Vorrang vor anderen Zielen. Das Gesamtvolumen des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 wurde auf rund 63,2 Mrd. DM veranschlagt. Die unter anderem um Tilgungsaufgaben „bereinigten“ Ausgaben des Landes werden voraussichtlich zu 73,7 % aus Steuern gedeckt. 1998 fallen voraussichtlich 22,3 Mrd. DM an Personalkosten an (rund 41,7 % der bereinigten Gesamtausgaben). Mit 5,0 Mrd. DM werden rund 9,4 % des Landesetats für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Als Nettokreditaufnahme sind 1998 2,3 Mrd. DM vorgesehen. Dabei belaufen sich die Kreditaufnahmen auf rund 10,7 Mrd. DM und die Ausgaben für Schuldentilgung auf 8,5 Mrd. DM.

Gegenüber den Ist-Ergebnissen des Jahres 1997 wurden die bereinigten Ausgaben um 1,6 % höher veranschlagt. Bei den Personalausgaben wird mit einer Zunahme um 0,9 % gerechnet. Dabei sind die Einsparungen aufgrund noch zu beschließender bundesgesetzlicher Maßnahmen in Höhe von 470 Mill. DM unterstellt. Gleichzeitig wird aber davon ausgegangen, daß die Steuereinnahmen um 3,4 % ansteigen werden. Demgegenüber wurden aber die Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 8 % reduziert. Die Nettokreditaufnahme wurde 15 % geringer als im Vorjahr festgelegt. Damit nehmen sämtliche Ausgaben gemessen am durchschnittlichen Wachstums des Zeitraums 1990 bis 1997 unterdurchschnittlich zu, die Investitionsausgaben nehmen indessen überproportional ab. Die Nettokreditaufnahme fällt ebenfalls niedriger aus. Bei den Steuereinnahmen wird dagegen aus konjunkturellen Gründen gemessen an den Vorjahren ein deutlicher Anstieg erwartet.

Geringeres Haushaltsvolumen bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten 1997 sowohl weniger Ausgaben als auch Einnahmen. Die

Bereinigte Ausgaben, Personalausgaben und Sachinvestitionen der Gemeinden/GV in Baden-Württemberg seit 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/str98

bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände betragen 1997 insgesamt 37,3 Mrd. DM (- 2,7 %). Die Nettosteuerereinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 13,7 Mrd. DM und stiegen insgesamt um 0,2 % an, das waren je Einwohner 1 380 DM und drei Mark mehr als im Vorjahr, im Bundesdurchschnitt ohne die Stadtstaaten waren es 1 150 DM je Einwohner. Dabei erhöhte sich die Gewerbesteuer (netto) um 5 %, während der Gemeindeanteil der Einkommensteuer um 5,1 % sank. Ein Anstieg war auch bei den Grundsteuern festzustellen (+ 4,3 %).

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gemeindeverbände betragen (bereinigt) 1997 rund 37,7 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies eine geringe Abnahme um 1,7 %. Große Ausgabenpositionen waren die Personalausgaben mit 9,8 Mrd. DM (- 0,8 %), der laufende Sachaufwand mit 6,8 Mrd. DM (+ 1,3 %) sowie die Sozialleistungen mit rund 5,8 Mrd. DM. Die Sozialleistungen der Gemeinden verringerten sich um 8,7 %, weil sich die stationären Hilfen für die Pflegeversicherung erstmals über ein volles Jahr auswirkten. Die Sachinvestitionen wurden dagegen wieder geringfügig (+ 1,3 %) auf 6,8 Mrd. DM erhöht. Die Ausgaben für Baumaßnahmen gingen aber zugleich um 2 % zurück. Die Investitionsausgaben nahmen damit seit 1992 deutlich ab. Dagegen nahmen die Personalausgaben nach einer Rückführung Ende der 80er Jahre in den 90er Jahren wieder zu.

Preise

Trotz Anhebung der Mehrwertsteuer stabil

Das Preisklima bleibt ausgesprochen günstig. Im April lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Baden-Württembergs 1,4 % über dem Vorjahreswert. Für das Jahr 1997 errechnete sich eine durchschnittliche Teuerungsrate von 1,6 %, im Jahr zuvor hatte sie sogar nur 1,2 % betragen.

Nachdem im Jahr 1997 höhere Rohstoffpreise zu Preissteigerungen geführt hatten, herrschen Anfang 1998 wieder dämpfende Einflüsse von den Weltrohstoffpreisen vor und hier allem voran von der Ölpreisentwicklung. Ursächlich hierfür war der Wachstumseinbruch in Südostasien, der zu erheblichen Nachfrageausfällen an den Rohstoffmärkten geführt hat. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe, die im Durchschnitt des Jahres 1997 noch um 13 % gestiegen waren, gaben im ersten Quartal 1998 wieder in gleichem Umfang nach. Infolge dessen stagnierten die Einfuhrpreise im ersten Quartal nahezu auf dem Vorjahreswert, nachdem sie im Durchschnitt des Jahres 1997 noch um 3,2 % gestiegen waren.

Die Preisstabilität war auch im Vorjahr durch die Zunahme der Einfuhrpreise nicht gefährdet, weil die zurückhaltende Binnenkonjunktur nur geringe Preiserhöhungsspielräume geboten hat. Von den Ergebnissen der Lohnrunde her, hatte sich die Zunahme der Arbeitskosten in engen Grenzen gehalten. Lediglich die Beitragssätze zur Sozialversicherung waren etwas stärker gestiegen. Insgesamt nahmen 1997 die Lohnstückkosten in Westdeutschland um 1,6 % ab und die Arbeitsproduktivität ist mit 3,3 % stärker gestiegen als die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer. Damit verlief im westlichen Bundesgebiet auf der Erzeugerstufe der Preisauftrieb sehr verhalten: Die Erzeugerpreise nahmen 1997 im Durchschnitt um 1,1 % zu und im 1. Quartal 1998 mußte für gewerbliche Erzeugnisse kaum mehr bezahlt werden als vor einem Jahr. Die Kostenentlastungen wurden also dazu genutzt, die Erzeugerpreise stabil zu halten. Die Preise für Bauleistungen blieben im ganzen ebenfalls stabil, wozu die schwache Baukonjunktur beigetragen haben dürfte.

Diese alles in allem moderate Preisentwicklung der Einfuhr- und Erzeugerpreise bewirkte bei den Großhandelspreisen 1997 eine Zunahme von 2,4 % und bei den Einzelhandelspreisen um 0,6 %. Auch im ersten Quartal 1998 blieben die Einzelhandelspreise nahezu stabil (+ 0,3 %). Angesichts der schwachen Nachfrage hat sich bis jetzt auch die Mehrwertsteuererhöhung von 15 auf 16 % nicht voll auf den Verbraucherpreisindex ausgewirkt.

Preissteigernd wirkten im letzten Jahr die staatlich regulierten Preise, die 1997 insgesamt um 3,5 % stiegen. Am stärksten stiegen dabei die Rundfunk- und Fern-

Tabelle 27

Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg seit 1990

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Jahr Monat	Außenhandel		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung	
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeugerpreise gewerb- licher Produkte	Groß- handels- verkaufs- preise	Einzel- handels- preise	Bauleistungen an neuen Wohn- gebäuden	aller privaten Haushalte	Index staatlich administrierter Preise
	Deutschland		früheres Bundesgebiet	Deutschland		Baden-Württemberg		
1990	–	–	+ 1,7	+ 0,8	–	+ 6,8	+ 2,9	+ 2,7
1991	–	–	+ 2,5	+ 1,4	–	+ 6,8	+ 3,7	+ 3,0
1992	– 2,4	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,8	+ 3,8	+ 5,0
1993	– 1,5	0,0	0,0	– 0,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,8	+ 5,1
1994	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,5
1995	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6
1996	+ 0,5	+ 0,2	– 0,6	– 0,6	+ 0,8	– 1,5	+ 1,2	+ 0,8
1997	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,6	– 1,4	+ 1,6	+ 3,5
1998								
Januar	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,2	–	+ 1,2	+ 2,9
Februar	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,4	– 0,3	+ 1,0	+ 2,5
März	– 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	–	+ 1,0	+ 2,2
April	– 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,7	–	+ 1,4	+ 2,3

sehgebühren sowie Arzneimittel, die sich nach Erhöhung der Rezeptgebühr zum 1. Juli 1997 um insgesamt 18 % verteuert hatten. Die Preise für den öffentlichen Personenverkehr stiegen um 3,3 %. Überdurchschnittlich stiegen auch Mieten, nicht zuletzt wegen der Nebenkosten, die teilweise, wie die Müllabfuhr oder die Grundsteuer administrativ festgelegt sind.

Teuerung auch im Ländervergleich niedrig

Die heutige Preisstabilität geht nicht nur auf kurzfristig wirkende Einflüsse zurück; sie ist vielmehr das Ergebnis einer langfristig angelegten Entwicklung. Gab es in den 70er Jahren noch eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von 5 %, betrug sie in den 80er Jahren 2,8 % und im Zeitraum 1990 bis 1997 nur noch 2,6 %, im April 1998 schließlich 1,4 %.

Überproportional entwickelten sich in den 90er Jahren vor allem die Wohnungsmieten. Auch die Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Güter für persönliche Aus-

stattungen, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und 1997 auch Güter für die Gesundheits- und Körperpflege hatten eine überdurchschnittliche hohe Teuerungsrate. Stark unterdurchschnittlich entwickelten sich die Preise für Energie, aber auch für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren sowie für Bekleidung und Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung. Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit bewegten sich zumeist um den Gesamtdurchschnitt.

Die Preisentwicklung im April 1998 bestätigt diesen Trend. Überdurchschnittlich stiegen vor allem die Güter für Gesundheit- und Körperpflege mit 4,3 % und die Güter für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen mit + 2,8 % sowie die Wohnungsmieten mit 1,5 %. Es fällt dabei auf, daß sich der Preisauftrieb für Mieten und Dienstleistungen dem Durchschnittstrend mehr und mehr anpaßt. Dagegen wirkte das Preisniveau für Energie mit 0,1 % weiterhin preisdämpfend, vor allem deshalb, weil die Preise für Heizöl um 5 % sanken. Auf der Verbraucherstufe, wo die Geldwertstabilität am deutlichsten zum Ausdruck kommt, hielt sich die Teuerung damit in engen Grenzen.

In den meisten Ländern im Bundesgebiet und auch Europas war der Preisauftrieb stärker. Für das Bundesgebiet lag der Preisindex für die Lebenshaltung 1997 bei 1,8 % nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex um 0,4 Prozentpunkte darunter. Er ist niedriger, weil sein Warenkorb die in Deutschland stark steigenden Güter für Gesundheit sowie unterstellte Mieten für selbstgenutzte Wohnungseinheiten nicht enthält. Dieser Index wurde entwickelt, um vergleichbare Inflationsraten zu haben und das Maastricht-Kriterium „Preisstabilität“ für die einzelnen EU-Staaten überprüfen zu können. Zusammen mit den anderen Konvergenzkriterien entschied die Preisstabilität darüber, welche Länder die Voraussetzungen für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion erfüllten, wobei das Ziel „Preisstabilität“ nach dem Vertrag von Maastricht oberste Priorität hat. Dafür durfte die Inflationsrate um nicht mehr als 1 1/2 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen. Gemessen an diesem Index haben sich die Inflationsraten der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union zuletzt stark angeglichen. 1997 lagen die Jahresraten für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Griechenland nicht nur unter dem errechneten Referenzwert von 2,7 %, sondern sogar unter 2 %. Dabei lag Deutschland mit 1,4 % bei den sieben Ländern mit der günstigsten Preisstabilität. Niedrigste Teuerungsrate wies Österreich mit 1,1 %, Frankreich und Irland mit jeweils 1,2 % aus sowie Finnland mit 1,3 %. Es folgten Deutschland, Luxemburg und Belgien mit jeweils 1,4 %.

Insgesamt betrachtet ist nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1998 deutlich verstärkt. So prognostizierten die Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten einen Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch von 1,3 % im Jahr 1998 und 1,5 % im Jahr 1999. Auch im Durchschnitt der Teilnehmerländer an der Währungsunion seien nicht mehr als 1,5 % Inflation zu erwarten.

Vermögen privater Haushalte

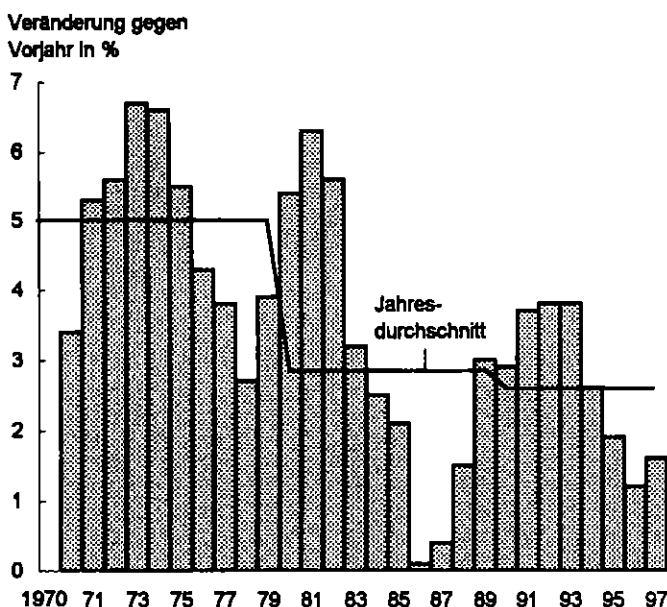
Zwischen der Höhe des Einkommens und des Vermögens besteht eine wechselseitige Beziehung: zum einen ist das Sparen als eine Art der Einkommensverwendung gleichzusetzen mit der Vermögensbildung, zum anderen sind die Vermögenserträge ein Teil des Einkommens.

Die Ersparnisse der privaten Haushalte im Bundesgebiet betragen 1997 rund 256 Mrd. DM. Das waren 10,9 % des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote ist damit in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, 1996 betrug sie 11,4 % im Jahr 1991 noch 12,9 %. Diese Quote ist die niedrigste seit 1983, auch damals betrug sie 10,9 %. Die Abnahme steht in engem Zusammenhang mit dem Rückgang der Reallöhne, der steigenden Arbeitslosigkeit und Steuer- und Abgabenlast. Um den Lebensstandard beizubehalten, wurde im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt weniger gespart. So nahm 1997 das verfügbare Einkommen um 1,6 % und der Private Verbrauch um 2,2 % zu, so daß die gesamtwirtschaftliche Ersparnis um 2,5 % sank. Andererseits betrug 1997 das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte rund 8 % aller erwirtschafteten Einkommen der privaten Haushalte. 1991 waren es noch über 8 %, da die Zinssätze höher lagen.

Während es zur Einkommensverwendung Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt, gibt es bezüglich des Vermögenbestandes bisher nur wenige Ansätze. Angaben über den Vermögenbestand liegen für die aktuellen Jahre für Teilgrößen der Vermögensbilanz vor. Die Summe des Privaten Geldvermögens betrug für die Privaten Haushalte des gesamten Bundesgebiets 1996 insgesamt 4 955 Mrd. DM.²³ Davon entfiel jeweils gut ein Fünftel (23 %) auf Spareinlagen und auf Geldanlagen bei Versicherungen. Ein weiteres Viertel wurden in festverzinslichen Wertpapieren angelegt und rund 8 % als Termingelder gehalten. Als Geldanlage bei Bausparkassen wurden 3 %, als Aktien 6 % und als Investmentzertifikate 8 %

Schaubild 22

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970



des Gesamtvermögens der privaten Haushalte gehalten. Nicht berücksichtigt ist dabei die Bargeldhaltung. Umgerechnet ergibt sich damit ein Geldvermögen von rund 133 000 DM je Haushalt bzw. 60 500 DM je Einwohner. 1991 betrug das Private Geldvermögen noch 3 474 Mrd. DM, sodaß sich das Geldvermögen im Zeitraum von 5 Jahren um 43 % erhöht hat. Die Verpflichtungen der privaten Haushalte beliefen sich insgesamt auf 1 721 Mrd. DM, so daß sich ein Nettogeldvermögen von 3 234 Mrd. DM errechnet. Von den Schulden der privaten Haushalte entfallen über drei Viertel auf Baukredite, die seit 1991 sogar überdurchschnittlich stiegen.

Das Nettogebrauchsvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen²⁴ im früheren Bundesgebiet, also der Zeitwert von Kraftfahrzeugen und Fahrräder, Möbeln, Haushaltsgeräten und anderen langlebigen Gebrauchsgütern, belief sich 1995 auf 1 258 Mrd. DM. Damit ergibt sich 1995 für das frühere Bundesgebiet ein durchschnittliches Nettogebrauchsvermögen von rund 42 000 DM je Haushalt bzw. 19 060 DM je Einwohner. Das Gebrauchsvermögen nahm im Zeitraum 1980 bis 1990 um jährlich durchschnittlich 5,5 % zu. In den Jahren 1990 bis 1995 betrug der Zuwachs jährlich 5,8 %.

Größte Bedeutung hat das Wohnungsvermögen

Das Wohnungsvermögen²⁵ betrug im früheren Bundesgebiet 1996 rund 4 422,6 Mrd. DM, rund drei Viertel davon sind im Eigentum privater Haushalte. Umgerechnet auf die Zahl der privaten Haushalte errechnet sich ein Wohnungsvermögen in Höhe von rund 144 000 DM je Privathaushalt bzw. rund 65 000 DM je Einwohner.

Bemerkenswert ist hier, daß das Wohnungsvermögen gegenüber 1983 um fast 90 % angestiegen ist, nur geringfügig schwächer nahm das Gebrauchsvermögen zu, so daß sich im früheren Bundesgebiet grob geschätzt inzwischen ein Gesamtvermögen von über 8,5 Bill. DM in den privaten Haushalten angesammelt haben dürfte.

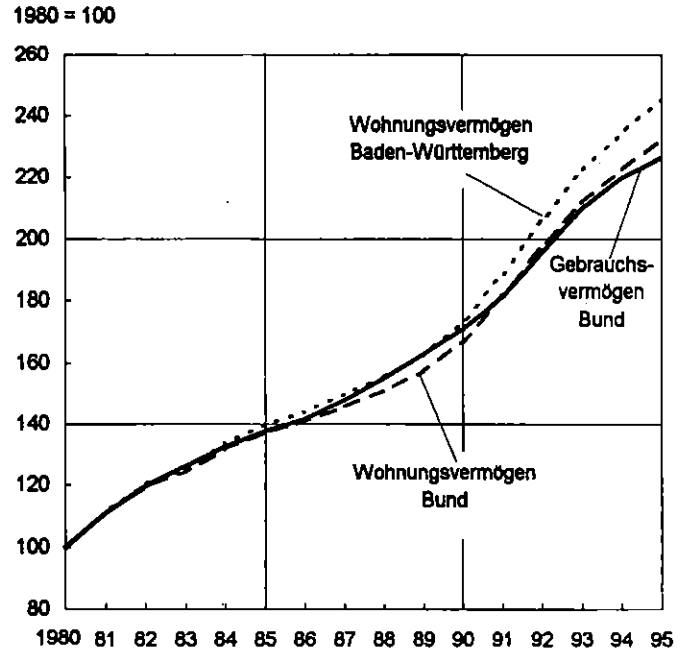
Das Wohnungsvermögen Baden-Württembergs betrug 1995 rund 740 Mrd. DM, 1993 waren es noch 670 Mrd. DM. Das sind rund 17 % des früheren Bundesgebiets, während nur rund 15,6 % der Einwohner in Baden-Württemberg leben. Ein grober Hinweis dürfte damit auch bezüglich des vorhandenen Gesamtvermögens gegeben sein.

24 Statistisches Bundesamt, Konten und Standardtabellen.

25 Ebenda.

Schaubild 23

Wohnungs- und Gebrauchsvermögen in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet seit 1980*)



*) Für das Gebrauchsvermögen in Baden-Württemberg liegen keine Angaben vor.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

31/stpr98

Diese Angaben können um die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ergänzt werden.²⁶ Seit 1993 werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Verkehrswerte erfaßt, was die überragende Bedeutung des Grundvermögens innerhalb des Privaten Vermögens zum Ausdruck bringt. Mit 480 900 DM je Grundbesitzerhaushalt bezogen auf alle Haushalte immer noch 271 300 DM stellte das Grundvermögen alle anderen Vermögenswerte deutlich in den Schatten. So betrug der Anteil an Immobilien an allen erfaßten positiven Vermögensbeständen 79 %. Diesem Bruttovermögenswert stehen neben den Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten auch Hypotheken und Baudarlehen in Höhe von 40 700 DM je Haushalt gegenüber. Ende 1993 errechnet sich je Haushalt ein Nettovermögen von 301 800 DM, von dem 24 % als Geldvermögen gehalten werden und rund 76 % in Immobilien gebunden sind. Ende 1993 belief sich das wertmäßig nachgewiesene Bruttogeldvermögen je Haushalt auf 73 400 DM, rund 8 000 DM mehr als im früheren Bundesgebiet.

26 Kössler, R.: Zur Vermögenslage privater Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1995.

Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weisen allerdings nur 56 % des von der Bundesbank 1993 ausgewiesenen Geldvermögens ohne Bargeld und Sichteinlagen aus. Auch werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe private Organisationen ohne Erwerbszweck und Haushalte mit besonders hohen Einkommen nicht erfaßt. Bemerkenswert ist hier auch das nur wenige Haushalte entweder kein Vermögen (2,1 %) oder nur Grundvermögen (0,3 %) haben.

Das Volkseinkommen fließt sowohl den Arbeitnehmern als auch den Unternehmen und den Besitzern von mobilem und immobilem Kapital zu. Während die Arbeitnehmer-einkommen 1997 nahezu stagnierten, nahmen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fast um 9 % zu. Für Baden-Württemberg liegen die Daten der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung bis 1994 vor. Damals betrug der Anteil am Volkseinkommen im gesamten Bundesgebiet rund 15 %.

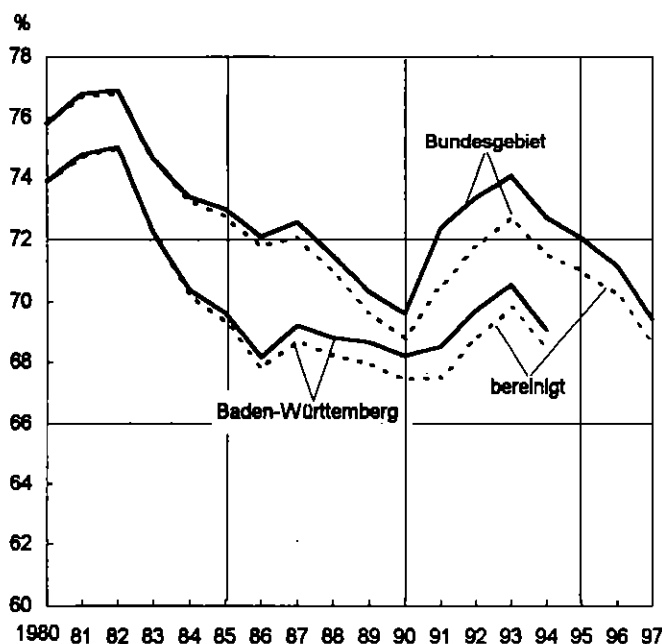
Einkommen

Wachstumstrend deutlich verlangsamt

Das moderate Einkommenswachstum der letzten Jahre hat sich 1997 fortgesetzt. Auch das Volkseinkommen, das alle im Rahmen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen entstandenen Einkommen umfaßt, wuchs in jüngster Vergangenheit deutlich schwächer als in früheren Jahren. Nachdem es für das gesamte Bundesgebiet 1996 einen Zuwachs um 2,3 % gegeben hatte, lag es 1997 um 2,7 % über dem Vorjahreswert. In den Jahren zuvor waren die Steigerungsraten höher gewesen. Im Gesamtzeitraum 1991 bis 1997 belief sich der jahresdurchschnittliche Zuwachs auf 3,6 %. Im Durchschnitt der 80er Jahre hatte die jährliche Zunahme sogar noch 5,2 % betragen.

Schaubild 24

Lohnquoten für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet seit 1980*



*) Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Lohnquote so niedrig wie noch nie

Die Arbeitnehmereinkommen haben seit der Rezession mit der Entwicklung des Volkseinkommens nicht Schritt gehalten. Im Bundesgebiet ist ihr Anteil am Volkseinkommen bis 1997 auf 69 % gefallen und lag damit unter dem bisherigen Tiefstwert im Jahr 1990. Die Lohnquote für Baden-Württemberg dürfte sich ähnlich entwickelt haben, weil hierzulande Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen traditionell eine größere Rolle spielen, allerdings auf niedrigerem Niveau. Der Rückstand zur Lohnquote im Bundesgebiet, der sich im Beschäftigungsaufschwung Ende der 80er Jahre merklich verkürzt hatte, hat sich in den 90er Jahren wieder vergrößert und betrug 1994 fast vier Prozentpunkte. Nach dem Verlauf der bereinigten Lohnquote ist das Absinken der Lohnquote nur zum Teil auf den Beschäftigungsabbau zurückzuführen, sondern in erster Linie auf das Absinken der rückläufigen Entlohnung des Faktors Arbeit.

Auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit entfiel somit ein immer kleinerer Teil des insgesamt erwirtschafteten Volkseinkommens, was allerdings auch eine Folge der Arbeitszeitverkürzung und damit einhergehenden niedrigen Lohnsteigerungsraten ist. Neben der Abnahme der Lohnquote infolge niedriger Tariflohnerhöhungen spielen außerdem auch strukturelle Veränderungen eine Rolle: Die Beschäftigtenzahl im hochbezahlten Verarbeitenden Gewerbe nahm ab, während die Dienstleistungsbereiche, in denen die Durchschnittseinkommen niedriger sind, expandierten.

Die Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren nicht nur deshalb Einbußen hinnehmen müssen, weil der Faktor Arbeit im volkswirtschaftlichen Prozeß an Boden verloren hat, sondern auch, weil der von ihnen erwirtschaftete Arbeitslohn noch stärker als zuvor mit Steuern und Abgaben belegt wurde. Dabei ist die Arbeitsentlohnung im letzten Jahr selbst brutto, also vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben, kaum noch gestiegen. In den Jahren 1991 und 1992 hatten die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet jährlich noch in der Größenordnung von 6 % und danach noch um 2 bis 3 % zugenommen. Nachdem die Arbeitseinkommen, die schon 1990 zu 30 % mit Steuern und Abgaben belastet waren, in den Folgejahren immer höher, 1997 dann zu 36 % mit

Tabelle 28

Netto- und Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet seit 1980

Jahr	Früheres Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Früheres Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Anteil der Nettowerte an Bruttowerten
	Bruttolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter	Bruttolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter	
	nominal			real			

DM

1980	29 690	21 180	21 296	39 799	28 391	29 014	71,3
1990	42 010	29 200	30 153	43 534	30 259	31 279	69,5
1991	44 550	30 050	30 882	44 550	30 050	30 882	67,5
1992	47 040	31 320	32 250	45 231	30 115	31 069	66,6
1993	48 360	32 280	32 869	44 903	29 972	30 519	66,7
1994	49 320	32 280	33 057	44 593	29 186	29 916	65,5
1995	50 880	32 280	-	45 227	28 693	-	63,4
1996	51 840	33 480	-	45 434	29 343	-	64,6
1997	52 320	33 360	-	45 065	28 734	-	63,8

Veränderung gegen Vorjahr in %

1991	+ 6,0	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,3	- 0,7	- 1,3	- 3,0
1992	+ 5,6	+ 4,2	+ 4,4	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,6	- 1,3
1993	+ 2,8	+ 3,1	+ 1,9	- 0,7	- 0,5	- 1,8	+ 0,3
1994	+ 2,0	0,0	+ 0,6	- 0,7	- 2,6	- 2,0	- 1,9
1995	+ 3,2	0,0	-	+ 1,4	- 1,7	-	- 3,1
1996	+ 1,9	+ 3,7	-	+ 0,5	+ 2,3	-	+ 1,8
1997	+ 0,9	- 0,4	-	- 0,8	- 2,1	-	- 1,3

Abgaben belastet waren, blieb nach 1993 in der Netto-rechnung kein Platz mehr für einen Einkommenszuwachs. Nur im Jahr 1996 gab es über das Jahressteuergesetz eine spürbare Entlastung und einen Einkommenszuwachs von netto durchschnittlich 3,7 %.

Jahren 1994, 1995 und 1997 sogar um 2 % oder auch darüber. Das Jahresarbeitseinkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmers lag 1997 um gut 1 500 DM unter dem Niveau des Jahres 1990. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der Zwischenzeit Preise, Steuern und Sozial-abgaben gestiegen sind.

Kaufkraft der Nettolöhne wie 1980

Nach anfänglich beachtlichen Zuwachsraten verloren die Arbeitnehmereinkommen in den 90er Jahren fast jährlich an Kaufkraft und entfalteten eine Bremswirkung, die bis ins vergangene Jahr zu spüren war. Angesichts inflatio-närer Tendenzen, wie sie während des Vereinigungs-booms und danach bis 1993 vorherrschten, blieb den Ar-beitnehmern selbst vom auffallend hohen Einkommens-zuwachs von netto 4,2 % im Jahr 1992 nach Abzug der Preissteigerungsrate gerade noch 0,2 %. In fünf der sie-ben Jahre nach 1990 gab es Reallohneinbußen, in den

Weil die Einkommensentwicklung auch in den 80er Jah-ren häufig mäßig ausgefallen und von inflationsähnlichen Abschnitten betroffen war, braucht es nicht zu überrraschen, daß die Realeinkommen von Arbeitnehmern durch die Verluste der letzten fünf Jahre wieder auf das Niveau von 1980 zurückgefallen sind.

Die Einkommen entwickelten sich für Arbeitnehmer in Baden-Württemberg sogar noch etwas ungünstiger als im früheren Bundesgebiet. Weil dem Arbeitsplatzabbau im Südwesten in großem Umfang hochbezahlte Arbeitsplät-ze im Verarbeitenden Gewerbe zum Opfer gefallen sind,

war der Kaufkraftverlust im Land stärker als im Bundesdurchschnitt. Der Vorsprung an Kaufkraft, der im Südwesten 1990 für Arbeitnehmereinkommen im Durchschnitt noch gut 1 000 DM betragen hatte, war 1994 schon auf 700 DM geschrumpft. Weil sich die Arbeitsplatzstrukturen für die Arbeitnehmer in Süd- und Norddeutschland auch danach einander eher angepaßt als auseinanderentwickelt haben, ist anzunehmen, daß sich das Einkommensgefälle weiter verringert hat.

Auch Sozialtransfers steigen langsamer

Auch wenn das Arbeitseinkommen nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle ist, treten andere Einkommensquellen mehr und mehr in den Vordergrund. Im Zusammenhang mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Alterung der Bevölkerung wurden Zahlungen von Renten, Pensionen und Arbeitslosengeld fällig, auf die nach früher erbrachten Sozialbeiträgen ein Anspruch besteht. Hinzu kommen andere Sozialleistungen wie Kindergeld,

Ausbildungsbeihilfen oder Wohngeld, die ohne frühere Gegenleistung bezahlt werden. Diese Sozialleistungen sind in den 90er Jahren überdurchschnittlich gestiegen und wären ohne die Leistungskürzungen in den beiden zurückliegenden Jahren noch stärker gewachsen. Während die Lohn- und Gehaltssumme im Bundesgebiet im Dreijahreszeitraum bis 1994 netto, aber ohne Preisbereinigung um 8 % und danach um 1 % gestiegen ist, stiegen die Sozialleistungen in den drei Jahren bis einschließlich 1994 um 22 % und danach um 8 %. Am stärksten haben sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entwickelt. Sie stiegen in den drei Jahren bis einschließlich 1994 um 22 % und danach um 20 %.

In den 90er Jahren haben sich damit die Gewichte der einzelnen Einkommensquellen erheblich verschoben. Zwar dominieren nach dem Stand von 1997 mit einem Anteil von 42 % noch immer die Arbeitseinkommen, aber mit einem Anteilsverlust von sechs Prozentpunkten in sechs Jahren. In erreichbare Nähe gerückt sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, deren Anteile nach 31 % im Jahr 1991, 1997 schon 36 % be-

Tabelle 29

Verfügbares Einkommen je Einwohner nominal und real für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet seit 1980

Jahr	Nominal			Real		
	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Deutschland	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Deutschland
DM						
1980	16 056	15 607	–	21 875	20 921	–
1990	25 378	24 232	–	26 326	25 111	–
1991	27 329	26 051	23 400	27 329	26 051	23 400
1992	28 547	27 159	25 000	27 502	26 114	23 787
1993	28 781	27 558	25 700	26 723	25 588	23 406
1994	29 512	28 299	26 500	26 708	25 587	23 493
1995	–	–	27 300	–	–	23 780
1996	–	–	28 100	–	–	24 120
1997	–	–	28 500	–	–	24 030
Veränderungen gegen Vorjahr in %						
1991	+ 7,7	+ 7,5	–	+ 3,8	+ 3,7	–
1992	+ 4,5	+ 4,3	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,7
1993	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,8	– 2,8	– 2,0	– 1,6
1994	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	– 0,1	0,0	+ 0,4
1995	–	–	+ 3,0	–	–	+ 1,2
1996	–	–	+ 2,9	–	–	+ 1,4
1997	–	–	+ 1,4	–	–	– 0,4

trug. Nur wenig verändert hat sich der Anteil der Sozialtransfers, der sich um einen Prozentpunkt auf 22 % erhöht hat.

Die Kurzfristigkeit, in der sich die Gewichte der Einkommensquellen verändert haben, läßt Fragen offen nach der Tragfähigkeit der Besteuerung und der Sozialsysteme. Auch in Baden-Württemberg bröckelt die Basis der Arbeitnehmereinkommen sichtlich, und zwar nicht nur wegen des Abbaus von Arbeitsplätzen, sondern auch deshalb, weil dabei bevorzugt höher bezahlte Jobs verloren gingen. Die Nettolohn- und Gehaltssumme ist in der Zeit von 1991 bis 1994 um 3,5 % und damit nur halb so stark gestiegen wie im Bundesgebiet, und auch je Arbeitnehmer lag die Einkommenssteigerung mit 7,0 % leicht unter dem Durchschnitt von 8,0 %. Wenn die Arbeitseinkommen hierzulande 1997 dennoch einen gleich hohen Anteil hatten wie im Bundesgebiet, dann deshalb, weil sie von einem höheren Ausgangsniveau zehren konnten. Typisch für Baden-Württemberg ist auch das vergleichsweise geringe Gewicht von Sozialtransfers, das bei 19,5 % den Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt unterschreitet. Dies liegt zum einen an der niedrigeren Arbeitslosigkeit und daran, daß Baden-Württemberger etwas jünger sind, aber auch am vergleichsweise hohen Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Verfügbares Einkommen real auf dem Stand von 1992

Das verfügbare Einkommen, das sind die Einkommen der privaten Haushalte, gleich aus welchen Quellen, die nach Abzug von Steuern und Abgaben frei verwendet werden können, ist in den 90er Jahren – je Kopf der Bevölkerung – hinter dem Wirtschaftswachstum zurückgeblieben. In Westdeutschland ist es in den drei Jahren von 1991 bis 1994 um 8,6 % und in den letzten drei Jahren für Deutschland²⁷ um 7,5 % gestiegen. Wegen der hohen Inflationsraten zu Beginn der 90er Jahre gab es jedoch für 1991 bis 1994 im früheren Bundesgebiet reale Einkommensverluste in der Größenordnung von fast 2 %, die nach den Einkommenszuwachsen in den letzten drei Jahren egalisiert und sogar wieder leicht übertroffen wurden. In Anlehnung an die Einkommens- und Preisentwicklung in Deutschland insgesamt, indem die Realeinkommen von 1994 bis 1997 um 2,3 % gewachsen sind, dürften die Realeinkommen im früheren Bundesgebiet 1997 den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 1992 um etwa 0,5 % überschritten haben. Zögerlich entwickelt haben sich die Realeinkommen vor allem 1997, weil die Löhne und Gehälter real um 2 % fielen und auch die Transfereinkommen hinter dem Vorjahr zurückblieben.

Die Einkommen in Baden-Württemberg entwickelten sich in den frühen 90er Jahren schwächer als in den anderen Bundesländern. Vor allem im Rezessionsjahr 1993 waren die Einkommensverluste kräftiger ausgefallen. Dafür dürfte die Entwicklung im vergangenen Jahr nicht so ungünstig verlaufen sein wie im übrigen Bundesgebiet. Nach dem Konjunkturverlauf im Einzelhandel und im Verarbeitenden Gewerbe, ist im Südwesten für 1997 von einer Stagnation auszugehen, während die Realeinkommen im Bundesgebiet um 0,4 % zurückgingen.

Privater Verbrauch verliert an Bremskraft

Die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie mittelbar über den privaten Verbrauch dazu beiträgt, das wirtschaftliche Wachstum zu stimulieren oder zu dämpfen. Der private Verbrauch wird im wesentlichen über das verfügbare Einkommen gespeist und trägt zu 56 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Wichtig ist zu wissen, daß der private Verbrauch fast ausschließlich über Inlandskäufe getätigt wird. Vom privaten Verbrauch profitieren vor allem der Einzelhandel, die Wohnungsvermietung, aber auch das Baugewerbe sowie Banken, Versicherungen und freie Berufe. Weil die meisten Käufe privater Haushalte über den Einzelhandel getätigt werden, profitieren die Industrie und der Großhandel vor allem auf indirektem Wege vom privaten Verbrauch. Verkehr und Kommunikation, Staat, Energie und Direktkäufe beim Bauern spielen beim privaten Verbrauch eine untergeordnete Rolle. Von daher würden vor allem der Einzelhandel, mit Abstand auch der Wohnungsmarkt und freie Berufe von einer Erhöhung des privaten Verbrauchs profitieren. Dieser hat sich seit der Rezession deutlich abgeschwächt und im vergangenen Jahr real stagniert.

Für 1998 ist damit zu rechnen, daß sich der private Verbrauch real um 1,5 bis 2 % erhöhen wird. Grund für diese Annahme ist das ausgesprochen niedrige Preisniveau, das auch nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt kaum gestiegen ist, die Wende am Arbeitsmarkt und steigende Arbeitnehmereinkommen. Nach dem Ergebnis der bisherigen Lohnrunden dürften die Löhne und Gehälter 1998 netto knapp 2 % über dem Vorjahresergebnis liegen und nach der Abschwächung in den beiden Vorjahren auch die Transfereinkommen in dieser Größenordnung steigen. Offen bleibt, wie sich die Sparquote entwickeln wird. Wie in Phasen schwach steigender Einkommen üblich, hat sie sich 1997 um 0,5 Prozentpunkte auf 10,9 % verringert und so mit dazu beigetragen, daß sich der private Verbrauch nennenswert erhöht hat. Dieser Effekt dürfte 1998 nicht zuletzt wegen des erreichten Tiefpunkts der Sparquote entfallen. Der private Verbrauch wird damit auch 1998 deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben, gegenüber dem Vorjahr aber deutlich an Bremskraft verlieren.

²⁷ Ab 1995 stehen Angaben nur noch für Deutschland insgesamt zur Verfügung.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

Das Gesundheitswesen als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktor

Als Ergebnis der Standortdiskussion und der Anstrengungen um die Senkung der Lohnnebenkosten hat sich das politische und wissenschaftliche Interesse am Gesundheitswesen bisher vorwiegend auf den Kostenaspekt fokussiert. Dadurch entstand ein relativ eindimensionales Bild vom Gesundheitswesen. Das Wachstum des Gesundheitssektors bei gleichzeitigem Anstieg der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung wird deshalb als Belastung für andere Sektoren gesehen. Es wird weiter daran festgehalten, daß die Sicherung der Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung von überragender Bedeutung bleibt. Daneben werden in der öffentlichen Diskussion um das Gesundheitswesen auch die von diesem Sektor ausgehenden Wohlfahrts-, Wachstums- und Beschäftigungswirkungen stärker berücksichtigt. Implizit wird damit die Sichtweise vom Gesundheitswesen als Kostenfaktor durch eine weitere ergänzt: ein Gesundheitssektor, der den Bedürfnissen der heutigen Zeit entspricht, ohne die Möglichkeiten der zukünftigen Generationen zu schmälern, ist auch eine Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ein leistungsfähiges und innovatives Gesundheitswesen stellt einen entwicklungs-fähigen Wachstumsbereich für neue Dienstleistungs- und Produktionsangebote und damit für mehr Beschäftigung dar. Gerade die beschäftigungspolitische Bedeutung des Gesundheitswesens ist von besonderer Wichtigkeit. Während sich im Zuge der wachsenden Globalisierung die Industrieunternehmen durch den Aufbau weltweiter Produktions-, Beschaffungs- und Absatznetze in immer stärkeren Maße von ihren nationalen Ursprüngen lösen, sind die Dienstleistungsunternehmen – und hier speziell Gesundheitsdienstleister – stärker im nationalen Produktionskontext verwurzelt, da hier "Produzent" und "Konsument" bei der Leistungserstellung unmittelbar zusammenarbeiten.

Aufgaben und Institutionen des Gesundheitswesens

Im allgemeinen versteht man unter dem Begriff Gesundheitswesen sämtliche Institutionen und Personen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen, sie erhalten, fördern und wiederherstellen. Die historische Entwicklung des Gesundheitswesens hat zu einer spezifischen Aufgabenteilung zwischen diesen Institutionen und Personen geführt. Danach kann das Gesundheitswesen in die drei Teilsysteme Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung aufgliedert werden.

Dem *Gesundheitsschutz* kommt die Aufgabe zu, Gesundheitsgefährdungen der Bevölkerung durch Umwelteinflüsse und ansteckende Krankheiten zu vermeiden.¹ Hierzu zählen primär Maßnahmen, die darauf abzielen, von außen wirkende Einflußfaktoren auf die menschliche Gesundheit positiv zu beeinflussen. Verbesserungen im Bereich der betrieblichen Unfallverhütung, der Arbeitsplatzausstattung und -gestaltung sind hier ebenso zu nennen, wie die öffentlich empfohlenen Impfungen gegen übertragbare Krankheiten wie eine Reihe schwerwiegender Kinderkrankheiten, Hepatitis B oder Grippe. Schwere Krankheitsverläufe mit hohen Folgekosten können durch diese Maßnahmen des Gesundheitsschutzes vermieden werden. Allerdings bedarf es großer Anstrengungen, um die für eine Eindämmung dieser Krankheiten notwendige hohe Durchimpfungsrate zu erreichen.

Ziel der *Gesundheitsförderung* ist eine gesundheitsbewußte Lebensweise und die Verbesserung der gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen. Das hierfür eingesetzte Instrumentarium ist breitgefächert und reicht von der allgemeinen Aufklärung über Gesundheitsrisiken, der speziellen Beratung von Risikogruppen über Tipps zur gesunden Ernährung bis hin zu prophylaktischen Untersuchungen wie der Kariesprophylaxe oder der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen. Durch gut ausgebaute Gesundheitsförderung können Krankheiten frühzeitig erkannt und entsprechend behandelt werden. Das frühzeitige Erkennen einer Krankheit ist bei vielen Krankheitsbildern eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgversprechende Behandlung und Heilung des Patienten.

Den Kernbereich des Gesundheitswesens bildet die *Gesundheitsversorgung*. Deren Leistungsspektrum umfaßt die gesamte Bandbreite der ambulanten und stationären Pflege und Behandlung. Forschung, Lehre und Ausbildung gehören genauso zu diesem Bereich wie die Rehabilitationseinrichtungen.

Wird bei der Umschreibung des Gesundheitswesens von den Institutionen ausgegangen, besteht zweifellos Einigkeit darüber, daß das Gesundheitswesen auf jeden Fall die Krankenhäuser, die Kur- und Rehabilitationseinrichtungen, die pharmazeutische und medizintechnische

1 Vergleiche im folgenden: Güntert, B. J.: Managementorientierte Informations- und Kennzahlensysteme für Krankenhäuser – Analyse und Konzepte –, Berlin, Heidelberg 1990, S. 32 f.

Industrie, die Arztpraxen und Apotheken sowie die anderen freien Gesundheitsberufe umfaßt. Obwohl es sich hierbei bereits um eine Vielzahl von Einrichtungen und Anstalten des Gesundheitswesens handelt, spiegeln sie nur einen Ausschnitt aller im Gesundheitswesen tätigen Institutionen wider. So sind auf der Angebotsseite neben den industriellen Produzenten auch eine große Anzahl von Institutionen wie der Pharmagroßhandel oder der Großhandel mit medizintechnischen Geräten mit dem Vertrieb der Gesundheitsgüter betraut. Zu berücksichtigen sind auch die berufständischen Organisationen und Verbände, die Kranken- und Rentenversicherungsträger und die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

Wegen der Differenziertheit der Institutionen, die an der Erstellung von Waren und Gütern des Gesundheitswesens beteiligt sind, wird das Gesundheitswesen in der amtlichen Statistik nicht als Gesamtheit abgebildet, sondern je nach ihrem wirtschaftlichen Charakter unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. So werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unter dem Wirtschaftszweig Gesundheits- und Veterinärwesen neben den freien Berufen nur diejenigen Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens ausgewiesen, die als Unternehmen geführt werden. Die Produktion der Gesundheitsindustrie wird dem Verarbeitenden Gewerbe zugeordnet und die Leistungen von Berufsverbänden oder Sozialversicherungsträger den Organisationen ohne Erwerbszweck bzw. dem Staat. Der Nachteil dieser Zuordnung besteht darin, daß Produktions- und Dienstleistungen für das Gesundheitswesen zwar in eindeutig definierten Wirtschaftsbereichen gezählt, aber weil im Ergebnis mit anderen Aktivitäten vermengt, nicht mehr ohne weiteres aus ihnen heraus gefiltert werden kann. Um sich dennoch ein Bild über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens machen zu können, wird in einem späteren Abschnitt an den Gesundheitsausgaben angesetzt. Die Entwicklung und Höhe der Gesundheitsausgaben stellt dabei eine Näherungsgröße für die wirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens dar. Dabei ist zu beachten, daß ein Wachstum des Gesundheitswesens, das sich in steigenden Gesundheitsausgaben widerspiegelt, nur dann mit eindeutig positiven Effekten auf das Inlandsprodukt und die Beschäftigung verbunden ist, wenn das Wachstum nicht ausschließlich durch eine Ausweitung von Transferleistungen wie zum Beispiel dem Krankengeld zustande gekommen ist.

Gesamtwirtschaftliche Aspekte des Gesundheitswesens

Als Teil des gesellschaftlichen und ökonomischen Gesamtsystems benötigt das Gesundheitssystem zur Erfüllung seiner Aufgabe, nämlich der Linderung und Beseitigung

von Krankheiten, materielle und immaterielle Güter. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Ressourcen sind jedoch begrenzt. Nimmt ein Sektor der Volkswirtschaft diese begrenzten Ressourcen verstärkt in Anspruch, bedeutet dies in der Regel, daß andere Sektoren in ihrem Wachstum beeinträchtigt werden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, daß die in einer Volkswirtschaft insgesamt vorhandenen Ressourcen in den einzelnen Wirtschaftszweigen effizient eingesetzt werden, um die Bedürfnisse aller Menschen eines Landes bestmöglich zu befriedigen.

Das Gesundheitswesen weist nun die volkswirtschaftliche Besonderheit auf, daß wesentliche Teile der Gesundheitsausgaben paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Finanzierungsquelle sind dabei in erster Linie die Löhne und Gehälter der Versicherten. Wachsen nun in einem derartigen Finanzierungssystem die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung schneller als die Einnahmen, müssen zur Deckung der Finanzierungslücke die Beitragssätze angehoben werden. Dadurch steigen die Arbeitskosten der Unternehmen. Die Gesundheitspolitik ist deshalb darum bemüht, die Beitragssätze stabil zu halten bzw. die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung zu begrenzen. Denn reichte in den 80er Jahren der qualitative und technologische Vorsprung vor der internationalen Konkurrenz noch aus, um über höhere Preise die gestiegenen Lohnkosten aufzufangen, hat sich dies in den letzten Jahren doch erheblich geändert. In vielen Bereichen hat sich der technologische Vorsprung der deutschen Industrie verkleinert. Gelingt es aber nicht, mittels neuer Produkte oder verbesserter Verfahren, den Abstand zu den Weltmarktkonkurrenten wiederherzustellen und können deshalb die gestiegenen Kosten nicht mehr in dem Maße wie früher auf die Preise überwältzt werden, dann muß der Kostenanstieg begrenzt werden, sei es durch eine Anpassung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur oder durch die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Angesichts der schwierigen Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird daher das dynamische Wachstum des Gesundheitswesens bisher eher als Belastung für andere Wirtschaftszweige, denn als Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen.

Der Anstieg der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung ist allerdings nicht nur der Ausgabenseite zuzuordnen. Wie der Verlauf der Beitragssätze seit Beginn der achtziger Jahre zeigt, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Höhe des Beitragssatzes und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage (*Schaubild 1*). In Abschwungphasen bzw. Rezessionszeiten steigt die Arbeitslosigkeit an, die Einnahmeseite der gesetzlichen Krankenversicherung verschlechtert sich dadurch im Verhältnis zur Ausgabenseite, und in der Folge mußten die Beitragssätze angehoben werden. In den letzten Jahren verstärkten sich die Probleme auf der Einnahmeseite darüber hinaus durch niedrige Tariflohnsteigerungen, die

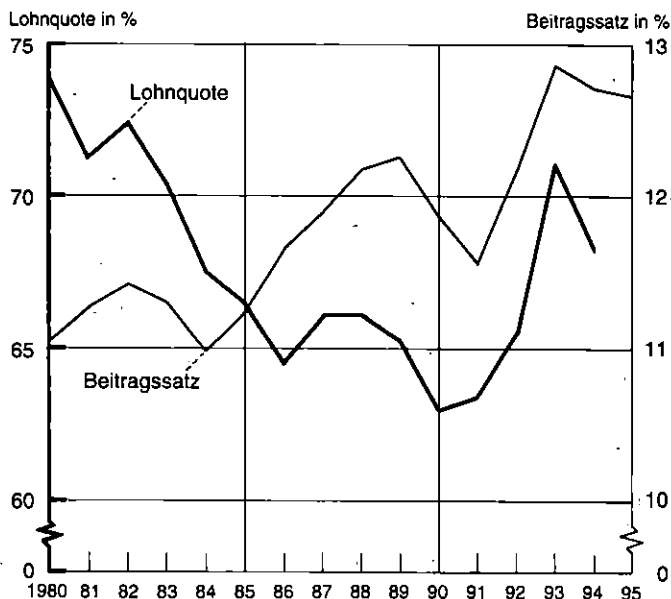
Umwandlung von versicherungspflichtiger Beschäftigung in versicherungsfreie (geringfügige) Beschäftigung und in sogenannte Scheinselbständigkeit sowie durch die Zunahme der Zahl der Rentner. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in dem rückläufigen Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, also der Löhne und Gehälter einschließlich der Sozialbeiträge, am Volkseinkommen wider. Belief sich die Lohnquote im Durchschnitt der Jahre 1980/85 noch auf 70 %, lag der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen in den Jahren 1990/94 bei nur noch 66 %. Nur in konjunkturellen Abschwungphasen bewirken langfristige Arbeitsverträge bzw. tarifliche Regelungen, daß die Löhne erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung sinken und die Lohnquote dadurch vorübergehend steigt.² Es ist unmittelbar einsichtig, daß es zu einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung kommen muß, wenn der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit am Volkseinkommen weiter schrumpft.

Der Grundsatz der Beitragsstabilität wird gesichert durch die Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven. Das Vordringen neuer Methoden zur Messung der Leistungserstellung im Gesundheitswesen hat an einer Vielzahl von Beispielen gezeigt, daß viele der früher unbesehen als richtig hingenommenen Vorgehensweisen unter Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsaspekten zu überdenken waren. Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung in den Reformbemühungen des Gesetzgebers. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen sollten Unwirtschaftlichkeiten aufgedeckt und beseitigt werden. Durch die Zusammenarbeit und die Sparbemühungen aller Beteiligten konnten die vorhandenen Ressourcen gezielter eingesetzt und der Ausgabenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung begrenzt werden. Insbesondere ist zu erwarten, daß aufgrund der den Beteiligten im Gesundheitswesen durch die 3. Stufe der Gesundheitsreform an die Hand gegebenen Instrumente wie zum Beispiel die Modellvorhaben und die Strukturverträge langfristig weitere noch vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft werden können.

² Eine rückläufige Lohnquote bedeutet nicht, daß die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Vergangenheit gesunken sind, sondern nur, daß sich die Aufteilung des Volkseinkommens in der Vergangenheit zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen verändert hat. Aus dem Rückgang der Lohnquote wird häufig der Schluß gezogen, daß sich die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer verschlechtert hat. Ein derartiger Schluß ist jedoch voreilig, da auch den Arbeitnehmern ein Teil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zufließt. Zudem handelt es sich bei den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um sehr heterogene Größen, so daß sich nur begrenzt sinnvolle Aussagen über die relative Einkommensposition einzelner Personengruppen machen lassen.

Schaubild 1

Entwicklung der Lohnquote und des jahresdurchschnittlichen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung*) in Baden-Württemberg 1980 bis 1995



*) In Baden-Württemberg durchschnittlicher Beitragssatz der Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

270 98

Gesundheitswesen – ein wachsender Dienstleistungsbereich

Beim Gesundheitswesen handelt es sich um einen Sektor, der 1995 rund 5 bis 6 % des Bruttoinlandsprodukts auf sich vereinigte und etwa 350 000 Personen beschäftigte, das sind knapp 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Ein Sektor also, dessen „Produktionsergebnis“ einen bedeutenden Beitrag zur Entstehung des Sozialprodukts leistet und gerade in Rezessionszeiten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung deutlich stabilisiert hat. Ein Sektor also, der gegenwärtig für das Sozialprodukt in etwa so wichtig ist wie das Baugewerbe mit dem Unterschied, daß es sich beim Gesundheitswesen um eine Branche mit erheblichen Zukunftspotential handelt, während das Baugewerbe schrumpft.

In den 90er Jahren war es das Wachstum des Dienstleistungsbereichs, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und vor allem in Baden-Württemberg entscheidend mitbestimmt hat. Auch in der Zukunft werden es in erster Linie die Dienstleistungsbranchen sein, die neue Arbeitsplätze schaffen werden. Ein Wachstum dieses Bereichs wird daher positiv beurteilt. Dabei ist weni-

Tabelle 1

Erwerbstätige*) in Baden-Württemberg 1980 und 1995 nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	1980			1995		
	1 000					
Land- und Forstwirtschaft	210	101	109	130	75	55
Produzierendes Gewerbe	2 204	1 554	650	2 029	1 477	552
Tertiärer Bereich ¹⁾	1 838	916	922	2 576	1 185	1 391
darunter						
Berufe des Gesundheitswesens	149	36	113	254	53	200
Insgesamt	4 251	2 570	1 681	4 735	2 737	1 998
	%					
Land- und Forstwirtschaft	4,9	3,9	6,5	2,7	2,7	2,8
Produzierendes Gewerbe	51,8	60,5	38,7	42,9	54,0	27,6
Tertiärer Bereich ¹⁾	43,2	35,6	54,8	54,4	43,3	69,6
darunter:						
Berufe des Gesundheitswesens	3,5	1,4	6,7	5,4	1,9	10,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

*) Ergebnisse des Mikrozensus. – 1) Handel, Gastgewerbe, Verkehr und übriger Wirtschaftsbereich.

ger bekannt, daß ein beachtlicher Teil dieses Wachstums auf die Expansion der Gesundheitsdienstleistungen zurückzuführen ist. Von 1980 bis 1995 wurden in den Dienstleistungsbranchen rund 740 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während im Gegenzug im Produzierenden Gewerbe und im Bereich der Land- und Forstwirtschaft mehr als 254 000 Arbeitsplätze verloren gingen (Tabelle 1). Im gleichen Zeitraum stieg allein die Zahl der Erwerbstätigen in den "Berufen des Gesundheitswesens" in Baden-Württembergs von rund 149 000 auf gut 254 000 an. Darunter fallen die Berufsgruppen der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und die sonstigen Gesundheitsberufe.³ Das heißt von den rund 740 000 neu entstandenen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, wurden allein 105 000 oder 14 % in den Berufen des Gesundheitswesens geschaffen. Aufgrund der spezifischen Struktur des Gesundheitswesens handelt es sich dabei in erster Linie um hochqualifizierte Arbeitsplätze, die zudem häufig in strukturschwachen Gebieten geschaffen wurden. Vor allem Frauen konnten von dieser Entwicklung in hohem

Maße profitieren. Während sich die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Gesundheitswesen um gut 87 000 erhöhte, lag die Zunahme bei den Männern bei „lediglich“ 17 000.⁴

Die Ausgaben für Gesundheitsleistungen schaffen nicht nur unmittelbar im Bereich des Gesundheitswesens über die Produktion von Gütern und Diensten neue Arbeitsplätze, sondern auch mittelbar in anderen Sektoren der Volkswirtschaft. Die Löhne und Gehälter der im Gesundheitswesen beschäftigten Personen stellen Einkommen und damit potentielle Nachfrage dar. Über die Nachfrage werden Produktions- und Beschäftigungseffekte in anderen volkswirtschaftlichen Bereichen ausgelöst, wie zum Beispiel in der Pharmawirtschaft, dem Baugewerbe oder dem Bereich Handel und Verkehr. Das Gesundheitswesen ist bei der Erstellung seiner Leistungen in vielfältiger Weise von Gütern und Dienstleistungen abhängig, die in anderen Wirtschaftsbereichen „produziert“ werden. Ein Krankenhaus muß zuerst errichtet werden, bevor es seine Lei-

3 Zu den sonstigen Gesundheitsberufen gehören: Heilpraktiker, Masseure und medizinische Bademeister, Krankenschwestern und -pfleger, Helfer in der Krankenpflege, Diätassistenten, Ernährungsfachleute, pharmazeutisch-technische Assistenten, Sprechstundenhelfer und therapeutische Berufe.

4 Für eine detailliertere Darstellung zu den Themenkomplexen Frauen und Gesundheit sowie Frauen in Gesundheitsberufen wird auf den in Vorbereitung befindlichen Frauengesundheitsbericht des Landes Baden-Württemberg verwiesen.

stung erbringen kann. Untersuchungen und Operationen sind heute ohne entsprechende Ausstattung mit medizintechnischen Geräten kaum denkbar. Die Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen ist auf entsprechende Rohstoffe angewiesen und eine moderne Zahnbehandlung ohne spezielle Legierungen und Kunststoffe kann man sich heute auch nur schwerlich vorstellen. Es gibt kaum eine Gesundheitsleistung, die nicht in irgendeiner Art und Weise auf Vorleistungen anderer Wirtschaftsbe- reiche angewiesen ist.

Bei Gesundheitsdienstleistungen ist zu berücksichtigen, daß diese eine hohe Personalintensität haben. Gerade im Gesundheitswesen ist das Entstehen von zwischenmenschlichen Beziehungen oftmals eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer Behandlung. Eine Besonderheit der Gesundheitsdienstleistungen ist daher ihre begrenzte Rationalisierbarkeit. Gleichzeitig ist der Bedarf an hochqualifiziertem Personal in der Medizin hoch. Die in der Industrie vorherrschenden Zusammenhänge zwischen Rationalisierung, technischem Fortschritt und Beschäftigungsentwicklung sind im Gesundheitswesen nur in wenigen Bereichen anzutreffen.⁵ Eine qualitative Verbesserung der Gesundheitsversorgung, die Maxime gesundheitspolitischen Handelns ist, wird aus diesem Grunde in der Regel zu einem gewissen Ausgabenzuwachs im Gesundheitswesen führen. Darin unterscheidet sich das Gesundheitswesen auch weitgehend von den übrigen Dienstleistungsbereichen. Zunehmender Wettbewerb führt in vielen Dienstleistungssparten so auch bei Banken, Versicherungen und Beratungsunternehmen zu Konzentrationsprozessen mit entsprechenden Personaleinsparungen. Zudem versprechen dort neue Technologien erhebliche Rationalisierungspotentiale. Zukünftiges Wachstum dürfte deshalb – im Gegensatz zum Gesundheitswesen – mit einem geringeren Beschäftigungsanstieg als in der Vergangenheit verbunden sein.

Nutzen einer verbesserten Gesundheitsversorgung

Die Qualität eines Wirtschaftsstandortes hängt nicht nur von den Arbeitskosten, der Steuerbelastung und dem Sozialabgabenniveau, sondern auch von einer Reihe eher qualitativer Faktoren ab. Hierzu zählen die politische und soziale Stabilität, die gesellschaftliche Akzeptanz des technischen Fortschritts, die Ausbildung und Mobilität der Arbeitskräfte sowie die öffentliche Infrastruktur. Unter die-

sen Gesichtspunkten weist der Standort Deutschland im internationalen Vergleich auch bedeutende Vorteile auf. Das Gesundheitswesen hat daran einen beträchtlichen Anteil: die Qualität der Gesundheitsleistungen ist in Deutschland hoch und der Zugang zu diesen Leistungen universell.

Die gute Gesundheitsinfrastruktur trägt erheblich zum gesellschaftlichen Ausgleich und zum sozialen Frieden bei. Die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der Bürger hängen in hohem Maße von dem Gefühl ab, gegen das zentrale Lebensrisiko Krankheit abgesichert zu sein. Gesunde Menschen sind eher in der Lage, produktiv und konsumtiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ein intaktes Sozialsystem ist daher ein Standortvorteil und kein Standortrisiko.

Die Gesundheit wird gerade bei Unternehmen als ein wichtiger Produktionsfaktor gesehen. Betriebliche Gesundheitsförderung ist bei ihnen ein hochrangiges Unternehmensziel, denn der Vorteil einer gezielten Gesundheitsförderung im Betrieb geht über eingesparte Ausfallzeiten weit hinaus.

Eine so stark exportorientierte und exportabhängige Volkswirtschaft wie die deutsche hängt wesentlich auch von ihren gut qualifizierten, motivierten und belastbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab. Humankapital im allgemeinen und betriebsgebundenes Humankapital im besonderen gehören zu den wichtigsten Produktionsfaktoren in einem hochtechnisierten Land. Unternehmen müssen sich der Amortisation ihrer Investitionen in das Humankapital sicher sein können. Qualifizierte Arbeitskräfte lassen sich vorzugsweise dorthin anwerben, wo sie für sich und ihre Familie eine gute gesundheitliche Versorgung erwarten können. Hierzu leisten Gesundheitsvorsorge, betrieblicher Arbeitsschutz, Umweltschutz und – im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls – eine gute Gesundheitsversorgung und Rehabilitation einen wichtigen Beitrag.

Es ist Tatsache, daß die steigenden Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung die Lohnkosten je Arbeitsstunde in allen Wirtschaftsbereichen erhöht haben. Die Größenordnung dieser Belastung wurde in der Regel durch einfache Berechnungen veranschaulicht. Der Nutzen, den diese Wirtschaftsbereiche und die gesamte Volkswirtschaft aus einer verbesserten Gesundheitsversorgung ziehen konnten, wurde bei solchen Berechnungen nur fallweise berücksichtigt. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn der einzel- und gesamtwirtschaftliche Nutzen einer hochwertigen Gesundheitsversorgung läßt sich nur schwer quantifizieren, da eine Vielzahl von Einflußfaktoren ineinander wirken, die häufig nicht voneinander isoliert werden können. Zudem zeigen sich die positiven Wirkungen einer leistungsfähigen Gesundheitsinfrastruktur erst in der Zukunft, die damit verbundenen Investitionen fallen dagegen schon heute an.

⁵ Eine vielversprechende Möglichkeit, auch im Gesundheitswesen zu Rationalisierungserfolgen und Einsparmöglichkeiten zu gelangen, ist die Telemedizin. Mit ihr wird die Verzahnung zwischen den einzelnen Institutionen des Gesundheitswesens deutlich erhöht. Reibungsverluste werden reduziert und die Qualität der gesundheitlichen Versorgung der Patienten erhöht.

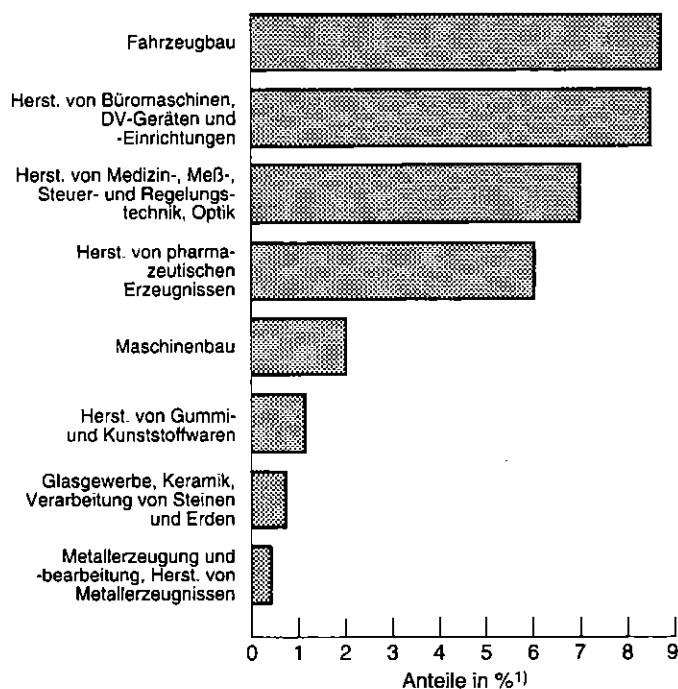
Die Produktivität eines Arbeitnehmers hängt nicht nur von der technologischen Ausstattung des Arbeitsplatzes, sondern auch von seiner eigenen Ausbildung und seinem Gesundheitszustand ab. Ein verbesserter Gesundheitszustand wirkt sich in vielfältiger Weise auf die Produktivität eines Arbeitnehmers aus. Zu denken ist hierbei in erster Linie an geringere Fehlzeiten, eine bessere Qualität der Arbeit oder eine höhere Leistungsfähigkeit. Abstrahiert man von der einzelwirtschaftlichen Sichtweise und betrachtet die Wirkungen auf makroökonomischer Ebene, so verbessern sich mit dem Gesundheitszustand der Beschäftigten auch die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ermöglicht es, den Faktor Arbeit länger in den Produktionsprozess zu integrieren. Die im Laufe eines Arbeitslebens angesammelten Fähigkeiten und Fertigkeiten stehen damit der Volkswirtschaft länger nutzenstiftend zur Verfügung. Auf der anderen Seite werden dadurch andere soziale Sicherungssysteme entlastet und deren Ausgabenentwicklung verbessert. Zu bedenken ist auch, daß in den nächsten beiden Jahrzehnten die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch in sich altern wird, weil die nachwachsenden Geburtenjahrgänge kleiner sind als die heute 30- bis 40jährigen. Altersbedingte Abnutzungserscheinungen fallen also stärker ins Gewicht, wenn der Gesundheitszustand nicht verbessert wird. Welche Vorteile sich für einen Betrieb oder die gesamte Volkswirtschaft aus einer verbesserten Gesundheitsversorgung ergeben, läßt sich deshalb nicht allein am Umfang und Qualität des Produktionsergebnisses ablesen.

Gesundheitsleistungen als Impulsgeber für Innovationen

Die internationale Wettbewerbskraft eines rohstoffarmen Landes wie Baden-Württemberg hängt in hohem Maße von seiner technologischen Leistungsfähigkeit ab. Voraussetzung hierfür ist die Fähigkeit, neue und innovative Produkte und Verfahren herzustellen bzw. einzusetzen. Eindrucksvoll zeigt sich dies im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung. Insbesondere die forschungsintensiven Wirtschaftsbereiche wie der Automobilbau und die pharmazeutische Industrie konnten 1997 hervorragende Exportergebnisse erzielen und hatten damit einen bedeutenden Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung. Gerade in den letzten Jahren war der Dienstleistungssektor und insbesondere der Bereich der Gesundheitsdienstleistungen ein entscheidender Impulsgeber für Innovationen im Spitzentechnologiebereich. Vorangetrieben wurden neue Entwicklungen in der Medizin- und Gentechnik in der Biotechnologie und der Arzneimitteltechnologie; Technologiefelder, die sich in der Zukunft zu wichtigen Wachstumsträgern entwickeln werden und neue Beschäftigungschancen für hochqualifizierte Arbeitnehmer eröffnen. Mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Höhe von gut 6 % bzw. 7 % des Umsatzes gehört die pharmazeutische und medizin-

Schaubild 2

Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausgewählter Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1995



1) Anteile der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Umsätzen insgesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

277 98

technische Industrie zu den forschungsintensivsten Zweigen der baden-württembergischen Wirtschaft (Schaubild 2). Nur wenige Branchen geben bezogen auf den Umsatz mehr für die Erforschung und Entwicklung neuer Produkte aus.

Neben dem quantitativen ist auch der qualitative Aspekt dieser Ausgaben zu berücksichtigen. So dürfte der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben für die Grundlagenforschung in der pharmazeutischen Industrie wesentlich höher liegen als beispielsweise im Fahrzeugbau. Die Forschung auf den pharmazeutischen Technologiefeldern verspricht deshalb auch eine erhebliche Breitenwirkung auf die technologische Entwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Erforschung neuer Wirkstoffe sowie die Produktion „maßgeschneiderter“ Arzneimittel ist aber auch aus einer anderen wirtschaftlichen Perspektive heraus betrachtet von großer Bedeutung. Neue Medikamente könnten helfen, Krankheiten zu heilen, die bisher allenfalls symptomatisch zu behandeln waren oder sogar als unheilbar galten. Positive Wirkungen auf die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen blieben nicht aus. Zumal der Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen auch mit der wachsenden Zahl von Patienten zusammenhängt, die an Zivilisationskrankheiten leiden. Es handelt sich aber auch um äußerst sensible Technologiefelder, bei denen rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen

das Innovations- und Standortverhalten der Unternehmen entscheidend beeinflussen. Staatliche Regulierungen und Kostendämpfungsmaßnahmen, wie sie derzeit im System der gesetzlichen Krankenversicherung eine entscheidende Rolle spielen, bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das Innovationsverhalten und die Innovationsneigung der pharmazeutischen und medizintechnischen Industrie. Weil die Erforschung neuer Medikamente für jedes Unternehmen einen finanziellen Kraftakt darstellt, werden sie solche Projekte nur dann finanzieren, wenn die Absatzperspektiven erwarten lassen, daß die in Vorleistung erbrachten Kosten wieder gedeckt werden können. Da Maßnahmen zur Reduzierung der Arzneimittelausgaben in erster Linie am Preis ansetzen bzw. im medizintechnischen Bereich an der quantitativen Nachfrage, werden die Innovationsrisiken der forschenden Unternehmen erhöht.⁶ Dies führt dazu, daß neue Produkte eher zurückgestellt werden, als dies früher der Fall war. Gleichzeitig zwingt die verstärkte Konkurrenz mit Generikapräparaten die Unternehmen zu weiteren Kosteneinsparungen. Selbst Forschungs- und Entwicklungsausgaben bleiben davon nicht ausgenommen,⁷ obwohl die Entwicklung neuer Produkte eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um in diesem umkämpften Markt gegen die internationale Konkurrenz bestehen zu können.

Die Gesundheitsindustrie als Wirtschaftsfaktor

Die pharmazeutische Industrie

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der chemischen Industrie und besonders der pharmazeutischen Industrie ist in Baden-Württemberg beachtlich. Der Umsatz der chemischen Industrie belief sich im Jahr 1997 auf 26,5 Mrd. DM. Pharmazeutische Erzeugnisse hatten hieran einen Anteil von 40 %. Seit Beginn der 80er Jahre gehört die pharmazeutische Industrie zu den wachstumsstarken Bereichen der baden-württembergischen Industrie. Während die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe von 1980 bis 1997 um 80 % gestiegen sind, lag dieser Wert bei der chemischen Industrie bei immerhin 100 % und in

6 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands Aktualisierung und Erweiterung 1997, S. 51 f.

7 Das United States General Accounting Office zeigte in Berechnungen, daß die Kostendämpfungsmaßnahmen in Europa für Pharmazeutika einen deutlich negativen Einfluß auf den Innovationsgrad haben. Werden die Preise für Arzneimittel um 1 % gesenkt, gehen rund 68 % dieser Reduktion zu Lasten der Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Vgl. Ausgabe Mai 1995.

der Pharmazie sogar bei 150 %. Aufgrund der bekannten Zulieferverflechtungen dürfte diese dynamische Entwicklung auch in anderen Branchen zu positiven Wachstumskräften geführt haben. Die Exportquote der pharmazeutischen Industrie liegt mit 31 %⁸ nur leicht unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (36 %) und zeigt die starke Bedeutung ausländischer Märkte für die Branche. Seit Beginn der 80er Jahre expandierten die Auslandsumsätze der Branche rund doppelt so stark wie die Inlandsumsätze.

Ende 1997 waren rund 26 700 Personen in der pharmazeutischen Industrie beschäftigt. Das waren immerhin rund 45 % der Beschäftigten in der chemischen Industrie und 2,2 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe. Bedeutung erhält die Pharmaindustrie als Zukunftsbranche. Während die Chemische Industrie und das Verarbeitende Gewerbe im Zeitraum von 1980 bis 1997 3 000 bzw. 286 000 Stellen abbauten, stockten die pharmazeutischen Unternehmen ihr Personal um rund ein Drittel auf. Allerdings wurden die Aussichten für die pharmazeutische Industrie in den letzten Jahren gedämpft. Seit 1993, dem Jahr mit dem höchsten Personalbestand, wurde auch bei den Pharmaunternehmen Personal eingespart (Schaubild 3). Zwar fällt der Beschäftigungsrückgang in der pharmazeutischen Industrie in den letzten Jahren gedämpft. Seit 1993, dem Jahr mit dem höchsten Personalbestand, wurde auch bei den Pharmaunternehmen Personal eingespart (Schaubild 3). Zwar fällt der Beschäftigungsrückgang in der pharmazeutischen Industrie mit dem Beginn der schwersten Nachkriegsrezession in Baden-Württemberg zusammen, die Ursachen für den Personalabbau dürften allerdings

8 Die Exportquote ist definiert als der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Schaubild 3

Beschäftigungsentwicklung in der pharmazeutischen Industrie Baden-Württembergs 1980 bis 1997

Jahr	Pharmazeutische Industrie	Chemische Industrie	Verarbeitendes Gewerbe
1980	100	100	100
1981	105	102	95
1982	108	103	92
1983	110	104	91
1984	112	105	92
1985	115	108	94
1986	118	110	95
1987	120	112	96
1988	122	114	97
1989	125	116	98
1990	130	118	100
1991	135	120	102
1992	138	118	100
1993	135	110	95
1994	130	100	90
1995	128	95	85
1996	125	92	82
1997	128	90	80

nur zum Teil mit der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung zusammenhängen. Denn in der Vergangenheit behielt die pharmazeutische Industrie ihre Wachstumsdynamik auch in Rezessionszeiten nahezu unverändert bei. Von daher dürfte der Beschäftigungseinbruch in den 90er Jahren andere Gründe haben, unter anderem die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen.

In der baden-württembergischen Pharmaindustrie dominieren vornehmlich große Unternehmen das Geschehen. Gut 80 % der Umsätze und 76 % der Beschäftigten entfallen auf Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Rund 10 % der Umsätze und 15 % der Beschäftigten entfallen auf die größeren mittelständischen Unternehmen mit 200 bis unter 500 Beschäftigten (Tabelle 2). In der Vergangenheit schafften vorwiegend die Groß- und die großen mittelständischen Unternehmen neue Arbeitsplätze, während die kleineren Unternehmen beschäftigungspolitisch eher an Bedeutung verloren. Die starke Stellung größerer Unternehmen ist keineswegs überraschend, wenn man sich die Besonderheiten des Pharmamarktes vor Augen führt. Die Entwicklung eines neuen Medikamentes ist langwierig und erfordert einen hohen Einsatz an Humankapital. Die Herstellung eines neuen Produktes ist dadurch kostenintensiv, während die Chancen, am Ende des Entwicklungsprozesses über ein marktfähiges Produkt zu verfügen, nur gering sind. Von etwa 6 000 neu

entwickelten Substanzen erfüllt im Durchschnitt nur ein Wirkstoff die Anforderungen, die an ihn bezüglich Wirksamkeit und Sicherheit gestellt werden.⁹ Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen für ein neues Arzneimittel liegen im Durchschnitt bei 250 Mill. DM. Darin sind allerdings auch die Forschungsaufwendungen für Wirkstoffe enthalten, die es mangels Erfolgsaussichten nicht bis zur Marktreife schaffen. Kleine Unternehmen sind aber immer weniger in der Lage, diese hohen Kosten aufzubringen. Wenngleich sich die Situation für kleine Produktionsunternehmen durch die steigenden Forschungsaufwendungen verschlechtert hat, bestehen durchaus Chancen für kleine Unternehmen, die sich primär der Forschung widmen. So haben in der Vergangenheit viele Pharmaunternehmen Forschungsaufträge im Bereich der Bio- und Gentechnologie an flexible und kreative kleinere Unternehmen vergeben.¹⁰

Auch innerhalb Deutschlands nimmt die baden-württembergische Pharmaindustrie eine starke Stellung ein. Der Anteil der baden-württembergischen Pharmaunternehmen

9 Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (Hrsg.): Pharma Daten '95, Frankfurt 1995, S. 34 f.

10 Hofmann, S.: Die Großen werden auch weiterhin nicht immer die schnellsten sein, in: Handelsblatt, vom 19. Februar 98.

Tabelle 2

Umsätze und Beschäftigte der pharmazeutischen Industrie in Baden-Württemberg 1980, 1989 und 1994 nach Betriebsgrößenklassen

a) Umsatz

Jahr	Umsatz in Betrieben mit ... Beschäftigten						insgesamt
	1 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 und mehr	
	1 000 DM						
1980	8 998	63 958	88 578	246 462	376 978	3 484 655	4 269 630
1989			127 453	259 075	886 481	5 260 248	6 694 118
1994	6 311	132 847	314 147	278 108	836 209	7 136 951	8 704 572

b) Beschäftigte

Jahr	Beschäftigte in Betrieben mit ... Beschäftigten						insgesamt
	1 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 und mehr	
	Anzahl						
1980	53	476	851	1 801	2 315	14 762	20 257
1989			613	1 049	4 243	18 065	24 690
1994	44	560	825	959	3 857	20 094	26 339

am Gesamtumsatz der deutschen Pharmaindustrie lag 1997 bei 27 %. Allerdings ist er seit Anfang der 80er Jahre leicht zurückgegangen, da sowohl die Inlands- als auch die Auslandsumsätze der Pharmaunternehmen auf Bundesebene stärker gewachsen sind. Der Anteil an den Beschäftigten lag ebenfalls bei 27 %. Im Gegensatz zu den Umsätzen ist der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil an den Beschäftigten in der Vergangenheit gestiegen. Ihr Anteil betrug 1980 noch 25 %. Auch in der Kenngröße Umsatz je Beschäftigten spiegelt sich die obige Entwicklung wider. Lagen zu Beginn des Betrachtungszeitraumes die Umsätze je Beschäftigtem in Baden-Württemberg noch deutlich über dem entsprechenden Bundeswert, haben sie sich nun nahezu angeglichen.

Die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Pharmaindustrie haben sich zwar durch die Kostendämpfungsmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas eingetrübt, dennoch gibt es zahlreiche Entwicklungslinien, die auf ein starkes Marktwachstum schließen lassen. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Da gleichzeitig die Aufwendungen der Krankenversicherungen für Arzneimittel mit zunehmendem Alter stark ansteigen, eröffnen sich für die Pharmaindustrie Wachstumschancen. So beliefen sich 1994 die durchschnittlichen Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für einen 50jährigen Mann auf 375 DM, bei einem 60jährigen auf 675 DM und bei einem 80jährigen bereits auf 1 200 DM pro Jahr. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Frauen. Vielfach wird das Wachstum des Pharmamarktes auch davon abhängen, inwieweit es den Unternehmen gelingt, wirksame Präparate gegen alterstypische Leiden wie Alzheimer und Parkinson auf den Markt zu bringen. Bei diesen Krankheiten handelt es sich gegenwärtig noch nicht um Massenphänomene, die Zahl der daran Erkrankten steigt jedoch an.

Unter anderem wird die Nachfrage nach Arzneimitteln von den zukünftigen Therapiealternativen abhängen. In den Vereinigten Staaten versuchten die dortigen Krankenkassen und Gesundheitsorganisationen den Arzneimitteleinsatz zu forcieren, um die wesentlich höheren stationären Behandlungskosten zu vermeiden.

Medikamente werden heute bei leichten Erkrankungen weniger oft verschrieben als in der Vergangenheit. Gleichzeitig ist die Bevölkerung in Gesundheitsfragen zunehmend besser informiert und bereit, für ihr Wohlbefinden einen wachsenden Teil des Einkommens auszugeben. Beide Faktoren begünstigen den Verkauf rezeptfreier Arzneimittel in und außerhalb der Apotheken. Gestützt wird diese Entwicklung durch die Werbung der Pharmaunternehmen. Allein im sogenannten Selbstmedikationsbereich konnten die deutschen Apotheken 1997 einen Umsatz von 7,7 Mrd. DM verbuchen. Der Anteil dieser rezeptfreien Medikamente am gesamten Arzneimittelumsatz beläuft sich damit mittlerweile auf mehr als ein Sechstel. Auch im längerfristigen Vergleich weist der Selbstmedikationsmarkt

Übersicht

Ausgewählte Erzeugnisse der medizintechnischen Industrie

Medizintechnik			
Elektromedizinische Geräte und Instrumente	Medizinische Geräte	Orthopädische Vorrichtungen	Zahn technische Laboratorien
<ul style="list-style-type: none"> Elektrokardiographen Ultraschall-Diagnosegeräte Szintiscanner Kernspintomographen Sterilisatoren Dentalbohrmaschinen Elektronencephalographen Röntgenapparate Elektronenschleudern Elektrotherapiegeräte 	<ul style="list-style-type: none"> Massagegeräte Apparate für Ozontherapie und Sauerstofftherapie Künstliche Nieren Narkosegeräte Endoskope Beatmungsgeräte Spritzen und Nadeln Infusionsgeräte Operationstische Dentalstühle Desinfektionsgeräte 	<ul style="list-style-type: none"> Künstliche Gliedmaßen Gelenke und andere Prothesen Krücken Medizinische Leibbinden Orthopädische Schuhe Bandagen 	<ul style="list-style-type: none"> Zahnprothetische Erzeugnisse Dentalteile aus Kunststoff Künstliche Zähne aus keramischen Stoffen Waren für die Einrichtung und Ausstattung zahn technischer Laboratorien

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

289 98

die größte Umsatzdynamik auf. Im früheren Bundesgebiet haben sich seit 1987 die Umsätze in diesem Marktsegment mit einem Zuwachs von rund 70 % deutlich dynamischer entwickelt als der gesamte Arzneimittelmarkt (+ 50 %). Allerdings dürften die höheren Zuzahlungen für Arzneimittel in der gesetzlichen Krankenversicherung, die in ihren Auswirkungen für die Versicherten durch Härtefallregelungen abgeschwächt werden, bereits einen Teil der privaten Ausgaben für Arzneimittel binden. Dennoch werden in diesem Bereich Wachstumspotentiale für die Unternehmen liegen.

Die medizintechnische Industrie

Bei der medizintechnischen Industrie handelt es sich um eine sehr heterogene Branche. Unter dem Gesichtspunkt vor allem des Gesundheitsschutzes und des Patientenschutzes ist von besonderem Interesse, daß durch das Medizinproduktegesetz vom 2. August 1994 bundeseinheitliche Vorschriften zur Regelung des Verkehrs mit Medizinprodukten sowie konkretisierende Begriffsbestimmungen hierzu getroffen worden sind. Die breite Palette der Medizinprodukte reicht danach von der Insulinspritze bis zum Dentalfüllstoff, von der Bandage bis zum Kernspintomographen (*Übersicht*). Darüber hinaus gibt es bestimmte Produkte, die sich nicht zweifelsfrei der Medizintechnik zuordnen lassen. Man denke nur an Mikroskope oder Röntgengeräte. Diese Produkte gehören zweifellos zur Grundausstattung eines jeden Krankenhauses, können aber auch in der Materialanalyse bzw. Materialprüfung in den unterschiedlichsten Industriezweigen verwen-

Tabelle 3

Umsätze und Beschäftigte der medizin- und orthopädiemechanischen Industrie in Baden-Württemberg 1980, 1989 und 1994 nach Betriebsgrößenklassen

a) Umsätze

Jahr	Umsatz in Betrieben mit ... Beschäftigten						
	1 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 und mehr	insgesamt
	1 000 DM						
1980	27 366	305 913	150 298	203 131	124 244	433 225	1 244 177
1989	19 105	340 336	277 148	294 863	.	.	1 742 011
1994	16 659	431 716	256 194	320 830	181 587	938 007	2 144 994

b) Beschäftigte

Jahr	Beschäftigte in Betrieben mit ... Beschäftigten						
	1 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 und mehr	insgesamt
	Anzahl						
1980	308	3 397	1 678	1 733	876	4 605	12 597
1989	212	3 276	1 876	1 993	.	.	12 400
1994	182	3 312	1 488	1 576	993	4 831	12 383

det werden. Darüber hinaus wird die langfristige Beobachtung dieser Branche durch die Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige im Jahr 1994 erschwert. Die stärker an funktionalen Gesichtspunkten orientierte Systematik führt zur Ausgrenzung von bisherigen Fachgruppen und Einbeziehung vormals branchenfremder Produkte. Das Umsatzvolumen der medizintechnischen Industrie stieg dadurch in Baden-Württemberg im Jahr 1995 um 66 % und das Beschäftigtenvolumen um 55 %. Umsatz- und Beschäftigtenzahlen sind daher mit den Vorjahren nicht mehr vergleichbar.

Die medizintechnische Industrie erzielte 1994 einen Umsatz von 2,1 Mrd. DM, davon 1,2 Mrd. DM auf dem Inlandsmarkt und 900 Mill. DM auf dem Auslandsmarkt. Insgesamt produzierten 157 Betriebe mit 12 400 Beschäftigten medizintechnische Erzeugnisse in Baden-Württemberg. Im Gegensatz zur pharmazeutischen Industrie ist die Herstellung von medizin- und orthopädiemechanischen Erzeugnissen stärker mittelständisch organisiert (Tabelle 3). Auf Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigte entfie-

len im Jahr 1994 rund 20 % der Umsätze und nahezu 27 % der Beschäftigten. Der Anteil der mittelständischen Unternehmen (= Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten) am Gesamtumsatz der Branche belief sich auf 56 %, der Anteil der Beschäftigten auf 61 %. Die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Laufe der 80er Jahre war zunächst durch einen starken Einbruch gekennzeichnet. Es folgte eine Phase mit moderatem Umsatzwachstum, die aber kaum Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung hatte. Zu Beginn der 90er Jahre beschleunigte sich das Umsatzwachstum durch die Nachfrage aus den neuen Bundesländern und auch die Zahl der Beschäftigten nahm spürbar zu. Mit den Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen - insbesondere der Budgetierung der Ausgaben im stationären Bereich - kam die Entwicklung der Branche ins Stocken. Nachdem die Inlandsumsätze der Branche 1992 noch bei 1,4 Mrd. DM lagen, sind sie im Jahr 1993 auf 1,2 Mrd. DM zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten sank um 850. Insgesamt dürfte sich die Nachfrage nach medizintechnischen Erzeugnissen in den kommenden Jahren in Grenzen halten. Der Versorgungsgrad mit medizintechnischen Großgeräten gilt in Deutsch-

land als hoch. Zudem wird versucht, durch eine stärkere Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Bereich die Auslastung der bestehenden Großgeräte zu verbessern. Wachstumschancen bestehen vorwiegend auf den Auslandsmärkten und für solche Erzeugnisse, die erhebliche Einspareffekte versprechen.

Das Gesundheitswesen ein wichtiger Beschäftigungsmotor

Das Gesundheitswesen gehört seit Beginn der 80er Jahre, gemessen an den Beschäftigtenzahlen, zu den am stärksten wachsenden Sektoren der baden-württembergischen Wirtschaft. Wie bereits erwähnt, gibt es in der amtlichen Statistik den alles umfassenden Wirtschaftszweig „Gesundheitswesen“ nicht. Die Vielzahl der unterschiedlichen Einrichtungen, Anstalten und Berufe innerhalb des Gesundheitswesens bringt es mit sich, daß sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterschiedlichen Sektoren zugeordnet werden. Aussagen über die wirtschaftliche Leistung des Gesundheitswesens stützen sich deshalb auf eine Reihe von Schätzungen und man sollte sich wegen der nicht zu umgehenden methodischen Schwächen, der Unschärfe bewußt sein, die der Zahl anhaften. Obwohl sich die Gliederung der Wirtschaftsgruppen in der Beschäftigtenstatistik eng an die Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes anlehnt, ist die darin ausgewiesene Wirtschaftsgruppe Gesundheits- und Veterinärwesen wesentlich homogener als in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Datenlücken bei der Beobachtung der Beschäftigung im Gesundheitswesen sind daher nicht ganz so gravierend. Neben dem freiberuflichen Gesundheitswesen sind hier alle Einrichtungen, Kliniken und Sanatorien sowie die sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens enthalten, unabhängig davon von wem sie betrieben werden. Dennoch sind auch hier bestimmte Einschränkungen hinzunehmen. Zum einen werden in der Beschäftigtenstatistik nur die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfaßt, was gerade bei dem hohen Selbständigenanteil in den freien Berufen des Gesundheitswesens Probleme aufwirft. Zum anderen werden bestimmte Berufsgruppen wie etwa Augenoptiker, Hörgeräteakustiker, Zahntechniker oder ganze Wirtschaftsgruppen wie die pharmazeutische oder medizintechnische Industrie bzw. gesundheitsrelevante Teile des Einzel- und Großhandels nicht miteinbezogen, obwohl ein enger Bezug zum Gesundheitswesen besteht. Da die Darstellungstiefe der Beschäftigtenstatistik zu gering ist, lassen sich diese Berufe bzw. Bereiche im allgemeinen auch nicht näherungsweise durch Hilfsrechnungen dem Gesundheitswesen zuordnen. Möglich ist dies nur für die pharmazeutische und medizintechnische Industrie, die Zahntechniker und Augenoptiker. Detaillierte Angaben sowohl über die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch über

die Zahl der Selbständigen liegen für die Ärzte, Zahnärzte und Apotheker vor. Berücksichtigt man diese Anpassungen, läßt sich bereits einiges über die beschäftigungspolitische Bedeutung des Gesundheitswesens sagen. Im folgenden werden jedoch die Selbständigen getrennt von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dargestellt. Dadurch ist gewährleistet, daß die Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche vergleichbar bleibt.

Das Gesundheitswesen als Wachstumsbranche

Ende 1996 waren im Gesundheitswesen Baden-Württembergs 355 000 Menschen tätig (Tabelle 4). Damit beschäftigte das Gesundheitswesen in etwa so viele Menschen wie das Baugewerbe. Insgesamt bietet das Gesundheitswesen in Baden-Württemberg heute bereits die Erwerbsgrundlage für knapp 8 % der Erwerbstätigen. Von den 309 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern entfielen 57 000 auf das produzierende Gewerbe, 107 000 auf den Bereich der privaten Dienstleistungen wie freie Arztpraxen, 40 000 auf Organisationen ohne Erwerbscharakter wie kirchliche Krankenhäuser und 104 000 auf Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger. Im Jahr 1996 schätzte der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ebenfalls das Beschäftigungsvolumen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß ca. 12 % der Erwerbstätigen in Deutschland im oder durch das Gesundheitswesen beschäftigt werden. Der niedrigere Wert für Baden-Württemberg erklärt sich im wesentlichen aus der unterschiedlichen Berechnungsweise und in den für Baden-Württemberg nicht berücksichtigten indirekten Beschäftigungseffekten. So wurde insbesondere in Bereichen, in denen die Lücken der Arbeitsmarkt- und Berufsstatistik besonders groß waren, bei Zuschätzungen relativ vorsichtig verfahren. Die indirekten Beschäftigungseffekte, die durch die Gesundheitsausgaben hervorgerufen werden, konnten aufgrund von Regionalisierungsproblemen nicht berechnet werden. Wäre es möglich diese indirekten Effekte zu ermitteln, dürfte die beschäftigungspolitische Bedeutung des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg eine ähnliche Größenordnung wie in Deutschland erreichen.

Noch beeindruckender als die absoluten Zahlen ist die längerfristige Beschäftigungsentwicklung, die das Gesundheitswesen als eine Wachstumsbranche ersten Ranges ausweist. Während die Zahl der Arbeitsplätze im tertiären Sektor seit Beginn der 80er Jahre um ein gutes Drittel gestiegen ist, ging es im Gesundheitswesen doppelt so schnell. Auch in den 90er Jahren erweist sich das Gesundheitswesen als deutlicher Spitzenreiter beim Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Von 1990 bis 1996 stieg die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor um knapp 12 %, im Gesundheitswesen um 22 %. Von

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer*) in Baden-Württemberg 1980 bis 1996 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer				Darunter im Gesundheitswesen			
	1980	1985	1990	1996	1980	1985	1990	1996
	1 000							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	31 937	34 349	33 480	29 292	-	-	-	-
Produzierendes Gewerbe	2 005 481	1 905 012	2 045 069	1 763 327	41 800	42 300	48 550	57 300
Handel	402 225	397 317	446 546	472 926
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	121 595	124 874	138 495	142 972	-	-	-	-
Kreditinstitute	85 753	93 205	104 400	111 024	-	-	-	-
Versicherungsgewerbe	30 119	30 453	35 366	37 190	-	-	-	-
Dienstleistungen a.n.g.	422 745	467 508	580 885	709 231	58 814	68 972	82 819	107 208
darunter								
Ingenieurberatung, Werbung, Foto	44 751	49 058	67 812	83 504	-	-	-	-
Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	70 677	87 139	99 594	119 501	21 750	27 457	32 878	39 742
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	266 145	279 396	302 132	311 780	71 503	77 674	90 911	104 643
Tertiärer Sektor insgesamt	1 400 564	1 481 623	1 707 428	1 904 686	152 067	174 103	206 608	251 593
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer								
Insgesamt ¹⁾	3 437 982	3 420 984	3 785 977	3 697 295	193 867	216 403	255 158	308 893
nachrichtlich:								
Erwerbstätige insgesamt	4 322 000	4 326 000	4 701 000	4 595 000	220 000 ²⁾	247 000 ²⁾	294 000 ²⁾	355 000 ²⁾

*) Jeweils am 30.Juni. – 1) Einschließlich "ohne Angaben". – 2) Geschätzt.

den rund 500 000 Arbeitsplätzen, die im Zeitraum von 1980 bis 1996 im tertiären Sektor entstanden, entfielen rund ein Fünftel auf das Gesundheitswesen.

In den Sparten des Gesundheitswesens waren die stärksten Zuwächse mit jeweils gut 80 % bei den privaten Dienstleistungen und den Organisationen ohne Erwerbscharakter zu beobachten. Damit war der Zuwachs im

Gesundheitswesen bei den privaten Dienstleistungen in etwa vergleichbar mit dem Wachstum des Bereichs Ingenieurberatung, Werbung und Photo. Mit einem Plus von 46 % folgten die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. In der medizintechnischen und pharmazeutischen Industrie lag der Zuwachs bei 37 %. Bei der letztgenannten Zahl ist allerdings die eingeschränkte Aussagefähigkeit aufgrund der Systematikumstellung zu beachten.

Gesundheit und Gesundheitsausgaben

Vor der Erfassung der Gesundheitsausgaben ist zu klären, was im folgenden unter Gesundheit verstanden werden soll. Für eine frühere Arbeit hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg Gesundheit definiert als „der zum Erhalten der Arbeitsfähigkeit erforderliche körperliche, geistige und seelische Zustand; analog hierzu für den außerhalb der Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit stehenden Teil der Bevölkerung der für das normale, der Altersstufe angemessene Leben nötige Zustand.“¹¹

Im Vergleich zu moderneren Definitionen des Gesundheitsbegriffs, die Gesundheit nicht nur als Fehlen von Krankheit oder Behinderung oder als „einen Zustand des umfassenden, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ (WHO, 1948), sondern als somatische, psychische und soziale Fähigkeit zur Lebensgestaltung verstehen, ist diese Abgrenzung zwar restriktiv, die Erfassung und Darstellung der Gesundheitsausgaben werden dadurch aber erleichtert. Nach dieser Abgrenzung werden etwa Ausgaben für den Besuch von Fitnessanlagen, den Kauf von Diätprodukten und Körperpflegemitteln oder Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht zu Gesundheitsausgaben gerechnet. Sicherlich besteht kein Zweifel daran, daß auch diese Maßnahmen, die dem Gesundheitsschutz und der Gesundheitsförderung zuzurechnen sind, bei einer umfassenderen Abgrenzung des Begriffs Gesundheit zu berücksichtigen wären. Dagegen sprechen allerdings praktische Probleme bei der Erfassung dieser Ausgaben. Die vorhandenen Statistiken erlauben es gegenwärtig nicht oder nur sehr lückenhaft, diese im Einzelfall gesundheitsrelevanten Leistungen darzustellen.

Der wesentlichste Vorteil einer engen Abgrenzung des Begriffs Gesundheit liegt in der praktischen Erfassbarkeit der Gesundheitsausgaben. Damit wird allerdings auch der Nachteil erkaufte, daß nur der Kern des gesamten Systems belichtet wird. Dies ist wichtig zu wissen, wenn man die Wirkungen des Gesundheitswesens auf das Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum richtig einschätzen will. Die Gesundheitsausgaben stellen in der Regel den Ausgangspunkt einer jeden Analyse dar, bei der die Beschäftigungs- und Produktionswirkungen des Gesundheitswesens untersucht werden. Hat man einmal die Gesundheitsausgaben ermittelt, kann dieser Wert ersatzweise als Produktionswert des Sektors Gesundheitswesens interpretiert werden. Setzt man hiervon die zur Produktion von Gesundheitsgütern verwendeten Vorleistungen ab, erhält man den Wert aller produzierten Gesundheitsleistungen, der als Maß für die wirtschaftliche Leistung des Gesund-

heitswesens gelten kann. Zudem ist zu berücksichtigen, daß alle Produktionsbereiche, die Leistungen für die Gesundheit erbringen, Vorleistungen von anderen Sektoren in Form von Gütern und Diensten benötigen. Für die Produktion dieser Vorleistungen wird einerseits menschliche Arbeitskraft und Kapital benötigt und andererseits wiederum Vorleistungen von anderen Sektoren. Von der Nachfrage nach Gesundheitsgütern hängen also eine Reihe weiterer Produktionsbereiche ab, deren Produktion ohne diese Nachfrage nicht oder geringer ausfallen würde.

Sozial- und Gesundheitsbudget als Datenbasis

Auf Bundesebene werden die Gesundheitsausgaben in zwei voneinander unabhängigen Berichtssystemen nachgewiesen: dem Sozial- und dem Gesundheitsbudget. Obwohl beide Systeme versuchen, die Ausgaben für Gesundheitsleistungen so umfassend wie möglich abzubilden, unterscheiden sich die ermittelten Größen aufgrund der Unterschiede in Zielsetzung und Konzeption der beiden Rechensysteme erheblich voneinander ab. Durch Verlust des Arbeitsplatzes, durch Krankheit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit oder durch das Alter ist eine Person im Laufe ihres Lebens einer Vielzahl materieller Risiken ausgesetzt. Um die Auswirkungen dieser Risiken abzufedern, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein umfassendes soziales Sicherungssystem. Im Sozialbudget wird der Umgang, die Struktur und die zeitliche Entwicklung der Leistungen dieses Sicherungssystems dargestellt. Ein zentraler Baustein dieses Sicherungssystems sind die Gesundheitsleistungen. Allerdings werden dem Charakter sozialer Leistungen folgend nur die laufenden Übertragungen bei der Ermittlung der Gesundheitsausgaben berücksichtigt.¹² Im Gesundheitsbudget werden die Ausgaben aller Institutionen erfaßt, die im Zusammenhang mit der Vermeidung, Behebung oder Milderung einer Erkrankung bzw. deren ökonomischen Folgen entstehen. Das heißt einerseits, daß die Beschränkung der Darstellung auf laufende Übertragungen aufgegeben und andererseits der Begriff der Gesundheitsleistungen in einigen Bereichen deutlich weiter, in anderen Bereichen wesentlich enger gefaßt wird. Am deutlichsten zeigen sich die Unterschiede zwischen Gesundheits- und Sozialbudget auf der institutionellen Gliederungsebene. Mit den privaten Haushalten und der privaten Krankenversicherung werden im Gesundheitsbudget zwei Institutionen berücksichtigt, die im Sozialbudget fehlen. Die weitere begriffli-

11 Szameitat, K. / Wuchter, G.: Was kostet die Gesundheit? – Versuch einer Darstellung der in Zusammenhang mit der Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit entstehenden Aufwendungen –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1970.

12 Soziale Leistungen sind laufende Zahlungen an private Haushalte von Unternehmen, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungshaushalten und Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die zur Abdeckung sozialer Risiken geleistet werden, ohne daß für diese Zahlungen eine spezielle Gegenleistung erbracht werden muß.

che Fassung der Gesundheitsleistungen im Gesundheitsbudget zeigt sich darüber hinaus in der Berücksichtigung der Investitionen und laufenden Investitionszuschüsse, der Ausbildungsleistungen und der Forschungsausgaben. Hingegen werden im Bereich der indirekten Leistungen bestimmte Positionen, die im Sozialbudget der Funktionsgruppe Gesundheit zugerechnet werden, beispielsweise Steuervergünstigungen, im Gesundheitsbudget nicht berücksichtigt. Weitere Unterschiede ergeben sich aus den unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Rechensysteme und dem daraus resultierenden unterschiedlichen Darstellungsrahmen. So bringt es die funktionale Gliederung des Sozialbudgets mit sich, daß bestimmte Ausgabenkategorien (zum Beispiel Mutterschaftshilfe, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten) nicht den Gesundheitsleistungen zugerechnet werden. Während die Datenlage zu den Gesundheitsausgaben auf Bundesebene noch als relativ günstig bezeichnet werden kann, ist die Situation auf Landesebene weniger befriedigend. Daten liegen in der Regel nur für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und auch nur für bestimmte Kassenarten vor. Von Bedeutung ist hierbei insbesondere die fehlende Regionalisierung der Leistungsausgaben der Ersatzkassen. Baden-Württemberg nimmt allerdings unter den Bundesländern eine Sonderstellung ein, weil es als einziges Bundesland ein Sozialbudget erstellt. Aufbauend auf diesem Sozialbudget, wurde für Baden-Württemberg eine regionalisierte Version des vom Statistischen Bundesamt berechneten Gesundheitsbudgets erstellt. Bei der Angleichung¹³ wurden zunächst die in beiden Systemen verwendeten Größen angepaßt. Dazu wurden die Größen, die in das Sozialbudget eingehen, aber nicht oder nur teil-

weise der Funktion Gesundheit zugeordnet sind, umgesetzt. In einem zweiten Schritt wurden durch Hilfsrechnungen und qualifizierte Schätzungen diejenigen Größen ermittelt, die nicht in das Sozialbudget eingehen (zum Beispiel Investitionen, Ausgaben der privaten Haushalte und der privaten Krankenversicherung), vom Statistischen Bundesamt aber zu den Gesundheitsausgaben gerechnet werden. Am problematischsten gestaltete sich dabei die Berechnung der Ausgaben der privaten Haushalte, da zu ihrer Berechnung nur wenige Eckdaten vorhanden waren. Im Ergebnis führten die Kürzungen, Umsetzungen und Hinzurechnungen dazu, daß die neu berechneten Gesundheitsausgaben für das Jahr 1995¹⁴ um ein gutes Viertel (28 %) höher ausfallen, als im Sozialbudget. Auch in den zurückliegenden Jahren lagen die neu berechneten Gesundheitsausgaben um rund ein Viertel über den im Sozialbudget errechneten Werten. Dies liegt im wesentlichen daran, daß zur Vervollständigung der

13 Die Angleichung der beiden Systeme erfolgte nur über die institutionelle Darstellungsebene, da sich die beiden Systeme in den anderen Gliederungsebenen zu stark unterscheiden.

14 Die grundlegende Datenbasis für die Ermittlung der Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg bildet – wie bereits erwähnt – das Sozialbudget. Aufgrund der vielfältigen Datenquellen, die zudem noch eine erheblich voneinander abweichende Periodizität aufweisen, ist die Erstellung des Sozialbudgets mit großem Aufwand verbunden. Der Aktualität der Zahlen sind dadurch Grenzen gesetzt. Darunter leidet auch die Berechnung der Gesundheitsausgaben. So liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt (April 1998) erst die Ergebnisse des Sozialbudgets für das Jahr 1995 vor.

Tabelle 5

Ausgaben für Gesundheit*) in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung 1985 bis 1995

Jahr	Früheres Bundesgebiet			Baden-Württemberg			Anteil Baden-Württembergs am früheren Bundesgebiet
	Gesundheitsausgaben	Leistung pro Kopf der Wohnbevölkerung	BIP ¹⁾ pro Kopf der Wohnbevölkerung	Gesundheitsausgaben	Leistung pro Kopf der Wohnbevölkerung	BIP ¹⁾ pro Kopf der Wohnbevölkerung	
	Mill. DM	DM	DM	Mill. DM	DM	DM	%
1985	238 168	3 903	29 901	34 591	3 738	31 966	14,5
1986	248 681	4 072	31 557	36 294	3 904	34 164	14,6
1987	259 288	4 245	32 590	37 872	4 078	35 412	14,6
1988	275 109	4 458	34 109	40 477	4 316	37 069	14,7
1989	279 262	4 455	35 842	41 661	4 383	38 895	14,9
1990	303 700	4 766	38 353	45 482	4 676	41 738	15,0
1991	336 945	5 225	41 321	50 513	5 103	44 350	15,0
1992	369 854	5 665	43 367	56 798	5 638	45 985	15,4
1993	380 033	5 781	43 344	56 507	5 542	44 985	14,9
1994	397 017	6 014	44 977	60 958	5 947	46 645	15,4
1995	429 765	6 496	46 287	64 696	6 284	47 961	15,1

*) Gesundheitsausgaben einschließlich Einkommensleistungen. – 1) Nominal.

Gesundheitsausgaben auch die von den privaten Haushalten selbst bezahlten Güter und Dienstleistungen und die regionalisierten Leistungen der privaten Krankenkassen zusätzlich berücksichtigt werden.

Zur Entwicklung der Gesundheitsausgaben

Im Zeitraum von 1985 bis 1995 sind die Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg von 34,6 Mrd. DM auf 64,7 Mrd. DM im Jahr 1995 angestiegen (Tabelle 5). Das entspricht nahezu einer Verdopplung in nur 10 Jahren. Die in Baden-Württemberg getätigten Gesundheitsausgaben übertrafen damit 1995 sogar das Haushaltsvolumen des Landes um mehr als 4 Mrd. DM. Das Bruttoinlandsprodukt hat im gleichen Zeitraum von 294,2 Mrd. DM auf 493,9 Mrd. DM, das heißt um zwei Drittel zugenommen. Bereits hieran läßt sich erkennen, daß der Gesundheitssektor zu den wachstumsstarken Wirtschaftszweigen der Volkswirtschaft gehört. Auch bezogen auf die Bevölkerung Baden-Württembergs stiegen die Gesundheitsausgaben von 3 700 DM je Einwohner 1985 auf 6 300 DM im Jahr 1995 deutlich an (+ 68 %). Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg von 32 000 DM auf 48 000 DM an, ein Zuwachs von 50 %. Diese Entwicklung macht aber deutlich, daß die Ausgabensteigerung im Gesundheitswesen nur zum kleineren Teil auf den Anstieg der zu versorgenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Die Bevölkerung Baden-Württembergs nahm in der betreffenden Periode um gut eine Million Einwohner bzw. 11 % zu.

Die Mehrzahl der Untersuchungen zur Ausgabenproblematik im Gesundheitswesen konzentriert sich bei ihren Analysen auf die gesetzliche Krankenversicherung. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit häufig der Eindruck, daß der überwiegende Teil der Ausgaben für die Gesundheit von dieser Institution bzw. „Träger“ geleistet werden. Dies ist aber nur zum Teil richtig. Der Einzelne hat aufgrund unterschiedlicher Leistungsgesetze je nach individueller Lebenslage und Krankheitsursache Anspruch auf eine Vielzahl unterschiedlicher Gesundheitsleistungen. Diese Gesundheitsleistungen werden in ganz unterschiedlicher Form geleistet und über eine Vielzahl von Trägern finanziert. 1995, dem aktuellsten Jahr, für das Angaben vorliegen, nimmt die gesetzliche Krankenversicherung mit 30,3 Mrd. DM oder einem Anteil von knapp 47 % den breitesten Raum der erfaßten Gesundheitsausgaben ein (Tabelle 6).¹⁵ Die Tatsache, daß die gesetzliche Krankenver-

sicherung nicht einmal die Hälfte der gesamten Gesundheitsausgaben finanziert, macht zugleich aber auch deutlich, daß eine volkswirtschaftliche Betrachtung des Gesundheitswesens, die sich ausschließlich an diesem Ausgabenträger orientiert, zu kurz greift. Mit Ausgaben in Höhe von 11,1 Mrd. DM für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit ihres Personals lagen die privaten und öffentlichen Arbeitgeber bereits an zweiter Stelle. Der weitaus größte Teil dieser Ausgaben dürfte auf die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall entfallen. Die privaten Haushalte folgten mit 6,4 Mrd. DM noch vor den öffentlichen Haushalten mit 6,1 Mrd. DM. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden von den Ausgaben der privaten Haushalte bereits die Zahlungen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber in Form von Beihilfen und Fürsorgeleistungen sowie die Erstattungen der privaten Krankenversicherungen abgesetzt. Die Ausgaben der privaten Haushalte enthalten auch nicht die monatlichen Beitragszahlungen und kennzeichnen somit die rein private Konsumnachfrage nach Waren und Dienstleistungen des Gesundheitswesens. Dabei handelt es sich vorwiegend um den Kauf von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln (zum Beispiel Erkältungsmitteln), die nicht zum Leistungsumfang der gesetzlichen bzw. privaten Krankenversicherung gehören, um die bei einer Vielzahl von Behandlungsleistungen fälligen Selbstbeteiligungen der Patienten oder um selbstfinanzierte Kuraufenthalte oder Behandlungen. Bei den Gesundheitsausgaben der öffentlichen Haushalte handelt es sich vorwiegend um die Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe (3,1 Mrd. DM), die laufenden Zuschüsse an die Krankenhäuser und Hochschulklinken (1,9 Mrd. DM) und die Finanzierung der Gesundheitsdienste (0,4 Mrd. DM). Mit jeweils gut 4 Mrd. DM hatten die gesetzliche Rentenversicherung und die private Krankenversicherung nahezu den gleichen Anteil bei der Finanzierung der Gesundheitsausgaben. Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung konzentrieren sich in hohem Maße auf die Finanzierung stationärer Kuraufenthalte und auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Und schließlich finanzierten im Jahr 1995 auch noch die gesetzliche Unfall- und die neu eingeführte Pflegeversicherung Gesundheitsleistungen im Umfang von knapp 1,8 Mrd. DM bzw. gut 900 Mill. DM.

Seit 1985 stiegen die Ausgaben der privaten Krankenversicherung mit + 128 % am stärksten, die Leistungen der Arbeitgeber stiegen um 96 %, die der gesetzlichen Krankenversicherung um 88 % und die privaten Haushalte gaben rund 57 % mehr für ihre Gesundheit aus. In der gesetzlichen Krankenversicherung, die nicht den stärksten Ausgabenanstieg zu verzeichnen hat, gelang es durch die Ende der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre durchgeführten Kostendämpfungsmaßnahmen und strukturellen Reformen sowie durch die jüngsten Reformmaßnahmen, die Gesamtentwicklung der Gesundheitsausgaben in den Griff zu bekommen. Dadurch konnte ein weiterer Anstieg der Beitragssätze verhindert werden. Derzeit ist ein rückläufiger Trend bei den Beitragssätzen zu beobachten. Einige Maßnahmen wie der Ausschluß

¹⁵ Mit einem Anteil von rund einem Drittel entfiel dabei der größte Teil der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Bereich Krankenhausbehandlung. Jeweils rund ein Fünftel der Ausgaben entfiel auf die Inanspruchnahme von ärztlichen und zahnärztlichen Dienstleistungen sowie auf Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel.

Tabelle 6

Ausgaben für Gesundheit*) in Baden-Württemberg 1985 bis 1995 nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mill. DM											
Öffentliche Haushalte ¹⁾	3 916	4 099	4 021	4 434	4 498	4 971	5 456	5 971	6 286	6 204	6 137
Gesetzliche Krankenversicherung	16 077	17 008	17 761	18 895	18 819	20 599	23 169	26 198	25 577	28 865	30 262
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	930
Rentenversicherung	2 699	2 754	2 815	2 948	3 039	3 162	3 379	3 556	3 624	3 795	4 049
Gesetzliche Unfallversicherung	1 181	1 254	1 284	1 287	1 313	1 417	1 668	1 699	1 779	1 773	1 768 ²⁾
Private Krankenversicherung	1 782	1 740	1 974	2 203	2 473	2 679	2 999	3 487	3 628	3 860	4 056
Arbeitgeber	5 641	6 077	6 585	7 091	7 727	8 500	9 045	10 700	10 098	10 657	11 068
Private Haushalte	3 295	3 363	3 432	3 620	3 792	4 154	4 798	5 186	5 514	5 804	6 425
Insgesamt	34 591	36 294	37 872	40 477	41 661	45 482	50 513	56 798	56 507	60 958	64 696
%											
Öffentliche Haushalte ¹⁾	11,3	11,3	10,6	11,0	10,8	10,9	10,8	10,5	11,1	10,2	9,5
Gesetzliche Krankenversicherung	46,5	46,9	46,9	46,7	45,2	45,3	45,9	46,1	45,3	47,4	46,8
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,4
Rentenversicherung	7,8	7,6	7,4	7,3	7,3	7,0	6,7	6,3	6,4	6,2	6,3
Gesetzliche Unfallversicherung	3,4	3,5	3,4	3,2	3,2	3,1	3,3	3,0	3,1	2,9	2,7
Private Krankenversicherung	5,2	4,8	5,2	5,4	5,9	5,9	5,9	6,1	6,4	6,3	6,3
Arbeitgeber	16,3	16,7	17,4	17,5	18,5	18,7	17,9	18,8	17,9	17,5	17,1
Private Haushalte	9,5	9,3	9,1	8,9	9,1	9,1	9,5	9,1	9,8	9,5	9,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985 = 100											
Öffentliche Haushalte ¹⁾	100	105	103	113	115	127	139	152	161	158	157
Gesetzliche Krankenversicherung	100	106	110	118	117	128	144	163	159	180	188
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rentenversicherung	100	102	104	109	113	117	125	132	134	141	150
Gesetzliche Unfallversicherung	100	106	109	109	111	120	141	144	151	150	150
Private Krankenversicherung	100	98	111	124	139	150	168	196	204	217	228
Arbeitgeber	100	108	117	126	137	151	160	190	179	189	196
Private Haushalte	100	102	104	110	115	126	146	157	167	176	195
Insgesamt	100	105	109	117	120	131	146	164	163	176	187

*) Summe der Ausgaben aller Institutionen (Gebietskörperschaften, öffentliche und private Arbeitgeber, gesetzliche und private Versicherungen, private Haushalte) im Gesundheitsbereich, bereinigt – zur Vermeidung von Doppelzählungen – insbesondere um Zuschüsse und Erstattungen der Gebietskörperschaften an die verschiedenen Versicherungsträger und um Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten. – 1) Ohne Arbeitgeberleistung, abzüglich Pflegesatzeinnahmen (funktionale Abgrenzung). – 2) Wert für 1995 geschätzt.

von Leistungen oder die Erhöhung der Selbstbeteiligungsregelungen führten allerdings zu einer Verlagerung der Ausgaben weg von der gesetzlichen Krankenversicherung hin zu anderen Ausgabenträgern. Ähnlich ist die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung zu werten. Mit diesem zusätzlichen Sicherungssystem konnten zwar die öffentlichen und privaten Haushalte sowie die gesetzliche Krankenversicherung entlastet werden, an den weiter steigenden Ausgaben für Pflegeleistungen wird sich dadurch nur wenig ändern. Mit einer Zunahme von rund 57 % bzw. jeweils rund 50 % war der Ausgabenanstieg bei den öffentlichen Haushalten und der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung am geringsten.

Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg knapp im Bundesdurchschnitt

Mit dem Volumen von 64,7 Mrd. DM wiesen die baden-württembergischen Gesundheitsausgaben 1995 einen Anteil von 15,1 % an den Ausgaben des früheren Bundesgebietes auf. Auch in den Jahren vor 1995 bewegte sich der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil an den Gesundheitsausgaben des Bundes in einer Spanne zwischen 14,5 % und 15,4 %, und zeigte aber seit Beginn des betrachteten Zeitraums eine leicht steigende Tendenz (Tabelle 7). Der Anteil Baden-Württembergs an der Bevölkerung des Bundes belief sich im gleichen Jahr auf 15,6 % und hat seit 1985 um rund einen halben Prozentpunkt zugenommen. Im Vergleich zum Bevölkerungsanteil ist somit der Landesanteil an den Gesundheitsausgaben leicht

unterdurchschnittlich. Diese Feststellung gilt für die Gesamtausgaben. Die einzelnen Ausgabenträger zeigen indes deutliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert. Derartige Abweichungen bedeuten allerdings nicht, daß die Bereitschaft der einzelnen Institutionen Gesundheitsausgaben zu tätigen in Baden-Württemberg geringer ist, als in anderen Bundesländern.

Unterschiede in der Ausgabengestaltung zwischen Bund und Land sind keineswegs überraschend, sondern Ausdruck unterschiedlicher regionaler Alters-, Beschäftigungs- und Einkommensstrukturen. Überdurchschnittlich ist der Landesanteil an den Gesundheitsausgaben des früheren Bundesgebietes bei den privaten Haushalten (Anteil 1995: 18,6 %), der privaten Krankenversicherung (16,4 %) und den privaten und öffentlichen Arbeitgebern mit 16,3 %. Die höheren Anteile Baden-Württembergs bei den privaten Haushalten und den öffentlichen und privaten Arbeitgebern dürften zum einen auf die wesentlich günstigere Beschäftigungssituation – und damit einer günstigeren Einkommenssituation – zum anderen auf die höhere Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg zurückzuführen sein. Eine günstigere Einkommenssituation und damit verbunden ein über dem Bundesdurchschnitt liegender Landesanteil bei den privat versicherten Personen, dürfte der Grund für die im Vergleich zum früheren Bundesgebiet größere Bedeutung der privaten Krankenversicherung in Baden-Württemberg sein.

Zum Teil stark unterdurchschnittlich ist der Ausgabenanteil des Landes bei der gesetzlichen Pflege- und Unfallversicherung mit 11,3 % bzw. 11,4 %, den öffentlichen

Tabelle 7

Anteil der Ausgaben für Gesundheit Baden-Württembergs am früheren Bundesgebiet 1985 bis 1995 nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	%										
Öffentliche Haushalte	12,5	12,7	11,9	12,4	11,9	12,3	12,5	12,1	11,9	11,9	11,9
Gesetzliche Krankenversicherung	14,4	14,5	14,5	14,3	14,8	14,7	14,7	15,1	14,8	15,6	15,3
Gesetzliche Pflegeversicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,3
Rentenversicherung	17,0	17,0	16,8	16,9	16,3	15,7	15,5	15,5	13,4	13,3	13,6
Gesetzliche Unfallversicherung	14,8	15,3	15,5	15,5	15,4	15,5	15,6	13,7	12,7	12,0	11,4
Private Krankenversicherung	14,3	13,8	14,7	15,3	15,6	15,6	15,9	16,6	16,4	16,5	16,4
Arbeitgeber	14,2	14,2	14,6	15,5	15,7	15,9	15,7	17,3	16,2	17,3	16,3
Private Haushalte	17,4	17,3	17,4	16,6	17,6	17,6	18,0	18,2	18,7	18,1	18,6
Insgesamt	14,5	14,6	14,6	14,7	14,9	15,0	15,0	15,4	14,9	15,4	15,1

Haushalten (11,9 %) und der gesetzlichen Rentenversicherung (13,6 %). Dagegen liegt die gesetzliche Krankenversicherung in Baden-Württemberg mit einem Bundesanteil von 15,3 % in etwa auf der Höhe des Landesanteils bei den gesamten Gesundheitsausgaben. Der geringe Landesanteil bei der gesetzlichen Pflegeversicherung dürfte mit einer günstigeren Altersstruktur zusammenhängen. Denn es sind vor allem ältere Menschen über 65 Jahre und hier insbesondere Frauen, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind. Gerade in dieser Altersklasse stellt sich aber die Situation in Baden-Württemberg gegenüber dem Bundesgebiet besser dar. Während auf Bundesebene der Anteil der über 65jährigen bei 15,6 % liegt, beträgt er in Baden-Württemberg nur 14,9 %. Noch ausgeprägter ist die Situation bei den Frauen (18,4 % gegenüber 19,4 % im Bund). Bei den öffentlichen Haushalten macht sich insbesondere der unterdurchschnittliche Ausgabenanteil Baden-Württembergs bei der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Behinderte bemerkbar. Hierbei könnte eine günstigere Einkommenssituation, die bei den einkommensabhängigen Sozialleistungen eine Rolle spielt und das gut ausgebaute ambulante Hilfenetz von Bedeutung sein.

Die Gesundheitsquote als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens

Der wohl am häufigsten verwendete Indikator zur Kennzeichnung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens ist die Gesundheitsquote. Gebildet wird diese Quote, indem man die gesamten Gesundheitsausgaben in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen setzt. Dadurch wird eine Aussage über das Gesundheitswesen möglich, die nicht nur einen versorgungsspezifischen, sondern auch einen produktionsorientierten Aspekt aufweist. Bei der Verwendung dieser Quote ist immer zu berücksichtigen, daß sie die ökonomische Aktivität des Gesundheitswesens nur unvollständig widerspiegeln kann. Denn der Umfang der Gesundheitsausgaben, die wirtschaftliche Aktivität also, ist nur soweit darstellbar, als sie in irgendeiner Form ihren Niederschlag in den zuvor dargestellten Institutionen oder Ausgaben-trägern findet. Die Bedeutung des Gesundheitswesens ist jedoch nicht auf diese Ausgabenträger begrenzt. Sie stellen vielmehr nur den Ausschnitt des Gesundheitswesens dar, der sich statistisch relativ gut erfassen läßt. Eine Vielzahl von Einrichtungen des Gesundheitswesens lassen sich gegenwärtig aufgrund von Datenlücken nicht oder nur unzureichend berücksichtigen. Man denke nur an die berufständischen Organisationen wie die Ärztekammern, privaten und freigemeinnützigen Träger von Gesundheitseinrichtungen, medizinischen Gesellschaften oder etwa die private Unfallversicherung. Auch ihre Aktivitäten wären bei einer adäquaten Bewertung der ökonomischen Bedeutung des Gesundheitswesens von Relevanz.

Will man den Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt darstellen und damit eine Aussage über den Umfang von Gesundheitsleistungen treffen, sind die Gesundheitsausgaben um die darin enthaltenen Einkommensleistungen zu kürzen.¹⁶ Denn diese Einkommensleistungen werden bei den Empfängern, den privaten Haushalten, wiederum zu Ausgaben. Die Verwendung dieser Einkommensleistungen ist nun aber den privaten Haushalten freigestellt und führt in der Regel nicht zur Herstellung von Gesundheitsgütern oder Gesundheitsdienstleistungen. Zu berücksichtigen wären diese Ausgaben nur dann, wenn von ihnen grundsätzlich andere Nachfragewirkungen ausgehen würden als von den Erwerbseinkommen, die durch diese Einkommensleistungen ersetzt werden. Selbst wenn sich unterschiedliche Nachfrageeffekte ergeben würden, besteht immer noch das Problem, diese zu quantifizieren. Ein Verzicht auf die Einkommensleistungen scheint damit im Hinblick auf die Aussagefähigkeit der Gesundheitsquote am zweckmäßigsten zu sein.¹⁷

Die Entwicklung der Gesundheitsquote für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet zeigt einen nahezu parallelen Verlauf (*Schaubild 4*). Dies ist nicht ungewöhnlich, da sich sowohl der landesspezifische Anteil an den Gesundheitsausgaben als auch am bundesweiten Bruttoinlandsprodukt in dem betrachteten Zeitraum kaum verändert hat. Allerdings ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg etwas geringer als im Bundesgebiet, wodurch die landesspezifische Quote im Schnitt um einen Prozentpunkt unterhalb der bundesspezifischen Quote liegt.

Die Entwicklung der Gesundheitsquote in dem betrachteten Zeitraum ist durch zwei Phasen gekennzeichnet. In der ersten Phase von 1985 bis 1990 ging die Gesundheitsquote in Baden-Württemberg von 8,8 % auf 8,2 % zurück. Entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung hatten die Reformbemühungen des Gesetzgebers. Dies zeigt sich zum einen im Anstieg der Gesundheitsquote auf 8,7 % im Jahr 1988, der offensichtlich durch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem 1989 wirksam werdenden Gesundheitsreformgesetz ausgelöst wurde. Zum anderen an dem sich daran anschließenden Rückgang der Gesundheitsquote auf 8,2 % im Jahr 1990, dem geringsten Wert in

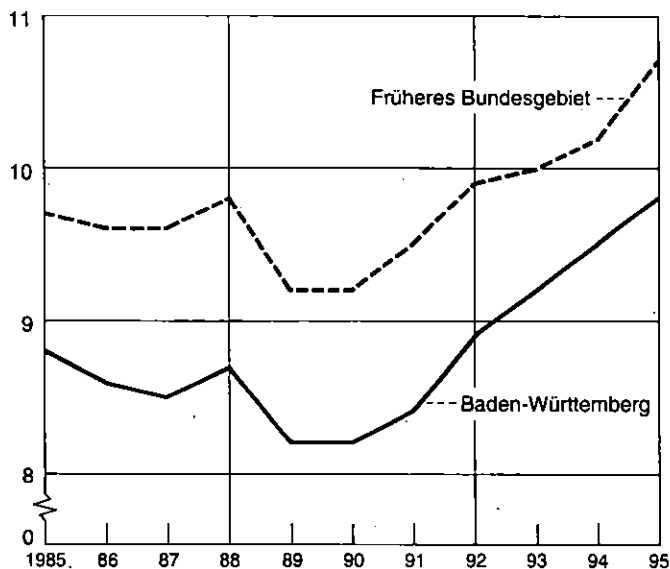
16 Werden die gesamten Gesundheitsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt, werden lediglich diejenigen Ausgabeströme gezeigt, die über Institutionen des Gesundheitswesens laufen und sich direkt oder indirekt in Ansprüchen auf das Bruttoinlandsprodukt niederschlagen. Eine Aussage über den anteiligen Beitrag des Gesundheitswesens bei der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts ist indes nicht möglich.

17 Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Gesundheitswesen in Deutschland, Kostenfaktor und Zukunftsbranche, Band I: Demographie, Morbidität, Wirtschaftsreserven und Beschäftigung, Sondergutachten 1996, S. 228.

Schaubild 4

Ausgaben für Gesundheit*) in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1985 bis 1995 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Anteile in %



*) Ohne Einkommensleistungen, Baden-Württemberg teilweise geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

267 98

dem betrachteten Zeitraum. Allerdings dürfte auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt haben. Während die Kostendämpfungsmaßnahmen die Wachstumskräfte im Gesundheitswesen schwächten, konnten andere Wirtschaftsbereiche aufgrund des Wiedervereinigungsbooms überaus kräftig expandieren.

In der zweiten Phase von 1990 bis 1995 stieg die Gesundheitsquote kontinuierlich auf 9,8 % an, obwohl in diese Phase mit dem Gesundheitsstrukturgesetz die wohl einschneidendsten Reformbemühungen des Gesetzgebers in der Geschichte des bundesdeutschen Gesundheitswesens fielen. Hauptgrund dafür war der starke konjunkturelle Einbruch im Verarbeitenden Gewerbe im Laufe des Jahres 1993, der relativ gesehen den Beitrag des Gesundheitswesens zum Bruttoinlandsprodukt steigen ließ. Hinzu kam, daß die Gesundheitsausgaben nur wenig geschmälert weiter stiegen.

Auch langfristig dürfte die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens weiter zunehmen. Das ist zum Teil auf den superioren¹⁸ Charakter des Gutes Ge-

sundheit, zum Teil auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur zurückzuführen. Im Zuge wachsenden Wohlstandes, also steigender Einkommen, nehmen die Bedürfnisse nach Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit zu. Der Einzelne ist bereit, einen größeren Teil seines Einkommens für Gesundheitsleistungen auszugeben. Berechnungen für die OECD-Länder ergaben, daß eine 1%ige Erhöhung des nominellen Bruttoinlandsprodukts zu einem Anstieg der Gesundheitsausgaben um 1,2 % führt.¹⁹

Höhere Lebenserwartung – mehr Gesundheitsausgaben?

Heute erreichen wesentlich mehr Menschen als früher ein hohes Lebensalter. Konnte zu Beginn des Jahrhunderts eine Frau in Baden-Württemberg bei ihrer Geburt durchschnittlich noch mit einem Alter von 48 Jahren rechnen, stieg das zu erwartende Lebensalter bis 1994 auf über 80 Jahre (Tabelle 8). Ähnlich verhielt sich die Entwicklung bei den Männern. Auch sie können mit einer deutlich höheren Lebenserwartung rechnen, wenngleich der Anstieg der Lebenserwartung bei ihnen etwas schwächer ausgefallen ist. Aber nicht nur die Lebenserwartung der Neugeborenen ist stark gestiegen, sondern auch die Lebenserwartung der Menschen mit höherem Alter – insbesondere bei den „Alten“ und „Hochbetagten“ Menschen. So ist beispielsweise die mittlere Lebenserwartung einer 80jährigen Frau zwischen 1985 und 1994 von gut 7 auf gut 8 Jahre angestiegen, die eines Mannes von 6 auf 7 Jahre. Bei absoluter Betrachtung scheinen diese Veränderungen nicht sonderlich aufregend. Berücksichtigt man den kurzen Zeitraum und die relativen Veränderungen, hat sich jedoch die Lebenserwartung dieses Personenkreises im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen stark erhöht. In Verbindung mit einer langfristig rückläufigen Tendenz bei der zusammengefaßten Geburtenziffer, führt der Anstieg der Lebenserwartung in den kommenden Jahren zu einem stark steigenden Anteil alter Menschen in der Bevölkerung. Während um die Jahrhundertwende der Anteil der über 60jährigen noch bei rund 9 % lag, waren es Mitte der neunziger Jahre bereits 21 %. Bis ins Jahr 2025 könnte der Anteil sogar auf 31 % steigen. Nahezu ein Drittel der baden-württembergischen Bevölkerung hätte dann ein Alter von 60 Jahren und höher. Der Anteil der Personen von 60 bis unter 80 Jahren, der zu Beginn des Jahrhunderts noch bei 8 % lag, wird sich bis ins Jahr 2025 mehr als verdreifachen, der Anteil der „Hochbetagten“ im Alter von 80 und älter sogar versechsfachen (Tabelle 9).

18 Unter einem superioren Gut versteht man in der Ökonomie ein Gut, dessen Nachfrage mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt.

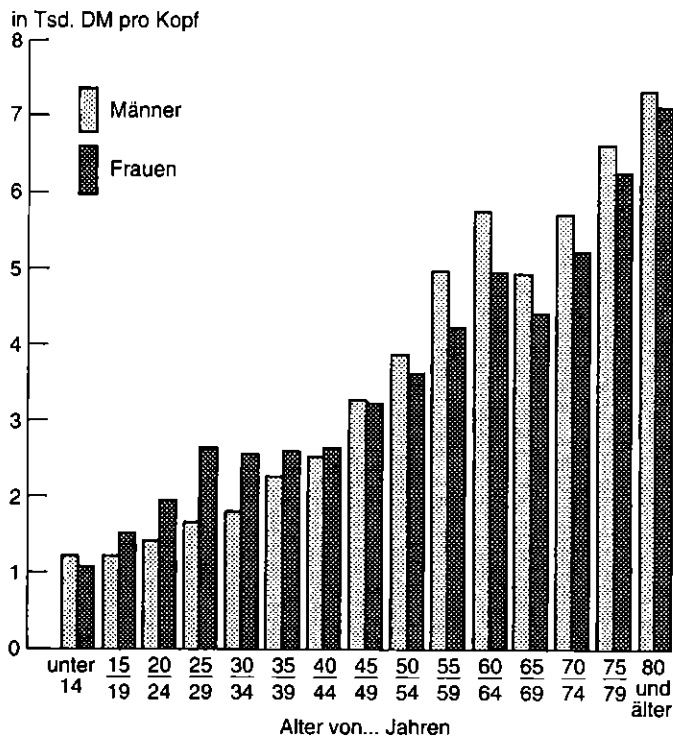
19 Clement, W. / Juricek, M. / Kolb, W.: Arzneimittelpreise und Struktur der österreichischen Pharmawirtschaft im internationalen Vergleich, Wien 1995, S. 128 f.

Die Entwicklung wirft weitreichende gesellschafts- und sozialpolitische Probleme auf. Neben der Finanzierung der Renten ist insbesondere an steigende Ausgaben im Gesundheitswesen zu denken. Denn in der Regel nimmt nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die Schwere einer Erkrankung mit steigendem Alter zu. Eindrucksvoll zeigt sich dies an den durchschnittlichen Leistungsausgaben pro Versichertem, die mit zunehmenden Alter deutlich ansteigen (Schaubild 5). Bei unverändertem Leistungsniveau, das heißt bei gleichbleibender medizinischer und pflegerischer Betreuung ist daher in den kommenden Jahren mit einem spürbaren Anstieg der Gesundheitsausgaben zu rechnen.

Die Alterung der Bevölkerung wird in erster Linie im stationären Bereich zu starken Ausgabensteigerungen führen. An Hand der Krankenhausdiagnosestatistik läßt sich

Schaubild 5

Ausgabenprofil der gesetzlichen Krankenversicherung im früheren Bundesgebiet 1995 nach Altersgruppen und Geschlecht der Versicherten



Quelle: IGES-Profilgutachten 1994; Schätzgrundlage für 1995, eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

288 98

Tabelle 8

Durchschnittliche Lebenserwartung in Baden-Württemberg 1901/10, 1985 und 1994 nach Geschlecht und ausgewähltem Lebensalter

Geschlecht/Alter	1901/10	1985	1994
------------------	---------	------	------

	Jahre		
	1901/10	1985	1994
Männer			
0	45,15	72,75	74,63
20	42,93	53,79	55,41
40	26,92	34,83	36,43
60	13,00	17,82	19,08
80	4,05	6,12	6,77
Frauen			
0	48,08	78,92	80,75
20	44,23	59,82	61,35
40	28,62	40,32	41,81
60	13,69	22,04	23,43
80	4,37	7,45	8,26

1985 = 100

	1985 = 100		
	1901/10	1985	1994
Männer			
0	62,1	100	102,6
20	79,8	100	103,0
40	77,3	100	104,6
60	73,0	100	107,1
80	66,2	100	110,6
Frauen			
0	60,9	100	102,3
20	73,9	100	102,6
40	71,0	100	103,7
60	62,1	100	106,3
80	58,7	100	110,9

nämlich erkennen, daß sich die Behandlungsfälle in den Krankenhäusern nicht etwa proportional auf die einzelnen Altersgruppen verteilen, sondern sich auf die höheren Altersklassen konzentrieren. So ist die altersabhängige Inanspruchnahme stationärer Leistungen bei über 65jährigen Frauen und Männern besonders hoch. Bezogen auf 10 000 der mittleren Bevölkerung lag die Krankenhaus-häufigkeit in dieser Altersklasse bei den Frauen rund doppelt, bei den Männern sogar rund dreimal so hoch wie in der Altersklasse der 25- bis 65jährigen.

Eine noch wichtigere Rolle für die Ausgabenentwicklung spielt die durchschnittliche Verweildauer der Patienten im Krankenhaus. Auch hier ist bei den über 65jährigen mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 14,3 Tagen bei den Männern und 16,4 Tagen bei den Frauen die höchste Anzahl von Pflegetagen je Behandlungsfall zu beobachten. Die höhere Verweildauer alter und hochbetagter Menschen im Krankenhaus spiegelt sich auch in den beanspruchten Pflegetagen wider. Von den rund 20,5 Mill. im Jahr 1995 geleisteten Pflegetagen entfielen rund zwei Fünftel auf Patienten, die 65 Jahre und älter waren, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Patienten lag dagegen bei nur gut 30 %.

Tabelle 9

Die Bevölkerungsstruktur Baden-Württembergs 1900, 1996 und 2025 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt			Männer			Frauen		
	1900	1996	2025	1900	1996	2025	1900	1996	2025
	%								
unter 20	43	22	17	44	23	17	42	21	17
20 - 40	30	31	24	30	33	26	30	30	23
40 - 60	19	26	28	18	27	29	19	25	26
60 - 80	8	17	25	8	15	24	9	19	26
80 und mehr	1	4	6	1	2	5	1	5	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

In Verbindung mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung treten nun auch zunehmend Krankheiten in den Vordergrund, die in jüngeren Jahren nicht oder nur selten vorkommen. Neben Krebserkrankungen gehören dazu die altersbedingten Stoffwechselerkrankungen ebenso wie andere degenerative Leiden.²⁰ Zudem sind eine Vielzahl verstärkt auftretender Krankheitsbilder auf ungesunde Ernährungsweise und Bewegungsmangel zurückzuführen. So entwickeln sich Herz- und Kreislauferkrankungen zunehmend zu Massenphänomenen. Weil die meisten dieser altersbedingten Erkrankungen einen hohen Überwachungsaufwand erfordern, aber nicht heilbar sind, sondern bestenfalls die Symptome gemildert werden können, sind sie besonders kostenintensiv.

Die alternde Bevölkerung wird allerdings die Ausgaben im Gesundheitswesen weniger stark steigen lassen als bei den Altersrenten. Bei der Rentenversicherung führt die Zunahme der Lebenserwartung direkt zu einer stärkeren Belastung des Systems, da hier die Leistungen durch periodisch wiederkehrende Zahlungen anfallen. Eine steigende Lebenserwartung führt also unmittelbar zu einem größeren Personenkreis von Leistungsbeziehern, der zudem auch noch länger als früher Anspruch auf Rentenzahlungen hat.

Für die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ist diese Wirkungskette nicht so zwangsläufig. Wengleich auch hier mit einem engen Zusammenhang zwischen der Höhe der Gesundheitsausgaben und dem Alter gerechnet wird, lassen neuere Untersuchungen hoffen, daß die zunehmende Alterung der Bevölkerung die Ausgabenentwicklung weniger stark beeinflussen wird, als bisher

angenommen wurde. Deutlich wird dies bei den stationären Behandlungsleistungen. Verbringen 50jährige in den letzten beiden Jahren vor ihrem Tod im Schnitt 54 Tage im Krankenhaus, sind es bei den 70jährigen nur noch 48 Tage und bei den 90jährigen sogar nur 29 Tage.²¹ Eine eindeutige Erklärung für dieses Phänomen gibt es gegenwärtig noch nicht. Vermutet wird, daß ältere Menschen bis ins hohe Alter relativ gesund bleiben. Nur in der letzten Lebensphase kurz vor ihrem Tod nehmen sie verstärkt medizinische und pflegerische Leistungen in Anspruch. Zudem ist zu bedenken, daß der demographisch bedingte Trend zu höheren Gesundheitsausgaben sich langfristig wieder abschwächt. Denn mit dem Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge in die höheren Altersklassen wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung wieder verjüngen.

Zusammenfassung

- Nachdem früher das dynamische Wachstum des Gesundheitswesens eher als Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen wurde, steht heute auch die beschäftigungs- und wachstumspolitische Bedeutung des Gesundheitswesens im Blickpunkt.
- Diese neue Sichtweise bei der Betrachtung des Gesundheitswesens ist das Ergebnis einer verstärkt gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Gesundheits-

20 Baumann, L.: Die Parkinson-Erkrankung als Todesursache, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/95, S. 504.

21 Vergleiche dazu im folgenden: Seidler, A. / Busse, R. / Schwarz, F. W.: Auswirkungen einer weiteren Steigerung der Lebenserwartung auf den medizinischen Versorgungsbedarf, in: Die Ersatzkasse, Heft 9/96, S. 319.

- wesens. Dabei werden neben Kostenaspekten auch vermehrt deren Wohlfahrtswirkungen berücksichtigt. Wachstum im Gesundheitswesen ist allerdings nicht automatisch mit einem Wohlfahrtsgewinn verbunden. Die spezifischen Marktverhältnisse im Gesundheitswesen machen es erforderlich, daß die Verwendung der Ressourcen immer wieder überprüft und bei Bedarf revidiert werden muß.
- Neben der wirtschaftlichen Dimension wird das Gesundheitswesen auch als Katalysator für die humane und gesellschaftliche Entwicklung gesehen. Medizinischer Fortschritt, neue Technologien, Diagnose- und Therapiemöglichkeiten verbessern die Lebensqualität des Einzelnen.
 - Neben den Überlegungen zur Ausgabenbegrenzung werden in der Gesundheitspolitik auch die Beschäftigungschancen und sozialen Auswirkungen des Gesundheitswesens zu berücksichtigen sein. Um hierfür Spielraum zu haben, wurden durch die jüngsten Reformmaßnahmen den am Gesundheitswesen Beteiligten erste wirksame Instrumente an die Hand gegeben. Nur mit Reglementierungen und Budgetierung ist die zukünftige Entwicklung nicht zu bewältigen.
 - Gesundheitsausgaben wirken nicht nur auf den Gesundheitssektor selbst, sondern über die Nachfrage nach Vorleistungsgütern auch auf andere Wirtschaftszweige. Wichtige Impulse gibt das Gesundheitswesen für die Weiterentwicklung neuer Technologien. Zu nennen sind hierbei in erster Linie die Gen-, Bio- und Medizintechnologie. Fortschritte in diesen Technologiefeldern sind für den Standort Baden-Württemberg sehr wichtig.
 - Die Gesundheitsindustrie hat für Baden-Württemberg eine große wirtschaftliche Bedeutung. Ende 1997 waren rund 45 000 Personen in der pharmazeutischen und medizintechnischen Industrie beschäftigt. Baden-Württemberg ist auch innerhalb Deutschlands in diesen Industriebereichen stark vertreten.
 - Durch den starken internationalen Wettbewerb und vielfältige Reformmaßnahmen des Gesetzgebers haben sich die Rahmenbedingungen für die Hersteller medizintechnischer und pharmazeutischer Erzeugnisse verändert. Trotzdem werden die Wachstumschancen in diesen Bereichen weiterhin günstig sein. Voraussetzung dafür ist allerdings ein erfolgreiches und innovatives Produktangebot. In der pharmazeutischen Industrie kristallisieren sich gegenwärtig zwei Strategien heraus: Einerseits versuchen die Unternehmen durch strategische Allianzen ihre Kräfte zu bündeln. Auf der anderen Seite werden die Aktivitäten im Gesundheitswesen ausgeweitet und die Geschäftsbasis durch eine umfassendes Angebot an Gesundheitsdienstleistungen und -gütern erweitert.
 - In Baden-Württemberg sind rund 355 000 Menschen im Gesundheitswesen tätig. Das heißt heute werden bereits 8 % der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg durch das Gesundheitswesen beschäftigt. Dabei handelt es sich überwiegend um hochqualifizierte Arbeitsplätze. Noch beeindruckender als die absoluten Zahlen ist die längerfristige Beschäftigungsentwicklung, die das Gesundheitswesen als eine Wachstumsbranche ersten Ranges ausweist. Während die Zahl der Arbeitsplätze im tertiären Sektor seit Beginn der 80er Jahre um ein gutes Drittel gestiegen ist, ging es im Gesundheitswesen doppelt so schnell.
 - Heute erreichen mehr Menschen als früher ein hohes Lebensalter und der Anteil der "Alten" und "Hochbetagten" an der Bevölkerung wird weiter zunehmen. Nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes könnte der Anteil der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung von gegenwärtig gut 20 % auf rund 30 % im Jahr 2025 steigen. Bleibt das gegenwärtige Leistungsniveau der Krankenversicherungen bestehen, wird diese Entwicklung voraussichtlich zu weiteren Ausgabensteigerungen führen. Aufgrund der hohen Personalintensität von Gesundheitsdienstleistungen wären aber auch erhebliche Beschäftigungseffekte zu erwarten.
 - Der mit der demographischen Entwicklung verbundene Ausgabeneffekt darf allerdings nicht überbewertet werden, da die Gesundheitsausgaben bei den „Hochbetagten“ vermutlich weniger stark steigen werden, als bisher angenommen wurde. Neuere Untersuchungen zeigen, daß die Krankheitsphase kurz vor dem Tod, in der die Behandlungskosten besonders hoch sind, bei den "Hochbetagten" relativ und auch absolut gesehen kürzer wird.
 - Mit einem Volumen von 64,7 Mrd. DM wiesen die baden-württembergischen Gesundheitsausgaben 1995 einen Anteil von 15,1 % an den Gesundheitsausgaben des früheren Bundesgebietes auf. Der Anteil Baden-Württembergs an der Bevölkerung des Bundes belief sich im gleichen Jahr auf 15,6 %. Im Vergleich zum Bevölkerungsanteil ist somit der Landesanteil an den Gesundheitsausgaben leicht unterdurchschnittlich. Seit 1985 haben sich die Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg nahezu verdoppelt, während das Bruttoinlandsprodukt nur um rund zwei Drittel zugenommen hat. Auch langfristig dürften die Gesundheitsausgaben schneller wachsen als das Bruttoinlandsprodukt, denn einerseits nehmen mit weiter steigendem Wohlstand die Bedürfnisse nach Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit zu und der Einzelne ist bereit, einen größeren Teil seines Einkommens für Gesundheitsleistungen auszugeben. Andererseits wird diese Entwicklung durch den bereits erwähnten demographischen Umbau beeinflusst.

– Die Darstellung der wirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens stößt gegenwärtig an gewisse Grenzen. Die bestehenden Basisstatistiken eignen sich nur bedingt für eine adäquate Würdigung des Gesundheitswesens als Beschäftigungs- und Wachstumsfaktor. Wünschenswert wäre eine Art Satellitensystem, parallel zum System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, indem das Gesundheitswesen als homoge-

ne Einheit dargestellt werden könnte. Wenngleich die Datenlücken bei der Beobachtung der Beschäftigungssituation im Gesundheitswesen nicht ganz so gravierend sind, wie bei der Darstellung der wirtschaftlichen Leistung, bestehen doch erhebliche Probleme die freiberufliche Tätigkeit im Gesundheitswesen zu erfassen. Hier könnte eine verbesserte Dienstleistungsstatistik wertvolle Informationen liefern.

Bedeutung und Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg

Nach Berechnungen des Welttourismusrats (WTTC) hängt derzeit weltweit jeder neunte und in der Europäischen Union sogar jeder achte Arbeitsplatz von der Tourismuswirtschaft ab. In den nächsten zehn Jahren soll die Reisebranche in der Europäischen Union weiter expandieren, die Beschäftigtenzahl soll von 19,1 auf 21 Mill. steigen.¹ Auch die Tourismusausgaben Deutschlands im Ausland erreichten 1997 mit 73,5 Mrd. DM ein neues Rekordniveau. Allerdings nahm das Defizit im Tourismus gegenüber dem Ausland erstmals seit 1984 wieder leicht ab, weil die Tourismuseinnahmen aus dem Ausland stärker zunahm. Mit einem Ausgabenüberschuß von 49,2 Mrd. DM stellte die Tourismusbilanz aber weiterhin den größten Negativposten innerhalb der gesamten Zahlungsbilanz dar.² Im Jahr 1990 trug der Tourismus nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums im früheren Bundesgebiet mit 5,6 % zur gesamtwirtschaftlichen Nettowertschöpfung bei, 1,8 Mill. Vollzeitarbeitsplätze bzw. 2 Mill. tatsächliche Beschäftigungsverhältnisse hingen unmittelbar oder mittelbar vom Tourismus ab.³ Für Baden-Württemberg wird häufiger für den Tourismus ein Anteil von 5 bis 6 % am Brutto sozialprodukt bzw. eine Arbeitsplatzzahl von 200 000 genannt.⁴

Diese eindrucksvollen Zahlen, die sich leicht um weitere Beispiele ergänzen ließen, unterstreichen zum einen die Rolle des Tourismus nicht nur beispielsweise als individuelle Quelle für Erholung und Freizeit, sondern auch als ökonomischen Faktor, dem für die gesamte Volkswirtschaft und insbesondere auch unter regionalen Aspekten erhebliche Bedeutung zukommen kann. Zum anderen könnten sie allerdings auch den Eindruck erwecken, das Phänomen Tourismus sei statistisch weitgehend erschlossen. Daß dem beileibe nicht so ist, wird im folgenden sicherlich deutlich werden.

Was ist überhaupt Tourismus?

Schon bei der Definition bzw. Abgrenzung des geläufigen Begriffs „Tourismus“ können erhebliche Zweifelsfälle auftreten. Zwar wird allgemeine Einigkeit darüber herrschen, daß ein Erholungsurlaub mit Hotelübernachtungen dem Tourismus zuzurechnen ist. Zählen aber zum Beispiel re-

gelmäßige Aufenthalte in einer Zweitwohnung oder Übernachtungen in einem Sanatorium oder in einer Spezialklinik für die Durchführung bestimmter Operationen noch zum Tourismus? Oder ist auf der anderen Seite ein zweistündiger Verwandtenbesuch in der Nachbargemeinde bereits Tourismus? Schon aus diesen wenigen Beispielen dürfte deutlich werden, daß es auf beiden Seiten, nämlich da, wo Tourismus anfängt und wo er aufhört, durchaus Grenzfälle gibt. Unter statistischen Gesichtspunkten kommt als weiteres Problem hinzu, bei wem und wie gewünschte Daten erhoben werden können. So mag man die Nächtigung in einem PKW auf einem Parkplatz theoretisch durchaus zum Übernachtungstourismus rechnen, aber woher sollten verlässliche Angaben zu diesem Thema stammen?

Bei dieser Ausgangslage kann es eigentlich nicht überraschen, daß statistische Erhebungen bzw. Untersuchungen zu touristischen Themenstellungen sowohl innerhalb Deutschlands als auch im internationalen Vergleich unterschiedliche Abgrenzungen verwenden und daher in den Ergebnissen nur schwer vergleichbar sind. Um vor diesem Hintergrund zu einer Harmonisierung im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit zu kommen, hat die Welttourismusorganisation (WTO) auf ihrer Konferenz im Juni 1991 grundsätzliche Definitionsfragen geklärt und Empfehlungen zu tourismusstatistischen Erhebungen erlassen,⁵ die inzwischen weitgehend akzeptiert scheinen. Auch die 1995 von der Europäischen Union verabschiedete Richtlinie zur Tourismusstatistik,⁶ die einen Mindestrahmen für Erhebungen in den Mitgliedsstaaten vorgibt, legt diese Definitionen zugrunde. Sie lassen zwar in Einzelfällen immer noch gewisse Interpretationsspielräume, enthalten aber doch ganz wesentliche Grenzziehungen.

Ausgangspunkt dieser personenbezogenen Definition ist der „Reisende“ als Oberbegriff für alle Personen, die einen Ortswechsel vollziehen, unabhängig von der Zeitdauer und dem Zweck. Unter den „Reisenden“ werden jedoch bestimmte Gruppen wie Grenzgänger, Transitreisende, Flüchtlinge, vorübergehend Zugezogene, Diplomaten oder Streitkräfte nicht der Aktivität Tourismus zugerechnet.⁷

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 1998.

2 Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik.

3 Dokumentation des Bundesministeriums für Wirtschaft Nr. 349.

4 Vergleiche zum Beispiel Schwäbische Zeitung vom 8. November 1997.

5 World Tourism Organization: Recommendations on Tourism Statistics, E/CN.3/1993/15. Madrid.

6 Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung von statistischen Daten im Bereich des Tourismus (ABl. Nr. L 291. 6. Dezember 1995. S. 32).

7 Damit sind in Deutschland insbesondere Asylbewerber oder Aussiedler und deren Unterkünfte nicht erfaßt, auch wenn es sich dabei beispielsweise um Pensionen handelt.

Tourismusrelevant sind unter den „Reisenden“ nur die „Besucher“, die dadurch charakterisiert sind, daß sie ihr gewöhnliches Lebensumfeld (Wohn- und Arbeitsort) für weniger als zwölf Monate verlassen, wobei der Hauptreisezweck nicht in der Ausübung einer Tätigkeit liegen soll, die vom Zielort aus vergütet wird. Berufspendler gehören demnach nicht zum Tourismus, hingegen werden Geschäftsreisende (vom üblichen Arbeitsplatz zu einem anderen Ort) eingeschlossen.⁸ Die „Besucher“ wiederum werden in die zwei Untergruppen der „Übernachtenden Besucher“ oder „Touristen“ und der „Tagesbesucher“ (ohne Übernachtung) unterteilt.

Von der Fragestellung her lassen sich zudem drei Betrachtungsebenen unterscheiden, nämlich der Inlandstourismus, der Inländertourismus und der Internationale Tourismus. Beim Inlandstourismus geht es um die touristischen Aktivitäten in einem bestimmten Gebiet, also beispielsweise einem Land, und um ihre Auswirkungen dort. Er setzt sich zusammen aus den Reisen von Inländern (Gebietsansässige unabhängig von der Nationalität) innerhalb des Gebietes (Internal Tourism) und den zureisenden Ausländern (Inbound Tourism). Im Gegensatz dazu umfaßt der Inländertourismus sämtliche touristischen Aktivitäten der Gebietsansässigen, und zwar sowohl im eigenen Gebiet (Internal Tourism) als auch über dessen Grenzen hinaus (Outbound Tourism). Der Internationale Tourismus schließlich befaßt sich nur mit den grenzüberschreitenden Reisen (Inbound und Outbound Tourism), klammert also gebietsinterne Reisen aus. Bei der hier zu behandelnden Thematik „Tourismus in Baden-Württemberg“ geht es demnach um eine Fragestellung des Inlandstourismus, also um die Aktivitäten sowohl von Bürgern Baden-Württembergs als auch von außerhalb, soweit sie sich innerhalb des Landes abspielen oder sich hier auswirken.

Meßkonzepte zur Bestimmung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus

Wie bereits in der Einleitung erkennbar wurde, denkt man bei der Messung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Inlandstourismus primär an die Bestimmung der Brutto- bzw. Nettowertschöpfung in absoluten Werten oder als Anteile an den entsprechenden volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen sowie an die Ermittlung der vom Tourismus abhängigen Beschäftigten. Allerdings unterscheidet sich

der Tourismussektor von vielen anderen Wirtschaftsbereichen wie zum Beispiel der Chemischen Industrie oder der Kfz-Herstellung dadurch, daß er in den gängigen Wirtschaftszweiggliederungen nicht als eigene Kategorie erscheint, sondern sehr viele Wirtschaftsbereiche in unterschiedlichem Maß tangieren kann. Die Wirtschaftszweige werden nämlich in erster Linie güterorientiert definiert, während sich die Unterscheidung zwischen touristisch und nicht-touristisch auf die Art der Nutzung der Güter bezieht. Bis auf ganz wenige Ausnahmen läßt sich nahezu jedes Gut sowohl touristisch als auch nicht-touristisch nutzen. So kann ein PKW als klassisches Beispiel einerseits auf dem Weg zum Arbeitsplatz oder bei Einkaufsfahrten innerhalb der Wohngemeinde zum Einsatz kommen (keine touristische Nutzung), andererseits kann er auch als Verkehrsmittel für Urlaubsfahrten oder Geschäftsreisen verwendet werden (touristische Nutzung). Auch Produkte wie Einrichtungsgegenstände, die auf den ersten Blick nicht unbedingt mit Tourismus assoziiert werden, können letztlich touristisch genutzt werden, wenn sie zum Beispiel in einer Ferienwohnung verwendet werden. Auf der anderen Seite kann auch ein zunächst eindeutig touristisch erscheinendes Gut wie eine Hotelübernachtung im Sinne der obigen Definitionen nicht-touristisch sein. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn jemand nach Antritt einer Arbeitsstelle an einem neuen Ort noch keine Wohnung gefunden hat und deshalb vorübergehend im Hotel unterkommt. Um den gesamtwirtschaftlichen Beitrag des Tourismus bestimmen zu können, sind also vielfältige Informationen zur Nutzung der Güter erforderlich, die nur mit einem großen Erhebungsaufwand einigermaßen valide zu gewinnen sind.

Wie die eingangs zitierten Beispiele belegen, gibt es trotz dieser schwierigen Ausgangslage theoretische Ansätze und auch konkret durchgeführte Berechnungen zu dieser Thematik. Allerdings sind diese Berechnungen in erheblich stärkerem Maß als die herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Schätzungen und/oder vereinfachende Annahmen angewiesen; die Ergebnisse sind damit zwangsläufig mit einem relativ großen Unsicherheitsfaktor behaftet. Für Deutschland in der früheren Abgrenzung existieren neben Ansätzen für Teilbereiche des Tourismus insbesondere zwei nationale Berechnungen dieser Art: Die eine wurde vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr an der Universität München (DWIF) auf der Basis amtlicher Statistiken, eigener Erhebungen und darauf aufbauenden Schätzungen erstellt. Hier wird der Beitrag des Tourismus zur Nettowertschöpfung im Jahr 1986 auf 4,6 % beziffert.⁹

⁸ Außerdem werden unfreiwillige Aufenthalte in Gefängnissen oder Akutkrankenhäusern ausgeschlossen, Aufenthalte in Sanatorien oder Kurkliniken werden jedoch mit erfaßt.

⁹ Deutscher Reisebüroverband e.V. (DRV) – Bundesverband deutscher Reisebüros und Reiseveranstalter (Hrsg.): Wirtschaftsfaktor Tourismus. Erstellt vom DWIF – Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr an der Universität München, München 1989.

Außerdem hat das DWIF bereits vorher und auch in der Folgezeit diverse Studien zu fachlichen¹⁰ oder regionalen¹¹ Teilbereichen des Tourismus vorgelegt. Das Bundeswirtschaftsministerium greift bei den eingangs zitierten Angaben auf eine unveröffentlichte Studie zurück, die in seinem Auftrag vom Statistischen Bundesamt erstellt wurde. Auch hier wurden neben amtlichen Daten Angaben aus diversen anderen Quellen sowie eigene Schätzungen verwendet. An der Wende zu den 90er Jahren waren Bestrebungen im Gange, das deutsche tourismusstatistische System auszubauen und die Ermittlung des gesamtwirtschaftlichen Beitrags des Tourismus als Satellitensystem zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fest zu verankern; in der Folgezeit ließen sich diese Ansätze im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen im Bereich der amtlichen Statistik und der Statistikausweitungen, die sich durch die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Integration ergaben, aber nicht durchsetzen. So erfolgte bisher auch keine Fortschreibung der Untersuchung für das Jahr 1990 des Statistischen Bundesamtes.

Läßt sich bei gegebener Datenlage eine derartige Berechnung auch für Baden-Württemberg durchführen? Grundsätzlich kommen dafür zwei theoretische Ansatzpunkte in Betracht, die in der Untersuchung des Statistischen Bundesamtes beide simultan verfolgt wurden, nämlich ein nachfrageorientierter oder ein angebotsorientierter Ansatz.

Der nachfrageorientierte Ansatz

Eine nachfrageorientierte Berechnung setzt am touristischen Kunden an, also im Sinne der obigen Definitionen am „Besucher“. Bei ihm werden Angaben etwa zu den Reisezielen, zu Art und Dauer der Reisen, den benutzten Verkehrsmitteln und gegebenenfalls Unterkünften sowie insbesondere zu den untergliederten Reiseausgaben erfaßt. Diese Ausgaben im Untersuchungsgebiet werden dann den betroffenen Wirtschaftszweigen, also etwa dem Hotel- und Gaststättengewerbe oder dem Einzelhandel, als Umsatz zugeordnet. Nach Abzug der Vorleistungen ergibt sich der direkte Beitrag des Tourismus zu der regionalen Wertschöpfung. Die Beschäftigten lassen sich

jedoch ohne Abzug eines Vorleistungsanteils zurechnen, da sie ökonomisch gesehen die regionale Wertschöpfung erwirtschaften. Hinzu kommen die indirekten Effekte, die durch die Nachfrage nach Vorleistungen entstehen, allerdings nur, soweit sie auch im Untersuchungsgebiet verbleiben. Für Baden-Württemberg wären also theoretisch Angaben zum Ausgabenverhalten in Baden-Württemberg (nicht nur insgesamt für eine Reise) für alle Besucher erforderlich, also für Übernachtungstouristen und Tagesbesucher, und das unabhängig von ihrer Herkunft. Einzuschließen wären dabei auch die Ausgaben von baden-württembergischen Outbound-Touristen, die auf Baden-Württemberg entfallen. Bei einer Befragung am üblichen Wohnort müßte also strenggenommen weltweit nach dem Zielland Baden-Württemberg und den dortigen Ausgaben gefragt werden. Alternativ wäre auch eine Befragung der Besucher am Urlaubsort in Baden-Württemberg denkbar, ergänzt um die Ausgaben ausreisender baden-württembergischer Touristen im Land. Zusätzlich wären für die betroffenen Wirtschaftszweige Umsatz- und Beschäftigtenangaben sowie die Vorleistungs- bzw. Wertschöpfungsquoten erforderlich, und zwar nicht nur insgesamt, sondern auch nach Herkunft der Vorleistungen, und das über mehrere Wirtschaftszweige der Produktions- und Handelskette hinweg. Es müßte also beispielsweise für eine Gaststätte bekannt sein, ob der konsumierte Wein aus Baden-Württemberg stammt oder nicht. Nur im ersteren Fall dürfte die Vorleistung „Weinproduktion“ auch Baden-Württemberg zugerechnet werden. Dieselbe Frage stellt sich wieder bei den zur Weinproduktion eingesetzten Vorleistungen, also zum Beispiel bei der Flasche. Hinzu kämen dann allerdings noch in Baden-Württemberg erbrachte Vorleistungen für touristisch genutzte Endprodukte, die außerhalb Baden-Württembergs nachgefragt werden, also zum Beispiel der baden-württembergische Wein, der von einem Touristen in einem bayerischen Lokal getrunken wurde.

Für eine derartige Berechnung fehlen in der amtlichen Statistik bereits auf der Stufe der Endnachfrage nahezu sämtliche erforderlichen Datengrundlagen. Im Rahmen des Mikrozensus wurde zwar bis 1990 eine Unterstichprobe der Haushalte zum Reiseverhalten befragt, unter anderem auch zum Zielgebiet innerhalb Deutschlands, diese Quelle beinhaltet aber weder Kurz- und Tagesreisen unter 5 Tagen sowie Geschäfts- und Dienstreisen noch Angaben zu den Ausgaben. Auch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sowie eine erstmals für 1997 auf Grundlage der bereits zitierten Richtlinie der EU zur Tourismusstatistik¹² durchgeführte Tourismusstichprobe bieten keine geeigneten Grundlagen, da hier insbesondere das Zielland Baden-Württemberg fehlt. Eine Berechnung auf der Grundlage von Angaben etwa des DWIF durch die amtliche Statistik scheidet ebenfalls als realistische

10 Vergleiche beispielsweise Deutscher Fremdenverkehrsverband e.V. (DFV) (Hrsg.): *Campingtourismus in Deutschland – Aktualisierung der Grundlagenuntersuchung von 1990 – unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer – ausgearbeitet durch das DWIF*; Heft 11 der Neuen Fachreihe des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes, Bonn, 1997.

11 DWIF – Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V. an der Universität München: *Wirtschaftsfaktor Tourismus am Bodensee*, München, 1997.

12 Vergleiche Fußnote 6.

Möglichkeit aus, da sich hier die Qualität der Ausgangsdaten sehr schwer überprüfen läßt und für weitere Berechnungen eine Vielzahl zusätzlicher Schätzungen und Annahmen erforderlich wären, die sicherlich nicht den Genauigkeitsanforderungen an die amtliche Statistik genügen können. Selbst wenn die touristische Endnachfrage in Baden-Württemberg bekannt wäre, müßte dieser Ansatz an der unzureichenden Datenlage für die Ermittlung der indirekten Effekte scheitern, wie beim angebotsorientierten Ansatz zu sehen sein wird.

Der angebotsorientierte Ansatz

Eine angebotsorientierte Berechnung setzt direkt an den Wirtschaftszweigen an, also im Vergleich zum nachfrageorientierten Ansatz eine Stufe später. Die Ausgangsfrage lautet hier: Welche Wirtschaftszweige sind vom Tourismus betroffen? Als Vorgehensweise bietet sich an, zunächst wieder von der Endnachfrage auszugehen (direkter Effekt) und dann – wie beim nachfrageorientierten Ansatz – die Vorleistungen Schritt für Schritt auf die vorgelagerten Wirtschaftsstufen herunterzubrechen (indirekter Effekt). Theoretisch müßte hier also bei allen in Frage kommenden Endanbietern (Einzelhandel und Dienstleistungen) festgestellt werden, ob und vor allem zu welchem Anteil die Nachfrage touristisch bestimmt ist. Wie aber sollte das praktisch geschehen? Man könnte an eine spezielle Befragung denken. Abgesehen von großem Aufwand liegt ein entscheidendes Problem aber darin, daß der Anbieter zwar durchaus Anhaltspunkte über seinen Kundenkreis haben mag, aber letztlich auch nicht genau über die Art der Nutzung Bescheid wissen kann. Wie sollte zum Beispiel ein Supermarkt in einer größeren Stadt unterscheiden können, ob ein Kunde ortsansässig ist oder als Tourist hier verweilt?

Unter praktischen Gesichtspunkten kommt daher nur die Hilfslösung in Frage, zunächst bestimmte Wirtschaftszweige als touristisch relevant zu bestimmen und dann unter Nutzung zusätzlicher Informationen den Anteil der touristischen Nachfrage zu schätzen. Das Ergebnis wird dabei umso besser sein, je feiner sich das Angebot nach der Art des Produktes aufgliedern läßt. Wie ist nun hierfür die Datenlage? Umsatz- und Beschäftigtenangaben nach Wirtschaftszweigen liegen in der amtlichen Statistik aus verschiedenen Quellen vor. Grundsätzlich kann man unterscheiden zwischen bereichsübergreifenden Statistiken, die umfassend über alle Wirtschaftszweige erstellt werden, und zwischen Bereichsstatistiken, die sich mit speziellen Fragestellungen bestimmter Wirtschaftszweige auseinandersetzen.

Bereichsübergreifende Umsatzangaben liefert die in zweijährigem Abstand durchgeführte Umsatzsteuerstatistik, die auch in den bereits erwähnten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes eine wesentliche Rolle spielt. Aus

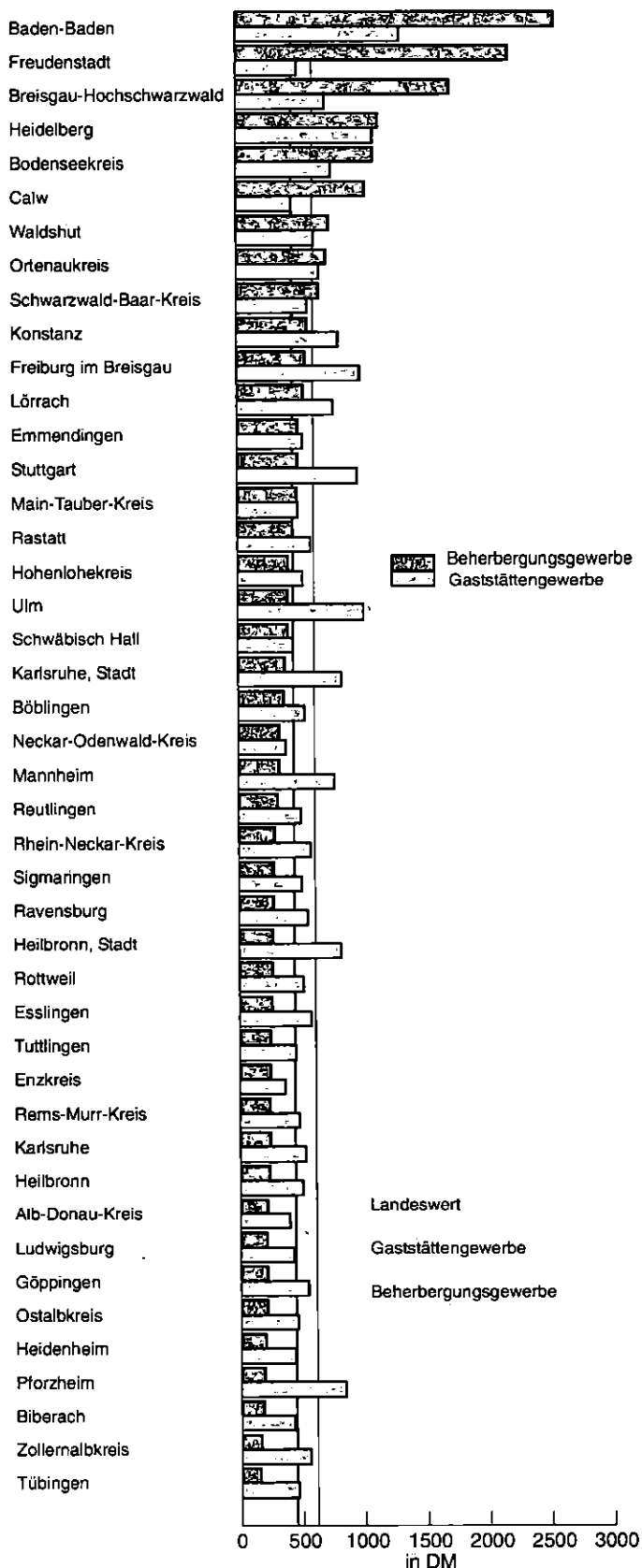
der Sicht der hier behandelten Fragestellung liegt ein entscheidendes Problem der Umsatzsteuerstatistik allerdings in der Orientierung am Unternehmensprinzip. Die wirtschaftszweigmäßige bzw. regionale Zuordnung erfolgt hier nämlich für das gesamte Unternehmen nach dem Überwiegensprinzip bzw. dem Unternehmenssitzland. Dadurch kann beispielsweise ein touristisch relevantes Schulungsheim eines überwiegend produzierenden Unternehmens im Produzierenden Gewerbe verborgen sein, ohne daß das erkennbar wird. Bei Unternehmen mit Betrieben in mehreren Ländern wird zudem nicht ersichtlich, in welchem Land der Umsatz erzielt wurde. Für das Bundesergebnis spielt dieser Umstand keine Rolle, denn hier decken sich Unternehmens- und Betriebsergebnisse in der Gesamtsumme. Da eine Berechnung für Baden-Württemberg dagegen nur von den im Land erzielten Umsätzen ausgehen kann, erweist sich die Umsatzsteuerstatistik für diesen Zweck als ungeeignet. Bereichsübergreifende Beschäftigtenangaben werden in zwei Statistiken nachgewiesen: Die Beschäftigtenstatistik stellt zwar von der regionalen Zuordnung am Arbeitsort – dies entspricht dem Inlandsprinzip – eine geeignete Datengrundlage dar. Sie bezieht sich allerdings nur auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, schließt also vor allem Selbständige, tätige Inhaber, Beamte und geringfügig Beschäftigte unter der Sozialversicherungspflichtgrenze aus. Da insbesondere im hier interessierenden Dienstleistungsbereich Familienbetriebe und Arbeitsverhältnisse unter der Sozialversicherungsgrenze eine relativ große Rolle spielen, können die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik zwar Orientierungswerte für einen Mindestumfang liefern, sie scheiden aber als Kalkulationsgrundlage für den gesamten Beschäftigungseffekt aus. Der Mikrozensus enthält demgegenüber alle Beschäftigten, die in der Woche vor dem Erhebungsstichtag mindestens eine Stunde erwerbstätig waren. Eine kleinere Unschärfe für die Fragestellung liegt hier allerdings im Nachweis am Wohnort, was bei Grenzpendlern dem Inländerprinzip statt des gefragten Inlandsprinzips entspricht. Gravierender dürften demgegenüber jedoch folgende Probleme sein: Wegen des auf 1 % der Bevölkerung begrenzten Stichprobenumfangs läßt der Mikrozensus nur eine vergleichsweise grobe Wirtschaftszweiggliederung zu, die zudem mit einem Zufallsfehler behaftet ist. So wird zum Beispiel nur eine Gesamtposition „Gesundheitswesen“ nachgewiesen, nicht jedoch eine Angabe für die touristische relevanten Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Außerdem erfolgt die Zuordnung durch Befragte, die im Regelfall mit den häufig sehr abstrakten Bezeichnungen und Abgrenzungskriterien der Wirtschaftszweiggliederung (derzeit WZ 1993) nicht vertraut sind. Dadurch dürfte das Risiko von Fehlangaben relativ hoch sein. Als alleinige Kalkulationsgrundlage für die Beschäftigungswirkungen des Tourismus scheidet damit auch diese Statistik aus.

Zum Teil geeignetere Angaben für die Fragestellung könnten demgegenüber verschiedene Bereichsstatistiken wie insbesondere die Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) oder die verschiedenen Verkehrsstatistiken liefern.

Hier liegt die Schwierigkeit allerdings darin, daß diese Statistiken unterschiedliche Periodizitäten und Fragenprogramme aufweisen, oft spezielle, nicht unbedingt auf die hier verfolgte Fragestellung zugeschnittene Abgrenzungen und Definitionen verwenden und sich vor allem immer nur auf bestimmte Teilbereiche beziehen, wodurch bezogen auf die Gesamtheit des „Tourismussektors“ nahezu zwangsläufig Lücken vorhanden sind. So gibt es zum Beispiel keine Statistik, mit der sich Umsatz und Beschäftigte der Fremdenverkehrsämter oder -vereine in den Gemeinden bestimmen ließen, die sich relativ eindeutig dem Bereich Tourismus zurechnen lassen. Daß es selbst dann, wenn im Prinzip geeignete Grunddaten über Umsatz- und Beschäftigte zur Verfügung stehen, erhebliche Schwierigkeiten bei der Abgrenzung zwischen touristisch und nichttouristisch gibt, mögen die beiden Graphiken (*Schaubilder 1 und 2*) exemplarisch belegen. Hier sind die beiden für die (relative) ökonomische Bedeutung relevanten Kennzahlen „Umsatz je Einwohner“ und „Anteil an den Beschäftigten“ aus der letzten HGZ 1993 nach Kreisen dargestellt, und zwar getrennt für das Beherbergungsgewerbe (im Sinne der WZ 93 Zusammenfassung aus „55.1 Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis“ und „55.2 Sonstiges Beherbergungsgewerbe“) und das Gaststättengewerbe (im Sinne der WZ 93 Zusammenfassung aus „55.3 Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen“ und „55.4 Sonstiges Gaststättengewerbe“, also ohne „55.5 Kantinen und Caterer“). Wie sofort erkennbar ist, streut das Beherbergungsgewerbe bei beiden Indikatoren erheblich stärker als das Gaststättengewerbe. Im Beherbergungsgewerbe betragen die Relationen zwischen höchstem und niedrigstem Wert beim Umsatz pro Kopf 16,6 zu 1 (Baden-Baden 2 557 DM zu Tübingen 154 DM) und beim Beschäftigtenanteil 14,5 zu 1 (Breisgau-Hochschwarzwald 5,81 % zu Pforzheim 0,40 %), im Gaststättengewerbe dagegen nur 3,6 zu 1 (Baden-Baden 1 313 DM zu Enzkreis 365 DM) bzw. sogar nur 2,2 zu 1 (Baden-Baden und Breisgau-Hochschwarzwald jeweils 2,74 % zu Böblingen 1,25 %). Bis auf die Bäderstadt Baden-Baden und die beiden touristisch besonders attraktiven Stadtkreise Heidelberg und Freiburg standen beim Übernachtungsgewerbe schwerpunktmäßig eher ländlich geprägte Kreise mit regionalen Schwerpunkten im Schwarzwald und am Bodensee in der Spitzengruppe. Im Gaststättengewerbe dagegen belegten beim Umsatz je Einwohner die Stadtkreise die Plätze 1 bis 8 und 11 (Mannheim). Beim Beschäftigtenanteil fallen die Stadtkreise dagegen weit weniger aus dem Rahmen, was insbesondere deshalb der Fall ist, weil hier durch Berufseinpender die Gesamtzahl der Beschäftigten im Verhältnis zur Wohnbevölkerung durchweg deutlich höher ist als in den Landkreisen. Obwohl im Gaststättengewerbe im Landesdurchschnitt verglichen mit dem Beherbergungsgewerbe sowohl ein deutlich höherer Umsatz erzielt wurde (+ 37 %), als auch vor allem wesentlich mehr Personen beschäftigt waren (+ 71 %), war das Verhältnis bei den Spitzenreitern des Beherbergungsgewerbes gerade umgekehrt. Mit Freudenstadt und Calw wiesen zwei Kreise aus der Spitzengruppe des Beherbergungs-

Schaubild 1

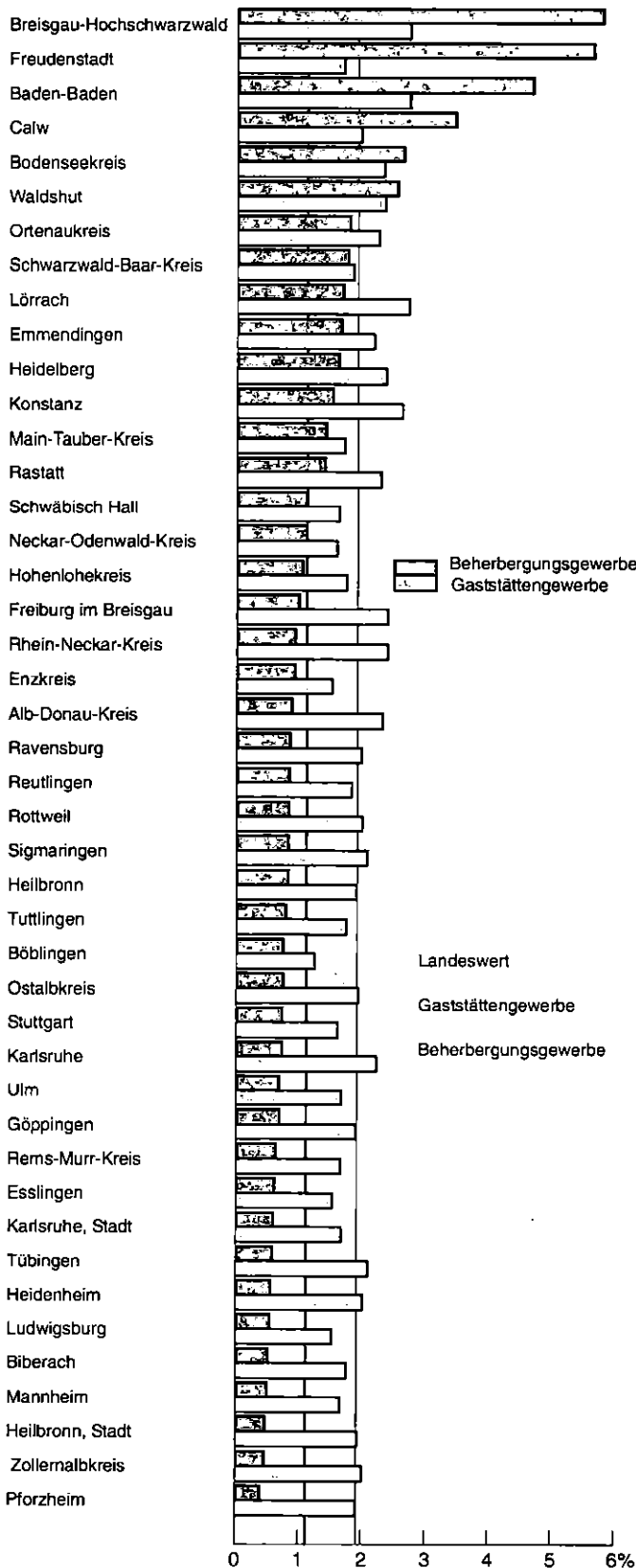
Umsatz je Einwohner im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1992*)



*) Jahresumsatz 1992 bezogen auf die Einwohner am 1. Januar 1993.

Schaubild 2

Anteil des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes an den Beschäftigten am Arbeitsort in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1993



bereichs beim Gaststättengewerbe sogar unterdurchschnittliche Werte auf, während Baden-Baden und Breisgau-Hochschwarzwald in beiden Sparten ganz oben angesiedelt waren. Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Da Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe nahezu ausschließlich auf ortsfremde Besucher zurückgehen, können die damit erzielten Umsätze näherungsweise voll dem Tourismus zugerechnet werden. Zwar wurden landesweit von den Umsätzen im Beherbergungsgewerbe nur 44,5 % mit den Beherbergungsleistungen selbst erzielt, und bei den anderen Umsätzen (52,6 % entfielen auf Verpflegungsleistungen, der Rest auf bereichsfremde Leistungen wie zum Beispiel den Verkauf von Metzgereiwaren) ist auch teilweise eine nicht-touristische Herkunft durch ortsansässige Kunden denkbar, gleichwohl dürften die Gesamtumsätze zum ganz überwiegenden Teil dem Tourismus zurechenbar sein. Die starke Streuung der Kennziffern des Beherbergungsgewerbes lassen sich also durchaus im Sinne starker regionaler Disparitäten beim (Übernachtungs-)Tourismus interpretieren. In der regionalen Streuung des eindeutig (landesweit zu 97,2 %) von den Verpflegungsleistungen bestimmten Gaststättenumsatzes kommt dagegen deutlich der Zwittercharakter dieses Gewerbes hinsichtlich der Nutzung zum Ausdruck. Die Lokale werden nämlich sowohl von der ortsansässigen Bevölkerung als auch von auswärtigen (Tages- und Übernachtungs-)Gästen frequentiert. Die Nachfrage der eigenen Bevölkerung könnte vor allem das – verglichen mit dem Beherbergungsgewerbe – durchweg in allen Kreisen wesentlich höhere Grundniveau des Gaststättenumsatzes pro Kopf erklären. Allerdings dürfte es auch hier regionale Unterschiede geben. Insbesondere im städtischen Bereich scheint die Neigung, eine Gaststätte innerhalb seines gewöhnlichen Lebensumfelds aufzusuchen, tendenziell größer zu sein als im ländlichen Bereich, wozu sicherlich auch Berufseinpender beitragen. Allerdings könnten bei den relativ hohen Werten in den Städten auch Tagesbesucher eine größere Rolle spielen. Insgesamt läßt sich allerdings aus den vorhandenen Angaben nur sehr wenig über das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und auswärtigen Besuchern ableiten. Während also der Umsatz des Beherbergungsgewerbes zum weit überwiegenden Teil, näherungsweise sogar ganz, dem Tourismus zugeschrieben werden kann, liegt der Tourismusanteil im Gaststättengewerbe offensichtlich in einer deutlich geringeren Größenordnung. Ob es aber konkret beispielsweise 30, 50 oder 70 % sind, läßt sich mit den vorhandenen Daten der amtlichen Statistik nicht eindeutig belegen.

Nachdem bereits die Bestimmung der direkten touristischen Umsätze auf der Endstufe für Baden-Württemberg in der Praxis auf unüberwindbare Hindernisse stößt, wäre auch für die nachfolgende Ermittlung der indirekten Effekte die Datengrundlage nicht ausreichend. Zwar werden für Baden-Württemberg – als einzigem Bundesland – analog zum Bundesgebiet Input-Output-Tabellen berech-

net. Im Prinzip läßt sich mit dieser Verflechtungsmatrix bestimmen, welchen Produktionseffekt eine in Baden-Württemberg auftretende Endnachfrage in bestimmter Höhe insgesamt im Land auslöst. Nach Abzug der Vorleistungen und anderer Abgrenzungsposten – hier müßte weitgehend auf Bundesergebnisse zurückgegriffen werden – ließe sich daraus auch die Wertschöpfung ermitteln. Da die Input-Output-Tabellen aber isoliert für Baden-Württemberg und nicht abgestimmt für alle Bundesländer berechnet werden, ermöglichen sie jedoch insbesondere keine Angabe zu den Effekten, die im Land durch die touristische Nachfrage im restlichen Bundesgebiet bzw. sogar weltweit ausgelöst werden. Damit wären beispielsweise bei einem baden-württembergischen Wohnmobil-Produzenten nur die in Baden-Württemberg verkauften Fahrzeuge in der Rechnung enthalten, obwohl letztlich die gesamte Produktion weitgehend touristisch induziert sein dürfte.

Insgesamt läßt sich also festhalten, daß für eine vollständige und in sich stimmige Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Effekte des Tourismus auf Landesebene die datenmäßigen Voraussetzungen derzeit nicht gegeben sind. Schon auf Bundesebene stoßen entsprechende Ansätze auf erhebliche Datenlücken, die nur mit einer Vielzahl meist vereinfachender Annahmen geschlossen werden können, so daß die Ergebnisse insgesamt nicht die üblichen Qualitätsstandards der amtlichen Statistik erreichen. Während sich jedoch hier – wie beim Nachweis der Umsätze in der Umsatzsteuerstatistik am Unternehmenssitz – regionale Unschärfen insgesamt ausgleichen und regionale Verflechtungen innerhalb des Bundesgebiets – wie bei den Input-Output-Tabellen – keine unmittelbare Rolle spielen, schlagen sich diese Datenprobleme auf Landesebene zusätzlich nieder. Außerdem wird ein Teil der erforderlichen Angaben – insbesondere in den Kostenstrukturerhebungen – nur bundesweit erhoben, müßte also unter Vernachlässigung landestypischer Besonderheiten auf Baden-Württemberg übertragen werden.

Beschäftigte in einigen tourismusrelevanten Branchen

Auch wenn ein kompletter Nachweis der vom Tourismus abhängigen Beschäftigten nicht möglich ist, wird im folgenden der Versuch unternommen, zumindest einige Größenordnungen aufzuzeigen. Die Angaben beziehen sich nur auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche auf der Endstufe, denen in größerem Umfang eine touristische Relevanz zukommen könnte, und das auch nur, sofern verwertbare Basisdaten verfügbar sind. Die Zusammenstellung ist damit zwangsläufig lückenhaft bereits auf der Endstufe, enthält aber insbesondere nicht die indirekten Beschäftigungseffekte auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen. Allerdings erscheinen Angaben zu Beschäftigten noch eher

möglich als zu Umsätzen oder insbesondere der Wertschöpfung. Erstens sind hierzu die Datengrundlagen vergleichsweise besser und zweitens stellt sich die Vorleistungsproblematik insofern nicht, als Beschäftigte zur Wertschöpfung korrespondieren. Damit kann die Beschäftigtenzahl direkt verwendet werden, muß also nicht wie die Wertschöpfung indirekt aus dem Umsatz abgeleitet werden. Da die verwendeten Datengrundlagen teilweise unterschiedliche Zeitbezüge haben, werden die Angaben gegebenenfalls auch durch Fortschreibungen einheitlich auf das Jahr 1996 bezogen, wobei allerdings leichte Unschärfen innerhalb dieses Jahres (teilweise Stichtage, teilweise Jahresdurchschnitt) in Kauf genommen werden müssen. Da nur teilweise eine Trennung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten möglich wäre, werden die Beschäftigten generell nur insgesamt unabhängig vom Beschäftigungsumfang angegeben. Eine Umrechnung in Vollzeitäquivalente, die zu Vergleichszwecken an sich sinnvoll wäre, kann daher nicht erfolgen. Sofern die Werte aus Bereichsstatistiken abgeleitet sind, werden sie jeweils im Sinne einer Grobprüfung auf Plausibilität den Ergebnissen der bereichsübergreifenden Beschäftigtenstatistik und des Mikrozensus gegenübergestellt, was allerdings nur dann möglich ist, wenn eine wirtschaftszweigmäßige Entsprechung hergestellt werden kann. Der Nachweis in der Beschäftigtenstatistik erfolgt nämlich bisher noch nach der WS-Systematik der Bundesanstalt für Arbeit, während der Mikrozensus in der tiefsten Darstellung 3-Steller der WZ 93 verwendet, hier allerdings nicht durchgehend für einen Nachweis ausreichend besetzt ist. Der hier verwendete Ansatz orientiert sich zwar auch an dieser Gliederung, versucht aber – soweit möglich –, sich gegebenenfalls auch durch wirtschaftszweiguntypische Zusammenfassungen oder Ausgliederungen funktional dem Bereich Tourismus zu nähern.

Beherbergungssektor

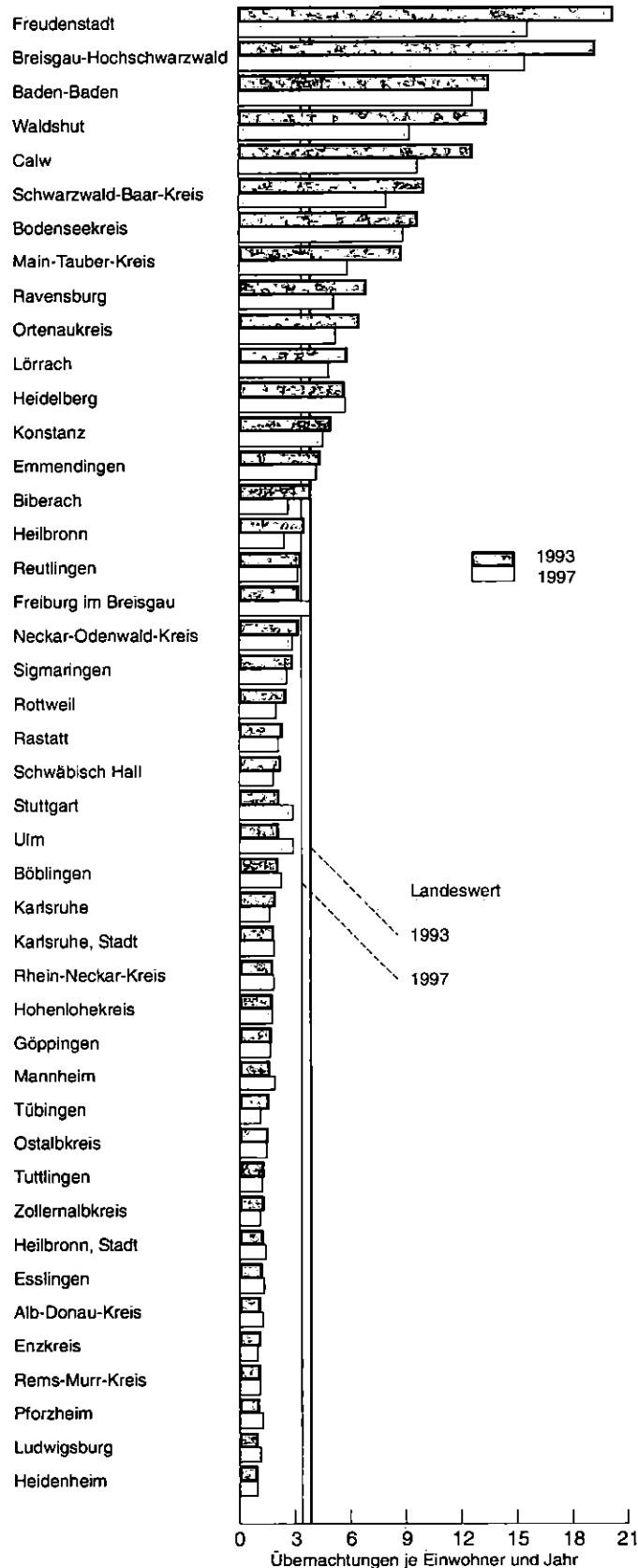
Für das Beherbergungsgewerbe kommen neben den bereichsübergreifenden Statistiken vor allem drei Datenquellen in Frage, nämlich die HGZ, die laufende Stichprobenerhebung im Gastgewerbe und die laufende Beherbergungsstatistik. In der HGZ werden insbesondere Arbeitsstätten derjenigen Unternehmen nachgewiesen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel und Gastgewerbe haben. Primäres Ziel dieser in etwa zehnjährigen Abstand, zuletzt 1993, durchgeführten Totalzählung ist eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme wirtschaftlicher Merkmale wie des Wirtschaftszweigs, der Umsätze und der Beschäftigten, die auch eine tiefgegliederte Darstellung unter regionalen Gesichtspunkten ermöglicht. In der laufenden Gastgewerbeerhebung, die als Stichprobe aus der HGZ (bei ca. 1 100 Unternehmen bzw. Unternehmensteilen im Land) grundsätzlich derselben Abgrenzung folgt, werden monatliche Meßzahlen für Umsatz und Beschäftigte ermittelt. Hauptzweck ist hier

nicht die Ermittlung von Absolutwerten, sondern eine aktuelle Darstellung des Zeitverlaufs; und zwar maximal auf Landesebene. Als zentrale amtliche Statistik mit Tourismusbezug erfaßt die monatliche Beherbergungsstatistik bei allen Beherbergungsstätten ab neun Betten Angaben zum Bettenangebot sowie zu den Gästeankünften und -übernachtungen nach den wichtigsten Herkunftsländern, und zwar als funktional orientierte Statistik unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt des Trägers. Zusätzlich wird das Reiseverkehrscamping bei Campingplätzen mit mindestens vier Stellplätzen erfaßt, nicht jedoch das Dauercamping. Dieses wird in Anlehnung an das deutsche Melderecht wie die Vermietung einer regulären (Zweit-)Wohnung betrachtet und übrigens auch in der WZ 93 entsprechend zugeordnet. Da sich in der Beherbergungsstatistik für Campingplätze ein wesentliches Nachweismerkmal, nämlich die Bettenauslastung, nicht darstellen läßt, werden sie üblicherweise getrennt von den Beherbergungsstätten dargestellt. Als laufende Totalerhebung mit Abschneidegrenze erlaubt die Beherbergungsstatistik, die alle sechs Jahre um eine Kapazitätserhebung zur Ermittlung weiterer angebotsorientierter Angaben ergänzt wird, eine tiefe regionale Gliederung bis zur Gemeindeebene sowie eine Darstellung nach den speziell tourismusrelevanten Merkmalen Reisegebiet und Prädikatisierung der Gemeinde.

Als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Beschäftigtenzahlen bietet sich damit insbesondere die HGZ an. Allerdings weist diese Erhebung hinsichtlich des Darstellungszieles, nämlich möglichst den Gesamteffekt des Übernachtungstourismus in den Beherbergungsstätten zu erfassen, einige Schwächen auf: Sie beschränkt sich ausschließlich auf Unternehmen, wobei „Unternehmen“ im Sinne des Gewerbe- und Einkommensteuerrechts definiert werden. Damit sind kommunale Einrichtungen wie zum Beispiel gemeindeeigene Campingplätze oder in Eigenregie des Deutschen Jugendherbergswerks betriebene Jugendherbergen nicht erfaßt, das als gemeinnütziger Träger und somit nicht als Unternehmen gilt. Da sich die HGZ auf Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Handel und Gastgewerbe beschränkt, sind außerdem zum Beispiel Schulungsheime von Produktionsunternehmen nicht enthalten. Während diese Einschränkungen sich in der Hotellerie (kurz für „55.1 Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis“ im Sinne der WZ 93) nicht nennenswert auswirken, führen sie im Bereich des Sonstigen Beherbergungsgewerbes zu einer deutlichen Untererfassung gegenüber einer funktionalen Abgrenzung. Ebenfalls nicht enthalten sind die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, die sowohl nach der internationalen Tourismusdefinition als auch in der Beherbergungsstatistik dem Übernachtungstourismus zuzurechnen sind. Nach der institutionell orientierten WZ 93 werden sie nämlich zusammen mit den anderen Krankenhäusern im Gesundheitswesen und nicht im Bereich Gastgewerbe zugeordnet. Außerdem existiert auch in der HGZ eine untere Abschneidegrenze, die sich letztlich aus zwei verschiedenen Kriterien ergibt: Generell ausgeschlossen waren

Schaubild 3

Übernachtungsdichte in Beherbergungsstätten*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1993 und 1997



*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten des jeweiligen Jahres bezogen auf die Einwohner mit Stand 1. Januar des entsprechenden Jahres.

1993 Einheiten mit einem Jahresumsatz unter 25 000 DM. Zudem wurden entsprechend der WZ 93 – und damit gleichzeitig auch in Anlehnung an die Beherbergungsstatistik – generell alle Einheiten des Gastgewerbes unabhängig vom Umsatzschwerpunkt dem Beherbergungsgewerbe zugeordnet, wenn mindestens neun Betten vorhanden waren. Bei weniger als neun Betten erfolgte die Zuordnung entweder als Gaststätte (Verpflegungsumsatz überwog) oder im Sonstigen Beherbergungsgewerbe als Privatquartier (Beherbergungsumsatz überwog). Angesichts der geringen Zahl von Privatquartieren in der HGZ – landesweit wurden gerade 167 Einheiten erfaßt – kann man de facto nahezu von einer Nichtberücksichtigung der Kleinbeherbergungsstätten und Privatquartiere¹³ sprechen. Ein weiteres Manko der HGZ stellt die mangelnde Aktualität dar. Wie anhand von *Schaubild 3* exemplarisch erkennbar wird, in dem anhand der Beherbergungsstatistik die Übernachtungsentwicklung je Einwohner nach Kreisen dargestellt ist, haben nämlich gerade im Beherbergungssektor in den letzten Jahren größere Umwälzungen stattgefunden. Eine realistische und zeitnahe Schätzung der Beschäftigtenzahlen im gesamten, funktional abgegrenzten Beherbergungsbereich auf der Grundlage der HGZ muß also versuchen, einerseits die dort bestehenden Erfassungslücken zu schließen und andererseits die Ausgangswerte zu aktualisieren.

Hotellerie und Sonstiges Beherbergungsgewerbe

Grundsätzlich wurden hier zur Schätzung der Beschäftigtenwerte 1996 zunächst Angaben für 1993, das Erhebungsjahr der HGZ, bestimmt, um sie dann mit den entsprechenden Meßzahlen der laufenden Gastgewerbestatistik auf 1996 fortzuschreiben. Da sich die abgrenzungsbedingten Erfassungslücken der HGZ in der Hotellerie praktisch nicht auswirken – in diesem Bereich besteht auch eine relativ hohe Übereinstimmung zur Beherbergungsstatistik –, wurden hier die Werte der HGZ direkt übernommen. Das Sonstige Beherbergungsgewerbe ist in der HGZ dagegen deutlich untererfaßt. Nach Abzug der Campingplätze waren im restlichen Sonstigen Beherbergungsgewerbe (Parahotellerie) in der HGZ verglichen mit der Beherbergungsstatistik lediglich etwas über die Hälfte der Beherbergungsstätten und gar nur ein knap-

pes Viertel der Betten enthalten. Nach HGZ-Ergebnissen verfügte ein Betrieb durchschnittlich über 24 Betten, nach der Beherbergungsstatistik jedoch über 51. Nicht erfaßt sind in der HGZ also insbesondere relativ große Einheiten. Aus einem Bundesländervergleich der HGZ-Ergebnisse ließ sich ferner erkennen, daß die Beschäftigtenzahl je Bett mit zunehmender durchschnittlicher Betriebsgröße tendenziell abnimmt. Für diesen Zusammenhang wurde aus den Landesergebnissen eine lineare Regressionsfunktion bestimmt. Unter Zugrundelegung des entsprechenden Wertes bei der durchschnittlichen Betriebsgröße der Beherbergungsstatistik wurde dann aus der dort registrierten Bettenzahl auf die Beschäftigten geschlossen. Etwas anders wurde beim in der HGZ ebenfalls untererfaßten Reiseverkehrscamping vorgegangen, da hier in der HGZ keine sinnvolle Kapazitätsangabe (Stellplätze) vorliegt. Aus einem Abgleich mit der Beherbergungsstatistik auf Betriebsebene konnte jedoch bei den paarigen Campingplätzen eine Relation zwischen Beschäftigtenzahl (aus der HGZ) und der Zahl der Stellplätze (aus der Beherbergungsstatistik) gebildet werden. Die Beschäftigtenzahl aller Campingplätze wurde dann geschätzt, indem diese Relation auf alle in der Beherbergungsstatistik erfaßten Stellplätze übertragen wurde.

Die so ermittelten Zwischenwerte für 1993 wurden dann separat für die Hotellerie und das Sonstige Beherbergungsgewerbe (einschließlich Reiseverkehrscamping) mit den Beschäftigtenmeßziffern aus der laufenden Gastgewerbestatistik auf 1996 fortgeschrieben. Da die Meßziffern in dieser Differenzierung vor allem im Sonstigen Beherbergungsgewerbe wegen des geringen Stichprobenumfangs in einzelnen Monaten untypische Ausschläge aufweisen können, wurde dabei für 1993 nicht – wie dies strenggenommen angesichts des Erhebungsstichtags 30. April 1993 der HGZ angebracht gewesen wäre – auf den Aprilwert zurückgegriffen, sondern auf den besser gesicherten Jahresdurchschnitt. Auch für 1996 wurde ein durchschnittlicher Jahreswert hochgerechnet. Insgesamt ergaben sich auf diese Weise für 1996 durchschnittlich

52 700 Beschäftigte,

von denen mit 46 300 Beschäftigten der Löwenanteil auf die Hotellerie entfiel, während das Sonstige Beherbergungsgewerbe (einschließlich Reiseverkehrscamping, aber ohne Privatquartiere) mit 6 500 nur ein gutes Achtel der Erwerbstätigen stellte.

Der Mikrozensus kommt für April 1996 mit 60 000 Beschäftigten für das Beherbergungsgewerbe auf einen höheren Wert, weist aber für 1997 mit nur noch 53 000 Beschäftigten einen ungewöhnlich starken Rückgang nach (zum Vergleich: nach der laufenden Gastgewerbestatistik ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1997 gegenüber 1996 ein Beschäftigtenrückgang um 4,3 %). Dies deutet darauf hin, daß der Mikrozensus in dieser Position vergleichsweise instabil ist. Außerdem können hier auch Beschäftigte in Privatquartieren enthalten sein, die in der obigen Rech-

13 Privatquartiere sind nach dem Gaststättengesetz nicht erlaubnispflichtig, da sie über weniger als neun Betten verfügen. Kleinbeherbergungsstätten sind demgegenüber Einheiten mit Konzession, die gleichwohl über weniger als neun Betten verfügen, weil sie entweder eine Gaststätte betreiben oder weil die Bettenzahl reduziert wurde. Im folgenden werden beide Kategorien der Vereinfachung halber unter dem Begriff Privatquartiere zusammengefaßt.

nung noch fehlen. Damit deutet der Vergleich zum Mikrozensus zumindest darauf hin, daß die obige Schätzung keine sehr grobe Fehleinschätzung bedeutet. Die Beschäftigtenstatistik kommt für Ende Juni 1996 in einer allerdings nur annähernd vergleichbaren Abgrenzung (Zusammenfassung der WS-Schlüssel 700 bis 702, einschließlich Großküchen, Kantinen und ähnliches) hingegen nur auf 28 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die große Diskrepanz dürfte sich allerdings durch einen relativ hohen Anteil von Selbständigen – laut Mikrozensus waren allein in der Hotellerie 10 000 Selbständige enthalten – und geringfügig Beschäftigten erklären.

Sanatorien und Kurkliniken

Wie bereits erwähnt, gehören die Sanatorien und Kurkliniken sowohl nach der Tourismusdefinition der WTO als auch in der Beherbergungsstatistik zum touristischen Übernachtungsbereich. Sie sind jedoch weder in der HGZ enthalten noch im Mikrozensus oder der Beschäftigtenstatistik als gesonderte Position nachgewiesen. Allerdings wird hier mit der jährlichen Krankenhausstatistik eine Bereichsstatistik als Totalerhebung durchgeführt, die unter anderem auch Beschäftigtenzahlen nachweist. Im Bereich der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, die von der Abgrenzung her den Sanatorien und Kurkrankenhäusern im Sinne der Beherbergungsstatistik entsprechen, wurden im Jahresdurchschnitt 1996

20 800 Beschäftigte

nachgewiesen. Davon entfielen 1 767 Personen auf ärztliches Personal (Hauptamtliche und teilzeitbeschäftigte Ärzte und Ärzte im Praktikum) und 19 010 auf nicht-ärztliches Personal. Wenn man diesen Wert zum Ergebnis für die Hotellerie und das Sonstige Beherbergungsgewerbe addiert, errechnen sich für den gesamten Erfassungsbereich der Beherbergungsstatistik 73 500 Beschäftigte.

Sonstige touristische Übernachtungen

Bis 1980 wurden in der Beherbergungsstatistik alle Beherbergungsstätten unabhängig von der Bettenzahl erfaßt, allerdings beschränkte sich die Erhebung nur auf Gemeinden ab einem bestimmten Übernachtungsaufkommen. Ab 1981 wurde die Statistik insofern modifiziert, als – in Anlehnung an die Grenze für die Erlaubnispflicht nach dem Gaststättengesetz – eine Mindestbettenzahl von neun als untere Abschnidegrenze für die Beherbergungsstätten neu eingeführt wurde, die Erhebung dafür aber flächendeckend erfolgte. Dies führte unter anderem dazu, daß in Baden-Württemberg im Jahr 1981 Privatquartiere mit zusammen 102 000 Betten (in den 1980 erfaßten Gemeinden) aus der Berichtspflicht entlassen wurden. In den

neu einbezogenen Gemeinden kamen dagegen nur 18 000 Betten (in Beherbergungsstätten ab neun Betten) hinzu. Allein diese – inzwischen sicherlich überholten – Werte belegen, daß den Privatquartieren für den Übernachtungstourismus eine nicht zu vernachlässigende Rolle zukommt. Seit Verabschiedung des geänderten Beherbergungsstatistikgesetzes wurden daher von verschiedenen Seiten immer wieder Initiativen ergriffen, die Berichtspflicht – zumindest in ausgewählten Gemeinden – wieder auf die Privatquartiere auszudehnen. Sie sind aber immer wieder gescheitert, vor allem mit Hinweisen auf die Belastung der Auskunftspflichtigen und den hohen Erhebungsaufwand, der insbesondere durch die Vielzahl der Einheiten entstünde. In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Bayern und Rheinland-Pfalz, werden hierzu – meist auf landesrechtlicher Grundlage und begrenzt auf eine jährliche Abfrage bei prädikatisierten Gemeinden – neben der bundesweiten Beherbergungsstatistik zusätzliche Angaben erhoben. Für Baden-Württemberg existiert eine derartige Regelung nicht.

Bei dieser Ausgangslage bleiben im Prinzip nur zwei Möglichkeiten: Entweder muß auf Angaben zu den Privatquartieren – wie in der Beherbergungsstatistik und faktisch nahezu auch in der HGZ – ganz verzichtet werden oder es müssen Ansatzpunkte gesucht werden, ob nicht auf der Grundlage anderer Quellen wenigstens grobe Schätzungen möglich sind. Hinsichtlich der zweiten Möglichkeit wurden zunächst drei Denkansätze überprüft und verworfen: Eine möglicherweise modifizierte Übernahme von Ergebnissen aus anderen Bundesländern schied aus, weil sich die Strukturen im Übernachtungsbereich – wie unten noch zu sehen sein wird – zwischen den Ländern doch deutlich unterscheiden, weil also etwaige baden-württembergische Besonderheiten damit nicht zum Ausdruck gekommen wären. Eine denkbare Fortschreibung der aus dem Jahr 1980 noch vorhandenen Daten wurde zwar mit verschiedenen Fortschreibungsgrößen versucht, erscheint aber angesichts des langen Zeitabstands ebenfalls nicht vertretbar, weil die Fortschreibungsgrößen hinsichtlich ihrer Eignung nicht überprüfbar sind. So ergaben sich in den fortgeschätzten Übernachtungsergebnissen für 1996 Unterschiede in der Größenordnung um 50 %. Auch eine Auswertung der für 1993 zur Berechnung des Fremdenverkehrslastenausgleichs bei den prädikatisierten Gemeinden in Baden-Württemberg erhobenen Übernachtungsangaben (einschließlich Privatquartieren) brachte keine plausiblen Ergebnisse, und zwar insbesondere deshalb nicht, weil zur Einbeziehung in den Fremdenverkehrslastenausgleich eine Mindestzahl von 50 000 kurtaxpflichtigen Übernachtungen erforderlich war und sich die Angaben häufig nur auf prädikatisierte Gemeindeteile bezogen. Für diese aber liegen keine Vergleichswerte aus der Beherbergungsstatistik vor, weil hier die Auswertung höchstens bis auf Gemeindeebene erfolgt und im übrigen auch immer nur gesamte Gemeinden einem Prädikat zugeordnet werden. Ein direkter Vergleich konnte sich also nur auf vollständig prädikatisierte Gemeinden mit höherem Übernachtungsaufkom-

men beziehen. Vor allem bei den Luftkur- und Erholungs-orten, die dieser Bedingung genügen, dürfte es sich dabei jedoch um eine sehr spezifische Auswahl gerade der Gemeinden handeln, die über einen besonders hohen Anteil von Privatquartieren verfügen. Eine Übertragung dieser Strukturen auf alle prädikatisierten Gemeinden würde damit zu überhöhten Schätzergebnissen für die Privatquartiere führen.

Als gangbarer Weg erwies sich dagegen eine Auswertung der seit 1990 vom Schwarzwald Tourismusverband (STV, früher: Fremdenverkehrsverband Schwarzwald) bei seinen Mitgliedsgemeinden durchgeführten Befragung zum jährlichen Übernachtungsaufkommen, die derzeit bis zum Jahr 1996 vorliegen und in den jeweiligen Geschäftsberichten veröffentlicht werden. Laut Vorgabe sollen die Gemeinden dort anhand ihrer eigenen Auswertungen eine Gesamtzahl der Übernachtungen angeben, die neben den in der Beherbergungsstatistik erfaßten Beherbergungsstätten auch Übernachtungen in Privatzimmern (incl. Ferien auf dem Bauernhof, Privatanbietern von Ferienwohnungen), Übernachtungen auf Campingplätzen (einschließlich Dauercamping) und Übernachtungen in Zweitwohnungen umfassen sollen. Dabei sollen die Zweitwohnungen mit einer Pauschale von 50 Übernachtungen pro Benutzer angesetzt werden. Mit dem Dauercamping und den Zweitwohnungen sind damit neben den Privatquartieren zwei weitere Übernachtungsformen angesprochen, die bisher noch nie Bestandteil der amtlichen Beherbergungsstatistik waren. In der Rechtsgrundlage ist nämlich die Zeitspanne für die Abgrenzung des Tourismus mit der „vorübergehenden Nutzung“ einer Einrichtung umschrieben. Formal orientierte man sich bei der Auslegung dieses Begriffs am deutschen Melderecht, nach dem eine Meldepflicht an einem Zweitwohnsitz dann entsteht, wenn die Wohnung mehr als zwei Monate genutzt werden kann. Abweichend von der internationalen Tourismusdefinition ist damit erstens die zeitliche Grenze mit zwei Monaten statt einem Jahr deutlich enger gezogen und zweitens orientiert sich die Auslegung letztlich an der Nutzungsmöglichkeit statt an der faktischen Nutzung. Auch nach der Tourismusrichtlinie der EU sind das Dauercamping und für Urlaubs- und Erholungszwecke genutzte Zweitwohnungen eindeutig Bestandteil des Tourismus. Wenn also in einer Schätzung auch diese Komponenten mit enthalten sind, trägt das nur zu einer weiteren Komplettierung im Sinne der internationalen Tourismusdefinition bei.

Konkret wurde bei der Schätzung, die aus Kapazitätsgründen allerdings nur für die Jahre 1990, 1995 und 1996 durchgeführt werden konnte, wie folgt vorgegangen: Zunächst wurde für die in den Geschäftsberichten des STV nachgewiesenen Gemeinden im Schwarzwald die Differenz zwischen der Angabe in der Mitgliedererhebung des STV und der Summe aus den Übernachtungen der Beherbergungsstätten und des Reiseverkehrscampings gebildet. Bei korrekten Angaben der Gemeinden stellt eine positive Differenz also die Übernachtungen in Privat-

quartieren, Zweitwohnungen und von Dauercampern dar. In einigen Gemeinden betrug die ermittelte Differenz allerdings Null oder war sogar negativ, weil offensichtlich von den Gemeinden selbst ein Teil der in die Beherbergungsstatistik einbezogenen Betriebe – aus welchen Gründen auch immer – nicht erfaßt wurde oder werden konnte. In diesen Fällen wurde davon ausgegangen, daß die Angabe aus der Beherbergungsstatistik den korrekten Wert aller Übernachtungen wiedergibt, weitere Übernachtungsangebote vor Ort also nicht existieren. Da ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der Prädikatisierung und der relativen Bedeutung der Privatquartiere usw. erkennbar wurde, wurden die entsprechenden Übernachtungszahlen nach Prädikaten aufsummiert und Zuschlagfaktoren auf die Beherbergungsstätten ab neun Betten gebildet. Diese besagen also, wieviele Übernachtungen in den nicht erhobenen Betriebsarten auf 100 in der Beherbergungsstatistik erfaßte Übernachtungen entfallen. Im nächsten Schritt wurde der Schwarzwald um die in der Beherbergungsstatistik enthaltenen Gemeinden komplettiert, die nicht Mitglied des STV sind. Mit über 100 handelt es sich hier zahlenmäßig zwar um relativ viele Gemeinden, mit einem Übernachtungsanteil am Schwarzwald von unter 5 % spielen sie nur eine untergeordnete Rolle. Bei ihnen wurden die zuvor ermittelten Zuschlagfaktoren prädikatsweise mit ihren Übernachtungszahlen aus der Beherbergungsstatistik multipliziert. Damit ließ sich ein komplettes Ergebnis für das Reisegebiet Schwarzwald bilden, auf das immerhin etwa die Hälfte des in der Beherbergungsstatistik registrierten Übernachtungsaufkommens im gesamten Land entfällt.

Hier stellte sich nun die Frage, wie diese Schätzung für den Schwarzwald auf den Rest des Landes übertragen werden könnte, um damit eine grobe Schätzung für das gesamte Land zu erhalten. Eine einfache Übertragung des insgesamt ermittelten Zuschlagsfaktors auf Baden-Württemberg insgesamt wäre dazu sicher kein geeignetes Verfahren, da sich der Schwarzwald touristisch in vielerlei Hinsicht von den anderen Landesgebieten unterscheidet. Es mußte also ein Weg gefunden werden, die strukturellen Besonderheiten des Schwarzwalds möglichst zu neutralisieren. Die besondere Prädikatsstruktur des Schwarzwalds, die sich zum Beispiel in einem besonders hohen Anteil von Luftkurorten und Heilklimatischen Kurorten manifestiert, ließ sich dadurch ausgleichen, daß die Schätzung nicht insgesamt, sondern prädikatsweise auf das Landesergebnis übertragen wurde. Innerhalb der nicht prädikatisierten Sonstigen Gemeinden wurden dabei zusätzlich die Großstädte (ab 100 000 Einwohner) gesondert behandelt, da hier im Gegensatz zu den kleineren Gemeinden ohne Prädikat Privatquartiere usw. nahezu keine Rolle spielen. Allerdings kann sich der Schwarzwald auch innerhalb des gleichen Prädikats vom Rest des Landes unterscheiden. So sind zum Beispiel die Verhältnisse in den Mineral- und Moorbädern des Schwarzwalds sicherlich nicht die gleichen wie in den oberschwäbischen Kurorten dieses Typs. Weil diese Betriebsarten vom Typus her den Privatquartieren am nächsten kommen, wur-

Tabelle 1

Übernachtungen im Reiseverkehr in Baden-Württemberg 1996 nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe ¹⁾	Übernachtungen Beherbergungsstatistik			Nicht in der Beherbergungsstatistik erfaßte Übernachtungen ²⁾	Übernachtungen im Reiseverkehr insgesamt
	Beherbergungsstätten	Reiseverkehrs-camping	zusammen		
	1 000				
Mineral- und Moorbäder	8 097	174	8 270	1 341	9 612
Heilklimatische Kurorte	3 981	270	4 250	1 585	5 835
Kneippkurorte	2 225	67	2 292	438	2 729
Luftkurorte	4 297	418	4 715	2 656	7 371
Erholungsorte	4 790	702	5 492	3 324	8 815
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	23 389	1 631	25 019	9 343	34 362
Sonstige Gemeinden	14 417	774	15 191	1 993	17 184
Großstädte	4 971	127	5 099	7	5 105
Restliche Gemeinden	9 446	646	10 092	1 986	12 079
Baden-Württemberg insgesamt	37 806	2 404	40 210	11 336	51 547
	Anteil an den Übernachtungen insgesamt in %				
Mineral- und Moorbäder	84,2	1,8	86,0	14,0	100,0
Heilklimatische Kurorte	68,2	4,6	72,8	27,2	100,0
Kneippkurorte	81,5	2,5	84,0	16,0	100,0
Luftkurorte	58,3	5,7	64,0	36,0	100,0
Erholungsorte	54,3	8,0	62,3	37,7	100,0
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	68,1	4,7	72,8	27,2	100,0
Sonstige Gemeinden	83,9	4,5	88,4	11,6	100,0
Großstädte	97,4	2,5	99,9	0,1	100,0
Restliche Gemeinden	78,2	5,3	83,6	16,4	100,0
Baden-Württemberg insgesamt	73,3	4,7	78,0	22,0	100,0
	Anteil an Baden-Württemberg insgesamt in %				
Mineral- und Moorbäder	21,4	7,2	20,6	11,8	18,6
Heilklimatische Kurorte	10,5	11,2	10,6	14,0	11,3
Kneippkurorte	5,9	2,8	5,7	3,9	5,3
Luftkurorte	11,4	17,4	11,7	23,4	14,3
Erholungsorte	12,7	29,2	13,7	29,3	17,1
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	61,9	67,8	62,2	82,4	66,7
Sonstige Gemeinden	38,1	32,2	37,8	17,6	33,3
Großstädte	13,1	5,3	12,7	0,1	9,9
Restliche Gemeinden	25,0	26,9	25,1	17,5	23,4
Baden-Württemberg insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Stand 1997. – 2) Schätzung auf Grundlage der Mitgliedererhebung des Schwarzwald Tourismusverbands, umfaßt Privatquartiere und Kleinbetriebe, Zweitwohnungen und das halbe Dauercamping.

de als Indikator für diese prädikatsinternen Unterschiede der Anteil der in der Beherbergungsstatistik erfaßten Ferienhäuser/-wohnungen und Pensionen (ab neun Betten) an den gesamten erfaßten Übernachtungen in Beherbergungsstätten gewählt. Wenn also beispielsweise der Schwarzwald bei den Mineral- und Moorbädern im Vergleich zum gesamten Land einen deutlich höheren Übernachtungsanteil in Pensionen, Appartements und Bungalows aufwies, wurde angenommen, daß auch die Privatquartiere usw. hier eine größere Rolle spielen als in Baden-Württemberg insgesamt. Rechnerisch wurde dazu der Zuschlagfaktor des Schwarzwalds um einen Korrekturfaktor ergänzt, der die Relation zwischen dem Übernachtungsanteil in Pensionen und Ferienhäusern bzw. -wohnungen im Land zu dem entsprechenden Wert im Schwarzwald

ausdrückt. Dieser Korrekturfaktor führte zu einer leichten Erhöhung des Zuschlagsfaktors bei den Luftkur- und Erholungsorten, bei den restlichen Prädikaten und auch im Gesamtergebnis jedoch zu einer Reduzierung.

Das Ergebnis der Schätzung für 1996 ist in *Tabelle 1* zusammengefaßt. Danach wurden in Privatquartieren, Zweitwohnungen und beim Dauercamping in Baden-Württemberg 1996 schätzungsweise 11,3 Mill. Übernachtungen getätigt. Der Erfassungsgrad der Beherbergungsstatistik einschließlich Reiseverkehrscamping betrug nach dieser Schätzung knapp vier Fünftel aller touristischen Übernachtungen, die erfaßten Beherbergungsstätten ab neun Betten deckten immer noch fast drei Viertel ab. Die relative Bedeutung der Privatquartiere usw. variiert allerdings nach

Prädikaten sehr deutlich. Während die Beherbergungsstatistik in den Großstädten nahezu das gesamte Übernachtungsaufkommen erfaßt, dürften es in den Erholungs- und Luftkurorten selbst unter Einschluß des hier relativ bedeutenden Reiseverkehrscampings nur gut 60 % sein. Diese beiden Prädikate vereinen zusammen ein knappes Viertel der in der Beherbergungsstatistik erfaßten Übernachtungen auf sich, in Privatquartieren usw. beträgt ihr Anteil jedoch mehr als die Hälfte. Unter den Heilbädern scheinen Privatquartiere vor allem in den Heilklimatischen Kurorten eine relativ starke Rolle zu spielen. Besonders bemerkenswert ist aber das zwar unterdurchschnittliche, aber in Absolutwerten durchaus beachtliche Übernachtungsaufkommen der Privatquartieren usw. in den nicht prädikatisierten Gemeinden außerhalb der Großstädte. Mit der Praxis einiger anderer Länder, eine Erfassung dieser Übernachtungsformen auf prädikatisierte Gemeinden zu beschränken, ginge in Baden-Württemberg schätzungsweise immerhin ein Sechstel der Übernachtungen in Privatquartieren usw. verloren. Für 1990 ergab die Schätzung bei insgesamt ähnlichen Grundstrukturen für die Privatquartiere noch 12,3 Mill., für 1995 11,6 Mill. Übernachtungen. Danach hätte dieser Bereich im Zeitraum von 1990 bis 1995 einen Rückgang um 5,4 % verzeichnet und wäre 1996 nochmals um 2,4 % gesunken. Da in diesen Zeitspanne in der Beherbergungsstatistik auch die Pensionen, die Ferienhäuser und -wohnungen und das Reiseverkehrscamping durchweg Rückgänge verzeichneten, erscheint dieses Ergebnis durchaus nicht unplausibel. Ungeschoren kamen danach bei den Privatquartieren usw. in der Zeitspanne von 1990 bis 1996 allein die nicht prädikatisierten Gemeinden davon, während vor allem die Mineral- und Moorbäder, die Kneippkurorte und die Luftkurorte zweistellige Rückgänge hinnehmen mußten.

Nachdem schon die Schätzung des Übernachtungsaufkommens der Privatquartiere usw. aufgrund vieler Annahmen mit einer hohen Unsicherheitsmarge verbunden ist, muß ein daraus abgeleiteter Schluß auf die Beschäftigtenzahl in diesem Bereich nochmals eine deutlich höhere Unschärfe aufweisen, zumal hier unterschiedliche Übernachtungsformen mit stark abweichenden Beschäftigungseffekten in unbekannter Zusammensetzung enthalten sind. Privatquartiere verfügen definitionsgemäß je Beherbergungsstätte nur über eine geringe Bettenzahl (maximal acht), jedoch ist stets von mindestens einem Beschäftigten auszugehen. Außerdem dürften diese Einheiten, was sich in der früheren Beherbergungsstatistik auch klar belegen ließ, relativ stark saisonal geprägt sein, woraus eine relativ niedrige Auslastung des vorhandenen Bettenbestandes bzw. eine relativ große Bettenkapazität je Übernachtung resultiert. Daraus läßt sich schließen, daß hier auch die Beschäftigtenzahl je Übernachtung relativ hoch liegen dürfte. Zum Vergleich: 1996 kamen rechnerisch nach den oben aufgeführten Schätzungen auf 1 000 Übernachtungen in der Hotellerie 2,1, in der Parahotellerie (ohne Camping) 1,0 und im Reiseverkehrscamping 0,3 Beschäftigte. Bei nahezu Null dürfte dagegen der direkte Beschäftigungseffekt von selbstgenutzten oder gemieteten

Zweitwohnungen anzusiedeln sein. Auch aus dem Dauercamping dürfte nur eine sehr geringe zusätzliche Beschäftigung resultieren, weil ein Großteil der Campingplätze mit Dauercamping gleichzeitig auch Reiseverkehrscamping anbieten dürfte, seine Beschäftigten also bereits dort mit enthalten sind. Insgesamt dürfte sich damit die (nicht bereits anderweitig erfaßte) Beschäftigtenzahl der nicht in der Beherbergungsstatistik erfaßten Einheiten weitgehend auf die Privatquartiere konzentrieren. In der bereits zitierten Studie zum Tourismus am Bodensee beziffert das DWIF die Übernachtungsrelation zwischen Dauer- und Touristencamping dort auf etwa 3 zu 4.¹⁴ Da der Bodenseeraum als wasserreiche Gegend für das Dauercamping prädestiniert ist, dürfte die Relation im gesamten Land vermutlich niedriger liegen. Wenn man grob ein Verhältnis von 2 zu 3 unterstellt, ergäben sich 1996 für das Dauercamping ca. 1,6 Mill. Übernachtungen. Da die Übernachtungen in Zweitwohnungen nur untergeordnete Bedeutung haben dürften, könnte das Übernachtungsaufkommen in den Privatquartieren in einer Größenordnung um 9,5 Mill. anzusiedeln sein. Unterstellt man eine durchschnittliche Bettenbelegung in Privatquartieren von etwa 82 Tagen im Jahr 1996 – dieser Wert ergibt sich aus einer Fortschreibung der in der Beherbergungsstatistik 1980 ermittelten Größe vor allem mit der seitherigen Entwicklung bei Pensionen und Ferienhäusern bzw. -wohnungen –, läßt sich auf eine Bettenzahl in der Größenordnung um 115 000 schließen. Bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von fünf Betten und jeweils einem Beschäftigten je Einheit würden sich dahinter etwa 23 000 Beschäftigte verbergen. Allerdings läßt sich diese Beschäftigtendimension anhand anderer Statistiken nicht verifizieren. In der Beschäftigtenstatistik dürfte dieser Bereich nahezu vollständig nicht enthalten sein, weil es sich bei den Beschäftigten im Regelfall um die aus dieser Tätigkeit nicht sozialversicherungspflichtigen Eigentümer handelt. Auch im Mikrozensus, bei dem die Privatquartiere entsprechend der WZ 93 formal zum Sonstigen Beherbergungsgewerbe zählen, ist hier von einer deutlichen Untererfassung auszugehen. Es ist nämlich sehr fraglich, ob zum Beispiel eine Hausfrau, die die Vermietung weniger Zimmer an Feriengäste betreut, sich deshalb als erwerbstätig im Beherbergungsgewerbe einstuft. Außerdem dürfte es sich auch häufiger um Nebentätigkeiten anderweitig Erwerbstätiger handeln, bei denen die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung bei der Haupttätigkeit erfolgt.

Beherbergungsbereich zusammen

Aus den Berechnungen für die Hotellerie und das Sonstige Beherbergungsgewerbe sowie für Sanatorien und Kurkliniken ergaben sich für 1996 für den im Sinne der

14 DWIF: Wirtschaftsfaktor Tourismus am Bodensee, a.a.O., S.12.

Beherbergungsstatistik abgegrenzten Beherbergungsbereich zusammen 73 500 Beschäftigte. Wesentlich unsicherer ist demgegenüber eine Angabe für den dort nicht erfaßten Bereich touristischer Übernachtungen. Aufbauend auf einer Schätzung des Übernachtungsaufkommens wurde unter zwangsläufig sehr vereinfachenden Annahmen hierfür eine Größenordnung um 23 000 Beschäftigte abgeleitet. Zusammengenommen ergibt sich damit für den touristischen Übernachtungssektor eine Beschäftigtendimension um

97 500 Personen,

wobei allerdings auch nur teilweise hier Beschäftigte mitgezählt sind. Bedeutendster Teilbereich ist dabei die Hotellerie, auf die mit gut 46 000 Beschäftigten fast die Hälfte entfallen dürfte.

Gaststättengewerbe

Die Beschäftigtenzahl im Gaststättengewerbe für das Jahr 1996 ließ sich analog zur Hotellerie durch eine Fortschreibung der HGZ-Ergebnisse mit der laufenden Gastgewerbestatistik ermitteln. Dabei wurde allerdings nur das Gaststättengewerbe im engeren Sinn herangezogen, nicht aber die Kantinen und Caterer, die nach der WZ 93 ebenfalls zum Gastgewerbe zählen. Bei den meisten Kantinen ist der Zugang auf die Beschäftigten eines Unternehmens oder Betriebs beschränkt. Die Nutzung erfolgt also überwiegend auch räumlich im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit und ist nach der internationalen Tourismusdefinition damit nicht Bestandteil des Tourismus. Auch die Caterer weisen als Einrichtungen, die verzehrfertige Speisen und Getränke liefern, nur einen sehr indirekten Tourismusbezug auf. Sie beliefern zwar auch Einrichtungen mit starker touristischer Orientierung wie zum Beispiel Flug- oder Speisewagengesellschaften, in diesem Fall sind sie aber Zulieferer und nicht Bestandteil der Endnachfrage. Allerdings kann es sich bei den Kunden auch um Endnachfrager handeln (zum Beispiel „Essen auf Rädern“, „Pizza-Service“), aber auch hier dürfte die (nicht-touristische) Belieferung am Wohn- oder Arbeitsort deutlich dominieren. Lediglich dann, wenn etwa Urlauber diese Leistungen nachfragen oder wenn die Mahlzeiten für Feierlichkeiten geordert werden, an denen auch auswärtige Gäste teilnehmen, wäre hier eine touristische Zuordnung angebracht. Da diese Fälle aber zumindest nicht dominieren dürften und eine Quantifizierung des touristischen Anteils ohnehin nicht fundiert möglich ist, wird auf die Einbeziehung dieses Bereichs ganz verzichtet. Nach der Fortschreibung wurden für 1996 im Gaststättengewerbe 80 400 Beschäftigte ermittelt, das sind 12 % weniger als noch bei der HGZ. Die Beschäftigtenstatistik weist für die Systematik-Nr. 703 „Gast- und Speisewirtschaften sowie sonstige Bewirtschaftungen“, die allerdings auch Kantinen einschließt, 55 200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach. In Anbetracht der überwiegend klein-

gewerblichen Struktur dieses Gewerbes, in dem es sich bei den Beschäftigten häufig um die Inhaber und deren Angehörige handelt, und angesichts einer starken Bedeutung geringfügig Beschäftigter ist die Abweichung zwischen beiden Größen jedoch nicht unplausibel. Der Mikrozensus liegt mit 78 000 Beschäftigten sehr nahe beim fortgeschriebenen HGZ-Ergebnis. Er bestätigt im übrigen auch die relativ starke Stellung der Selbständigen, denn allein bei den Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen (für das Sonstige Gaststättengewerbe liegt kein aussagekräftiger Wert vor) wurden 18 000 beschäftigte Eigentümer gezählt.

Wie bereits oben dargestellt, lassen sich die Beschäftigten des Gaststättengewerbes nicht voll auf den Tourismusbereich beziehen, da hier in größerem Umfang auch eine Nachfrage durch die örtliche Bevölkerung zu unterstellen ist. Allerdings belegt allein die Höhe der Beschäftigtenzahl das Gewicht dieses Bereichs auch unter touristischen Gesichtspunkten. Selbst wenn man einen Tourismusanteil von nur einem Drittel unterstellt – was eher als Untergrenze anzusehen ist – bewegt sich der Beschäftigungseffekt des Tourismus mit immerhin knapp 27 000 Personen noch über dem in den Sanatorien und Kurkliniken.

Verkehr und damit verbundene Bereiche

Zu den Wirtschaftsbereichen mit vergleichsweise starkem Tourismusbezug ist auch zumindest in Teilen der Verkehrssektor zu rechnen, weil der Tourismus schon von der formalen Definition her mit einer Ortsverlagerung verbunden ist. In der WZ 93 wird hier primär nach den verschiedenen Verkehrsträgern und einer heterogenen Restposition unterschieden, bei den Verkehrsträgern teilweise in tieferen Gliederungspositionen auch noch nach zusätzlichen Kriterien wie Personen- und Güterbeförderung. Touristisch relevant ist dabei primär die Personenbeförderung. Allerdings ist auch hier – ähnlich wie im Gaststättengewerbe – eine gemischte Nutzung aus (touristisch nicht relevanten) Ausbildungs- und Berufspendlern einerseits und aus (touristisch relevanten) Tagesbesuchern und gegebenenfalls auch Übernachtungstouristen typisch, ohne daß die Trennlinie im Datenmaterial im Regelfall erkennbar würde.

Landverkehr

Zum Landverkehr zählen im statistischen Sinn nur die gewerbsmäßig angebotenen Verkehrsformen, während der Individualverkehr – analog etwa zum Tourismus – nicht als eigener Wirtschaftszweig gesehen wird, sondern sich übergreifend in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel in der Kfz-Produktion oder im Kfz-Handel niederschlägt. Den kommerziellen Landverkehr untergliedert die

WZ 93 in Eisenbahnen einerseits und den Sonstigen Landverkehr andererseits. Bei den Eisenbahnen fanden in Baden-Württemberg Mitte 1996 nach der Beschäftigtenstatistik 13 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeit. Der Mikrozensus weist demgegenüber 24 000 Erwerbstätige in diesem Wirtschaftsbereich aus, darunter 11 000 Beamte. Dabei handelt es sich um Personen, die bei der Deutschen Bundesbahn verbeamtet wurden und diesen Status wegen der Besitzstandswahrung auch im Nachfolgeunternehmen Deutsche Bahn AG behalten haben. Da Beamte nicht sozialversicherungspflichtig sind und Selbständige hier praktisch keine Rolle spielen dürften, ergibt sich also unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Abgrenzung eine fast exakte Übereinstimmung zwischen Beschäftigtenstatistik und Mikrozensus. Die Bahnen, zu denen neben der Deutschen Bahn auch regionale Bahngesellschaften zählen, decken eine breite Angebotspalette ab, die bei der Personenbeförderung von der Nahverkehrszügen und S-Bahnen in Verkehrsverbänden über Regionalzüge bis zu Fernverkehrszügen und Sonderfahrten reichen. Hinzu kommt die touristisch sicher kaum relevante Güterbeförderung. Bei der Personenbeförderung dürfte der Anteil der touristischen Nutzung tendenziell umso höher sein, je größer die zurückgelegten Entfernungen sind. Als möglicher Ansatzpunkt zur statistischen Erfassung könnten hier Fahrgastbefragungen zu den Reisemotiven dienen. Derartige Befragungen werden zwar in größeren Abständen von den Verkehrsträgern durchgeführt, für das Land verwertbare aktuelle Angabe hierzu liegen aber nicht vor. Eine größerer Ansatz wäre eine Aufschlüsselung der Beschäftigten anhand von Kenngrößen zum Verkehrsaufkommen in den verschiedenen Angebotssparten, allerdings stellt sich auch hier wieder das Problem einer Zuordnung bzw. Aufschlüsselung dieser Sparten nach touristischer und nicht-touristischer Nutzung. Die Deutsche Bahn AG ist derzeit dabei, ihre interne Organisationsstruktur nach Geschäftsbereichen auszurichten, die sich an einer Spartengliederung orientieren. In Baden-Württemberg gehören nach ihrer Auskunft derzeit 2 700 Beschäftigte dem Geschäftsbereich Personenfernverkehr an, der nahezu ausschließlich eine touristische Nutzung dienen dürfte. Hierbei handelt es sich allerdings nur um das direkt dort anzusiedelnde Personal, während zum Beispiel die anteilig auf den Personenfernverkehr anzurechnenden Beschäftigten etwa aus den Bereichen Gleiskörper- und Fahrzeugbetreuung oder Verwaltung nicht enthalten sind. Damit dürfte es sich bei dieser Angabe um eine absolute Untergrenze für touristisch determinierte Beschäftigte handeln.

Für die Gruppe des Sonstigen Landverkehrs, zu dem so heterogene Positionen wie Straßenbahnen, Berg- und Seilbahnen, Busse, Taxis und der Gütertransport mit Lastkraftwagen gehören, ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden teilweise etwas widersprüchliche Ergebnisse. So weist der Mikrozensus ohne weitere wirtschaftszweigsystematische Aufgliederungsmöglichkeit 34 000 Beschäftigte aus, darunter 8 000 Selbständige, 9 000 Angestellte und 15 000 Arbeiter. Die

Beschäftigtenstatistik kommt für den Bereich Straßenverkehr im Sinne der WS-Systematik mit 43 900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf einen deutlich höheren Wert, wobei 16 400 Arbeitnehmer dem Bereich Personenbeförderung zugeordnet sind. Für die Personenbeförderung im Straßenverkehr mit Straßenbahnen und Bussen existiert jedoch auch eine laufende Bereichsstatistik, in der unabhängig vom Unternehmens- oder Betriebschwerpunkt, also funktional, alle Unternehmen erfasst werden, die diese Verkehrsleistungen erbringen. Auch die Beschäftigten werden einschließlich der Selbständigen spartenmäßig erfasst, allerdings erfolgt die regionale Zuordnung nach dem Unternehmenssitzland, was bei länderübergreifend agierenden Unternehmen zu Unschärfen führen kann. Für 1996 (Stichtag 30. September) wurden in dieser Statistik für Baden-Württemberg 17 700 Beschäftigte ermittelt. Bei allen Betreibern von Straßenbahnen und den Busunternehmen mit mindestens sechs Bussen wird neben dieser Unternehmensstatistik auch eine laufende Verkehrserhebung durchgeführt, bei der auch nach verschiedenen Verkehrsarten untergliedert wird. Damit lässt sich zumindest näherungsweise eine Aufschlüsselung nach touristischer und nicht-touristischer Nutzung vornehmen. Als eindeutig nicht-touristisch lässt sich der Berufs- und Schülerverkehr einordnen, weitgehend touristisch orientiert sind dagegen Markt- und Theaterfahrten sowie der gesamte Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferienzielfahrten sowie Verkehr von Mietomnibussen, die zum Beispiel für Betriebsausflüge genutzt werden). Im allgemeinen Linienverkehr sind beide Nutzungsarten vertreten. Da es sich jedoch überwiegend um kleinräumigen Verkehr handelt, dürfte die nicht-touristische Nutzung insbesondere durch Ausbildungs- und Berufspendler deutlich dominieren. 1996 betrug der Anteil der touristisch dominierten Verkehrsarten an den beförderten Personen zwar nur 1,1 %, gemessen an den zurückgelegten Wagenkilometern aber 24 % und an den Personenkilometern sogar 35,6 %. Gegenüber dem Gesamtdurchschnitt gehen diese Fahrten also über wesentlich weitere Distanzen und die Fahrzeuge sind überdurchschnittlich gut belegt. Für eine Schlüsselung der Beschäftigten scheinen die Wagenkilometer die geeignetste Größe darzustellen, da die Arbeiten primär fahrzeuggebunden sein dürften. Bei Übertragung dieses Anteil auf die Arbeitsplatzinhaber ergeben sich

4 200 Beschäftigte,

die sich relativ eindeutig dem Tourismus zurechnen lassen. Da auch im allgemeinen Linienverkehr, auf den fast 71 % der zurückgelegten Wagenkilometer entfielen, noch teilweise von einer touristischen Nutzung auszugehen ist, stellt dieser Wert für den in der Statistik der Personenbeförderung erfassten Bereich eher eine Untergrenze dar. Das gilt umso mehr für die gesamte kommerzielle Personenbeförderung im Landverkehr (außer Bahn), zu der auch noch touristisch dominierte Bereiche wie Berg- und Seilbahnen und teilweise touristisch genutzte Bereiche wie Taxis und Mietwagen gehören. Hierzu liegen aber keine geeigneten statistischen Angaben vor.

See- und Luftverkehr

Nach der WZ 93 bilden die in der Schifffahrt und im Luftverkehr erbrachten Verkehrsleistungen jeweils eigene Abteilungen, während die erforderliche Infrastruktur, also insbesondere Häfen und Flughäfen, als Hilfs- und Nebentätigkeiten gesondert nachgewiesen werden. Aufgrund der geringen Belegungszahl in der Stichprobe weist der Mikrozensus hier weder für die Einzelbereiche noch in geeigneten Zusammenfassungen Beschäftigtenangaben nach. In der Beschäftigtenstatistik werden entsprechend der zugrundeliegenden WS-Systematik jeweils die Verkehrsleistungen mit den Infrastruktureinrichtungen zusammengefaßt. Mitte 1996 wurden für die Schifffahrt (einschließlich Häfen) 900 Beschäftigte und für die Luftfahrt (einschließlich Flughäfen) 3 200 Beschäftigte¹⁵ nachgewiesen. Bei der Schifffahrt dominiert die Güterbeförderung, kommerzielle Personenbeförderung wird dagegen nur in Teilbereichen von Rhein und Neckar sowie am Bodensee angeboten. Nach der jährlichen Unternehmensstatistik in der Binnenschifffahrt, die im funktionalen Sinne alle in diesem Bereich tätigen Unternehmen unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt erfaßt, waren 1996 im Bereich Binnenschifffahrt mit Personenbeförderungskapazitäten

300 Beschäftigte

tätig. Sie lassen sich näherungsweise vollständig dem Tourismusbereich zuordnen, weil hier die Nutzung etwa durch Berufspendler allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

Zunehmende Bedeutung beim Personenverkehr kommt der Luftfahrt zu, denn das Passagieraufkommen im Flugverkehr expandiert seit Jahren mit meist deutlich höheren Zuwachsraten als in den anderen Bereichen des öffentlichen Personenverkehrs. So nahm von 1986 bis 1996 das Fluggastaufkommen des Flughafens Stuttgart um 110 % zu, während sich die Fahrgastzahl bei den Bahnen um 23 %¹⁶ und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr gar

15 In der öffentlichen Diskussion ist im Zusammenhang mit Flughäfen teilweise von erheblich höheren Beschäftigtenzahlen die Rede. So wird zum Beispiel in einer vergleichenden Darstellung der bundesdeutschen Großflughäfen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 09. März 1998 die Beschäftigtenzahl allein am Flughafen Stuttgart für 1996 auf 6 100 beziffert. Dabei ist aber auch zum Beispiel die Gastronomie oder der Handel mit Standort am Flughafen Stuttgart eingeschlossen, die hier beim jeweiligen Wirtschaftszweig behandelt werden. Die Beschäftigtenzahl der Flughafen Stuttgart GmbH selbst belief sich 1996 nach eigenen Angaben auf lediglich 1 219 Mitarbeiter.

16 Landesangaben sind hier nur bis 1994 verfügbar, da danach der Verbundverkehr nicht mehr darstellbar ist. Für 1994 bis 1996 wurde daher die Bundesentwicklung zugrundegelegt.

nur um 17 % erhöhten. Der gewerbliche Personenflugverkehr läßt sich dabei allein schon wegen der zurückgelegten Distanzen als nahezu vollständig touristisch einstufen. Diese Zuordnung gilt dann analog auch für die Flughäfen als unmittelbar mit den Flugleistungen verbundenen Einrichtungen. 1995 erzielten die Luftfahrtunternehmen bundesweit 86,2 % ihres gesamten Luftfahrtumsatzes in der Personenbeförderung. Wenn man diesen Anteil auf Baden-Württemberg und die hier registrierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überträgt, ergeben für den Bereich Luftverkehr

2 800 Beschäftigte,

die sich unmittelbar dem Tourismus zuordnen lassen.

Reisebüros und Reiseveranstalter

Zu den Nebentätigkeiten des Verkehrs werden nach der WZ 93 auch die Reisebüros und Reiseveranstalter gerechnet. Reisebüros vermitteln Verkehrs- und gegebenenfalls auch andere Leistungen wie Unterkunft und Verpflegung im Namen von Reiseveranstaltern oder Verkehrsbetrieben aus den Bereichen Luftfahrt, Bahn oder Bus. Demgegenüber erbringen Reiseveranstalter die Leistungen entweder selbst, zum Beispiel in Form von Busreisen, oder sie organisieren sie zumindest im eigenen Namen, wobei ein mehr oder weniger großer Teil wiederum von anderen Anbietern, etwa Fluggesellschaften oder Hotels, erbracht werden kann. Da es sich hierbei durchweg um typisch touristische Angebote handelt, können die Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs vollständig dem Tourismus zugeordnet werden. Für 1996 weist der Mikrozensus 12 000 Erwerbstätige in Reisebüros und bei Reiseveranstaltern aus, darunter 8 000 Angestellte. Die Beschäftigtenstatistik kommt hier zwar nur auf 7 200 sozialversicherte Arbeitnehmer, die Differenz dürfte sich aber aus einem relativ hohen Anteil von Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und nur stundenweise Beschäftigten vor allem in den häufig kleingewerblich strukturierten Reisebüros erklären. Deshalb spricht auch dieses Ergebnis nicht dagegen, die

12 000 Beschäftigten

aus dem Mikrozensus voll dem Tourismus zuzuschreiben. Allerdings könnte hier auch eine gewisse Überschneidung mit der funktional ausgerichteten Straßenverkehrsstatistik vorliegen, nämlich bei den Reiseveranstaltern, die Ausflugsfahrten mit Bussen selbst durchführen. Da dies jedoch nur einen kleineren Teilausschnitt aus den jeweiligen Bereichen betreffen dürfte und zudem nicht quantifizierbar ist, muß diese Unschärfe in Kauf genommen werden.

Gewerblicher Verkehr zusammen

Als touristisch bedingt lassen sich demnach aus dem Verkehrsbereich folgende Beschäftigtenzahlen zusammenstellen:

Bahnen	2 700 Beschäftigte
Straßenpersonenverkehr	4 200 Beschäftigte
Personenschiffahrt	300 Beschäftigte
Luffahrt	2 800 Beschäftigte
Reisebüros und -veranstalter	12 000 Beschäftigte
Zusammen	22 000 Beschäftigte

Hierbei handelt es sich eher um eine Mindestzahl, da insbesondere im Bereich Bahnen nur der Fernverkehr und die direkt darauf entfallenden Beschäftigten enthalten sind, wie beim Personenstraßenverkehr der Nahverkehr also gänzlich unberücksichtigt bleibt, und da andere touristisch relevante Teilbereiche wie Mietwagen, Taxis und Bergbahnen mangels Daten überhaupt nicht berücksichtigt werden konnten.

Einzelhandel

Zu den für die touristisch bestimmte Nachfrage relevanten Wirtschaftsbereichen zählt auch der Einzelhandel, und zwar unter zwei Aspekten: Im Einzelhandel können bereits vor einer Reise Güter eingekauft werden, die direkt im Zusammenhang mit der Reise stehen und damit als touristisch determiniert eingestuft werden können. Zu denken ist hier beispielsweise an Reiseführer und Landkarten, an Sportgeräte wie Skier oder Surfbretter oder sogar an große Anschaffungen wie Wohnmobile oder Boote. Es kann sich aber auch um die Ausgaben handeln, die während einer Reise getätigt werden, etwa für Nahrungsmittel, Reiseandenken, Bekleidung oder Kraftstoffe. Das Problem besteht allerdings auch hier wieder darin, daß zwar die Wahrscheinlichkeiten für eine touristische Nutzung je nach Güterart sehr unterschiedlich sind, im Prinzip aber jedes Gut sowohl touristisch als auch nicht-touristisch genutzt werden kann. Außerdem müßte für einen derartigen Ansatz eine sehr feine Gütergliederung vorliegen, was bei den vorhandenen Statistiken nicht der Fall ist. Gleichwohl sollen hier die Beschäftigtenzahlen aufgeführt werden, um allein die quantitative Bedeutung dieses Bereichs zu veranschaulichen.

Nach der WZ 93 wird der Handel abweichend von früheren Gliederungen in drei Abteilungen unterteilt und zusätzlich um Reparaturen von Gebrauchsgütern ergänzt. In einer Abteilung werden der Kraftfahrzeughandel unabhängig von der Handelsstufe mit den Tankstellen und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen zusam-

mengefaßt. Eine zweite Abteilung beinhaltet den anderen Großhandel und die Handelsvermittlung (an gewerbliche Kunden), in der dritten sind der Einzelhandel außerhalb des Kfz-Bereichs sowie die Instandhaltung und Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern enthalten. In der HGZ 1993 wurden die Ergebnisse entsprechend dieser Systematik gegliedert, allerdings wurden hier die Instandhaltung und Reparaturen nicht erfaßt. Für den direkten Einfluß der touristischen Nachfrage ist weitgehend nur der Einzelhandel relevant,¹⁷ der also innerhalb des Kfz-Handels zusätzlich isoliert werden muß. Für 1996 ergaben sich nach einer Fortschreibung der entsprechenden HGZ-Ergebnisse mit der laufenden Einzelhandelsstatistik¹⁸ weitgehend analog zum Gastgewerbe im Kfz-Einzelhandel einschließlich Tankstellen 49 000 und für den restlichen Einzelhandel wurden 309 500 Beschäftigte ermittelt. Nach der Beschäftigtenstatistik arbeiteten in beiden Bereichen zusammen 256 400 Sozialversicherungspflichtige. Auch hier läßt sich der Unterschied jedoch aus einer relativ starken Bedeutung von Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und geringfügig Beschäftigten erklären. Zum Mikrozensus ist ein Vergleich im Bereich Kfz-Einzelhandel und Tankstellen nicht sinnvoll, da dort entsprechend der WZ 93 der Großhandel und die Handelsvermittlung im Kfz-Bereich zusätzlich enthalten sind. Dafür läßt sich hier entnehmen, daß im ebenfalls touristisch relevanten Reparaturgewerbe für Kraftfahrzeuge nochmals 38 000 Personen beschäftigt sind. Im Einzelhandel außerhalb des Kfz-Bereichs kommt der Mikrozensus ohne den relativ unbedeutenden und deshalb nicht nachweisfähigen Antiquitäten- und Gebrauchtwarenhandel hingegen mit 371 000 Erwerbstätigen auf eine deutlich höhere Größenordnung als die obige Fortschreibung. Allerdings zeigt bereits ein flüchtiger Vergleich zwischen HGZ (ohne Fortschreibung) und Mikrozensus, daß im Großhandel eine ähnliche Differenz in die andere Richtung besteht. Dies deutet darauf hin, daß in den beiden Erhebungen die häufig fließende und daher sehr schwer bestimmbare Grenzlinie zwischen Groß- und Einzelhandel unterschiedlich gezogen wird. In der HGZ und auch in der laufenden Stichprobenerhebung erfolgt die Zuordnung der Betriebe nach den statistisch ermittelten Rohertragsanteilen, im Mikrozensus hingegen nach der Selbsteinstufung der Beschäftigten. Unter qualitativen Gesichtspunkten dürfte sicherlich die in der HGZ angewandte Methode zu präziseren Ergebnissen führen, die große Abweichung zum Mikrozensus spricht also nicht gegen die durch Fortschreibung der HGZ gewonnene Beschäftigtenzahl.

17 Im Einzelfall kann auch der Großhandel tangiert sein, wenn etwa ein Unternehmen ein für Geschäftsreisen vorgesehenes Fahrzeug bei einem Großhändler erwirbt.

18 Für die Entwicklung von 1993 auf 1994 mußte für die Fortschreibung der Tankstellen hilfsweise nur auf die Meßziffern für die freien Tankstellen zurückgegriffen werden, weil hier die Agenturtankstellen noch nicht in die Erhebung einbezogen waren.

Eine statistisch fundierte Bestimmung des touristischen Anteils ist für die beiden Bereiche des Einzelhandels wie gesagt nicht möglich. Es liegt aber relativ klar auf der Hand, daß dieser Anteil am Kfz-Handel einschließlich Tankstellen und Reparaturgewerbe deutlich höher zu veranschlagen ist als in der Gesamtheit des restlichen Einzelhandels. In den Umsätzen des Kfz-Bereichs manifestieren sich nämlich die Aufwendungen für den privaten Individualverkehr, der zu einem guten Teil auch touristisch motiviert ist. Das mögliche Gewicht des Einzelhandels unter touristischen Gesichtspunkten läßt sich durch eine einfache Modellrechnung zeigen: Wenn man – was sicherlich vorsichtige Annahmen sind – im Kfz-Bereich (Einzelhandel, Tankstellen, Reparaturen) einen touristischen Anteil von 20 % und im restlichen Einzelhandel von 5 % unterstellt, ergäben sich zusammen fast 34 000 Beschäftigte, von denen etwas über die Hälfte im Kfz-Bereich tätig wären.

Sonstige Dienstleistungen

Neben den bisher dargestellten Wirtschaftszweigen kann sich touristisch determinierte Nachfrage in sehr unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichem Gewicht für die erbrachten Leistungen noch in einer Vielzahl anderer Bereiche niederschlagen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit reicht die Palette hier von speziellen Reiseversicherungen über kulturelle Angebote wie Museen, Theater oder Konzerte, über Messen und Ausstellungen, Sportveranstaltungen, Spielbanken, Bäder und Freizeiteinrichtungen bis zu Dienstleistungen von Friseuren oder sogar speziellen Tourismuseinrichtungen wie Fremdenverkehrsvereinen oder Tourismusverbänden. Auch wenn es sich im einzelnen dabei nicht um sehr bedeutende Wirtschaftsbereiche handelt, addiert sich die Beschäftigtenzahl schnell zu einer ansehnlichen Größenordnung. So weist der Mikrozensus für die „Erbringung von sonstigen kulturellen und unterhaltenden Leistungen“ (enthält zum Beispiel Orchester und Konzertveranstalter) 17 000, für „Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten“ 7 000, für „Sport“ (enthält unter anderem Sportanlagen, -vereine und -schulen) 8 000 und für die „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit“ (enthält zum Beispiel Spielbanken, Garten- und Grünanlagen) nochmals 8 000 Beschäftigte nach, zusammen finden in diesen heterogenen Sparten also 40 000 Menschen Arbeit.

Diese Einrichtungen können einerseits bei ohnehin durchgeführten Reisen nachgefragt oder aber selbst Anlaß von Reisen sein. In letzterem Fall entsteht touristische Nachfrage also nicht nur in dem betreffenden Bereich selbst, sondern seine Wirkung strahlt auch auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Daß daraus durchaus auch ökonomisch beachtliche Wirkungen resultieren können, läßt sich an einer Vielzahl von Beispielen klar belegen. So schlugen sich zum Beispiel einige überregional beachtete Ausstellungen in der Kunsthalle Tübingen während der Aus-

stellungszeit unter anderem deutlich positiv in den Übernachtungen der Stadt nieder¹⁹ und in Stuttgart und Umgebung stiegen die Übernachtungszahlen durch den regelmäßigen Spielbetrieb von inzwischen zwei Musicals an. Als weiteres Beispiel läßt sich die Gemeinde Rust anführen, der Sitz des größten Freizeitparks im Land. Dieser Ort erzielte nämlich in den letzten Jahren mit die stärksten Übernachtungszuwächse im Land (siehe unten).

Da diese indirekten Effekte allerdings bereits anderweitig gezählt wurden, sind hier nur die direkten Beschäftigungswirkungen zu berücksichtigen. Auch wenn für eine genauere Quantifizierung die Informationsgrundlagen nicht ausreichend sind, liegt man sicherlich nicht zu hoch, wenn man die touristisch bestimmte Beschäftigtenzahl in den sonstigen Dienstleistungsbereichen mit einem Viertel, also mit etwa 10 000 Personen ansetzt.

Wirtschaftsbereiche der Endnachfrage zusammen

Bei einer Addition der einzelnen Bereiche ergibt sich rechnerisch für die direkt touristisch bestimmten Beschäftigten eine Größenordnung von etwa 190 000 Personen, wobei allerdings auch geringfügig Beschäftigte und Teilzeitkräfte voll mitgezählt sind. Da die Werte jedoch zumindest teilweise eher den Charakter einer Modellrechnung als den einer echten Schätzung haben, ist dieser Wert mit erheblicher Vorsicht zu interpretieren. Er dürfte aber wegen der oft bewußt niedrig gewählten Ansätze und wegen der Nichtberücksichtigung von Teilbereichen wie des Taxi-gewerbes eher eine Untergrenze darstellen. Immerhin zeigt sich, daß das Übernachtungsgewerbe einschließlich Privatquartieren mit einem Anteil von über der Hälfte einen Kernbereich des Tourismus darstellt, wovon wiederum über die Hälfte auf die Hotellerie zurückgeht. Wichtige Säulen des Tourismus sind daneben der Handel, insbesondere der mit dem Individualverkehr zusammenhängende Teil einschließlich dem Reparaturgewerbe, sowie das Gaststättengewerbe, wobei hier allerdings der Tourismusanteil jeweils nur sehr frei angesetzt wurde. Abgerundet wird der Tourismusbereich durch den gewerblichen Verkehrssektor sowie durch vielfältige, teilweise sehr eng mit dem Tourismus verbundene Dienstleistungen.

Diese Größen berücksichtigen aber nur den direkten Beschäftigungseffekt des Tourismus auf der Endstufe, die indirekten Effekte auf vorgelagerte Stufen, insbesondere

19 Vergleiche zu diesem Thema auch: Häusser, T.: Ökonomische Sekundäreffekte auf den örtlichen Einzelhandel sowie Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe durch Ausstellungsbesucher der Kunsthalle Tübingen, in: Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement, 1997.

in den Bereich der Produktion, wären für die Ermittlung eines Gesamteffekts also zusätzlich zu veranschlagen. Dabei dürfte nochmals eine beträchtliche Zahl an Beschäftigten hinzukommen, wenn man zum Beispiel auch daran denkt, daß Baden-Württemberg als Produktionsstandort von Kraftfahrzeugen in einem relativ stark touristisch determinierten Bereich einen seiner Produktionsschwerpunkte aufweist. Unter Einschluß dieser Effekte läßt sich zumindest die Schlußfolgerung ziehen, daß die bisher häufig für Baden-Württemberg genannte Zahl von 200 000 tourismusabhängigen Beschäftigten noch deutlich untertrieben sein dürfte.

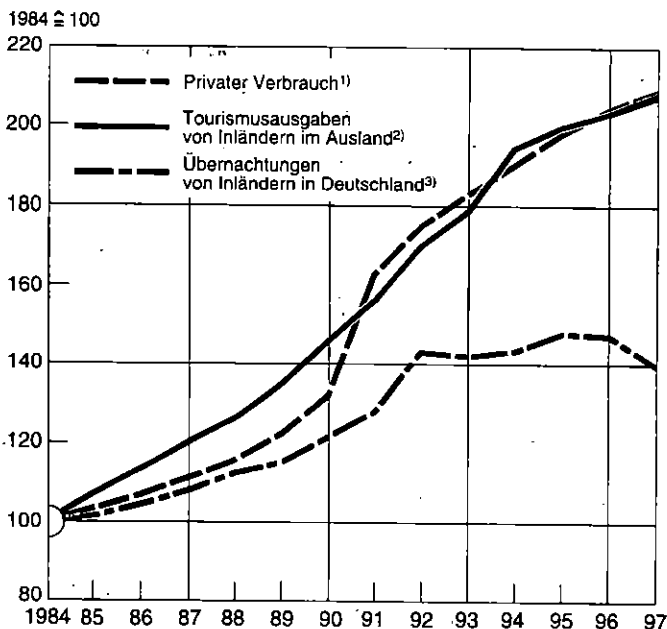
Bundesweite Entwicklungen im Tourismus

Nachdem sich die bisherigen Ausführungen schwerpunktmäßig mit der Thematik einer möglichst umfassenden Darstellung des Tourismus speziell aus Ländersicht auseinandergesetzt haben, soll im folgenden die zeitliche Entwicklung im Mittelpunkt stehen, ergänzt um einige strukturelle Aspekte insbesondere am aktuellen Ende dieses Prozesses. Da es hier vor allem um kontinuierliche Veränderungen geht, konzentriert sich die Darstellung auf die Teilbereiche, für die laufende statistische Daten auf vergleichbarer Grundlage vorliegen. Neben einigen volkswirtschaftlichen Rahmendaten gilt das insbesondere für die laufende Beherbergungsstatistik als speziell auf touristisch relevante Fragestellungen zugeschnittene Erhebung.²⁰ Damit werden zwar wichtige Teilbereiche des Tourismus wie insbesondere die Tagesbesucher und die Übernachtungen in Privatquartieren ausgeblendet. Allerdings dürfte sich die dabei erkennbaren allgemeine Entwicklungslinien in ähnlicher Form auch hier niederschlagen. Zum anderen ist aus dem speziell interessierenden Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes zumindest der Teil voll in der Beherbergungsstatistik enthalten, der in nennenswertem Umfang als Anbieter auf dem Übernachtungsmarkt auftritt.

Für den deutschen Inlandstourismus stellen die Inländer, also die in Deutschland wohnenden Bürger, den weitaus bedeutendsten Gästekreis dar. So entfielen 1997 von den bundesweit registrierten Übernachtungen immerhin über 88 % auf Gäste aus dem eigenen Land. Ganz entscheidend für die Marktposition der heimischen Anbieter ist damit neben der Reisehäufigkeit auch das Verhältnis zwi-

Schaubild 4

Inländertourismus in Deutschland seit 1984



1) Ab 1991 Gesamtdeutschland. – 2) Ab Juli 1990 Gesamtdeutschland. – 3) Ab 1992 Gesamtdeutschland, Beherbergungsstätten ab 9 Betten.
Quelle: Tourismusausgaben, Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

206 98

schen Inlands- und Auslandstourismus bei den deutschen Reisenden. In *Schaubild 4* ist hierzu die Entwicklung der Tourismusausgaben der Inländer im Ausland dem Verlauf der Übernachtungszahlen in Deutschland gegenübergestellt, wobei als Orientierungsgröße der Private Verbrauch aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hinzugefügt ist, aus dem die Reiseausgaben im wesentlichen²¹ bestritten werden. Auf den ersten Blick scheint sich hier eine deutliche Schere zwischen den Auslandsreisen und dem Inlandstourismus aufzutun. Allerdings muß dabei mitberücksichtigt werden, daß es sich bei den Übernachtungszahlen im Gegensatz zu den beiden anderen Reihen um reale Größen handelt. Um voll vergleichbar zu sein, müßten sie eigentlich noch mit der Ausgabenentwicklung je Übernachtung „inflationiert“ werden, die in dieser Form allerdings nicht bekannt ist. Wenn man beispielsweise davon ausgeht, daß sich diese Größe von 1984 bis 1997 um 50 % erhöht hätte,²² dann wären die

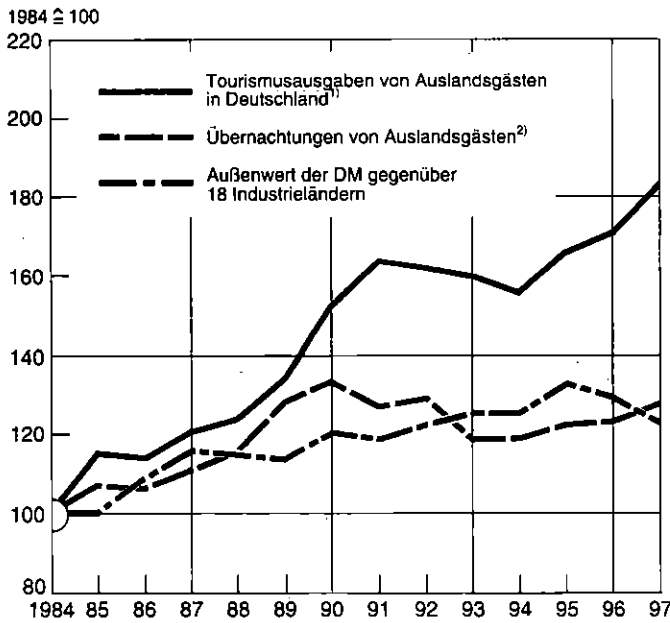
21 Touristische Ausgaben können daneben auch als Kostenfaktor im geschäftlichen Bereich erscheinen, nämlich bei Geschäftsreisen oder in Form von Ausgaben der Sozialversicherungs- oder anderer Träger etwa für Kurmaßnahmen.

22 Diese Größenordnung entspricht etwa den Preissteigerungen, die in der laufenden Gastgewerbestatistik in Baden-Württemberg bei der Umrechnung von nominalen in reale Umsätze für das Beherbergungsgewerbe zugrundegelegt werden.

20 Im folgenden beziehen sich Angaben etwa zu den Übernachtungen stets auf diese Abgrenzung. Auf eine Einbeziehung des Reiseverkehrs campings wird verzichtet, weil sich hier erstens abweichend von den Beherbergungsstätten keine Auslastung in vergleichbarer Form ermitteln läßt und weil zweitens Geheimhaltungsprobleme (bereits auf Bundesebene in den Stadtstaaten) auftauchen würden.

Schaubild 5

Ausländertourismus in Deutschland seit 1984



1) Ab Juli 1990 Gesamtdeutschland. – 2) Ab 1992 Gesamtdeutschland; Beherbergungsstätten ab 9 Betten.
Quelle: Deutsche Bundesbank (Tourismusausgaben, Außenwert der DM).

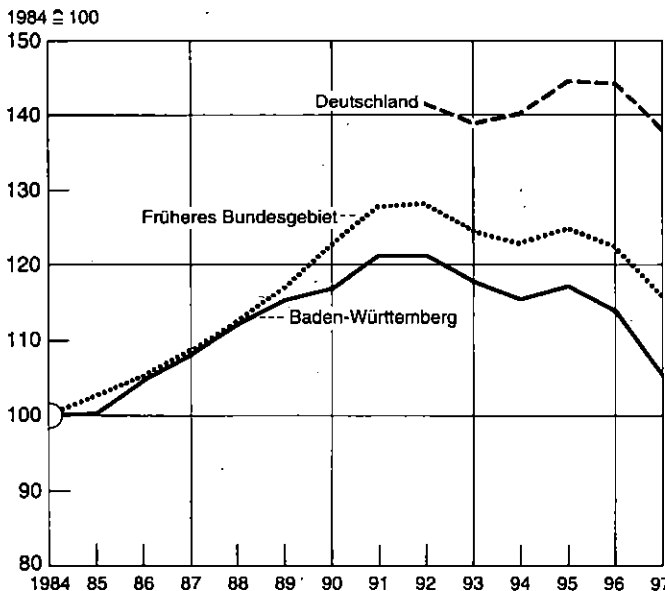
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

207 98

Veränderungsraten der Auslands- und Inlandsausgaben über die gesamte Zeitspanne betrachtet in etwa gleich. Demnach könnte zumindest von einer längerfristigen globalen Verlagerung des Tourismus vom Inland ins Ausland nicht die Rede sein. Allerdings lassen sich deutlich verschiedene Phasen unterscheiden: Von 1984 bis 1990 verliefen die touristischen Auslandsausgaben und die inländischen Übernachtungen auf unterschiedlichem Niveau gleichgerichtet durchgehend expansiv, wobei die Aufwendungen für Auslandsreisen deutlich stärker stiegen als der Private Verbrauch. Im Zeitraum um die deutsche Wiedervereinigung folgte dann allerdings ein Bruch. Der Private Verbrauch stieg durch die Integration der neuen Bundesländer sprunghaft an, die Tourismusausgaben im Ausland nahmen aber nicht wesentlich stärker zu als zuvor auch. Offensichtlich hatten also die Bürger der neuen Bundesländer im konsumtiven Bereich zunächst andere Prioritäten als Auslandsreisen. In Deutschland selbst bewirkte die Wiedervereinigung zunächst allerdings einen Übernachtungsschub, der sich jedoch nicht zuletzt auch mit den neu erschlossenen Reisegebiete im Osten in Verbindung bringen läßt. 1993 nahm das Interesse an Inlandsreisen mit Übernachtungen im Gegensatz zu den Auslandsreiseausgaben ab, um sich dann bis 1995/96 wieder leicht zu fangen. Die überproportionale Steigerung der Auslandsausgaben 1994 im Vergleich zum Privaten Verbrauch könnte nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein, daß sich hier das Interesse besonders der neuen Bundesbürger an Auslandsreisen Raum verschaffte. Allerdings scheint es sich dabei eher um einen einmaligen Effekt gehandelt zu haben, denn danach stiegen die Tourismusausgaben im Ausland schwächer als die Verbrauchsausgaben insgesamt. 1997 war in Deutschland durch einen deutlichen Rückgang der Übernachtungen bei den Inländern um 5,2 % gekennzeichnet, die wesentlich im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen im Kurzbereich zu sehen sind.

Schaubild 6

Übernachtungen*) in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1984



*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

209 98

Der Ausländertourismus spielt dagegen vom Volumen her in Deutschland nur eine zweitrangige Rolle. So betragen die bei Ausländern erzielten Tourismuseinnahmen in Deutschland 1997 nur etwa ein Drittel des Betrags, den die Deutschen für diesen Zweck im Ausland ausgaben, und in den deutschen Beherbergungsbetrieben kamen auf 100 Übernachtungen von Inländern nur 12 von Ausländern. Insgesamt verläuft die Entwicklung hier noch deutlich unsteter als beim Inländertourismus. Generell zeigt sich auch in Schaubild 5, daß die deutschen Tourismuseinnahmen als Nominalgröße deutlich stärker steigen bzw. schwächer sinken als (realen) Übernachtungen, weil sich die Ausgaben je Übernachtung im Zeitablauf tendenziell erhöhen. Von 1984 bis 1989 befanden sich die Übernachtungen und Einnahmen gleichgerichtet weitgehend auf einem Wachstumspfad. Die starken Anstiege der Einnahmen 1990 und 1991 insbesondere im Vergleich zur deutlich schwächeren Übernachtungsentwicklung sind dabei überwiegend dadurch zu erklären, daß in der ersten Größe die neuen Bundesländer bereits seit Juli 1990 enthal-

Tabelle 2

Übernachtungen von In- und Auslandsgästen *) in Baden-Württemberg und in Deutschland seit 1984

Jahr	Baden-Württemberg		Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer und Berlin-Ost	
	Inlandsgäste	Auslandsgäste	Inlandsgäste	Auslandsgäste	Inlandsgäste	Auslandsgäste
	1 000					
1984	29 244	3 924	181 802	26 152	–	–
1985	28 979	4 221	185 003	28 079	–	–
1986	30 476	4 209	190 793	27 812	–	–
1987	31 440	4 402	196 698	29 094	–	–
1988	32 644	4 568	204 214	30 117	–	–
1989	33 339	4 936	209 816	33 578	–	–
1990	33 831	4 931	220 883	34 842	–	–
1991	35 548	4 722	232 963	33 246	–	–
1992	35 516	4 717	234 836	31 953	25 183	1 866
1993	34 732	4 339	230 088	29 224	27 834	1 845
1994	34 004	4 290	226 446	28 886	33 463	2 295
1995	34 518	4 405	230 174	29 305	38 420	2 721
1996	33 385	4 421	225 473	29 345	42 267	2 906
1997	30 429	4 530	210 753	30 400	43 030	2 987
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1985	– 0,9	+ 7,6	+ 1,8	+ 7,4	–	–
1986	+ 5,2	– 0,3	+ 3,1	– 1,0	–	–
1987	+ 3,2	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,6	–	–
1988	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	–	–
1989	+ 2,1	+ 8,1	+ 2,7	+ 11,5	–	–
1990	+ 1,5	– 0,1	+ 5,3	+ 3,8	–	–
1991	+ 5,1	– 4,2	+ 5,5	– 4,6	–	–
1992	– 0,1	– 0,1	+ 0,8	– 3,9	–	–
1993	– 2,2	– 8,0	– 2,0	– 8,5	+ 10,5	– 1,1
1994	– 2,1	– 1,1	– 1,6	– 1,2	+ 20,2	+ 24,4
1995	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 14,8	+ 18,6
1996	– 3,3	+ 0,4	– 2,0	+ 0,1	+ 10,0	+ 6,8
1997	– 8,9	+ 2,5	– 6,5	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,8

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten.

ten sind, während sie in die zweite erst ab 1992 eingingen. 1992 bis 1994 war der Ausländertourismus rückläufig, um dann ab 1995 wieder deutlich anzusteigen. Allerdings wurde selbst in dem guten Jahr 1997, als die Ausländerübernachtungen um 3,5 % zulegten, und im vergrößerten Staatsgebiet die Übernachtungszahl des früheren Bundesgebietes aus dem Spitzenjahr 1990 noch nicht wieder erreicht. Als mögliche Erklärungsursache für die Schwankungen des Ausländertourismus in Deutschland bietet sich die Wechselkursentwicklung an. Allerdings zeigt eine Gegenüberstellung mit der Entwicklung des Außenwerts der DM nur zeitweise den zu erwartenden Zusammenhang – theoretisch müßten beide Kurven eher gegenläufig sein. So könnte zwar die vergleichsweise ungünstige Entwicklung des Ausländertourismus in den Jahren 1992 bis 1994 mit der zunehmenden Stärke der DM und der Anstieg 1996/97 mit der tendenziell schwä-

cheren DM erklärt werden, allerdings war der Ausländertourismus auch 1995 expansiv, in einem Jahr also, als die DM für Ausländer deutlich teurer wurde.

Einen ersten Einblick in die regionale Entwicklung des Übernachtungstourismus (Inländer und Ausländer zusammen) innerhalb Deutschlands unter spezieller Berücksichtigung Baden-Württembergs gibt *Schaubild 6*. Danach konzentrierte sich der Übernachtungszuwachs insbesondere 1992 eindeutig auf die neuen Bundesländer, und auch danach stellte sich die Entwicklung im früheren Bundesgebiet jeweils ungünstiger dar als in Deutschland insgesamt bzw. vor allem als in den neuen Reisegebieten im Osten Deutschlands. *Tabelle 2* belegt, daß das sowohl für die Inländer als auch – mit Ausnahme des Jahres 1997 – für die Ausländer zutrifft. Auch wenn die Reiseströme innerhalb Deutschlands aus den Daten

nicht direkt erkennbar sind, läßt sich etwas überspitzt formulieren: Die nach der Wiedervereinigung wieder für alle Deutschen frei zugänglichen Reisegebiete in den neuen Bundesländern traten als Konkurrenten der Reisegebiete in den alten Bundesländern auf und nahmen ihnen zunehmend Marktanteile ab. Die entstehenden Lücken wurden auch nicht durch die potentiellen neuen Gäste aus den neuen Bundesländern geschlossen, weil die Bürger aus den neuen Ländern entweder generell weniger reise-freudig sind oder sich zumindest auf das Ostgebiet konzentrieren. Die Übernachtungen in Baden-Württemberg entwickelten sich bis 1989 fast parallel zum früheren Bundesgebiet insgesamt, verloren aber insbesondere 1990 den Anschluß an die mit auch vereinigungsbedingte Expansion in den alten Bundesländern. Bei den deutschen Gästen verlor das Land auch danach zwar nie spektakulär, aber stetig innerhalb des früheren Bundesgebietes weiterhin Marktanteile. Bis auf das Jahr 1997 schnitt Baden-Württemberg zwar seit 1991 durchgehend bei den Auslandsgästen relativ gut ab, dies reichte aber nur im Jahr 1995 gerade aus, um die relativ ungünstige Entwicklung bei den Gästen aus Deutschland auszugleichen. Insgesamt scheint also Baden-Württemberg beim Übernachtungstourismus – möglicherweise auch wegen seiner geographischen Randlage im Süden – eher zu den Verlierern der deutschen Wiedervereinigung zu gehören.

Die Gesamtentwicklung in den Bundesländern

Weiteren Aufschluß über diesen Zusammenhang kann eine differenzierte Analyse nach den einzelnen Bundesländern bringen. In den *Tabellen 3 und 4* sind wesentliche Kennzahlen zur Entwicklung des Übernachtungstourismus jedes Landes für den Zeitraum von 1984 bis 1997 zusammengefaßt. Dargestellt werden hier jeweils das Ausgangsjahr 1984 und das Endjahr 1997 sowie die Jahre, in denen der entsprechende Wert innerhalb der gesamten Zeitspanne sein Minimum und Maximum erreichte. Für die neuen Bundesländer ließen sich die Gäste- und Übernachtungszahlen ab 1992 ermitteln, die kapazitätsbezogenen Angaben zum Bettenangebot und der Auslastung liegen jedoch erst ab 1993 vor. Um das Ausmaß der Entwicklungen zu verdeutlichen, sind neben den Absolutwerten auch die relevanten Veränderungs-raten angegeben, auf eine gesonderte Darstellung von Inlands- und Auslandsgästen wird allerdings aus Platzgründen verzichtet. Zusätzlich zum Bundesergebnis werden wegen der unterschiedlichen Abgrenzungen auch das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer (einschließlich Ost-Berlin) getrennt nachgewiesen. Daneben wurden – weil das Datenmaterial hier jeweils gewisse Gemeinsamkeiten erkennen ließ – spezifische Zusammenfassungen für die „alten Nordländer“ (nördlich von Rheinland-Pfalz und Hessen, ohne Berlin), die „alten Südländer“ und die „Ostländer“ (neue Länder einschließlich Berlin) gebildet.

Die erste Kenngröße, nämlich die Zahl der Ankünfte, sagt dabei aus, wieviele Gäste insgesamt übernachtet haben. Im Ausgangsjahr 1984 war Bayern mit deutlich über einem Viertel aller Gäste in der damaligen Bundesrepublik das mit Abstand beliebteste Reiseland, mit deutlichem Abstand gefolgt von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Mit fast 63 % der Gäste lag ein deutlicher Schwerpunkt der Reiseziele im Süddeutschen Raum. In den meisten alten Bundesländern stiegen die Gästezahlen ab 1984 bis in einen Zeitraum um 1990 bis 1992 stetig an, nahmen dann vor allem 1993 und 1994 ab, um seither erneut stetig zuzunehmen. Außer in Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurden durch diesen Anstieg die zwischenzeitlichen Spitzen aus den Jahren um 1990/92 im Jahr 1997 wieder übertroffen, und auch die genannten Länder liegen nur noch knapp darunter.²³ Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß innerhalb des früheren Bundesgebiets alle Nordländer überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten, alle Südländer dagegen unterdurchschnittliche. In den neuen Bundesländern verzeichneten alle Länder seit 1992 – allerdings ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau – durchgehend kräftige Gästezuwächse, wenn man von dem 1997 stagnierenden Thüringen absieht. Allein in diesen fünf Jahren lag die Zuwachsrate in den neuen Bundesländern höher als selbst in den Nordländern in der gesamten Zeitspanne von 1984 bis 1997. Im letzten Jahr ergab sich damit bei der Gästezahl gegenüber 1984 ein doch deutlich verändertes Bild. Zwar steht Bayern immer noch deutlich an der Spitze, der Anteil am erweiterten Bundesgebiet beträgt aber nur noch gut ein Fünftel, das der Südländer zusammen nur noch knapp die Hälfte. Nordrhein-Westfalen konnte sich inzwischen von Baden-Württemberg absetzen, Niedersachsen hat das 1984 noch deutlich vor ihm liegende Hessen überholt. Die sächsischen Beherbergungsbetriebe ziehen inzwischen mehr Gäste an als ein touristisches Traditionsland wie Schleswig-Holstein.

Die Übernachtungen als die für die touristischen Anbieter ökonomisch relevantere Größe hängen neben der Gästezahl auch von der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer ab. Da sich die Zahl der Übernachtungen je Gast auch zwischen den Bundesländern deutlich unterscheidet, ergab sich bereits 1984 bei den Übernachtungen gegenüber der Gästezahl ein doch etwas modifiziertes Bild. Bei durchschnittlich bundesweit 3,6 Übernachtungen schnitten vor allem Schleswig-Holstein mit 5,8 Nächten, aber auch Bayern mit 4,0 Nächten und Niedersachsen mit 3,9 Nächten vergleichsweise günstiger ab. Baden-Württemberg lag mit 3,7 Nächten zwar nur geringfügig über dem Bundeswert, profitierte aber von der kurzen Aufenthaltsdauer in Nordrhein-Westfalen (3,1 Nächte) insofern, als es bei den

²³ Einen Sonderfall stellt das Saarland dar, das in den letzten Jahren stark von wenigen Vorsorge- und Rehabilitationskliniken geprägt wird, insgesamt aber nur eine geringe Rolle spielt. Daher wird auf eine Kommentierung dieses Landes im folgenden verzichtet.

Tabelle 3

Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in den Bundesländern 1984 bis 1997 *)

Land	1984	Niedrigster Wert			Höchster Wert			1997			
		Jahr	Anzahl	Veränderung gegen 1984 in %	Jahr	Anzahl	Veränderung gegen 1984 in %	Anzahl	Veränderung gegen		
									1984	niedrigstem	höchstem
			%								
Ankünfte insgesamt in 1 000											
Baden-Württemberg	9 009	1984	9 009	-	1997	11 748	+ 30,4	11 748	+ 30,4	+ 30,4	-
Bayern	15 058	1984	15 058	-	1991	20 078	+ 33,3	19 557	+ 29,9	+ 29,9	- 2,6
Berlin	1 718	1984	1 718	-	1997	3 449	+ 100,7	3 449	+ 100,7	+ 100,7	-
Brandenburg	-	1992	1 180	-	1997	2 415	-	2 415	-	+ 104,7	-
Bremen	379	1984	379	-	1997	577	+ 52,1	577	+ 52,1	+ 52,1	-
Hamburg	1 503	1984	1 503	-	1997	2 431	+ 61,8	2 431	+ 61,8	+ 61,8	-
Hessen	6 824	1984	6 824	-	1997	8 518	+ 24,8	8 518	+ 24,8	+ 24,8	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	1992	1 976	-	1997	3 078	-	3 078	-	+ 55,8	-
Niedersachsen	5 818	1984	5 818	-	1997	8 832	+ 51,8	8 832	+ 51,8	+ 51,8	-
Nordrhein-Westfalen	9 003	1985	8 954	- 0,5	1997	13 110	+ 45,6	13 110	+ 45,6	+ 46,4	-
Rheinland-Pfalz	4 644	1986	4 622	- 0,5	1992	5 464	+ 17,7	5 396	+ 16,2	+ 16,8	- 1,2
Saarland	393	1984	393	-	1994	574	+ 46,2	569	+ 44,9	+ 44,9	- 0,9
Sachsen	-	1992	2 187	-	1997	4 362	-	4 362	-	+ 99,4	-
Sachsen-Anhalt	-	1992	979	-	1997	1 976	-	1 976	-	+ 101,8	-
Schleswig-Holstein	2 832	1984	2 832	-	1992	4 129	+ 45,8	4 057	+ 43,3	+ 43,3	- 1,7
Thüringen	-	1992	1 742	-	1996	2 551	-	2 550	-	+ 46,3	- 0,1
Bundesgebiet	57 180	1984	57 180	-	1997	92 624	+ 62,0	92 624	+ 62,0	+ 62,0	-
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet	57 180	1984	57 180	-	1997	77 305	+ 35,2	77 305	+ 35,2	+ 35,2	-
Neue Länder u. Berlin-Ost	-	1992	8 797	-	1997	15 319	-	15 319	-	+ 74,1	-
Alte Nordländer ¹⁾	19 534	1984	19 534	-	1997	29 008	+ 48,5	29 008	+ 48,5	+ 48,5	-
Alte Südländer ²⁾	35 928	1984	35 928	-	1991	45 790	+ 27,4	45 787	+ 27,4	+ 27,4	- 0,0
Ostländer ³⁾	-	1992	11 171	-	1997	17 830	-	17 830	-	+ 59,6	-
Übernachtungen insgesamt in 1 000											
Baden-Württemberg	33 168	1984	33 168	-	1991	40 270	+ 21,4	34 958	+ 5,4	+ 5,4	- 13,2
Bayern	59 722	1984	59 722	-	1991	77 157	+ 29,2	66 753	+ 11,8	+ 11,8	- 13,5
Berlin	4 802	1984	4 802	-	1997	7 989	+ 66,4	7 989	+ 66,4	+ 66,4	-
Brandenburg	-	1992	3 663	-	1997	7 313	-	7 313	-	+ 99,7	-
Bremen	742	1984	742	-	1997	1 094	+ 47,5	1 094	+ 47,5	+ 47,5	-
Hamburg	2 879	1984	2 879	-	1997	4 347	+ 51,0	4 347	+ 51,0	+ 51,0	-
Hessen	23 331	1997	22 825	- 2,2	1991	28 265	+ 21,1	22 825	- 2,2	-	- 19,2
Mecklenburg-Vorpommern	-	1992	6 661	-	1997	11 579	-	11 579	-	+ 73,8	-
Niedersachsen	22 415	1984	22 415	-	1996	32 916	+ 46,8	31 960	+ 42,6	+ 42,6	- 2,9
Nordrhein-Westfalen	28 100	1984	28 100	-	1992	36 230	+ 28,9	34 277	+ 22,0	+ 22,0	- 5,4
Rheinland-Pfalz	15 322	1984	15 322	-	1991	18 542	+ 21,0	16 402	+ 7,0	+ 7,0	- 11,5
Saarland	1 145	1984	1 145	-	1996	2 134	+ 86,4	1 948	+ 70,2	+ 70,2	- 8,7
Sachsen	-	1992	6 751	-	1997	12 559	-	12 559	-	+ 86,0	-
Sachsen-Anhalt	-	1992	2 957	-	1996	5 285	-	5 063	-	+ 71,3	- 4,2
Schleswig-Holstein	16 328	1985	16 322	- 0,0	1992	22 116	+ 35,4	20 776	+ 27,2	+ 27,3	- 6,1
Thüringen	-	1992	5 144	-	1996	7 754	-	7 328	-	+ 42,5	- 5,5
Bundesgebiet	207 953	1984	207 953	-	1995	300 621	+ 44,6	287 170	+ 38,1	+ 38,1	- 4,5
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet	207 953	1984	207 953	-	1992	266 790	+ 28,3	241 153	+ 16,0	+ 16,0	- 9,6
Neue Länder u. Berlin-Ost	-	1992	27 049	-	1997	46 017	-	46 017	-	+ 70,1	-
Alte Nordländer ¹⁾	70 464	1984	70 464	-	1992	96 249	+ 36,6	92 454	+ 31,2	+ 31,2	- 3,9
Alte Südländer ²⁾	132 688	1984	132 688	-	1991	166 002	+ 25,1	142 885	+ 7,7	+ 7,7	- 13,9
Ostländer ³⁾	-	1992	32 835	-	1997	51 831	-	51 831	-	+ 57,9	-

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten; Angaben für Neue Länder und Berlin 1992 aus 1993 errechnet. - 1) Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein. - 2) Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland. - 3) Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Tabelle 4

Entwicklung des Bettenangebots und der Auslastung in den Bundesländern 1984 bis 1997 *)

Land	1984	Niedrigster Wert			Höchster Wert			1997			
		Jahr	Anzahl	Veränderung gegen 1984 in %	Jahr	Anzahl	Veränderung gegen 1984 in %	Anzahl	Veränderung gegen		
									1984	niedrigstem	höchstem
					Wert			%			
Angebotene Bettentage in 1 000 ¹⁾											
Baden-Württemberg	87 285	1985	86 912	- 0,4	1997	99 596	+ 14,1	99 596	+ 14,1	+ 14,6	-
Bayern	164 071	1984	164 071	-	1997	194 048	+ 18,3	194 048	+ 18,3	+ 18,3	-
Berlin	9 489	1984	9 489	-	1997	18 115	+ 90,9	18 115	+ 90,9	+ 90,9	-
Brandenburg	-	1993	10 888	-	1997	22 639	-	22 639	-	+ 107,9	-
Bremen	1 733	1984	1 733	-	1997	3 031	+ 74,9	3 031	+ 74,9	+ 74,9	-
Hamburg	6 839	1984	6 839	-	1997	9 533	+ 39,4	9 533	+ 39,4	+ 39,4	-
Hessen	57 608	1984	57 608	-	1997	63 579	+ 10,4	63 579	+ 10,4	+ 10,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	1993	17 983	-	1997	33 956	-	33 956	-	+ 88,8	-
Niedersachsen	62 264	1984	62 264	-	1997	88 044	+ 41,4	88 044	+ 41,4	+ 41,4	-
Nordrhein-Westfalen	75 741	1984	75 741	-	1997	92 641	+ 22,3	92 641	+ 22,3	+ 22,3	-
Rheinland-Pfalz	44 670	1984	44 670	-	1997	53 426	+ 19,6	53 426	+ 19,6	+ 19,6	-
Saarland	3 347	1984	3 347	-	1997	5 112	+ 52,8	5 112	+ 52,8	+ 52,8	-
Sachsen	-	1993	18 036	-	1997	38 174	-	38 174	-	+ 111,7	-
Sachsen-Anhalt	-	1993	9 151	-	1997	17 642	-	17 642	-	+ 92,8	-
Schleswig-Holstein	40 617	1984	40 617	-	1997	57 710	+ 42,1	57 710	+ 42,1	+ 42,1	-
Thüringen	-	1993	16 602	-	1997	24 264	-	24 264	-	+ 46,2	-
Bundesgebiet	553 664	1984	553 664	-	1997	821 511	+ 48,4	821 511	+ 48,4	+ 48,4	-
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet	553 664	1984	553 664	-	1997	679 305	+ 22,7	679 305	+ 22,7	+ 22,7	-
Neue Länder u. Berlin-Ost	-	1993	76 690	-	1997	141 589	-	141 589	-	+ 84,6	-
Alte Nordländer ²⁾	187 193	1984	187 193	-	1997	250 959	+ 34,1	250 959	+ 34,1	+ 34,1	-
Alte Südländer ³⁾	356 982	1984	356 982	-	1997	415 761	+ 16,5	415 761	+ 16,5	+ 16,5	-
Ostländer ⁴⁾	-	1993	88 110	-	1997	154 791	-	154 791	-	+ 75,7	-
Auslastung angebotene Betten in %											
Baden-Württemberg	38,0	1997	35,1	- 7,6	1991	45,4	+ 19,5	35,1	- 7,6	-	- 22,7
Bayern	36,4	1997	34,4	- 5,5	1991	44,3	+ 21,7	34,4	- 5,5	-	- 22,3
Berlin	50,6	1996	43,2	- 14,6	1990	67,3	+ 33,0	44,1	- 12,8	+ 2,1	- 34,5
Brandenburg	-	1997	32,3	-	1994	37,8	-	32,3	-	-	- 14,6
Bremen	42,8	1997	36,1	- 15,7	1989	47,0	+ 9,8	36,1	- 15,7	-	- 23,2
Hamburg	42,1	1984	42,1	-	1991	54,2	+ 28,7	45,6	+ 8,3	+ 8,3	- 15,9
Hessen	40,5	1996	35,9	- 11,4	1991	48,1	+ 18,8	35,9	- 11,4	-	- 25,4
Mecklenburg-Vorpommern	-	1997	34,1	-	1993	42,3	-	34,1	-	-	- 19,4
Niedersachsen	36,0	1984	36,0	-	1992	44,3	+ 23,1	36,3	+ 0,8	+ 0,8	- 18,1
Nordrhein-Westfalen	37,1	1985	36,5	- 1,6	1991/92	42,9	+ 15,6	37,0	- 0,3	+ 1,4	- 13,8
Rheinland-Pfalz	34,3	1997	30,7	- 10,5	1991	35,6	+ 3,8	30,7	- 10,5	-	- 13,8
Saarland	34,2	1984	34,2	-	1995	42,6	+ 24,6	38,1	+ 11,4	+ 11,4	- 10,6
Sachsen	-	1997	32,9	-	1994	40,4	-	32,9	-	-	- 18,6
Sachsen-Anhalt	-	1997	28,7	-	1993	36,8	-	28,7	-	-	- 22,0
Schleswig-Holstein	40,2	1997	36,0	- 10,4	1992	42,4	+ 5,5	36,0	- 10,4	-	- 15,1
Thüringen	-	1997	30,2	-	1994	35,8	-	30,2	-	-	- 15,6
Bundesgebiet	37,6	1997	34,9	- 7,2	1991	44,0	+ 17,0	34,9	- 7,2	-	- 20,7
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet	37,6	1997	35,5	- 5,6	1991	44,0	+ 17,0	35,5	- 5,6	-	- 19,3
Neue Länder u. Berlin-Ost	-	1997	32,5	-	1993/94	38,7	-	32,5	-	-	- 16,0
Alte Nordländer ²⁾	37,6	1997	36,8	- 2,1	1991	43,6	+ 15,7	36,8	- 2,1	-	- 15,4
Alte Südländer ³⁾	37,2	1997	34,4	- 7,5	1991	43,9	+ 18,2	34,4	- 7,5	-	- 21,7
Ostländer ⁴⁾	-	1997	33,5	-	1993	39,8	-	33,5	-	-	- 16,0

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten; Angaben für Neue Bundesländer und Berlin liegen ab 1993 vor. - 1) Errechnet aus Übernachtungen und Auslastung. -

2) Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein. - 3) Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland. -

4) Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Übernachtungszahlen unangefochten die Nummer zwei darstellte. Wegen einer leicht überdurchschnittlichen Aufenthaltsdauer ging bei den Übernachtungen mit fast 64 % ein noch etwas höherer Anteil als bei den Gästen auf das Konto der Südländer. Da die Gäste im früheren Bundesgebiet 1997 aber nur noch durchschnittlich 3,1 Nächte blieben, verlief die Übernachtungsentwicklung im Vergleich zur Gästeentwicklung deutlich gedämpfter. Was für das frühere Bundesgebiet insgesamt gilt, trifft weitgehend auch auf die dazu zählenden Länder zu, allerdings mit Ausnahmen: Die höchsten Übernachtungszahlen wurden im Regelfall 1991 oder 1992 registriert, 1997 liegt mehr oder weniger deutlich darunter. Die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen kamen, da sie nicht über entsprechende Einrichtungen verfügen, 1997 ungeschoren von der Kurkrise davon und verzeichneten hier sogar neue Spitzenwerte bei den Übernachtungen. Die Ausnahme Niedersachsen hatte sich 1996 gegenüber 1992 noch leicht verbessert, mußte 1997 aber auch wieder einen Rückgang hinnehmen. In Hessen waren die Verluste seit 1991 sogar so stark, daß es 1997 leicht hinter den Wert von 1984 zurückfiel. Sowohl gegen Ende der Expansionsphase von 1984 bis zu Beginn der 90er Jahre als auch in der nachfolgenden Stagnations- und Rückgangphase wird in der Übernachtungsentwicklung ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. Die alten Nordländer legten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bzw. am Übergang zu den 90er Jahren überdurchschnittlich stark zu, was insbesondere für die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie für Niedersachsen galt, nur schwach allerdings für Nordrhein-Westfalen. Während sich Bayern bis 1991 noch entsprechend der Gesamtentwicklung der alten Länder behaupten konnte, stiegen die Übernachtungen in den Südländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 21 % am schwächsten. Vom Gesamtrückgang der Phase von 1991/92 bis 1997 waren die Nordländer entweder gar nicht (Hamburg und Bremen) oder nur unterdurchschnittlich berührt; betroffen waren mit Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz durchgehend Südländer. In den neuen Bundesländern lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 1992 durchweg unter dem Bundesdurchschnitt, wenn auch in Mecklenburg-Vorpommern nur knapp. Dadurch lag ihr Anteil bei den Übernachtungen etwas niedriger als bei der Gästezahl. Im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet ist hier allerdings in der Folgezeit keine allgemeine Tendenz zur Verkürzung der Aufenthalte zu erkennen, Mecklenburg-Vorpommern hat sich sogar mit inzwischen 3,8 Nächten auf einen deutlich überdurchschnittlichen Wert verbessert. Dieses Land sowie Brandenburg und Sachsen konnten ihre Übernachtungszahlen seit 1992 kontinuierlich kräftig steigern, wenn auch zuletzt mit etwas abgeschwächten Zuwachsraten. Mit Sachsen-Anhalt und Thüringen dagegen mußten 1997 erstmals auch neue Länder Übernachtungseinbußen hinnehmen. Trotz der zuletzt ungünstigen Entwicklung steht Bayern bei den Übernachtungszahlen weiterhin einsam an der Spitze, der Marktanteil innerhalb Deutschlands hat sich aber – allerdings auch wegen des veränderten Gebietsstands – von fast 29 % auf 23 % deut-

lich vermindert. Baden-Württemberg behauptet zwar noch knapp Platz zwei, der Abstand zu Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen schrumpft aber zusehends. Die Südländer zusammen sind beim Übernachtungsanteil 1997 erstmals unter die Schwelle von der Hälfte gerutscht. Dafür haben sich vor allem Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern fest in der deutschen Tourismuslandschaft etabliert, der Marktanteil der neuen Länder zusammen erreicht inzwischen immerhin 16 %. Vereinfachend läßt sich damit zusammenfassen: Seit der deutschen Wiedervereinigung gibt es bei der Übernachtungsentwicklung primär ein Ost-West-Gefälle, wobei sich innerhalb des Westens ein schon vorher bestehendes Nord-Süd-Gefälle fortsetzt. Da allerdings die Südländer traditionell die Hauptzielländer der Touristen darstellten, ließe sich das auch im Sinne einer Angleichungstendenz positiv deuten.

Die bisherige Betrachtung der Ankünfte und Übernachtungen repräsentiert aus ökonomischer Sicht die Nachfrageseite. Da sich das Marktgeschehen jedoch aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage entwickelt, muß zur Beurteilung der Lage der Beherbergungsbetriebe auch der Angebotsaspekt mitberücksichtigt werden. Als Maßgröße hierzu werden die „angebotenen Bettentage“ verwendet, eine zunächst etwas abstrakt klingende Größe. Zur Ermittlung werden die jeweils angebotenen Betten mit der Zahl der Öffnungstage gewichtet.²⁴ Im Gegensatz zur zeitpunktbezogenen Bettenzahl handelt es sich damit um eine zeitraumbezogene Angabe, die im Zeitbezug einen direkten Vergleich insbesondere zu den Übernachtungen ermöglicht. Die Auslastung der angebotenen Betten läßt sich dann aus der Relation der Übernachtungen zu den angebotenen Bettentagen ermitteln.

Wie nicht anders zu erwarten, ähnelt die Verteilung des Bettenangebots zwischen den Ländern dem der Übernachtungen, allerdings sind die Länder mit überdurchschnittlicher Auslastung bei den Kapazitäten relativ schwächer vertreten. 1984 traf das insbesondere auf die Stadtstaaten, Hessen und Schleswig-Holstein zu, und auch Baden-Württemberg verzeichnete noch eine leicht überdurchschnittliche Auslastung. Im Tourismusland Bayern dagegen war die Auslastung sogar leicht unterdurchschnittlich. Die Entwicklung des Angebots verlief danach allerdings keineswegs parallel zur Nachfrage. Die niedrigsten Kapazitäten wurden zwar auch in allen Ländern am Beginn des Betrachtungszeitraums registriert, die höchsten jedoch durchgehend 1997. In diesem Jahr wur-

24 Strenggenommen handelt es sich bei den angebotenen Bettentagen nicht um eine „reine“ Kapazitätsangabe, weil das Angebot – zum Beispiel bei Saisonbetrieben – auch wegen mangelnder Nachfrage eingeschränkt sein kann. Da Saisonbetriebe jedoch – abgesehen von regionalen Ausnahmen zum Beispiel am Bodensee – nur eine untergeordnete Rolle spielen und außerdem kein geeigneter Maßstab existiert, werden die angebotenen Bettentage aus Vereinfachungsgründen mit der Kapazität gleichgesetzt.

den also die Kapazitäten weiter ausgebaut, obwohl mit wenigen Ausnahmen die Übernachtungen zurückgingen. Bundesweit standen 1997 bei allerdings auch vergrößertem Staatsgebiet fast 50 % mehr Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung als noch 1984. Der Kapazitätsausbau war damit insgesamt stärker als der Übernachtungszuwachs selbst im bisherigen Spitzenjahr 1995. Folglich hat sich die Auslastung 1997 gegenüber 1984 verschlechtert, und zwar von 37,6 auf 34,9 %.

Zwischenzeitlich hatte die Auslastung allerdings ein deutlich höheres Niveau erreicht. Von 1984 bis 1991 hatte sich nämlich die Auslastung in den alten Bundesländern stetig auf einen Wert von 44,0 % verbessert. In diesem Zeitraum erfolgte also eine maßvolle Kapazitätserweiterung, die hinter der expansiven Nachfrageentwicklung zurückblieb. Nach 1991 nahm die Auslastung jedoch kontinuierlich sowohl in den alten Bundesländern als auch im erweiterten Bundesgebiet laufend ab, um am bisherigen Endpunkt 1997 erstmals wieder deutlich unter das Ausgangsniveau von 1984 zurückzufallen. In den alten Bundesländern wurden also in den 90er Jahren trotz des stagnierenden bzw. rückläufigen Übernachtungsaufkommens die Kapazitäten weiter aufgestockt, und zwar sogar stärker als zuvor. Während das Bettenangebot nämlich in den sieben Jahren von 1984 bis 1991 um 9 % erweitert worden war, betrug die Expansion in den nur sechs Folgejahren bis 1997 bereits 12 %. Auch in den neuen Bundesländern war nach 1994 der Kapazitätsausbau erheblich stärker als der bereits beachtliche Übernachtungszuwachs, so daß sich auch hier eine deutliche Verschlechterung der bereits im ersten Nachweisjahr 1993 unterdurchschnittlichen Auslastung ergab. Von der Grundtendenz findet sich das Verlaufsmuster der alten Länder mit Ausnahme des Saarland in allen Stammländern der Bundesrepublik wieder, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und teilweise zeitlich leicht verschoben. Ihre jeweils beste Auslastung erreichten alle alten Länder in der Zeitspanne zwischen 1989 und 1992, danach trat jeweils eine deutliche Verschlechterung ein, die sich durchweg im zweistelligen Prozentbereich bewegte. Nur in Hamburg, Berlin (allerdings jetzt einschließlich Ost-Berlin), Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen waren diese Rückgänge noch nicht so stark, daß das Ausgangsniveau von 1984 unterschritten worden wäre. Besonders schlecht schnitten auch hier wieder die Südländer ab, allen „voran“ Hessen. Die Nachbarn Bayern und Baden-Württemberg bewegten sich dabei fast im Gleichschritt, wobei Bayern wegen eines etwas stärkeren Übernachtungs- und Kapazitätswachses in der Phase bis Anfang der 90er Jahre in Relation zu 1984 noch etwas weniger ungünstig dasteht. Auch in allen neuen Ländern verschlechterte sich die Auslastung vor allem in den beiden Jahren 1996 und 1997 jeweils deutlich, weil sich hier bei rapide fortschreitender Kapazitätsexpansion die Übernachtungszuwächse reduzierten bzw. erstmals sogar Rückgänge zu verzeichnen waren. Alle neuen Flächenländer liegen bei der Bettenauslastung damit auch weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt, wobei Mecklenburg-Vorpommern noch am besten

und Sachsen-Anhalt am schlechtesten abschneidet. Auch 1997 stachen die Stadtstaaten wieder mit einer deutlich überdurchschnittlichen Auslastung hervor, jedoch weisen hier inzwischen auch die Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch relativ günstige Werte auf.

Der Einfluß der Betriebsarten

Wie bereits mehrfach erwähnt, spielen insbesondere für die jüngste Entwicklung des Übernachtungstourismus die Sanatorien und Kurkliniken offensichtlich eine entscheidende Rolle. Es liegt daher nahe, die Entwicklungslinien getrennt nach Betriebsarten zu betrachten, wobei eine Grobgliederung in die drei Teilbereiche Hotellerie, Parahotellerie und Kureinrichtungen bereits wesentliche Einblicke liefert. In *Tabelle 5* sind hierfür die Entwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet gegenübergestellt, und zwar der Vergleichbarkeit halber in Form von Meßzahlen bezogen auf das Ausgangsjahr 1984 für die angebotenen Bettentage, die Übernachtungen und die Auslastung. Der Anteil der Hotellerie lag damals in Baden-Württemberg gemessen an der Kapazität mit 71,1 % etwas über dem Bundeswert von 68,6 %. Bei den Übernachtungen war er aber mit 60,2 gegenüber 61,0 % geringfügig niedriger als in der damaligen Bundesrepublik, weil die Auslastung mit 32,2 gegenüber 33,4 % leicht unterdurchschnittlich war. Das Gewicht der Hotellerie war damit im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sehr ähnlich. Die Parahotellerie war demgegenüber mit Kapazitäts- bzw. Übernachtungsanteilen von 17,3 bzw. 18,4 % gegenüber 23,6 bzw. 23,9 % im Land relativ schwächer vertreten als im Bund, und auch hier lag die Auslastung mit 35,8 % leicht unter dem Bundeswert von 37,1 %. Eine verhältnismäßig starke Position hatten die Sanatorien und Kurkliniken mit 10,4 % der Kapazität bzw. sogar 22,5 % der Übernachtungen gegenüber bundesweit 7,4 bzw. 15,4 %. Die mit 82,5 % gegenüber 78,2 % sehr hohe Auslastung im Land war neben dem starken Gewicht der Kureinrichtungen damit dafür verantwortlich, daß damals die Auslastung in Baden-Württemberg auch in der Zusammenfassung aller Betriebsarten leicht überdurchschnittlich ausfiel. Die Expansionsphase der Übernachtungen bis 1991 betraf danach im Land – mit einer Ausnahme in der Parahotellerie 1985 – und bundesweit alle Betriebskategorien, allerdings blieb Baden-Württemberg überall, vor allem in der Parahotellerie, etwas hinter der Bundesentwicklung zurück. Da die Kapazitäten im Hotelbereich jedoch entgegen dem Bundestrend sogar leicht eingeschränkt wurden, war die Auslastungsentwicklung im Land hier überdurchschnittlich gut. In diesem Zeitraum wurden die Kapazitäten in der Parahotellerie und bei den Sanatorien und Kurkliniken kontinuierlich, aber maßvoll ausgebaut, so daß sich auch hier die Auslastung verbesserte, wenn auch schwächer als im Bund. Die Stagnation der Übernachtungen 1992 wurde im früheren Bundesgebiet und in Baden-

Tabelle 5

Bettenangebot, Übernachtungen und Auslastung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet seit 1984 nach zusammengefaßten Betriebsarten *)

Jahr	Baden-Württemberg			Früheres Bundesgebiet		
	angebotene Bettenlage ¹⁾	Übernachtungen	Auslastung der angebotenen Betten	angebotene Bettenlage ¹⁾	Übernachtungen	Auslastung der angebotenen Betten
1984 = 100						
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis						
1984	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	100,0	100,1	100,1	101,0	101,3	100,3
1986	100,8	105,4	104,5	101,6	103,5	101,8
1987	102,4	109,1	106,6	102,5	106,2	103,6
1988	100,4	111,7	111,3	104,0	110,5	106,3
1989	98,5	115,1	116,9	104,8	115,8	110,5
1990	95,6	115,9	121,3	104,1	122,4	117,7
1991	96,9	119,8	123,5	104,8	126,4	120,7
1992	102,7	118,1	115,1	107,0	124,3	116,2
1993	105,3	112,8	107,2	108,3	118,4	109,3
1994	107,6	109,3	101,5	110,3	114,3	103,6
1995	111,4	112,1	100,7	113,2	115,3	101,8
1996	111,1	110,3	99,3	114,9	113,5	98,8
1997	111,8	110,1	98,5	115,7	113,3	97,9
Parahotellerie ²⁾						
1984	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	98,6	96,4	97,8	103,3	102,5	99,2
1986	99,2	99,1	99,9	105,4	106,0	100,5
1987	104,3	103,9	99,7	110,7	112,2	101,3
1988	108,3	109,6	101,2	114,8	114,8	100,0
1989	111,9	114,9	102,6	118,4	119,4	100,8
1990	111,7	115,9	103,7	118,5	124,9	105,4
1991	113,2	120,6	106,6	120,5	131,3	108,9
1992	117,0	122,9	105,1	123,4	135,0	109,4
1993	115,5	118,7	102,8	124,1	133,8	107,8
1994	113,4	112,3	99,0	127,1	132,6	104,3
1995	116,4	111,0	95,3	132,7	135,9	102,4
1996	116,7	106,0	90,8	137,7	135,5	98,4
1997	118,4	101,8	86,0	141,4	133,7	94,6
Sanatorien, Kurkrankenhäuser						
1984	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	99,2	103,0	103,8	101,0	107,2	106,1
1986	100,3	106,6	106,3	102,0	110,4	108,2
1987	100,6	108,4	107,8	102,8	112,4	109,3
1988	104,8	115,5	110,2	106,1	118,0	111,3
1989	108,7	116,5	107,2	109,1	118,3	108,4
1990	111,2	120,1	108,0	111,6	122,1	109,3
1991	114,4	126,4	110,5	114,5	129,3	112,9
1992	114,4	128,5	112,4	117,3	134,0	114,2
1993	116,1	130,3	112,2	119,3	135,8	113,8
1994	119,8	134,5	112,2	125,3	141,4	112,9
1995	122,7	136,3	111,0	127,7	145,5	113,9
1996	127,6	130,0	101,9	131,8	138,6	105,1
1997	123,9	95,5	77,1	129,5	99,3	76,7
Betriebe zusammen						
1984	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	99,6	100,1	100,5	101,5	102,5	100,8
1986	100,3	104,6	104,2	102,5	105,1	102,4
1987	102,4	108,1	105,5	104,4	108,6	103,7
1988	102,2	112,2	109,7	106,7	112,7	105,6
1989	102,0	115,4	113,2	108,3	117,0	108,0
1990	100,0	116,9	116,8	108,0	123,0	113,8
1991	101,6	121,4	119,5	109,1	128,0	117,0
1992	106,2	121,3	114,2	111,6	128,3	114,9
1993	108,1	117,8	108,9	112,6	124,7	110,6
1994	110,0	115,5	105,0	115,3	122,8	106,4
1995	113,5	117,3	103,4	118,9	124,8	104,8
1996	113,7	114,0	100,3	121,4	122,5	100,8
1997	114,1	105,4	92,4	122,7	116,0	94,4

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten. – 1) Errechnet aus Übernachtungen und Auslastung. – 2) Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Hütten, Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen.

Württemberg dann in der Hotellerie eingeläutet, während die beiden anderen Bereiche weiter expandierten. Just in dieser Phase begann allerdings in beiden Gebieten ein beschleunigter Ausbau der Hotelkapazitäten, was in Kombination mit der nachlassenden Nachfrage einen rapiden Auslastungsrückgang nach sich zog. Zumindest im Land deutete sich allerdings in den beiden letzten Jahren eine Stabilisierungstendenz an. In der Parahotellerie setzte der Übernachtungsumschwung 1993 ein, abweichend von der Hotellerie war hier in Baden-Württemberg aber bis 1997 noch keine Stabilisierung festzustellen. Zwar wurden die Kapazitäten seither nicht mehr nennenswert weiter ausgebaut, es erfolgte aber auch keine Kapazitätsanpassung an die nachlassende Nachfrage, was auch hier zu drastischen Verschlechterungen der Auslastung führte. Im früheren Bundesgebiet dagegen fing sich die Nachfrage nach dem zwischenzeitlichen Rückgang in den Jahren 1995 und 1996 wieder, 1997 war ein geringfügiger Rückgang zu vermelden. Damit erwies sich die Parahotellerie im alten Bundesgebiet bisher nachfragemäßig noch als stabilisierend, auch wenn der fortschreitende Kapazitätsausbau zu deutlichen Auslastungsverschlechterungen führte. Die Sanatorien und Kurkliniken folgen im Vergleich zu den anderen Betriebsarten deutlich abweichenden Gesetzmäßigkeiten, weil hier die Nachfrage insofern nur teilweise marktbestimmt ist, als sie wesentlich von den gesetzlichen Regelungen im Bereich der Sozialversicherungen abhängt. Diese Einrichtungen florierten auch im Land bis 1995 weiter, wobei eine maßvolle Kapazitätsanpassung an die stetig steigende Nachfrage eine anhaltend hohe Auslastung im Bereich um 90 % garantierte. Zwar gingen Baden-Württemberg auch hier vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre Marktanteile verloren, und zwar sowohl an die anderen Länder des früheren Bundesgebiets als auch an die neuen Länder. Die steigende Nachfrage, die unter anderem auch auf die Bürger aus den neuen Bundesländern zurückging, absorbierte das erweiterte Angebot im Land und im (alten und erweiterten) Bundesgebiet aber ohne Auslastungsverluste. Allerdings zogen die damit verbundenen Kostensteigerungen vor allem bei den Rentenversicherungsträgern und den Krankenkassen einschneidende Sparmaßnahmen²⁵ nach sich. Sie wurden zwar formal erst zum Jahresbeginn 1997 wirksam, schlugen sich aber faktisch bereits gegen Ende des Jahres 1996 in deutlichen Rückgängen der Übernachtungen nieder. 1997 führten diese Maßnahmen gegenüber dem bereits reduzierten Niveau von 1996 in Baden-Württemberg zu einem Übernachtungsrückgang um 26,6 %. Im früheren Bundesgebiet waren die Rückgänge mit 28,3 % sogar noch etwas stärker, aufgrund der mit 14,1 % deutlich schwächeren Verluste in den neuen Bundesländern

fiel die gesamtdeutsche Abnahme mit 26,2 % aber etwas schwächer aus als im Land. Die Kapazität wurde hingegen im Land und im früheren Bundesgebiet nur vergleichsweise schwach eingeschränkt. Da die Kapazitäten der stationären Kureinrichtungen in den neuen Bundesländern allerdings noch weiter ausgebaut wurden, und zwar um mehr als 15 %, stieg das Angebot bundesweit sogar noch leicht an. Auf allen Ebenen waren damit drastische Auslastungsrückgänge zu verzeichnen. Mit 63,6 % in Baden-Württemberg, 60,0 % im früheren Bundesgebiet und 63,7 % in den neuen Bundesländern bewegte sich die Auslastung der Sanatorien und Kurkliniken 1997 zwar immer noch weit über den in den anderen Betriebsarten gängigen Dimensionen, gleichwohl handelt es sich durchgehend um historische Tiefstwerte. Daß sich derartig gravierende Umwälzungen bei den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen – nicht zuletzt auch aufgrund des mittelfristig gestiegenen Gewichts dieser Betriebsart im Bund und im Land – zwangsläufig auch im Gesamtergebnis niederschlagen müssen, bedarf nahezu schon nicht mehr der Erwähnung.

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Entwicklungen bei den einzelnen Betriebsarten liegt ein möglicher Erklärungsansatz auch für die Abweichungen zwischen den Ländern in unterschiedlichen Strukturen nach Betriebsarten. Da beispielsweise die Aufenthaltsdauer in Sanatorien und Kurkliniken überall außergewöhnlich lang ist und die Auslastung hier sehr hohe Werte aufweist, sorgt allein ein überdurchschnittliches Gewicht dieser Einrichtungen in einem Land bei ansonsten gleichen Verhältnissen für überdurchschnittliche Ergebnisse bei diesen Kenngrößen. Allerdings erklärt ein hoher Anteil der Kureinrichtungen auch eine besonders schlechte Landeseentwicklung im Jahr 1997 zumindest mit. In *Tabelle 6* ist die Zusammensetzung der Übernachtungszahlen 1997 in den Bundesländern nach den einzelnen Betriebsarten dargestellt. Abweichend von der bisherigen Länderbetrachtung werden hier jedoch nicht die Absolutzahlen verwendet, sondern wieder die Übernachtungsdichte, also die Relation zwischen Übernachtungen und Einwohnerzahl. Wegen der sehr unterschiedlichen Größe der Länder gibt diese Größe sehr viel eher Auskunft über die (relative) wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus im Sinne der Tourismusintensität als ein Absolutwert. Bei dieser Betrachtungsweise verschiebt sich die Rangfolge der Länder erheblich. Die drei Spitzenreiter heben sich dabei deutlich von den restlichen Ländern ab. Das absolut gesehen übernachtungsstärkste Bayern findet sich allerdings nur auf der dritten Position wieder. Deutlich übertroffen wird es insbesondere von Schleswig-Holstein, in dem auf einen Bewohner jährlich 7,6 Gästeübernachtungen und damit mehr als doppelt soviel wie im gesamten Bundesgebiet (3,5) entfielen. Mit Mecklenburg-Vorpommern weist inzwischen sogar ein neues Bundesland eine höhere Übernachtungsdichte als Bayern auf. Baden-Württemberg rangiert bei dieser Betrachtung nur noch auf Rang sieben. Mit 3,4 Übernachtungen pro Einwohner liegt es bereits etwas unter dem Bundesdurchschnitt, kommt diesem aber

25 Die Leistungskürzungen 1997 umfaßten insbesondere folgende Maßnahmen bei stationären Kuren: Erhöhung der persönlichen Zuzahlung auf 25,- DM pro Kurtag, Anrechnung von zwei Kurtagen pro Woche auf den Urlaub, Verkürzung der Regelkurdauer von vier auf drei Wochen, Verlängerung des Kurintervalls von drei auf vier Jahre.

Tabelle 6

Übernachtungsdichte*) in Deutschland und den Bundesländern 1997 nach Betriebsarten

Land	Betriebsart								insgesamt
	Hotels	Gasthöfe	Pensionen	Hotels garnis	Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime	Ferienzentren, -häuser und -wohnungen	Hütten, Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen	Sanatorien, Kurkrankenhäuser	
Bremen	1,16	0,06	0,04	0,26	0,04	–	0,06	–	1,61
Saarland	0,54	0,06	0,06	0,12	0,17	0,02	0,10	0,72	1,80
Sachsen-Anhalt	0,86	0,03	0,16	0,22	0,14	0,06	0,13	0,25	1,86
Nordrhein-Westfalen	0,78	0,06	0,09	0,24	0,27	0,09	0,10	0,27	1,91
Berlin	1,45	0,06	0,14	0,45	0,16	•	0,05	•	2,31
Hamburg	1,75	0,01	0,01	0,64	0,05	–	0,09	–	2,55
Sachsen	1,31	0,10	0,23	0,22	0,16	0,08	0,22	0,45	2,76
Brandenburg	1,12	0,10	0,26	0,20	0,29	0,16	0,28	0,45	2,86
Thüringen	1,22	0,28	0,13	0,22	0,19	0,13	0,21	0,57	2,94
Baden-Württemberg	1,29	0,37	0,18	0,28	0,26	0,16	0,15	0,69	3,37
Deutschland	1,29	0,24	0,19	0,40	0,32	0,43	0,17	0,47	3,50
Hessen	1,71	0,23	0,18	0,30	0,24	0,19	0,19	0,74	3,79
Niedersachsen	1,04	0,27	0,25	0,34	0,48	1,04	0,21	0,45	4,09
Rheinland-Pfalz	1,64	0,22	0,23	0,22	0,35	0,67	0,25	0,51	4,10
Bayern	1,81	0,61	0,30	0,96	0,44	0,70	0,17	0,56	5,54
Mecklenburg-Vorpommern	2,25	0,34	0,35	0,57	0,49	1,30	0,38	0,69	6,37
Schleswig-Holstein	1,41	0,14	0,20	0,68	1,06	2,89	0,32	0,87	7,58

*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab neun Betten im Jahr 1997 bezogen auf die Einwohner am 1. Januar 1997.

unter allen Ländern am nächsten. 1984 hatte Baden-Württemberg den Bundeswert noch übertroffen und vor Niedersachsen an der fünften Position gelegen. Unmittelbar nach Baden-Württemberg folgen 1997 – allerdings noch mit Abstand – mit Thüringen, Brandenburg und Sachsen drei neue Bundesländer. Zusammen mit dem Ergebnis von Mecklenburg-Vorpommern belegt nicht zuletzt auch dieses Resultat, daß die neuen Länder im Bereich des Tourismus – anders als in vielen anderen Wirtschaftszweigen – inzwischen weitgehend Anschluß an das frühere Bundesgebiet gefunden haben. Auf den hinteren Plätzen rangieren mit den Stadtstaaten sowie Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die Bundesländer mit der höchsten Bevölkerungsdichte, lediglich Sachsen-Anhalt als schwächstes neues Bundesland fällt hier aus dem Rahmen. Generell scheint also eine hohe Übernachtungsdichte vor allem dort anzutreffen zu sein, wo besondere landschaftliche Reize wie Küsten, Seen oder Berge mit einer geringen Bevölkerungsdichte gepaart sind.

Hinsichtlich der Betriebsartenstruktur bestehen dabei zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede: Der Spitzenreiter Schleswig-Holstein zeichnet sich durch einen außergewöhnlich hohen Übernachtungsanteil der Parahotellerie aus, wobei insbesondere die Ferienzentren,

-häuser und -wohnungen sehr stark vertreten sind. Allein in dieser Betriebsform werden hier 2,9 Übernachtungen je Einwohner getätigt, was beispielsweise dem gesamten Übernachtungsaufkommen aus allen Betriebsarten in Brandenburg entspricht. Auch Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ragen bei den Ferienbungalows und -appartements deutlich heraus. Nur in diesen drei Ländern beträgt der Übernachtungsanteil dieser Betriebsform mehr als die bundesweiten 10 %. Betrachtet man jedoch nur die Hotels als bundesweit bedeutendste Betriebsart, würde sich Schleswig-Holstein lediglich im guten Mittelfeld knapp oberhalb des Bundeswertes wiederfinden, Niedersachsen sogar nur an viertletzter Stelle. Das andere Extrem bilden die Stadtstaaten, in denen durchgehend 90 % und mehr des Übernachtungsaufkommens auf die Hotellerie zurückgeht, wobei die Hotels jeweils deutlich dominieren, aber auch die Hotels garnis eine vergleichsweise starke Position aufweisen. In geringem Umfang sind hier daneben nur noch Übernachtungen in Schulungsheimen und Jugendherbergen anzutreffen, während Ferienwohnungen oder Sanatorien nur in Einzelfällen überhaupt vertreten sind. Bei einer Betrachtung der Übernachtungen nur in der Hotellerie würde sich daher die Rangfolge nicht unerheblich verschieben. Zwar liegen auch hier die gleichen drei Hauptferienländer an der Spitze, aller-

dings verdrängt Bayern Schleswig-Holstein von Rang eins auf drei. Knapp dahinter folgen Niedersachsen und mit Hamburg bereits der erste Stadtstaat. Ein ganz anderes regionales Profil weisen demgegenüber die Sanatorien und Kurkliniken auf. Hinter dem Sonderfall Saarland verbuchen sie die höchsten Übernachtungsanteile in Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen, gemessen an der Übernachtungsdichte weisen sie daneben auch noch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Rheinland-Pfalz überdurchschnittliche Werte auf. Da Baden-Württemberg in der Übernachtungsdichte sehr nah beim Bundesdurchschnitt angesiedelt ist, werden seine relativen Stärken und Schwächen in *Tabelle 6* klar erkennbar. Fast exakt der Bundeswert wird in der Hotellerie und darin bei den Hotels erreicht. Relativ schwach vertreten sind dabei die Hotels garnis zugunsten der Gasthöfe, die im Land eine traditionell starke Stellung aufweisen, allerdings in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung verloren haben. Innerhalb der Parahotellerie sind alle Betriebsformen im Land unterrepräsentiert, vor allem die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, die allerdings generell regional stark polarisiert sind. Möglicherweise würde hier allerdings Baden-Württemberg etwas besser aussehen, wenn auch die Privatquartiere eingeschlossen wären, denn gerade bei dieser Betriebsform ist – ähnlich wie bei den Pensionen – die Trennlinie zu den Privatquartieren besonders fließend. Eine relativ starke Stellung haben im Land wie gesagt die Kureinrichtungen, allerdings ist gerade ihr starker Rückgang die Ursache dafür, daß sich Baden-Württemberg 1997 unterhalb des Bundesdurchschnitts befindet. 1996 hatte es diesen nämlich angesichts des damals deutlich höheren Übernachtungsvolumens in Sanatorien und Kurkliniken exakt erreicht.

Wenn man die unterschiedlichen Entwicklungen der Länder und Betriebsarten und die Verteilung des Übernachtungsaufkommens in den Ländern nochmals zusammen Revue passieren läßt, ergibt sich für die Kombination aus Betriebsart und Land kein sehr klares Bild. So war beispielsweise für Baden-Württemberg ein hoher Sanatoriumsanteil und eine bundesweit vergleichsweise günstige Entwicklung dieser Betriebsart bis Mitte der 90er Jahre noch lange keine Garantie für ein überdurchschnittliches Landesergebnis in der ersten Hälfte der 90er Jahre, weil sich gleichzeitig insbesondere die Parahotellerie gegenüber dem Bundestrend ungünstig entwickelte. Auch die generelle Expansion der neuen Länder läßt sich nicht eindeutig mit einer bestimmten Betriebsart in Verbindung bringen, denn auch diese Länder sind hinsichtlich der Zusammensetzung nach Betriebsarten durchaus nicht homogen. Im alten Bundesgebiet haben sich in den letzten Jahren einerseits die eindeutig von der Hotellerie geprägten Stadtstaaten und das ebenfalls eher städtisch strukturierte Nordrhein-Westfalen relativ günstig entwickelt, gleichzeitig dürften aber auch die ausgesprochenen Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihre relative Position gerade durch die Parahotellerie, insbe-

sondere die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen verbessert haben. Damit scheint also weniger die generelle Tendenz einer Betriebsart das Landesergebnis zu bestimmen, es kommt vielmehr immer auf die regionale Kombination aus Betriebsart und Umgebung an. Schließlich muß hier auch berücksichtigt werden, daß zumindest die Flächenländer gerade unter touristischen Aspekten beileibe keine homogenen Gebilde darstellen, sondern ihrerseits in sehr unterschiedliche Teilgebiete zerfallen.

Die Entwicklung innerhalb Baden-Württembergs

Damit ist bereits die Entwicklung innerhalb des Landes angesprochen. Unter dieser generellen Fragestellung soll zunächst der landesweite Zusammenhang zwischen Gemeindeprädikaten und Betriebsarten untersucht werden, anschließend kommen mit der Kombination aus Reisegebieten und Betriebsarten regionale Gesichtspunkte zum tragen. Dem kleinräumigen Aspekt wird abschließend durch eine Betrachtung der touristisch bedeutenderen Gemeinden Rechnung getragen, wobei auch hier – soweit möglich – wenigstens eine grobe Differenzierung nach der Hotellerie und den restlichen Beherbergungsstätten vorgenommen wird.

Betriebsarten und Prädikate

Den Gemeindeprädikaten liegt ein typisch touristischer Gedanke zugrunde. Mit der Zuerkennung eines Prädikats wird die spezifisch gesundheits- oder erholfördernde Eignung eines Ortes für Gäste hervorgehoben. Aus der Sicht der Gemeinde stellt ein Prädikat einerseits ein Werbeargument dar, andererseits eröffnet es zusätzliche Einnahmequellen, da es erstens das Recht zur Erhebung einer Kurtaxe beinhaltet und sich zweitens die Tourismusförderung des Landes im Regelfall auf prädikatisierte Gemeinden bezieht. Auch aus statistischer Sicht sind die Prädikatisierungen ein sinnvolles Gliederungskriterium, denn damit lassen sich regional verstreute Gemeinden zusammenfassen, die sich durch gemeinsame Merkmale touristisch ähneln, die damit also wesentlich homogener sein dürften als „beliebige“ Zusammenfassungen von Gemeinden. Die Prädikate sind entsprechend der Voraussetzungen hierarchisch abgestuft und werden im Rahmen der Beherbergungsstatistik gegliedert in Mineral- und Moorbäder (höchstes Prädikat), Heilklimatische Kurorte, Kneippkurorte, Luftkurorte und Erholungsorte. Die drei erstgenannten Kategorien lassen sich dabei zu den Heilbädern zusammenfassen. Die Prädikate werden dabei teilweise nur Ortsteilen verliehen. Da die Beherbergungs-

statistik in Baden-Württemberg grundsätzlich nur ab der Gemeindeebene aufbereitet wird, müssen daher teilweise auch Gemeinden insgesamt unter ein Prädikat subsumiert werden, wenn sich das Prädikat strenggenommen nur auf einen Teilbereich erstreckt. Allerdings werden die Fälle ausgeschlossen, in denen der entsprechende Gemeindeteil für die Gesamtgemeinde touristisch unbedeutend ist oder die Gemeinde offensichtlich nicht den Charakteristika des Prädikats entspricht. So sind zum Beispiel in Stuttgart die Ortsteile Bad Cannstatt und Berg als „Ort mit Heilquellenkurbetrieb“ anerkannt, es wäre aber völlig unsinnig, die Landeshauptstadt Stuttgart deshalb statistisch mit einer Gemeinde wie etwa Bad Schussenried in einen Topf zu werfen, zumal in Stuttgart noch nicht einmal eine Kurklinik für stationäre Aufenthalte existiert. Falls in einer Gemeinde mehrere Prädikate zusammentreffen, erfolgt die Zuordnung immer zum höchsten Prädikat. 1997 wurde in der Beherbergungsstatistik fast ein Viertel aller Gemeinden im Land als prädikatisiert geführt. Davon entfiel deutlich über die Hälfte auf Erholungsorte, knapp jede vierte prädikatisierte Gemeinde war als Luftkurort und fast jede fünfte als Heilbad eingestuft, darunter immerhin mehr als jede zehnte als Mineral- und Moorbad. Da Prädikate neu zuerkannt oder auch aberkannt werden können, wechseln bei einigen Gemeinden die Prädikatisierungen im Zeitablauf. Um von einer einheitlichen Vergleichsbasis auszugehen, werden hier für Zeitvergleiche stets die Prädikatszuordnungen des Jahres 1997 zugrundegelegt. Die verwendeten Werte können damit von früheren Veröffentlichungen auf Grundlage des damaligen Prädikatisierungsstandes abweichen.²⁶

Die touristische Relevanz der Prädikatisierungen zeigt sich eindrucksvoll in der Übernachtungsdichte. 1997 kamen in Baden-Württemberg insgesamt auf einen Einwohner 3,4 Gästeübernachtungen. In den prädikatisierten Gemeinden war die Übernachtungsdichte mit 10,6 allerdings sechsmal so hoch wie in den restlichen Gemeinden (1,7). Obwohl in den prädikatisierten Gemeinden mit 1,9 Mill. Einwohnern nur 18,4 % der Landesbevölkerung zu Hause war, wurden hier mit 20,2 Mill. Übernachtungen 57,8 % aller Gästeübernachtungen registriert. Einen Spitzenwert von 33,2 erreichten bei der Übernachtungsdichte die Heilklimatischen Kurorte, die Heilbäder zusammen kamen auf 17,6 Übernachtungen pro Kopf der Bevölkerung. In den Werten der Luftkurorte (13,3) und der Erholungsorte (5,0) drückt sich auch die hierarchische Abstufung der Prädikate aus. Zudem läßt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen den verschiedenen Gemeindegruppen und der Betriebsartenstruktur erkennen (*Tabelle 7*). Wie zu erwarten, bilden dabei die Mineral- und Moorbäder einerseits und die Sonstigen Gemeinden andererseits die Pole der

Skala. In den nicht prädikatisierten Gemeinden dominiert die Hotellerie mit Anteilen von über vier Fünfteln das Übernachtungsgeschehen deutlich, auffällig ist auch eine erheblich kürzere Aufenthaltsdauer als in allen Arten von prädikatisierten Gemeinden. Zwar finden sich auch in den Sonstigen Gemeinden einige wenige Sanatorien und Kurkliniken, die örtlich durchaus auch erhebliche Bedeutung haben können, in der Summe dieser Gemeinden bleibt ihr Beitrag zum Tourismus allerdings bescheiden. In den Mineral- und Moorbädern steigen zwar etwa sieben von zehn Gästen in einem Hotelleriebetrieb ab, gemessen an den Übernachtungen sind dagegen die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen die bedeutendste Betriebsart, weil hier die Gäste erheblich länger verweilen. Die Parahotellerie ergänzt hier das Übernachtungsangebot, ihr Beitrag bleibt aber hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Eine erheblich stärkere Rolle spielen diese Betriebsformen dagegen in den Heilklimatischen Kurorten, den Erholungsorten und vor allem in den Luftkurorten, wo sie mehr als ein Viertel aller Übernachtungen beisteuern. Den Sanatorien und Kurkliniken kommt hingegen erwartungsgemäß auch noch in den Heilklimatischen Kurorten und den Kneippkurorten eine deutlich überdurchschnittliche Bedeutung zu, bemerkenswerterweise ist ihr Gewicht aber in den Erholungsorten sogar noch etwas höher als in den Luftkurorten. Mit Ausnahme der Mineral- und Moorbäder ist damit die Hotellerie in allen anderen Prädikaten jeweils die Betriebsart mit dem höchsten Übernachtungsaufkommen, ihr Beitrag liegt aber nur in den Kneippkurorten und den Erholungsorten über der Hälfte. Bei der Gästezahl hat die Hotellerie allerdings in allen Gemeindegruppen ein vergleichsweise höheres Gewicht, weil Hotellergäste durchgehend jeweils kürzer verweilen als Touristen in anderen Betriebsarten, vor allem in den Kureinrichtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer und Bettenauslastung variieren beim Gesamtergebnis einerseits entsprechend den unterschiedlichen Gewichten insbesondere der Sanatorien und Kurkliniken, da diese bei beiden Größen deutlich aus dem Rahmen der anderen Betriebsformen fallen. Wie sich an einer isolierten Betrachtung der Hotellerie zeigt, gibt es hier jedoch auch originäre Unterschiede zwischen den Gemeindegruppen. Generell verweilen die Gäste in den prädikatisierten Gemeinden durchschnittlich länger, wohl insbesondere deshalb, weil hier primär erholungssuchende Gäste gegenüber den oft nur sehr kurz verweilenden Geschäftsreisenden deutlich überwiegen. Bei der Auslastung in der Hotellerie weisen hingegen die Luftkur- und Erholungsorte sogar ein niedrigeres Niveau auf als die Sonstigen Gemeinden. Der Grund dürfte darin liegen, daß hier der stärker saisonal geprägte Urlaubstourismus eine vergleichsweise starke Rolle spielt, was mit größeren Leerständen außerhalb der Saison einhergeht. Der für die höheren Prädikate vergleichsweise gewichtige Gesundheitstourismus und der in den Sonstigen Gemeinden vorherrschende Geschäftstourismus dagegen sind vergleichsweise weniger saisonal geprägt. Sie ermöglichen damit eine gleichmäßigere Auslastung über das Jahr hinweg, was das Auslastungsniveau insgesamt tendenziell hebt.

26 Quantitativ besonders bedeutend ist die Höhergruppierung der übernachtungsstarken Gemeinde Baiersbronn im Jahr 1991 vom Luftkurort zum Kneippkurort.

Tabelle 7

**Ausgewählte Kenngrößen des Tourismus in Baden-Württemberg seit 1988
nach zusammengefaßten Betriebsarten und Gemeindegruppen *)**

Jahr	Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis					Para- hotellerie ¹⁾	Sanatorien, Kurkliniken	Betriebsarten insgesamt				
	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltsdauer	ange- botene Bettentage	Auslastung	Übernach- tungen	Übernach- tungen	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltsdauer	ange- botene Bettentage	Auslastung
	1 000	Tage	1 000	%	1 000	1 000	Tage	1 000	%			
Mineral- und Moorbäder												
1988	714	3 219	4,5	7 380	43,6	706	4 580	1 018	8 505	8,4	14 222	59,8
1991	750	2 947	3,9	6 720	43,8	750	5 314	1 072	9 011	8,4	14 464	62,3
1995	678	2 356	3,5	6 490	36,3	686	5 653	1 002	8 695	8,7	14 540	59,8
1997	666	2 106	3,2	6 292	33,5	570	3 624	941	6 301	6,7	14 065	44,8
Heilklimatische Kurorte												
1988	494	2 234	4,5	5 613	39,8	774	1 375	654	4 383	6,7	9 093	48,2
1991	522	2 262	4,3	5 041	44,9	913	1 445	713	4 621	6,5	8 802	52,5
1995	454	1 832	4,0	4 972	36,8	761	1 622	632	4 215	6,7	8 763	48,1
1997	409	1 576	3,9	4 773	33,0	652	1 071	567	3 299	5,8	8 591	38,4
Kneippkurorte												
1988	305	1 261	4,1	3 316	38,0	285	884	388	2 430	6,3	5 149	47,2
1991	317	1 271	4,0	3 033	41,9	307	910	408	2 488	6,1	4 841	51,4
1995	324	1 172	3,6	3 068	38,2	268	885	406	2 325	5,7	4 875	47,7
1997	323	1 119	3,5	3 014	37,1	239	608	395	1 966	5,0	4 830	40,7
Luftkurorte												
1988	618	2 348	3,8	7 815	30,0	1 679	646	911	4 673	5,1	13 314	35,1
1991	685	2 588	3,8	7 280	35,6	1 873	592	1 015	5 053	5,0	12 990	38,9
1995	630	2 158	3,4	7 186	30,0	1 642	725	975	4 525	4,6	13 041	34,7
1997	589	1 903	3,2	7 018	27,1	1 435	595	914	3 933	4,3	12 981	30,3
Erholungsorte												
1988	950	2 667	2,8	8 820	30,2	1 356	802	1 231	4 824	3,9	13 550	35,6
1991	1 090	2 966	2,7	8 253	35,9	1 405	800	1 377	5 171	3,8	13 091	39,5
1995	1 010	2 699	2,7	8 858	30,5	1 314	893	1 338	4 906	3,7	13 899	35,3
1997	992	2 545	2,6	8 798	28,9	1 238	918	1 332	4 702	3,5	14 035	33,5
Sonstige Gemeinden												
1988	5 638	10 564	1,9	29 365	36,0	1 488	339	6 175	12 391	2,0	33 855	36,6
1991	6 154	11 859	1,9	29 814	39,8	1 682	384	6 759	13 926	2,1	34 555	40,3
1995	6 564	12 149	1,9	38 534	31,5	1 704	403	7 195	14 257	2,0	43 867	32,5
1997	6 938	12 724	1,8	39 507	32,2	1 714	319	7 598	14 757	1,9	45 129	32,7
Baden-Württemberg insgesamt												
1988	8 719	22 292	2,6	62 309	35,8	6 288	8 626	10 378	37 206	3,6	89 183	41,7
1991	9 519	23 893	2,5	60 143	39,7	6 931	9 446	11 344	40 270	3,5	88 743	45,4
1995	9 661	22 364	2,3	69 108	32,4	6 377	10 182	11 549	38 923	3,4	98 983	39,3
1997	9 918	21 974	2,2	69 404	31,7	5 849	7 135	11 748	34 958	3,0	99 632	35,1
Veränderungen gegenüber 1988 in %												
Mineral- und Moorbäder												
1991	+ 5,0	- 8,5	- 12,8	- 8,9	+ 0,5	+ 6,3	+ 16,0	+ 5,2	+ 6,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 4,2
1995	- 5,1	- 26,8	- 22,9	- 12,1	- 16,8	- 2,8	+ 23,4	- 1,6	+ 2,2	+ 3,8	+ 2,2	-
1997	- 6,8	- 34,6	- 29,8	- 14,7	- 23,2	- 19,2	- 20,9	- 7,6	- 25,9	- 19,8	- 1,1	- 25,1
Heilklimatische Kurorte												
1991	+ 5,6	+ 1,3	- 4,0	- 10,2	+ 12,8	+ 18,0	+ 5,1	+ 9,0	+ 5,4	- 3,2	- 3,2	+ 8,9
1995	- 8,1	- 18,0	- 10,7	- 11,4	- 7,4	- 1,6	+ 17,9	- 3,4	- 3,8	- 0,4	- 3,6	- 0,2
1997	- 17,2	- 29,4	- 14,8	- 15,0	- 17,0	- 15,7	- 22,1	- 13,3	- 24,7	- 13,2	- 5,5	- 20,3
Kneippkurorte												
1991	+ 4,0	+ 0,8	- 3,0	- 8,5	+ 10,2	+ 7,5	+ 2,9	+ 5,0	+ 2,4	- 2,5	- 6,0	+ 8,9
1995	+ 6,2	- 7,1	- 12,5	- 7,5	+ 0,4	- 6,0	+ 0,1	+ 4,6	- 4,3	- 8,5	- 5,3	+ 1,1
1997	+ 6,0	- 11,2	- 16,3	- 9,1	- 2,3	- 16,3	- 31,3	+ 1,8	- 19,1	- 20,6	- 6,2	- 13,8
Luftkurorte												
1991	+ 10,9	+ 10,2	- 0,6	- 6,8	+ 18,3	+ 11,5	- 8,3	+ 11,5	+ 8,1	- 3,0	- 2,4	+ 10,8
1995	+ 2,0	- 8,1	- 10,0	- 8,0	- 0,1	- 2,2	+ 12,3	+ 7,1	- 3,2	- 9,6	- 2,1	- 1,1
1997	- 4,6	- 19,0	- 15,1	- 10,2	- 9,8	- 14,5	- 7,8	+ 0,4	- 15,8	- 16,2	- 2,5	- 13,7
Erholungsorte												
1991	+ 14,8	+ 11,2	- 3,1	- 6,4	+ 18,9	+ 3,7	- 0,2	+ 11,9	+ 7,2	- 4,2	- 3,4	+ 11,0
1995	+ 6,4	+ 1,2	- 4,9	+ 0,4	+ 0,8	- 3,0	+ 11,4	+ 8,7	+ 1,7	- 6,4	+ 2,6	- 0,8
1997	+ 4,4	- 4,5	- 8,6	- 0,2	- 4,3	- 8,6	+ 14,5	+ 8,2	- 2,5	- 9,9	+ 3,6	- 5,9
Sonstige Gemeinden												
1991	+ 9,2	+ 12,3	+ 2,8	+ 1,5	+ 10,6	+ 13,0	+ 13,4	+ 9,4	+ 12,4	+ 2,7	+ 2,1	+ 10,1
1995	+ 16,4	+ 15,0	- 1,2	+ 31,2	- 12,4	+ 14,5	+ 19,0	+ 16,5	+ 15,1	- 1,3	+ 29,6	- 11,2
1997	+ 23,1	+ 20,5	- 2,1	+ 34,5	- 10,5	+ 15,2	- 5,8	+ 23,0	+ 19,1	- 3,2	+ 33,3	- 10,7
Baden-Württemberg insgesamt												
1991	+ 9,2	+ 7,2	- 1,8	- 3,5	+ 11,0	+ 10,2	+ 9,5	+ 9,3	+ 8,2	- 1,0	- 0,5	+ 8,8
1995	+ 10,8	+ 0,3	- 9,5	+ 10,9	- 9,5	+ 1,4	+ 18,0	+ 11,3	+ 4,6	- 6,0	+ 11,0	- 5,7
1997	+ 13,8	- 1,4	- 13,3	+ 11,4	- 11,5	- 7,0	- 17,3	+ 13,2	- 6,0	- 17,0	+ 11,7	- 15,9

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten. - 1) Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Hütten, Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Entwicklungslinien der verschiedenen Betriebsformen stellt sich natürlich auch die Frage, wie sie sich in den Gemeindegruppen niedergeschlagen haben bzw. eher andersherum, wie sie sich aus den örtlichen Entwicklungen ergeben haben. Deshalb sind in *Tabelle 7* die touristisch besonders markanten Jahre in der Zeitspanne von 1988 bis 1997 dargestellt,²⁷ nämlich das Ausgangs- und das Endjahr, das Jahr 1991, in dem die Übernachtungen und die Auslastung insgesamt und in der Hotellerie einen Höhepunkt erreichten, sowie 1995, das Spitzenjahr der insbesondere für die höheren Prädikate sehr gewichtigen Sanatorien und Kurkliniken. Neben den Absolutwerten verdeutlichen auch die Veränderungsraten – hier jeweils gegenüber dem Ausgangsjahr 1988 – die Entwicklung. Wenn man zunächst das Gesamtergebnis aller Betriebsformen betrachtet, fällt sofort eine deutliche Diskrepanz zwischen den prädikatisierten Gemeinden einerseits und den Sonstigen Gemeinden andererseits ins Auge. Von 1988 bis 1991 verzeichneten zwar alle Gemeindegruppen Zuwächse bei den Gästezahlen und den Übernachtungen, bereits in dieser Spanne legten allerdings die Übernachtungen in den nicht prädikatisierten Gemeinden am stärksten zu. Nur in den Mineral- und Moorbädern und den Sonstigen Gemeinden nahmen hier die Aufenthaltsdauer und die Kapazitäten leicht zu, in allen anderen Gemeindegruppen verzeichneten diese beiden Größen dagegen leichte Rückgänge. Damit war überall der Grundstein für eine äußerst günstige Auslastungsentwicklung gelegt. Zwischen 1991 und 1995 driftete die Gesamtentwicklung zwischen den Gemeindegruppen demgegenüber deutlich stärker auseinander. Während die nicht prädikatisierten Gemeinden bei den Gästezahlen und den Übernachtungen nochmals zulegen konnten, mußten alle Arten von Gemeinden mit Prädikat bei beiden Merkmalen Rückgänge hinnehmen. Während in den Mineral- und Moorbädern und den Heilklimatischen Kurorten die Aufenthaltsdauer anstieg, schlug bei allen anderen Gemeindegruppen der Trend zu kürzeren Aufenthalten durch. Mit Ausnahme der Heilklimatischen Kurorte war bei allen Arten von prädikatisierten Gemeinden eine leichte Kapazitätsausweitung festzustellen, der in dieser Phase insgesamt deutlich beschleunigte Kapazitätsausbau läßt sich aber schwerpunktmäßig eindeutig in den nicht prädikatisierten Gemeinden lokalisieren. Trotz der vergleichsweise günstigen Nachfrageentwicklung führte das hier zu einem schon nahezu dramatischen Auslastungsverlust von fast 8 Prozentpunkten binnen nur vier Jahren. In den beiden Folgejahren sollten dann allein die Sonstigen Gemeinden ungeschoren davonkommen. Gäste- und Übernachtungszahlen nahmen hier weiter zu, die Kapazitäten wurden nur noch moderat ausgeweitet, die Auslastung stabilisierte sich auf allerdings relativ niedrigem Niveau. Bis auf die Erholungsorte, die

ihre Gästezahl noch knapp halten konnten, verloren die prädikatisierten Gemeinden von 1995 bis 1997 durchweg Gäste. Wesentlich stärker waren hingegen bei allen Prädikaten die Rückgänge bei den Übernachtungen. Vor allem bei den höher prädikatisierten Gemeinden, allen voran in den Mineral- und Moorbädern, ging die Aufenthaltsdauer nämlich in einem Maß zurück wie nie zuvor. Zwar wurde – die Erholungsorte wiederum ausgenommen – auch das Bettenangebot etwas reduziert, im Vergleich zu den Übernachtungsverlusten reichte das aber bei weitem nicht aus, um gravierende Auslastungsverluste zu verhindern.

Wie die Aufgliederung nach Betriebsarten klar belegt, verbergen sich hinter dieser Gesamtentwicklung erhebliche Verlagerungen zwischen den Betriebsformen, vor allem in den prädikatisierten Gemeinden. So verdankten die Mineral- und Moorbäder ihre bis 1995 noch vergleichsweise günstige Entwicklung ausschließlich den Sanatorien und Kurkliniken. Die Hotellerie hatte hier nämlich bereits seit 1989 und damit wesentlich früher als anderswo deutliche Übernachtungsverluste zu verzeichnen, die sich – nach einem kleinen Zwischenhoch 1991 – seit 1992 beschleunigt fortsetzten. Die Parahotellerie konnte in den Gemeinden mit dem höchsten Prädikat zwar von 1988 auf 1991 etwas zulegen, auch hier verlief die Entwicklung aber insgesamt ungünstiger als im Landestrend. Von 1988 auf 1995 erhöhte sich so der Übernachtungsanteil der Kureinrichtungen von 53,9 auf 65,0 %, der Anteil der Hotellerie nahm von 37,8 auf 27,1 % ab. In dieser Verlagerung von der Hotellerie und Parahotellerie zu den Sanatorien und Kurkliniken spiegelt sich nicht zuletzt auch eine Gewichtsverschiebung weg von ambulanten und hin zu stationären Kuren wider,²⁸ die auch durch die Rahmenregelungen der Sozialgesetzgebung, insbesondere im 1989 wirksam gewordenen Gesundheitsreformgesetz, wesentlich beeinflusst wurde. Der Preis für diese zunehmende Abhängigkeit des Tourismus von den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken war allerdings hoch, denn 1996 und vor allem 1997 schlugen dadurch die primär auf die stationären Kuren zielenden Sparmaßnahmen voll durch. 1997 verloren die stationären Kureinrichtungen in den Mineral- und Moorbädern des Landes über 2 Mill. Übernachtungen, zusammen mit den teilweise dadurch mit induzierten Rückgängen bei den anderen Betriebsformen summierten sich die Verluste auf fast 2,5 Mill. Übernachtungen bzw. 27,5 % des Übernachtungsaufkommens noch im Jahr 1995. In nicht ganz so dramatischer Form, von der Tendenz her aber ähnlich, waren derartige Verlagerungsprozesse auch in den anderen prädikatisierten Gemeinden zu beobachten, wobei die Erholungsorte auszunehmen sind. Im Vergleich von 1995 zu 1988 nahmen

27 Abweichend von den bisherigen Gesamtdarstellungen müssen sich die folgenden zweidimensionalen Gliederungen nach Betriebsarten und Prädikaten bzw. Reisegebieten aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf den Zeitraum ab 1988 beschränken.

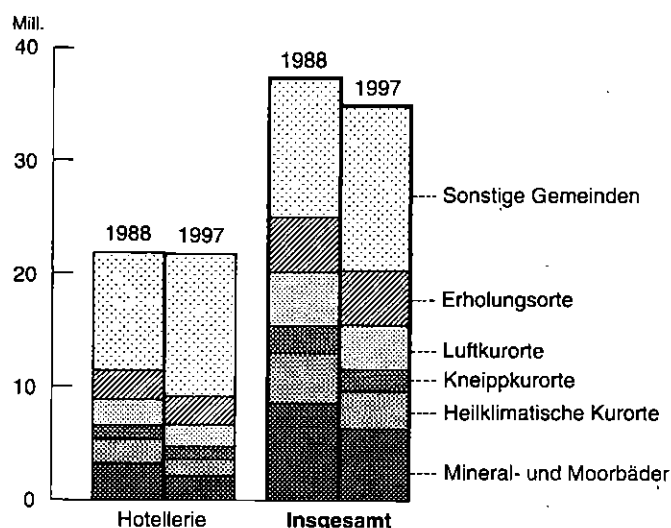
28 Vergleiche zum Beispiel: Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung, Landtag von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1173 vom 12. März 97, S. 11ff.

überall allein die Übernachtungen der Sanatorien und Kurkliniken zu – wenn auch in den Kneippkurorten nicht nennenswert –, die Hotellerie und in geringerem Umfang die Parahotellerie büßten dagegen an Übernachtungen ein. Folglich stieg das Gewicht der Kureinrichtungen im genannten Zeitraum an. Da die Verluste bei diesen Einrichtungen 1996/97 besonders stark waren, mußten sie sich im Gesamtergebnis jeweils stärker auswirken, als das bei den Ausgangsstrukturen noch der Fall gewesen wäre. Die Erholungsorte bilden unter den prädikatisierten Gemeinden insofern eine Ausnahme, als hier zwar auch von 1988 auf 1995 eine schleichende Verlagerung zu den Sanatorien und Kurkliniken stattfand, diese aber 1996 gegenüber 1995 sogar noch zulegten und auch 1997 gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von nur 1,4 % nur schwach einbüßten. Der Grund für diese vergleichsweise sehr günstige Entwicklung dürfte in der besonderen Struktur der Einrichtungen liegen. Die Sparmaßnahmen zielten nämlich eindeutig auf den Vorsorgebereich, der insbesondere mit den klassischen Bädern angesprochen ist. In den Erholungsorten, die üblicherweise nicht über natürliche Heilquellen oder ähnliches verfügen, konzentrieren sich hingegen eher die Rehabilitationseinrichtungen, die zum Beispiel nach Herzinfarkten, Operationen oder Unfällen in Anspruch genommen werden. Hier schlugen also offensichtlich die Sparmaßnahmen weit weniger durch als bei den typischen Vorsorgeeinrichtungen. Wie angesichts der besonderen Betriebsartenstruktur und Gesamtentwicklung nicht anders zu erwarten, weichen die Sonstigen Gemeinden auch in den Ent-

wicklungen der Betriebsarten erheblich von den prädikatisierten Gemeinden ab. Zwar nahm auch hier das Gewicht der touristisch relevanten Kliniken von 1988 bis 1995 geringfügig zu, angesichts des relativ geringen Volumens beeinflusste das die Gesamtentwicklung aber nur am Rande. Bemerkenswerter ist da schon eher die vergleichsweise günstige Entwicklung der Parahotellerie, die gerade in jüngster Zeit noch sehr stabil war. Zwar war ihr Beitrag zum Übernachtungsaufkommen der Sonstigen Gemeinden mit 11,6 % im Jahr 1997 recht bescheiden, immerhin aber wurden 29,3 % aller Übernachtungen der Parahotellerie in einer nicht prädikatisierten Gemeinde registriert. Gleichwohl wird hier die Gesamtentwicklung ganz eindeutig von der Hotellerie dominiert. Während das Übernachtungsaufkommen der Hotellerie zumindest seit 1992 in den prädikatisierten Gemeinden durchweg rückläufig ist, stieg es seit einem kleinen Zwischentief 1994 in den nicht prädikatisierten Gemeinden stetig an. Für die Kapazitätsentwicklung gilt ähnliches, denn tendenziellen Einschränkungen in den Gemeinden mit Prädikat stand vor allem von 1992 bis 1995 ein rapider Ausbau in den Sonstigen Gemeinden gegenüber. Seit 1996 wurde hier die Ausweitung nur noch moderat fortgesetzt, seit 1995 steigt sogar die Auslastung wieder leicht an. Generell zeigt also die Entwicklung in Richtung einer Verlagerung des Übernachtungstourismus von den klassischen Fremdenverkehrsgemeinden zu den traditionell weniger am Tourismus orientierten Orten, wobei vor allem die größeren Städte zu nennen sind.

Schaubild 7

Übernachtungen insgesamt und in der Hotellerie in Baden-Württemberg 1988 und 1997 nach Gemeindegruppen



Wenn man sich die Gesamtentwicklung der Übernachtungen von 1988 bis 1997 nochmals vor Augen führt, haben sich in diesem Zeitraum von knapp einer Dekade doch deutliche Strukturverschiebungen zwischen den Betriebsarten und den Gemeindegruppen ergeben (*Schaubild 7*). Auch wenn nach wie vor die Tourismusintensität in den prädikatisierten Gemeinden erheblich größer ist als in den Sonstigen Gemeinden, hat sich das Übernachtungsgeschehen deutlich zu den weniger stark touristisch geprägten Orten verlagert, lediglich die Erholungsorte konnten ihre Position noch knapp behaupten. Verlierer waren eindeutig die höher prädikatisierten Gemeinden, allen voran die Mineral- und Moorbäder, und zwar nicht nur wegen der jüngsten Krise im Kurbereich. Bereits seit längerem hat hier nämlich die positive Entwicklung der Sanatorien und Kurkliniken Schwächetendenzen vor allem in der Hotellerie überdeckt. Nachdem die Hotellerie in der Entwicklungsdynamik bis 1992 im Schatten der Parahotellerie und der stationären Kureinrichtungen, bis 1995 nur noch der touristisch relevanten Kliniken gestanden hatte, ist ihre positive Entwicklung vor allem seit 1995 in den nicht prädikatisierten Gemeinden zum Hoffnungsträger avanciert. Allein dieser klassische Beherbergungsbereich befindet sich gegenüber 1988 noch bzw. wieder auf dem gleichen Stand, allerdings manifestieren sich in ihm die Verlagerung zu den Sonstigen Gemeinden in besonderer Weise. Gingen 1988 noch 47,4 % ihrer Übernachtungen

Tabelle 8

Übernachtungen in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1997 nach zusammengefaßten Betriebsarten und Gemeindegruppen *)

Gemeindegruppe	Baden-Württemberg				Früheres Bundesgebiet			
	Hotellerie ¹⁾	Para-hotellerie ²⁾	Sanatorien, Kurkrankenhäuser	Betriebsarten insgesamt	Hotellerie ¹⁾	Para-hotellerie ²⁾	Sanatorien, Kurkrankenhäuser	Betriebsarten insgesamt
1 000								
Mineral- und Moorbäder	2 106	570	3 624	6 301	12 847	3 977	16 821	33 644
Heilklimatische Kurorte	1 576	652	1 071	3 299	8 830	5 553	2 499	16 881
Kneippkurorte	1 119	239	608	1 966	4 514	1 904	3 424	9 842
Heilbäder zusammen	4 802	1 461	5 303	11 566	26 191	11 433	22 743	60 368
Seebäder	–	–	–	–	5 622	14 656	2 337	22 616
Luftkurorte	1 903	1 435	595	3 933	11 058	9 598	2 140	22 797
Erholungsorte	2 545	1 238	918	4 702	12 185	9 848	2 131	24 164
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	9 250	4 135	6 816	20 201	55 056	45 536	29 352	129 944
Sonstige Gemeinden	12 724	1 714	319	14 757	88 723	20 016	2 470	111 209
Insgesamt	21 974	5 849	7 135	34 958	143 779	65 552	31 822	241 153
Anteile an den Gemeindegruppen insgesamt in %								
Mineral- und Moorbäder	9,6	9,8	50,8	18,0	8,9	6,1	52,9	14,0
Heilklimatische Kurorte	7,2	11,1	15,0	9,4	6,1	8,5	7,9	7,0
Kneippkurorte	5,1	4,1	8,5	5,6	3,1	2,9	10,8	4,1
Heilbäder zusammen	21,9	25,0	74,3	33,1	18,2	17,4	71,5	25,0
Seebäder	–	–	–	–	3,9	22,4	7,3	9,4
Luftkurorte	8,7	24,5	8,3	11,3	7,7	14,6	6,7	9,5
Erholungsorte	11,6	21,2	12,9	13,4	8,5	15,0	6,7	10,0
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	42,1	70,7	95,5	57,8	38,3	69,5	92,2	53,9
Sonstige Gemeinden	57,9	29,3	4,5	42,2	61,7	30,5	7,8	46,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Anteile an den Betriebsarten insgesamt in %								
Mineral- und Moorbäder	33,4	9,1	57,5	100	38,2	11,8	50,0	100
Heilklimatische Kurorte	47,8	19,8	32,5	100	52,3	32,9	14,8	100
Kneippkurorte	56,9	12,2	30,9	100	45,9	19,3	34,8	100
Heilbäder zusammen	41,5	12,6	45,8	100	43,4	18,9	37,7	100
Seebäder	–	–	–	–	24,9	64,8	10,3	100
Luftkurorte	48,4	36,5	15,1	100	48,5	42,1	9,4	100
Erholungsorte	54,1	26,3	19,5	100	50,4	40,8	8,8	100
Prädikatisierte Gemeinden zusammen	45,8	20,5	33,7	100	42,4	35,0	22,6	100
Sonstige Gemeinden	86,2	11,6	2,2	100	79,8	18,0	2,2	100
Insgesamt	62,9	16,7	20,4	100	59,6	27,2	13,2	100

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten. – 1) Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels gamis. – 2) Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Hütten, Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen.

auf das Konto der Orte ohne Prädikat, waren es 1997 bereits 57,9 %. Dagegen ging das Gewicht der Mineral- und Moorbäder im gleichen Zeitraum von 14,4 auf 9,6 % zurück.

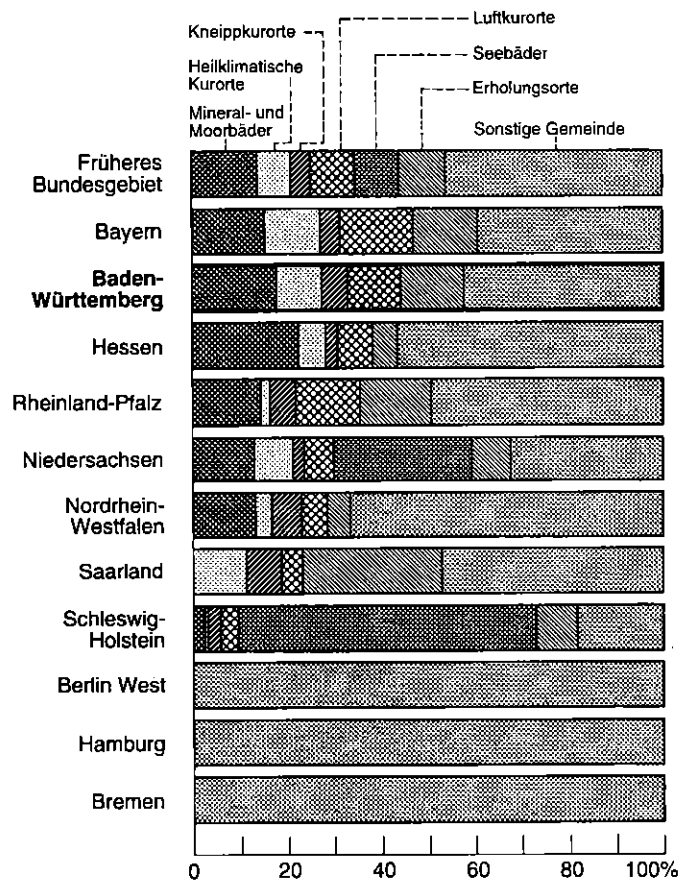
Hier stellt sich nun auch die Frage, ob die mittelfristig innerhalb des früheren Bundesgebiets relativ ungünstige Entwicklung des baden-württembergischen Übernachtungstourismus in der speziellen Prädikatsstruktur des Landes begründet sein könnte. Es wäre theoretisch durchaus denkbar, daß sich die einzelnen Prädikate für sich genommen jeweils entsprechend dem Bundestrend entwickeln, daß aber trotzdem aus den abweichenden Gewichten der Prädikate insgesamt ein unterdurchschnittliches Gesamtergebnis resultiert. In diesem Fall wäre eine

relativ schwache Gesamtentwicklung letztlich nur die Folge von allgemeinen Randbedingungen, die sich bei den derzeitigen Entwicklungslinien im Land gerade vergleichsweise negativ auswirken. Wie aus *Tabelle 8* erkennbar wird, haben sämtliche im Land vertretenen Prädikate hier – gemessen am Übernachtungsanteil – ein stärkeres Gewicht als im früheren Bundesgebiet insgesamt.²⁹ So steu-

29 In den neuen Bundesländern werden die Prädikatisierungen erst schrittweise vorgenommen. In der Bundesveröffentlichung werden die neuen Länder deshalb generell den Sonstigen Gemeinden zugerechnet, in den Landesveröffentlichungen sind jedoch teilweise bereits Aufgliederungen nach Prädikaten enthalten. Gleichwohl erscheint es nicht sinnvoll, die neuen Länder in die Betrachtung nach Prädikaten bereits einzubeziehen.

Schaubild 8

Übernachtungen*) in den Ländern des früheren Bundesgebiets 1997 nach Gemeindegruppen



*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

220 98

erten die Heilbäder 1997 in Baden-Württemberg fast ein Drittel aller landesweiten Übernachtungen bei, im früheren Bundesgebiet war es jedoch nur ein Viertel. Allerdings sind im Land die Seebäder überhaupt nicht vertreten, auf die bundesweit immerhin fast jede zehnte Übernachtung zurückging. Trotz des Fehlens dieses Prädikats haben die prädikatisierten Gemeinden in Baden-Württemberg insgesamt jedoch immer noch ein relativ starkes Gewicht, auch wenn der Unterschied mit 57,8 gegenüber 53,9 % nicht übermäßig gravierend ausfällt. In der zusätzlichen Aufgliederung nach Betriebsarten fällt jedoch auf, daß im Land die Sanatorien und Kurkliniken in nahezu allen Prädikaten relativ stark vertreten sind. In den Heilklimatischen Kurorten, in den Luftkurorten und in den Erholungsorten liegt ihr Anteil – auf unterschiedlichem Niveau – sogar jeweils mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern insgesamt. Eine Ausnahme bilden allerdings die Kneippkurorte, bei denen der Anteil der stationären Kureinrichtungen im Land etwas unter dem Vergleichswert rangiert. Hingegen ist die Parahotellerie im Land durchgehend in allen Gemeindegruppen relativ schwach vertreten. Für den

insgesamt niedrigen Übernachtungsanteil dieser Betriebsformen spielt aber auch das Fehlen der Seebäder mit einer Rolle, einer ganz besonderen Domäne der Ferienzentren, -heime, -häuser und -wohnungen. Die Hotellerie bietet dagegen kein so einheitliches Bild. Während sie in Baden-Württemberg insbesondere in den Kneippkurorten, aber auch in den nicht prädikatisierten Gemeinden und in den Erholungsorten eine relativ starke Stellung aufweist, ist sie in den Heilklimatischen Kurorten und den Mineral- und Moorbädern gegenüber dem früheren Bundesgebiet deutlich unterrepräsentiert.

Wie haben sich nun die einzelnen Prädikate im Land im Vergleich zum früheren Bundesgebiet entwickelt? Diese Frage läßt sich leider nicht genau beantworten, da auf Bundesebene im Gegensatz zum Land keine Zeitreihe mit einheitlichem Prädikatisierungsstand vorliegt. Die Veränderungen können damit auch durch Prädikatswechsel beeinflusst sein, ohne daß diese „unechten“ Einflüsse von tatsächlichen Entwicklungen zu unterscheiden wären. Gleichwohl scheint es vertretbar, zumindest Tendenzangaben zu machen. Bei der insgesamt besonders ungünstigen Entwicklung der Heilbäder im Zeitraum von 1988 bis 1997 handelt es sich offenbar nicht um ein rein baden-württembergisches Phänomen, sondern um eine generelle Erscheinung im früheren Bundesgebiet. Dies liegt bei den Sanatorien und Kurkliniken, denen hier ein besonderes Gewicht zukommt, unmittelbar auf der Hand. Auch die Hotellerie hat hier bundesweit eingebüßt, allerdings waren die Übernachtungsrückgänge in Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark. Bei der Parahotellerie hingegen liefen die Entwicklungen auch von der Richtung auseinander. Den Einbußen im Land stand bundesweit ein leichter Übernachtungszuwachs gegenüber. Über alle Betriebsarten betrachtet waren damit die Verluste der Heilbäder in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. Dies gilt allerdings nur für die Übernachtungen. Da nämlich entsprechend der relativen Nachfrageentwicklung die Kapazitätseinschränkungen in der Hotellerie bundesweit geringer bzw. der Kapazitätsausbau in der Parahotellerie bundesweit stärker ausfiel als im Land, verschlechterte sich die Auslastung auf beiden Ebenen in einer ähnlichen Größenordnung. In den Luftkurorten hielten sich die Übernachtungsverluste im Land und im früheren Bundesgebiet etwa die Waage, wobei hier allerdings die Hotellerie in Baden-Württemberg vor allem zu Lasten der Parahotellerie trotz deutlicher Verluste noch relativ gut aussah. Die Auslastungsverluste waren im Land allerdings insgesamt relativ stark, weil nur eine geringe Kapazitätsanpassung nach unten erfolgte. Obwohl in Baden-Württemberg die Erholungsorte unter den prädikatisierten Gemeinden noch mit Abstand am besten abschnitten, zeigt sich hier der deutlichste Unterschied zur Bundesentwicklung. Im früheren Bundesgebiet verbuchten Orte dieses Prädikats nämlich von 1988 bis 1997 einen Übernachtungszuwachs um ein Achtel, der vor allem auf

die Parahotellerie und die Sanatorien zurückging. Allerdings ist gerade bei diesem relativ häufig vergebenen Prädikat ein Einfluß neu prädikatisierter Gemeinden auf das Bundesergebnis nicht unwahrscheinlich. Trotz dieses rechnerisch guten Ergebnisses wurden im früheren Bundesgebiet die Zuwachsraten der Erholungsorte von den Seebädern noch übertroffen. Hier stiegen die Übernachtungen um fast 20 %, wobei die Parahotellerie sogar um ein Viertel zulegen konnte. Der Zuwachs der Seebäder war damit in den alten Bundesländern sogar noch etwas stärker als in den nicht prädikatisierten Gemeinden. Die Sonstigen Gemeinden waren allerdings auch die einzige Gemeindegruppe, in der Baden-Württemberg in der Zeitspanne von 1988 bis 1997 im Bundesvergleich ein leicht überdurchschnittliches Übernachtungsergebnis erzielen konnte. Da allerdings auch der Kapazitätsausbau vor allem in der Hotellerie hier deutlich stärker ausfiel, war eine überdurchschnittliche Auslastungsverschlechterung zu verzeichnen.

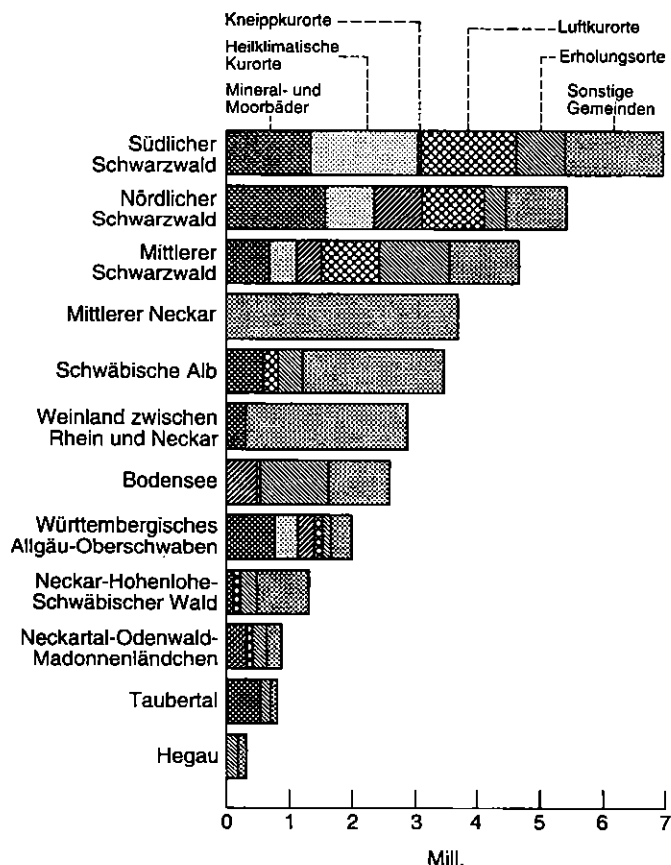
Insgesamt liefert die Entwicklung nach Prädikaten damit doch zumindest einen Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Länderentwicklungen im früheren Bundesgebiet, wenn man zusätzlich die Struktur der Gemeindegruppen in den einzelnen Bundesländern berücksichtigt. Zur Orientierung ist in *Schaubild 8* die Zusammensetzung der Übernachtungen im Jahr 1997 nach Gemeindegruppen in den Ländern des früheren Bundesgebietes dargestellt, wobei die Länder nach dem Anteil der Heilbäder und Luftkurorte zusammen angeordnet sind, der Gemeindegruppen also, die in den letzten Jahren bundesweit und auch in Baden-Württemberg mit der ungünstigsten Nachfrageentwicklung konfrontiert waren. Danach sind diese Prädikate in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich stark vertreten, durchweg also in süddeutschen Ländern. Damit scheinen also die überdurchschnittlichen Übernachtungsrückgänge dieser Prädikate einerseits und der Südländer andererseits unmittelbar zusammenzuhängen. Die Attraktivitätseinbußen, die die Heilbäder und Luftkurorte generell in den letzten Jahren erlitten haben, schlug also in besonderem Maß auf die süddeutschen Länder zurück. Zwar sind auch die Erholungsorte mit Ausnahme von Hessen durchweg nur im süddeutschen Raum besonders stark vertreten, von ihrer Entwicklung scheinen aber weder ausgesprochen positive noch besonders negative Impulse auszugehen. Von der Attraktivitätssteigerung der Seebäder profitierten dagegen im früheren Bundesgebiet ausschließlich die beiden Küstenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die ebenfalls relativ positive Entwicklung der sonstigen Gemeinden konnte zwar auch in Süddeutschland die Verluste vor allem bei den höher prädikatisierten Gemeinden zum Teil kompensieren, profitiert haben davon aber offensichtlich vor allem die Länder mit einem sehr hohen Anteil sonstiger Gemeinden, nämlich das stark städtisch orientierte Nordrhein-Westfalen sowie die Stadtstaaten.

Betriebsarten und Reisegebiete

Ähnlich wie auf Bundesebene gibt es natürlich auch innerhalb des Landes regionale Unterschiede, und zwar sowohl bezüglich der relativen Bedeutung des Tourismus als auch hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung. Zwar lassen sich die Ergebnisse der Beherbergungsstatistik auch nach den ansonsten üblichen Regionalgliederungen wie etwa nach Kreisen abbilden, gängiger ist allerdings eine Darstellung nach den Reisegebieten, einer speziell auf touristische Belange zugeschnittenen Gliederung. Diese flächendeckende Einteilung des Landes orientiert sich dabei einerseits an naturräumlichen Gegebenheiten, berücksichtigt aber auch die gewachsenen Zuständigkeitsbereiche der regionalen Tourismusverbände. In der feinen Gliederung werden 12 Reisegebiete unterschieden, die sich wiederum zu den drei übergeordneten Gebieten Schwarzwald, Neckarland-Schwaben und Bodensee-Oberschwaben zusammenfassen lassen. Wie aus *Schaubild 9* und *Schaubild 10* auf der nächsten Seite erkennbar wird, unterscheiden sich die Reisegebiete in der feinen Aufglie-

Schaubild 9

Übernachtungen*) in Baden-Württemberg 1997 nach Reisegebieten und Gemeindegruppen



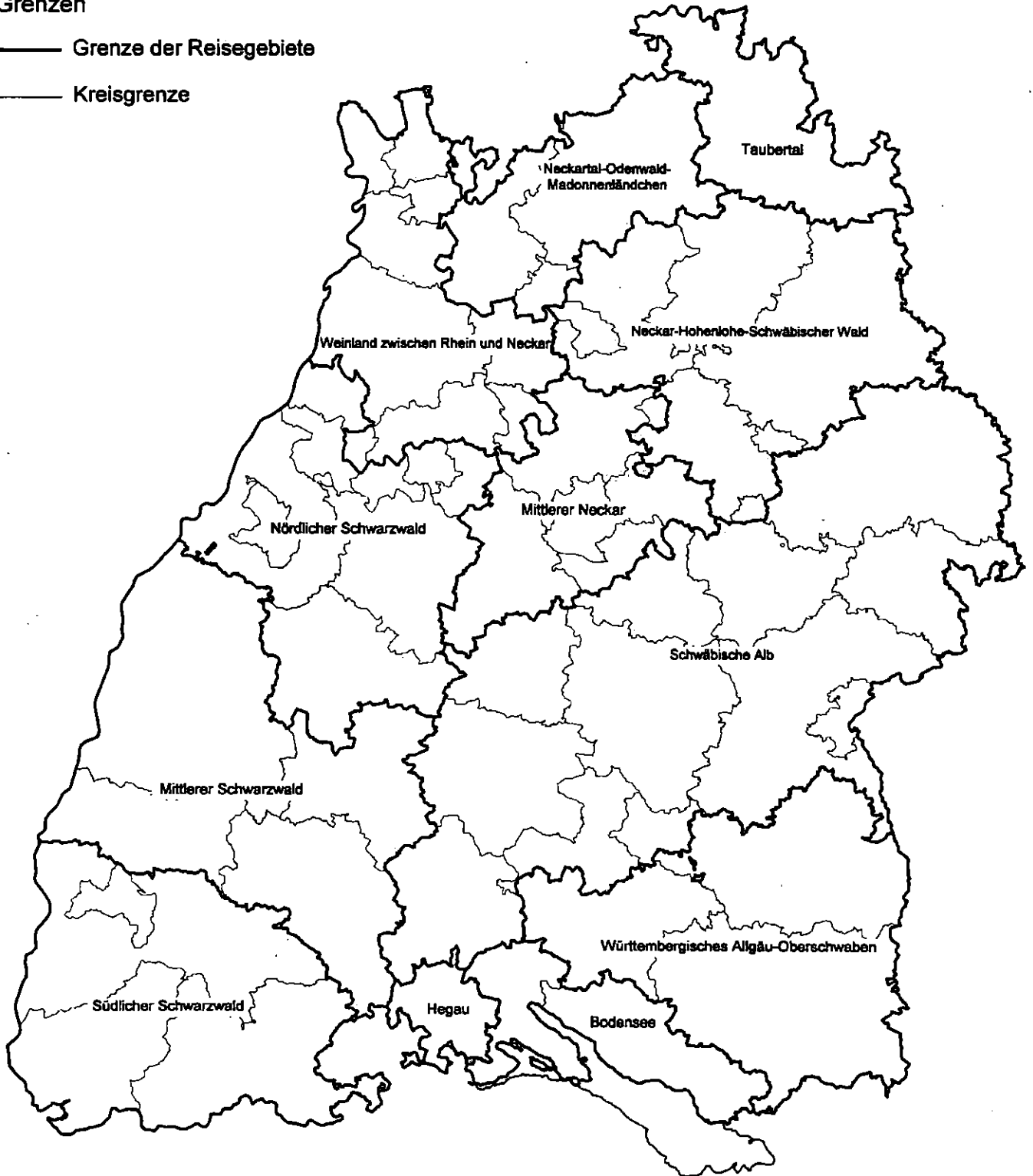
*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten.

Reisegebiete in Baden-Württemberg

Grenzen

— Grenze der Reisegebiete

— Kreisgrenze



derung allerdings erheblich in ihrer Größe und im touristischen Übernachtungsaufkommen. Die Spanne reicht hier vom kleinen Hegau mit gut 0,3 Mill. Übernachtungen im Jahr 1997 über das regional sehr weit gefaßte Reisegebiet Schwäbische Alb mit 2,1 Mill. Übernachtungen bis zum räumlich zwar nicht übermäßig großen, aber besonders tourismusintensiven Südlichen Schwarzwald mit 6,9 Mill. Übernachtungen. Ähnlich wie in den Bundesländern setzen sich die Übernachtungen der Reisegebiete außerdem sehr unterschiedlich nach Gemeindegruppen zusammen. Während im Taubertal, im Württembergischen Allgäu-Oberschwaben und im Nördlichen Schwarzwald jeweils deutlich über 80 % des Übernachtungsaufkommens auf prädikatisierte Gemeinden zurückgehen, besteht das Reisegebiet Mittlerer Neckar³⁰ ausschließlich aus nicht prädikatisierten Gemeinden. Nicht zuletzt aus dieser unterschiedlichen Zusammensetzung resultiert angesichts der abweichenden Tourismusintensität der Gemeindegruppen auch eine Abstufung der Übernachtungsdichte zwischen den Reisegebieten (Tabelle 9), allerdings handelt es sich dabei nicht um eine lineare Beziehung. So steht zum Beispiel mit dem Bodensee ein Reisegebiet bei der Übernachtungsdichte an zweiter Stelle, in dem die Heilbäder

sogar unterdurchschnittlich vertreten sind. Auf der anderen Seite nimmt mit der Schwäbischen Alb ein Gebiet den letzten Rang ein, in dem Mineral- und Moorbäder einen fast durchschnittlichen Anteil zum Übernachtungsaufkommen beisteuern. Mit 2,0 Übernachtungen je Einwohner wird sie dabei sogar vom Mittleren Neckar übertroffen, obgleich dort überhaupt keine Gemeinden als prädikatisiert geführt werden. Obgleich die Übernachtungsdichte nach Reisegebieten mit Werten von 8,6 Übernachtungen je Einwohner im Südschwarzwald bis zu 1,6 im Reisegebiet Schwäbische Alb eine beträchtliche Spannweite aufweist, ist die Diskrepanz doch deutlich geringer als zwischen den Prädikaten, da sich in jedem Reisegebiet auch Gemeinden ohne zumindest nennenswertes Übernachtungsaufkommen befinden, die tendenziell nivellierend wirken.

Die Prädikatsstruktur schlägt sich nicht nur in der Übernachtungsdichte der Reisegebiete nieder, sondern wirkt sich zumindest mittelbar auch auf die Gewichte der Betriebsarten aus. Dabei weisen vor allem die Sanatorien und Kurkliniken hinsichtlich ihrer Bedeutung eine ausgesprochen große Spannweite auf. Während diese Betriebsart im Mittleren Neckar nahezu keine Rolle spielt, geht im Württembergischen Allgäu-Oberschwaben fast 60 % des gesamten Übernachtungsaufkommens auf sie zurück, und auch im Taubertal liegt der Anteil noch deutlich über der

30 Das Reisegebiet Mittlerer Neckar ist nicht identisch mit der früheren Region Mittlerer Neckar, heute Region Stuttgart.

Tabelle 9

Übernachtungsdichte*) in Baden-Württemberg 1997 nach Reisegebieten und Betriebsarten

Reisegebiet	Betriebsart								insgesamt
	Hotels	Gasthöfe	Pensionen	Hotels garnis	Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime	Ferienzentren, -häuser und -wohnungen	Hütten, Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen	Sanatorien, Kurkrankehäuser	
Schwäbische Alb	0,62	0,30	0,05	0,12	0,19	0,08	0,12	0,17	1,64
Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald	0,61	0,29	0,06	0,15	0,28	0,03	0,09	0,17	1,66
Mittlerer Neckar	1,29	0,13	0,04	0,36	0,11	.	.	.	1,98
Weinland zwischen Rhein und Neckar	1,23	0,18	0,05	0,30	0,06	0,00	0,08	0,18	2,08
Neckartal-Odenwald-Madonnenländchen	0,62	0,27	0,07	0,13	0,26	0,16	0,17	1,08	2,76
Hegau	0,58	0,26	0,10	0,07	0,17	0,09	.	.	3,03
Baden-Württemberg	1,29	0,37	0,18	0,28	0,26	0,16	0,15	0,69	3,37
Württembergisches Allgäu-Oberschwaben	0,57	0,33	0,14	0,11	0,27	0,04	0,12	2,35	3,94
Nördlicher Schwarzwald	2,07	0,42	0,37	0,37	0,62	0,13	0,15	0,81	4,94
Mittlerer Schwarzwald	1,45	0,77	0,29	0,21	0,32	0,46	0,18	1,49	5,18
Taubertal	0,96	0,61	0,13	0,27	.	.	0,51	3,18	5,85
Bodensee	2,68	0,85	0,54	0,68	0,45	0,66	0,34	1,20	7,40
Südlicher Schwarzwald	2,77	0,88	0,67	0,64	0,48	0,66	0,48	1,97	8,55

*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab neun Betten im Jahr 1997 bezogen auf die Einwohner am 1. Januar 1997.

Hälfte. Ein überdurchschnittliches Gewicht haben die stationären Kureinrichtungen daneben vor allem noch im Neckartal-Odenwald-Madonnenländchen sowie in abgeschwächter Form im Mittleren und Südlichen Schwarzwald. Bemerkenswerterweise liegt ihr Gewicht jedoch im Nördlichen Schwarzwald sogar noch etwas unter dem Landesdurchschnitt, obwohl hier die Heilbäder mit am stärksten vertreten sind. Auf der anderen Seite dominiert die Hotellerie vor allem in den beiden am stärksten städtisch geprägten Reisegebieten, nämlich dem Mittleren Neckar mit der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Weinland zwischen Rhein und Neckar mit den beiden Großstädten Mannheim und Heidelberg. Analog zu den Sonstigen Gemeinden auf Landesebene dominieren dabei vor allem die Hotels und mit Abstand dahinter die Hotels garnis. Die Gasthöfe sind als Betriebsform vor allem in den Bereichen Schwäbische Alb, Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald und Mittlerer Schwarzwald relativ stark vertreten, die Pensionen haben ihr stärkstes Gewicht in allen drei Teilbereichen des Schwarzwalds. Besonders schwach repräsentiert ist die Hotellerie in den drei Reisegebieten mit den höchsten Anteilen an Sanatorien sowie im Hegau. Bezieht man die Übernachtungsdichte ausschließlich auf die Hotellerie, dann ergibt sich fast so etwas wie eine Zweiklassen-Gesellschaft. Mit 5,0 bis 2,7 Übernachtungen je Einwohner stehen die drei Teile des Schwarzwalds sowie der Bodensee weit an der Spitze, in einer vergleichsweise engen Spanne von 2,0 bis 1,0 folgt dann der Rest. Die verschiedenen Betriebsformen der Parahotellerie sind zwar fast durchgehend in allen Reisegebieten vertreten, haben aber weitgehend nur eine ergänzende Funktion. Lediglich im Südlichen Schwarzwald und am Bodensee entfällt auf diese Einrichtungen pro Einwohner deutlich mehr als eine Übernachtung im Jahr, eine Schwelle, die von den beiden anderen Teilbereichen des Schwarzwalds nur knapp verfehlt wird.

Angesichts der bisherigen Ergebnisse und der sehr unterschiedlichen Strukturen in den Reisegebieten kann es nicht überraschen, daß zwischen ihnen die zeitlichen Entwicklungslinien deutlich auseinanderlaufen. In *Tabelle 10* sind analog zur *Tabelle 7* die wesentlichen Kennzahlen zur Entwicklung von 1988 bis 1997 zusammengestellt, wobei sich die Darstellung aus Platzgründen auf die fünf vom Übernachtungsaufkommen her bedeutendsten feingegliederten Reisegebiete sowie das zusammengefaßte Gebiet Bodensee-Oberschwaben beschränkt. Bei der Kommentierung werden jedoch auch die nicht explizit aufgeführten Gebiete berücksichtigt. Im Betrachtungszeitraum waren insgesamt alle drei Teilbereiche des Schwarzwalds mit einer besonders ungünstigen Nachfrageentwicklung konfrontiert. Der Nördliche Schwarzwald konnte bereits bis 1991 nicht mit der damals noch expandierenden Landesentwicklung mithalten und verzeichnete entgegen dem Landestrend in der Parahotellerie und bei den stationären Kureinrichtungen Übernachtungsverluste. Durch Kapazitätsanpassungen nach unten gelang aber gleichwohl eine Auslastungsverbesserung. Der Mittlere und Südliche Schwarzwald prosperierten jedoch in dieser Phase

noch, vor allem gestützt auf die positiven Entwicklungslinien bei den Sanatorien und Kurkrankenhäusern sowie in der Parahotellerie. Deutlich stärker als der Schwarzwald expandierten jedoch damals die schwäbischen Reisegebiete um Alb, Neckar, Hohenlohe und Schwäbischen Wald sowie der Bereich Bodensee-Oberschwaben. Die Rückgänge der Hotellerie in der Phase nach 1991 schlugen sich dann in nahezu allen Reisegebieten in allerdings unterschiedlicher Stärke nieder, auffällig stark jedoch in allen drei Teilgebieten des Schwarzwalds. Ausnahmen bildeten dabei aber insbesondere das Weinland zwischen Rhein und Neckar sowie vor allem der Mittlere Neckar. Vor allem hier, aber auch in den Bereichen Schwäbische Alb, Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald lassen sich auch die teilweise massiven Kapazitätserweiterungen in der Hotellerie lokalisieren. Auch der Trendumschwung bei der Parahotellerie erfolgte nahezu flächendeckend, allerdings schnitten auch hier die schwäbischen Reisegebiete noch vergleichsweise günstig ab. Die Verlagerungstendenz zu den Sanatorien und Kurkliniken vor allem in der Spanne von 1991/92 bis 1995 betraf regional vor allem den Südlichen und Mittleren Schwarzwald sowie in beschränkterem Umfang den Nördlichen Schwarzwald und den Bereich Bodensee-Oberschwaben. Der Einbruch bei diesen Einrichtungen 1996/97 schlug sich dann folgerichtig vor allem in den Gebieten mit sehr hohem Gewicht der stationären Kureinrichtungen nieder, also im Württembergischen Allgäu-Oberschwaben, im Taubertal, im Neckartal-Odenwald-Madonnenländchen und in allen Teilen des Schwarzwalds, wenn auch am schwächsten im Nord-schwarzwald. In allen genannten Gebieten läßt sich auch eine negative Ausstrahlung der Kurkrise auf die anderen Betriebsarten beobachten. Das mag zum einen an einem Rückgang auch der ambulanten Kuren liegen, kann aber auch damit zusammenhängen, daß mit dem Ausbleiben von Kurgästen auch mitreisende Angehörige, Besucher der Kurgäste oder kurbezogene Geschäftsreisende wegfallen, die üblicherweise außerhalb der Sanatorien und Kurkliniken abstiegen.³¹ Es kann sogar ein gewisser Abschreckungseffekt auf kurunabhängige Feriengäste nicht ausgeschlossen werden, der zum Beispiel aus einer negativen Wirkung kaum frequentierter Einrichtungen resultieren kann. Nahezu ungeschoren von der Kurkrise kamen dagegen die Reisegebiete mit niedrigem Anteil der Kurkliniken und Sanatorien davon, nämlich das Weinland zwischen Rhein und Neckar, der Bereich Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald und die Schwäbische Alb. Kräftige Zuwachsraten konnte sogar der Mittlere Neckar verbuchen, der nicht nur von den direkten und indirekten Auswirkungen der Kurkrise nahezu vollständig verschont blieb und vom allgemeinen Trend zum Städte- und Geschäftstourismus profitierte, sondern darüber hinaus durch be-

31 Auch wenn sich das statistisch nicht nachweisen läßt, gehen zumindest einige Kureinrichtungen verstärkt dazu über, kurunabhängige Übernachtungsleistungen zum Beispiel an Angehörige anzubieten. Damit wird den anderen Betriebsarten zusätzlich Nachfrage entzogen.

Tabelle 10

**Ausgewählte Kenngrößen des Tourismus in Baden-Württemberg seit 1988
nach zusammengefaßten Betriebsarten und ausgewählten Reisegebieten *)**

Jahr	Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis					Para- hotellerie ¹⁾	Sanatorien, Kurkliniken	Betriebsarten insgesamt				
	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltsdauer	ange- botene Bettentage	Auslastung	Übernach- tungen	Übernach- tungen	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltsdauer	ange- botene Bettentage	Auslastung
	1 000	Tage	1 000	%	1 000							
Nördlicher Schwarzwald												
1988	1 269	4 528	3,6	12 419	36,5	1 193	1 232	1 546	6 952	4,5	16 915	41,1
1991	1 395	4 592	3,3	11 381	40,3	1 096	1 132	1 662	6 820	4,1	15 431	44,2
1995	1 290	3 804	2,9	11 269	33,8	1 059	1 245	1 574	6 109	3,9	15 623	39,1
1997	1 283	3 552	2,8	11 126	31,9	991	890	1 563	5 432	3,5	15 566	34,9
Mittlerer Schwarzwald												
1988	987	2 650	2,7	8 885	29,8	1 053	1 541	1 218	5 244	4,3	13 621	38,5
1991	1 061	2 871	2,7	8 015	35,8	1 227	1 618	1 326	5 715	4,3	13 230	43,2
1995	1 006	2 581	2,6	8 550	30,2	1 068	1 860	1 267	5 508	4,3	14 016	39,3
1997	1 011	2 445	2,4	8 711	28,1	868	1 333	1 253	4 646	3,7	14 165	32,8
Südlicher Schwarzwald												
1988	1 473	4 747	3,2	12 160	39,0	1 545	1 676	1 802	7 969	4,4	18 237	43,7
1991	1 560	4 860	3,1	11 596	41,9	1 787	2 092	1 935	8 739	4,5	18 555	47,1
1995	1 487	4 304	2,9	12 072	35,7	1 544	2 415	1 878	8 263	4,4	19 171	43,1
1997	1 493	4 022	2,7	12 081	33,3	1 315	1 600	1 845	6 937	3,8	19 006	36,5
Weinland zwischen Rhein und Neckar												
1988	1 173	2 017	1,7	5 059	39,9	240	340	1 259	2 597	2,1	6 026	43,1
1991	1 191	2 209	1,9	5 118	43,2	231	332	1 276	2 772	2,2	6 025	46,0
1995	1 336	2 336	1,7	6 471	36,1	205	330	1 416	2 871	2,0	7 343	39,1
1997	1 366	2 409	1,8	6 762	35,6	206	251	1 446	2 866	2,0	7 705	37,2
Schwäbische Alb												
1988	998	2 002	2,0	6 186	32,4	692	347	1 221	3 040	2,5	8 687	35,0
1991	1 125	2 291	2,0	6 396	35,8	841	415	1 398	3 547	2,5	9 214	38,5
1995	1 171	2 245	1,9	8 305	27,0	825	394	1 461	3 464	2,4	11 283	30,7
1997	1 219	2 289	1,9	8 175	28,0	818	353	1 515	3 460	2,3	11 308	30,6
Mittlerer Neckar												
1988	1 226	2 551	2,1	6 309	40,4	238	0	1 310	2 790	2,1	6 871	40,6
1991	1 405	2 849	2,0	6 860	41,5	267	0	1 502	3 116	2,1	7 472	41,7
1995	1 621	3 109	1,9	9 689	32,1	.	.	1 720	3 377	2,0	10 390	32,5
1997	1 799	3 406	1,9	9 867	34,5	.	.	1 912	3 695	1,9	10 648	34,7
Bodensee-Oberschwaben												
1988	917	2 315	2,5	6 321	36,6	714	2 149	1 131	5 178	4,6	10 336	50,1
1991	1 026	2 623	2,6	6 218	42,2	842	2 354	1 271	5 819	4,6	10 585	55,0
1995	981	2 451	2,5	7 025	34,9	784	2 467	1 228	5 702	4,6	11 578	49,2
1997	971	2 359	2,4	6 914	34,1	769	1 792	1 211	4 920	4,1	11 654	42,2
Veränderungen gegenüber 1988 in %												
Nördlicher Schwarzwald												
1991	+ 9,9	+ 1,4	- 7,7	- 8,4	+ 10,7	- 8,1	- 8,1	+ 7,4	- 1,9	- 8,7	- 8,8	+ 7,5
1995	+ 1,7	- 16,0	- 17,4	- 9,3	- 7,4	- 11,2	+ 1,1	+ 1,8	- 12,1	- 13,7	- 7,6	- 4,9
1997	+ 1,1	- 21,6	- 22,4	- 10,4	- 12,4	- 16,9	- 27,8	+ 1,1	- 21,9	- 22,7	- 8,0	- 15,1
Mittlerer Schwarzwald												
1991	+ 7,5	+ 8,3	+ 0,8	- 9,8	+ 20,1	+ 16,5	+ 5,0	+ 8,9	+ 9,0	+ 0,1	- 2,9	+ 12,2
1995	+ 1,9	- 2,6	- 4,4	- 3,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 20,7	+ 4,0	+ 5,0	+ 1,0	+ 2,9	+ 2,1
1997	+ 2,5	- 7,7	- 10,0	- 2,0	- 5,9	- 17,6	- 13,5	+ 2,9	- 11,4	- 13,9	+ 4,0	- 14,8
Südlicher Schwarzwald												
1991	+ 5,9	+ 2,4	- 3,3	- 4,6	+ 7,3	+ 15,6	+ 24,8	+ 7,4	+ 9,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 7,8
1995	+ 0,9	- 9,3	- 10,2	- 0,7	- 8,7	- 0,1	+ 44,0	+ 4,2	+ 3,7	- 0,5	+ 5,1	- 1,4
1997	+ 1,4	- 15,3	- 16,5	- 0,6	- 14,7	- 14,9	- 4,5	+ 2,4	- 13,0	- 15,0	+ 4,2	- 16,5
Weinland zwischen Rhein und Neckar												
1991	+ 1,6	+ 9,5	+ 7,8	+ 1,2	+ 8,2	- 3,8	- 2,4	+ 1,4	+ 6,7	+ 5,3	- 0,0	+ 6,7
1995	+ 13,9	+ 15,8	+ 1,7	+ 27,9	- 9,5	- 14,6	- 3,0	+ 12,5	+ 10,6	- 1,7	+ 21,9	- 9,3
1997	+ 16,5	+ 19,4	+ 2,5	+ 33,7	- 10,7	- 14,0	- 26,2	+ 14,8	+ 10,4	- 3,9	+ 27,9	- 13,7
Schwäbische Alb												
1991	+ 12,7	+ 14,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 10,7	+ 21,6	+ 19,5	+ 14,5	+ 16,7	+ 1,9	+ 6,1	+ 10,0
1995	+ 17,4	+ 12,1	- 4,5	+ 34,3	- 16,5	+ 19,2	+ 13,7	+ 19,6	+ 13,9	- 4,8	+ 29,9	- 12,3
1997	+ 22,2	+ 14,4	- 6,4	+ 32,2	- 13,5	+ 18,2	+ 1,8	+ 24,1	+ 13,8	- 8,3	+ 30,2	- 12,6
Mittlerer Neckar												
1991	+ 14,6	+ 11,7	- 2,6	+ 8,7	+ 2,7	+ 12,2	.	+ 14,7	+ 11,7	- 2,6	+ 8,8	+ 2,7
1995	+ 32,2	+ 21,9	- 7,8	+ 53,6	- 20,7	.	.	+ 31,4	+ 21,0	- 7,8	+ 51,2	- 20,0
1997	+ 46,7	+ 33,5	- 9,0	+ 56,4	- 14,6	.	.	+ 46,0	+ 32,4	- 9,3	+ 55,0	- 14,5
Bodensee-Oberschwaben												
1991	+ 11,9	+ 13,3	+ 1,2	- 1,6	+ 15,2	+ 17,9	+ 9,5	+ 12,4	+ 12,4	+ 0,0	+ 2,4	+ 9,7
1995	+ 7,0	+ 5,9	- 1,0	+ 11,1	- 4,7	+ 9,8	+ 14,8	+ 8,6	+ 10,1	+ 1,4	+ 12,0	- 1,7
1997	+ 5,9	+ 1,9	- 3,8	+ 9,4	- 6,9	+ 7,6	- 16,6	+ 7,0	- 5,0	- 11,2	+ 12,7	- 15,7

*) Beherbergungsstätten ab neun Betten. - 1) Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Hütten, Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen.

sondere Attraktionen, wie inzwischen zwei Musicals und eine Spielbank in der Landeshauptstadt, zusätzliche Gäste erschließen konnte.

Die Entwicklung einzelner Gemeinden

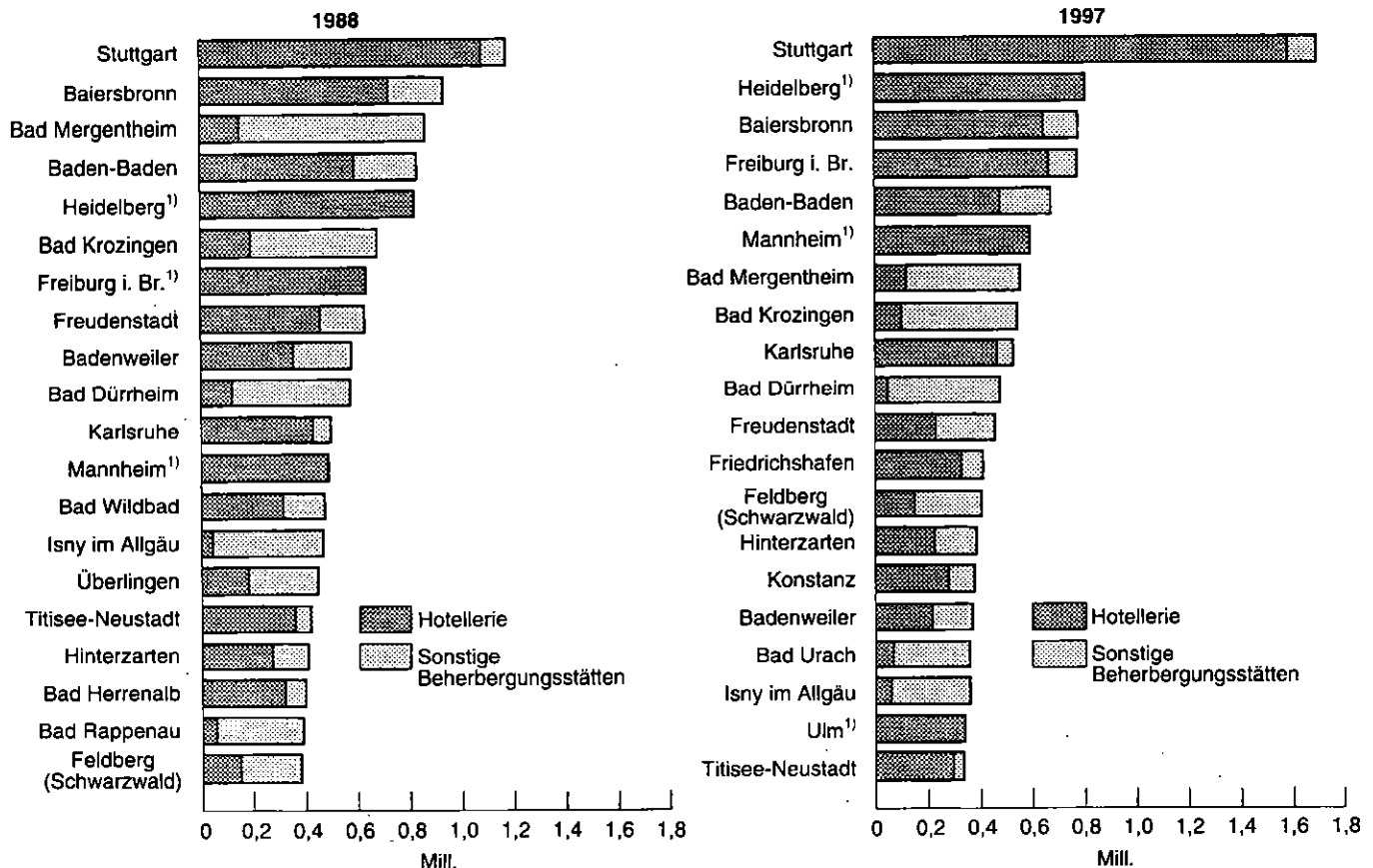
Noch in viel stärkerem Maß als die Zusammenfassungen von Gemeindegruppen, Reisegebieten oder gar Bundesländern sind einzelne Gemeinden von den Fluktuationen des Tourismus betroffen. Gerade in den meist kleineren typischen Tourismusgemeinden wird die Entwicklung zwar auch von übergreifend wirksamen Tendenzen wie dem wechselnden Geschmack des Publikums oder – wie in den Bäderorten – von Regelungen beispielsweise gesetzlicher Art beeinflusst, gleichwohl spielen hier auch die rein örtlichen Gegebenheiten, von der natürlichen Umgebung und dem Umgang damit über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein attraktiver Übernachtungs- und Rahmenangebote, der Preisgestaltung und dem Service

bis hin zum Marketing, eine entscheidende Rolle. Von daher ist es nicht ungewöhnlich, daß zwei Nachbarorte mit nahezu gleichen Ausgangsvoraussetzungen sehr unterschiedlich frequentiert sein können und sich auch im Zeitablauf stark abweichend entwickeln können. Eine vergleichende Betrachtung von Gemeinden anhand statistischer Größen bietet damit nicht nur eine reine Beschreibung eines Ist-Zustandes oder einer vergangenen Entwicklung, sondern sie kann bei Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten auch den Schlüssel für eine positive Beeinflussung der zukünftigen Entwicklung liefern.

Vor diesem Hintergrund ist hinsichtlich des Tourismusbezugs bei den Gemeinden eine extrem weite Spanne sogar naheliegend. So verfügten 1997 von den insgesamt 1 111 Gemeinden des Landes überhaupt nur 905 über eine Beherbergungsstätte mit mindestens neun Betten, für die restlichen 206 Gemeinden werden also keine touristischen Übernachtungen nachgewiesen. Selbst wenn man nur die 159 Gemeinden mit mindestens 50 000 Übernachtungen berücksichtigt, bewegt sich die Übernach-

Schaubild 11

20 Gemeinden mit der jeweils höchsten Übernachtungszahl*) in Baden-Württemberg 1988 und 1997



*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten. – 1) Aus Geheimhaltungsgründen kein getrennter Nachweis möglich: Zuordnung erfolgt zu zusammengefaßter Betriebsart mit höherer Übernachtungszahl.

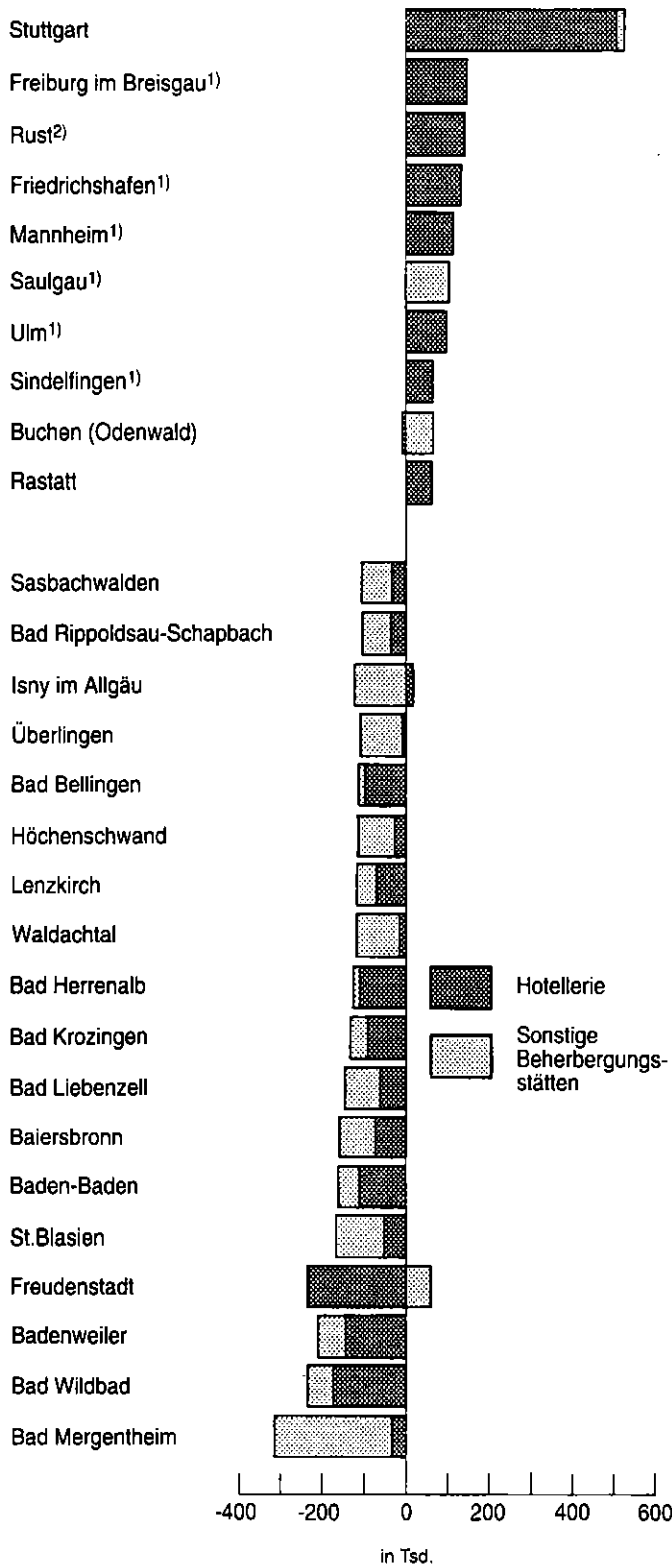
tungsdichte immer noch in einer Bandbreite von gerade einer Übernachtung je Einwohner (Esslingen am Neckar) bis zu 236 (Feldberg im Schwarzwald). Am Ort mit dem höchsten Berg des Landes steht also immerhin in etwa zwei Dritteln des Jahres einem ortsansässigen Bürger ein auswärtiger Gast gegenüber, wobei Gäste in Privatquartieren noch nicht einmal mitberücksichtigt sind. Mit Hinterzarten und Schluchsee kamen 1997 in zwei weiteren Orten im Südschwarzwald mehr als 100 Gästeübernachtungen auf einen Einwohner. 11 Gemeinden, bis auf Hagnau am Bodensee und Gailingen am Hochrhein durchweg im Schwarzwald angesiedelt, bewegten sich in einer Spanne von 50 bis 99 Übernachtungen je Einwohner. Zusätzlich wiesen 28 Orte mindestens 25 bzw. weitere 42 Orte mindestens 10 Gästeübernachtung pro Kopf der Bevölkerung auf, wobei auch hier ein deutlicher regionaler Schwerpunkt im Schwarzwald und im Bereich Bodensee-Oberschwaben liegt. Mit 5,8 rangierte Heidelberg als erste Großstadt nur auf einer Position um 100, wo etwa das letzte Drittel der Gemeinden ab 50 000 Übernachtungen beginnt. Auch wenn in der Spitzengruppe der Rangliste nach der Übernachtungsdichte sehr unterschiedliche Betriebskonstellationen anzutreffen sind, sind hier doch auffällig viele Gemeinden enthalten, die ihre hohen Werte nicht primär der Hotellerie verdanken, sondern häufig vor allem den Sanatorien und Kurkliniken, teilweise auch der Parahotellerie. Dies drückt sich unter anderem auch in einer deutlich veränderten Reihenfolge aus, wenn man die Übernachtungsdichte ausschließlich auf die Betriebsarten der Hotellerie beschränkt. Zwar bleiben die drei Spitzenreiter erhalten, die Werte lagen 1997 hier aber unter 100 Übernachtungen je Einwohner, und mit einem Wert von 91 wird dieses Feld von Hinterzarten angeführt. Mit Enzklosterle, Hagnau am Bodensee und Badenweiler kamen daneben nur noch drei weitere Gemeinden über 50 Hotellerieübernachtungen pro Kopf der Bevölkerung. Während unter Berücksichtigung aller erfaßten Übernachtungen immerhin 84 Gemeinden auf mindestens 10 Übernachtungen je Einwohner kamen, übertrafen bei den Übernachtungen in der Hotellerie nur noch 37 Gemeinden diesen Schwellenwert.

Diese deutlichen Unterschiede in der Betriebsartenstruktur treten auch bei einer Betrachtung der Gemeinden mit höchsten absoluten Übernachtungszahlen zutage, die in *Schaubild 11* für die Jahre 1988 und 1997 dargestellt sind. Danach erreichte die Gemeinde Feldberg als Ort mit der durchgehend höchsten Übernachtungsdichte im Land 1988 mit 379 000 Übernachtungen und deutlichem Schwerpunkt außerhalb der Hotellerie gerade noch den 20. Rang. Mit 1,17 Mill. konnte der Spitzenreiter Stuttgart mehr als das dreifache Übernachtungsvolumen verbuchen, wobei allein 1,08 Mill. Übernachtungen auf die Hotellerie zurückgingen. Danach folgten mit deutlichem Anstand sowohl nach oben als auch nach unten vier sehr unterschiedlich strukturierte Gemeinden, nämlich mit Baiersbronn die flächenmäßig größte Gemeinde im Land mit sehr ausgeprägter Hotellerie, das deutlich vom Kurbetrieb geprägte Mineral- und Moorbad Bad Mergent-

heim, das sowohl mit Kurbetrieb als auch mit städtischen Reizen ausgestattete Baden-Baden und die attraktive Großstadt Heidelberg, deren Hotellerie gerade auch ausländische Gäste besonders anzieht. Auch die nachfolgenden Orte decken ein ähnlich breites Spektrum ab, wobei insbesondere die Großstädte Freiburg, Karlsruhe und Mannheim für eine starke Hotellerie stehen, vor allem Bad Krozingen, Bad Dürkheim und Isny im Allgäu dagegen für eine starke Ausprägung der Sanatorien und Kurkliniken. Obwohl immerhin 16 der 20 Gemeinden mit dem höchsten Übernachtungsaufkommen von 1988 auch 1997 wieder in der entsprechenden Liste der „Top 20“ auftauchen, hat sich das Bild doch deutlich verschoben. Zwar liegt die Landeshauptstadt Stuttgart mit einer Übernachtungsdichte von 2,9 immer noch unter dem Landesdurchschnitt von 3,4, sie hat aber durch einen Zuwachs um 44,4 % auf nunmehr 1,69 Mill. Übernachtungen ihre führende Position weiter ausgebaut. Allein der Übernachtungszuwachs der letzten neun Jahre von 519 000 hätte ausgereicht, um in der Rangliste der übernachtungsstärksten Gemeinden im Jahr 1997 den zehnten Platz einzunehmen. Das nunmehr zweitplatzierte Heidelberg konnte sich um drei Ränge verbessern, obwohl sein Übernachtungsaufkommen um 20 000 auf 802 000 und damit deutlich weniger als die Hälfte von Stuttgart zurückging. Aufgrund stärkerer Übernachtungseinbußen verloren Baiersbronn und Baden-Baden jeweils einen Rang, die Breisgauemetropole Freiburg zog durch einen stattlichen Zuwachs um 144 000 Übernachtungen auf Rang vier fast mit Baiersbronn gleich. Dem allgemeinen Trend zu den Großstädten folgend, verbesserten sich auch Mannheim und Karlsruhe durch Zugewinne bei den Übernachtungen in ihren Positionen deutlich. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang Ulm, das sich durch einen Zuwachs von 41 % bzw. 99 000 Übernachtungen von Rang 38 im Jahr 1988 auf Rang 19 im Jahr 1997 hochkatapultierte. Unter der 20 übernachtungsstärksten Gemeinden verschlechterte sich dagegen die Position der meisten Kurorte, vor allem von Bad Mergentheim, Bad Krozingen, Badenweiler und Isny, aber auch von Freudenstadt, Hinterzarten und Titisee-Neustadt. Bad Wildbad, Bad Herrenalb und Bad Rappenau rutschten sogar durch kräftige Einbußen aus der Liste der „Top 20“ hinaus. Bad Dürkheim konnte zwar formal seinen Rang behalten, verlor aber dennoch 94 000 Übernachtungen. Auf der anderen Seite verbesserte die Gemeinde Feldberg ihre Position aufgrund leichter Übernachtungsgewinne, mit Bad Urach erscheint sogar auch ein Mineral- und Moorbad neu in der Liste. Bemerkenswert sind auch die Umschichtungen zwischen den größeren Bodenseegemeinden. So legten vor allem Friedrichshafen und auch Konstanz deutlich an Übernachtungen zu und erschienen dadurch neu unter den 20 übernachtungsstärksten Gemeinden des Landes, im selben Zeitraum verlor aber Überlingen durch Rückgänge vor allem außerhalb der Hotellerie seine Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. Insgesamt hat sich also der Abstand zwischen Stuttgart und dem Rest deutlich verstärkt, ab Rang zwei liegt das Übernachtungsniveau auf allen Positionen bis 20 jedoch

Schaubild 12

**Veränderung der Übernachtungszahlen*)
in ausgewählten Gemeinden Baden-Württembergs
1997 gegenüber 1988**



*) Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten, - 1) Aus Geheimhaltungsgründen kein getrennter Nachweis nach Betriebsarten möglich; Zuordnung erfolgt zu zusammengefaßter Betriebsart mit höchster Veränderung der Übernachtungszahl, - 2) Veränderung 1989 bis 1997.

jeweils zum Teil deutlich niedriger als noch 1988. Während 1988 die Spanne hier von 935 000 bis 379 000 Übernachtungen reichte, umfaßte sie 1997 nur noch 802 000 bis 336 000 Übernachtungen.

Obwohl bereits die Anlistung der übernachtungsstärksten Gemeinden zu den beiden Zeitpunkten die zum Teil beträchtlichen Umwälzungen verdeutlicht, gibt sie natürlich nur einen Teilausschnitt wieder. In *Schaubild 12* sind die Gemeinden dargestellt, die in der Spanne von 1988 bis 1997 bei den Übernachtungen die absolut größten Veränderungen verzeichneten. Aufgeführt sind die Gemeinden mit Zuwächsen ab 60 000 und die mit Rückgängen ab 100 000 Übernachtungen. Die Grenzen wurden deshalb unterschiedlich gewählt, weil sich angesichts der landesweit negativen Entwicklung in diesem Zeitraum die Gemeinden mit Gewinnen und mit Verlusten keineswegs die Waage hielten. So konnten von 1988 bis 1997 von den 171 Gemeinden, die in einem der beiden Jahre mindestens insgesamt 50 000 Übernachtungen und drei Hotelierbetriebe aufwiesen, nur 62 Orte ihre Übernachtungszahl erhöhen, während sich in 109 Gemeinden die Werte reduzierten. Selbst wenn man geringe Veränderungen der Übernachtungszahlen in beide Richtungen von 5 000 ausschließt, ist die Relation von Gewinnern zu Verlierern mit 55 zu 100 kaum günstiger. Angesichts der bisherigen Ergebnisse nicht überraschend, aber dennoch bemerkenswert ist dabei die Verteilung nach Prädikaten. Unter den 55 Gemeinden mit nennenswerten Zuwächsen haben allein 36, also fast zwei Drittel, kein Prädikat, während sich gerade einmal vier Heilbäder, also nur eine kleine Minderheit, zu dieser Gruppe zählen kann. Auf der anderen Seite zählen 40 Heilbäder zu den 100 Gemeinden mit nennenswerten Verlusten, hingegen nur 18 nicht prädikatisierte Gemeinden. Die Ungleichverteilung zwischen Gewinnern und Verlierern zeigt sich auch bei der Höhe der Veränderungen. Bei nur 10 Gemeinden nahm die Übernachtungszahl nämlich um mehr als 60 000 Übernachtungen zu, bei bereits 32 hingegen nahm sie in dieser Größenordnung ab, darunter allein bei 18 um mehr als 100 000. Während sich also die Gewinne in starkem Umfang auf Stuttgart und wenige andere Gemeinden konzentrieren, ist eine deutlich größere Anzahl von Gemeinden mit zum Teil auch sehr starken Verlusten konfrontiert.

Zu den stärksten Gewinnern gehörten neben den bereits erwähnten Städten Stuttgart, Freiburg, Friedrichshafen, Mannheim und Ulm mit deutlichem Schwerpunkt in der Hotellerie auch die Mittelstädte Sindelfingen und Rastatt sowie die kleine Ortengemeinde Rust. Ihren Aufstieg praktisch aus dem Nichts hat sie wohl nahezu ausschließlich dem dort angesiedelten Freizeitpark zu verdanken. Mit Saulgau und Buchen im Odenwald finden sich lediglich zwei prädikatisierte Gemeinden unter den stärksten Gewinnern. Sie verdanken ihren Zuwachs auch nicht überwiegend der Hotellerie, sondern erweiterten Angeboten bei den sonstigen Beherbergungsstätten. Bei den 18 Gemein-

den mit Übernachtungsverlusten ab 100 000 handelt es sich dagegen durchweg um prädikatisierte Gemeinden, was sogar auch noch für alle Orte mit Verlusten über 50 000 Übernachtungen gilt. Der Verlust von 311 000 Übernachtungen bzw. 36 % des Niveaus von 1988 in Bad Mergentheim läßt sich dabei fast ausschließlich auf die jüngste Kurkrise und die stationären Kureinrichtungen zurückführen, denn er konzentriert sich eindeutig auf die beiden Jahre 1996 und 1997, allein 1997 betrug der Rückgang 233 000 Übernachtungen. In fast noch stärkerem Maß gilt das für Bad Krozingen und Höchenschwand, denn diese beiden Kurorte hatten 1996 – allerdings bereits bei Verlusten im Hotelleriebereich – vor allem durch eine Expansion bei den stationären Kureinrichtungen noch deutlich zu den Gewinnern gegenüber 1988 gehört, rutschten aber 1997 durch Rückgänge der Übernachtungen in Sanatorien und Kurkliniken um 224 000 bzw. 146 000 ins Minus. Generell fällt jedoch auf, daß sich die Verluste nur in relativ wenigen Gemeinden sehr eindeutig auf die Sonstigen Beherbergungsstätten konzentrieren, wobei es sich in den meisten Fällen um Rückgänge bei den Sanatorien und Kurkliniken handelt. In ähnlicher Schärfe wie für Bad Mergentheim gilt das nur noch für Isny im Allgäu, Überlingen, Höchenschwand und Waldachtal, in deutlich eingeschränkterer Form auch für St. Blasien, Baiersbrunn, Bad Rippoldsau-Schapbach und Sasbachwalden sowie für Bad Liebenzell, wobei sich im letztgenannten Fall die Verluste allerdings schwerpunktmäßig auf die Parahotellerie zurückführen lassen. Das andere Extrem bildet Freudenstadt, denn hier stehen sehr massiven Einbußen im Hotelleriebereich sogar leichte Zugewinne in den Sonstigen Beherbergungsstätten gegenüber. Auch in Bad Wildbad, Badenweiler, Baden-Baden, Bad Herrenalb und Bad Bellingen konzentrieren sich die Rückgänge mit deutlichem Schwerpunkt auf die Hotellerie, auch wenn hier zusätzlich bei den Sonstigen Beherbergungsstätten, wiederum meist vor allem bei den Sanatorien und Kurkliniken, ebenfalls leichte Einbußen zu verzeichnen waren. Anders als in den Orten, in denen die Übernachtungsverluste vor allem im Bereich der stationären Kureinrichtungen entstanden, gehen hier die Rückgänge in den meisten Fällen allerdings zumindest nicht so eindeutig auf die allerjüngste Zeit zurück, sondern sie haben sich über mehrere Jahre aufgebaut. So verzeichnete die Hotellerie zwar mit Ausnahme von Baden-Baden in allen hier genannten Gemeinden auch im Jahr 1997 Übernachtungsrückgänge, gleichwohl hatten sie durchweg bereits 1996 deutliche Rückgänge gegenüber 1988 verzeichnet. Da sich diese traditionellen Tourismusgemeinden anders als mancher vergleichbare Ort nicht so eindeutig auf den stationären Kurbetrieb fixiert haben, sondern auf eine starke Hotellerie vertrauten, wurden sie also zwar von der aktuellen Kurkrise nicht in voller Schärfe getroffen, andererseits verkörpert sich gerade in ihnen der mittelfristige Verlagerungsprozeß der Hotellerie weg von den traditionellen Ferienorten hin zu den Städten und aufstrebenden Gemeinden mit offensichtlich zeitgemäßen Attraktionen in besonderem Maß.

Zusammenfassung und Ausblick

- Der Begriff des Tourismus ist allgemein verbreitet und wohl für jeden auch mit bestimmten inhaltlichen Vorstellungen verbunden, gleichwohl bereitet eine konkrete Definition insbesondere aufgrund der fließenden Grenzen erhebliche Schwierigkeiten. Infolge dieser definitorischen Probleme werden unter dem Etikett des Tourismus sehr unterschiedliche Inhalte transportiert. Allerdings hat eine inzwischen weitgehend – auch von der EU – anerkannte Entschließung der Welttourismusorganisation WTO aus dem Jahr 1991 hier erheblich zur Klärung beigetragen, auch wenn sich damit noch nicht jede Abgrenzungsfrage im Detail lösen läßt. Insgesamt ist diese Definition als relativ weit zu charakterisieren, da sie beispielsweise auch Geschäftsreisen sowie Aufenthalte in Sanatorien oder in Zweitwohnungen unter den Tourismus subsumiert. Auch im Sinne dieser Definition wurde in diesem Aufsatz die Thematik des Inlandtourismus untersucht, also die Auswirkungen des Tourismus innerhalb eines Gebietes, hier speziell Baden-Württembergs.
- Obwohl in der öffentlichen Diskussion häufiger quantitative Aussagen zur ökonomischen Bedeutung des Tourismus gemacht werden, ist diese Dimension des Reisens – etwa im Vergleich zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insgesamt – statistisch relativ schlecht gesichert. Zwar sind durchaus theoretische Ansätze für eine statistische Ermittlung vorhanden, die Datengrundlagen reichen aber für einen fundierten und vor allem kontinuierlichen Nachweis nicht aus. Ein wesentlicher Grund dafür ist darin zu suchen, daß der Tourismus keinen Wirtschaftszweig im herkömmlichen Sinn darstellt, sondern sich als spezielle Nutzungsform von Waren und Leistungen in mehr oder weniger starkem Umfang quer über alle Wirtschaftsbereiche niederschlagen kann. Zur präzisen Bestimmung der ökonomischen Bedeutung des Tourismus wären daher sehr umfangreiche und anspruchsvolle Erhebungen erforderlich, die zumindest den gegenwärtigen finanziellen Rahmen der amtlichen Statistik sprengen würden und zudem auch von der Erhebungsseite her sehr schnell an Grenzen stoßen würden.
- Zwar gab es – bis auf wenige Eckzahlen allerdings unveröffentlicht – für das Jahr 1990 durch das Statistische Bundesamt eine häufig auf Schätzungen beruhende Berechnung der Wertschöpfung und des Beschäftigungseffekts des Tourismus für das frühere Bundesgebiet, diese wurde aber nicht zuletzt auch wegen der schlechten Datenlage bisher nicht aktualisiert. Aus verschiedenen Gründen ist die Datengrundlage auf Länderebene nochmals deutlich schlechter als im Bund. So erlaubt zum Beispiel die Konzeption der Umsatzsteuerstatistik als Unternehmensstatistik keinen

länderscharfen Nachweis der Umsätze, und die Input-Output-Tabellen müßten für alle Bundesländer in abgestimmter Form vorliegen, um die indirekten Auswirkungen des Tourismus im Land korrekt erfassen zu können. Ganz abgesehen vom großen Aufwand ist eine derartige Berechnung für Baden-Württemberg daher unter den Qualitätsanforderungen an die amtliche Statistik methodisch nicht vertretbar.

- Gleichwohl wurde in den folgenden Abschnitten auf der Grundlage eines angebotsorientierten Ansatzes versucht, die vom Tourismus abhängigen Beschäftigten auf der Endstufe der Nachfrage für das Jahr 1996 grob zu schätzen, wobei verschiedene Datenquellen Verwendung fanden. Allerdings hat diese Schätzung eher den Charakter einer Modellrechnung, da bis auf wenige Ausnahmen keine direkten Anhaltspunkte für die Relation zwischen touristischer und nicht-touristischer Nutzung der Waren und Leistungen vorlagen. Diese Ansätze wurden aber im Regelfall so „vorsichtig“ gewählt, daß in den Ergebnissen eher ein Mindestumfang zum Ausdruck kommt. Das gilt auch deshalb, weil einige durchaus tourismusrelevante Endnachfragebereiche wie das Taxi- und das Mietwagengewerbe mangels Daten nicht berücksichtigt werden konnten. Quantitativ wesentlich bedeutender ist in diesem Zusammenhang allerdings die Nichtberücksichtigung sämtlicher indirekter Beschäftigungseffekte, die sich in vorgelagerten Wirtschaftsstufen aus dem Tourismus ergeben, beispielsweise in der Kfz-Produktion des Landes. Auf der anderen Seite dürfen die ermittelten Beschäftigtenzahlen keineswegs im Sinne von Vollzeitarbeitsplätzen interpretiert werden, denn selbst die geringfügig Beschäftigten wurden jeweils voll mitgezählt, die in einigen der relevanten Branchen wie im Gastgewerbe eine durchaus nennenswerte Rolle spielen.
- Im Rahmen dieser Berechnung wurde auch – soweit möglich – versucht, in einzelnen Basisstatistiken offensichtlich bestehende Datenlücken durch Zuschätzungen zu schließen. So führt die spezielle Abgrenzung der HGZ insbesondere in der Parahotellerie und bei den Campingplätzen dazu, daß hier nur ein Teil des tatsächlichen Angebots nachgewiesen werden kann. Beispielsweise betrug die in der HGZ 1993 für die Parahotellerie nachgewiesene Bettenzahl nur etwa ein Viertel der Betten in der funktional orientierten Beherbergungsstatistik. Quantitativ noch wesentlich stärker wirkt sich die untere Abschneidegrenze in der Beherbergungsstatistik aus, durch die eine Vielzahl von Privatquartieren und Kleinbetrieben nicht erfaßt werden.
- Für diesen Bereich des Übernachtungstourismus wurde unter Einschluß der ebenfalls nicht erfaßten Übernachtungen von Dauercampern und Zweitwohnungsbesitzern zunächst das Übernachtungsvolumen

geschätzt. Grundlage dafür war ein Vergleich der jährlichen Erhebung des Schwarzwald Tourismusverbandes (STV) bei seinen Mitgliedsgemeinden mit der Beherbergungsstatistik. Nach Ergänzung um die noch fehlenden Gemeinden des Schwarzwalds wurde eine Hochrechnung auf das ganze Land vorgenommen, wobei die strukturellen Besonderheiten des Schwarzwalds – soweit möglich – rechnerisch ausgeglichen wurden. Nach dieser Schätzung wurden 1996 insgesamt 11,3 Mill. touristische Übernachtungen nicht von der Beherbergungsstatistik erfaßt. Zwar entfiel davon mit über 80 % der Löwenanteil auf die prädikatisierten Gemeinden, immerhin trugen aber auch die nicht prädikatisierten Gemeinden fast 2 Mill. Übernachtungen bei. In einem mittelfristigen Vergleich mit einer entsprechenden Schätzung für 1990 waren die Sonstigen Gemeinden zugleich die einzige Gemeindegruppe, in der das Übernachtungsaufkommen der Privatquartiere usw. noch leicht zunahm. Vor allem in den Mineral- und Moorbädern, den Kneippkurorten und den Luftkurorten weisen diese Betriebskategorien der Schätzung zufolge jedoch deutlich rückläufige Tendenz auf. Diese Schätzung des Übernachtungsaufkommens bildete gleichzeitig über weitere Zwischenschritte auch die Grundlage für eine – allerdings zwangsläufig sehr grobe – Modellrechnung der hier beschäftigten Personen.

- Insgesamt ergab die Modellrechnung für die touristische Endnachfrage im Jahr 1996 eine Größenordnung von 190 000 Beschäftigten, eine Dimension also, die bereits ohne die indirekten Beschäftigungswirkungen nur unwesentlich unter der häufig genannten Gesamtzahl von 200 000 tourismusabhängigen Arbeitsplätzen liegt. Schätzungsweise über die Hälfte davon geht auf den Kernbereich des Tourismus zurück, nämlich das Übernachtungsgewerbe einschließlich der Privatquartiere, darunter allein fast ein Viertel auf die Hotellerie. Mit etwa 34 000 tourismusabhängig Beschäftigten käme danach auch dem Einzelhandel im weiteren Sinn eine relativ starke Bedeutung zu, insbesondere auch deshalb, weil sich hier im Kfz-Einzelhandel, bei den Tankstellen und im Reparaturgewerbe für Kraftfahrzeuge die Aufwendungen für den touristisch bestimmten Individualverkehr widerspiegeln. Selbst wenn man für das Gaststättengewerbe nur einen touristischen Nutzungsgrad von einem Drittel unterstellt, wären auch hier immerhin fast 27 000 Arbeitsplätze als touristisch induziert einzustufen. Mit 22 000 Beschäftigten trägt der gewerbliche Verkehrsbereich der Modellrechnung zufolge in einer ähnlichen Größenordnung zur Gesamtzahl der Arbeitsplätze bei, wobei über die Hälfte auf die Reisebüros und -veranstalter als typischer Tourismusbranche zurückgeht. Auch im sehr heterogenen Bereich der Sonstigen Dienstleistungen finden sich einige Angebote mit zum Teil sehr ausgeprägtem Tourismusbezug. Zu denken ist hier beispielsweise an Messen, Freizeitparks, Bäder, Spielbanken sowie größere Konzert- oder Sportveranstaltungen. Auch wenn

keine dieser Sparten für sich genommen eine überraschende Beschäftigungsbedeutung hat, summieren sich die zum Teil sehr speziellen Marktsegmente doch zu einer ansehnlichen Größenordnung, so daß hier nochmals 10 000 Arbeitsplätze als touristisch bedingt unterstellt werden können.

- Während für die wirtschaftliche Positionsbestimmung des Tourismus in Baden-Württemberg auf sehr unterschiedliche Datenquellen zugegriffen wurde, stand bei der Analyse der zeitlichen Entwicklungstendenzen die laufend erhobene Beherbergungsstatistik – allerdings mit den bereits erwähnten Einschränkungen – im Mittelpunkt, ergänzt um einige gesamtwirtschaftliche Rahmendaten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.
- Zunächst bleibt festzuhalten, daß der Übernachtungstourismus in Deutschland eindeutig von Inländern dominiert wird. So gingen 1997 bundesweit 88 % der registrierten Gästeübernachtungen auf Besucher mit Wohnsitz in Deutschland zurück, und das trotz einer deutlichen Abnahme ihrer Übernachtungen in diesem Jahr. Gleichzeitig weist die Zahlungsbilanz Jahr für Jahr neue Rekordwerte für die Tourismusausgaben der Inländer im Ausland auf, ein Umstand, der leicht im Sinne einer globalen Verlagerung der Reiseeignung der deutschen Einwohner vom Inland auf das Ausland interpretiert wird. Allerdings stiegen die Tourismusausgaben im Ausland im mittelfristigen Vergleich – mit Ausnahmen in einzelnen Jahren – nicht stärker als der private Verbrauch. Verglichen mit den Übernachtungszahlen in Deutschland war ihr Anstieg zwar deutlich ausgeprägter, allerdings ist dieser Vergleich einer Nominalgröße mit einer Realgröße nur bedingt aussagefähig. Eine hilfswise „Inflationierung“ der Übernachtungszahlen im Inland legt sogar den Schluß nahe, daß sich die Relation zwischen Reiseausgaben im Ausland und Inland mittelfristig zumindest nicht gravierend verschoben haben dürfte, was allerdings Schwankungen in einzelnen Jahren nicht ausschließt. Gleichwohl bleibt nach einem zunächst stetigen Anstieg der Übernachtungszahlen seit Mitte der 80er Jahre eine gewisse Stagnationstendenz des Übernachtungstourismus von Inländern in Deutschland ab 1992/93 unverkennbar. Noch unsteter entwickelte sich demgegenüber der Ausländertourismus in Deutschland, der nach einem steilen Anstieg vor allem in der Phase von 1992 bis 1994 einen deutlichen Einbruch verzeichnete, sich seither aber wieder langsam erholte. In der Zusammenfassung von In- und Ausländern stieg damit das Übernachtungsaufkommen bundesweit von 1984 bis 1992 kontinuierlich an, um nach einem leichten Rückgang 1993 auf den bisherigen Spitzenwert im Jahr 1995 anzusteigen. Nach einer annähernden Stagnation 1996 bewirkten dann insbesondere die Sparmaßnahmen im Kurbereich 1997 einen deutlicher Rückgang um 4,3 %.
- Mit der deutschen Wiedervereinigung begann ein kontinuierlicher Verlagerungsprozeß des Inlandstourismus vom früheren Bundesgebiet zu den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost), und zwar sowohl bei den Inländern als auch – mit Ausnahme von 1997 – bei den Ausländern. Abgesehen von einer kurzen Erholung 1995 nahmen die Übernachtungszahlen insgesamt in den alten Bundesländern seit 1993 jährlich ab, am stärksten 1997. Das Gebiet der früheren DDR verbuchte dagegen von 1993 bis 1996 durchgehend Zuwächse um oder über 10 %. 1997 verursachten aber auch hier Rückgänge bei den Sanatorien und Kurkliniken erstmals eine deutliche Abschwächung der Zuwachsrate auf 1,9 %. Das Übernachtungsaufkommen in Baden-Württemberg entwickelte sich bis Ende der 80er Jahre weitgehend parallel zum früheren Bundesgebiet. Vor allem 1990 partizipierte das Land aber kaum am Vereinigungsboom, und auch seither verlief die Entwicklung bis auf 1995 stets innerhalb der alten Länder etwas unterdurchschnittlich, woran auch ein meist vergleichsweise günstiger Verlauf bei den Auslandsgästen nichts änderte. Wie eine Aufgliederung nach Ländern zeigt, steht Baden-Württemberg mit dem relativ ungünstigen Übernachtungsverlauf insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung allerdings beileibe nicht allein. Bis auf das Saarland lassen sich nämlich ähnliche Tendenzen in allen Südländern beobachten, wobei Hessen mit einer besonders ungünstigen Entwicklung konfrontiert war. Die Nordländer des früheren Bundesgebiets (ohne Berlin) profitierten dagegen zunächst besonders vom Vereinigungsboom und waren auch von der nachfolgenden Nachfrageschwäche der alten Länder nur unterdurchschnittlich stark betroffen. Die beiden nicht von der Kurkrise betroffenen Stadtstaaten Hamburg und Bremen verzeichneten 1997 sogar neue Übernachtungsrekorde, die Flächenländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein büßten zwar 1997 vor allem wegen der stationären Kureinrichtungen Übernachtungen ein, lagen aber immer noch vergleichsweise nahe bei ihren jeweiligen Spitzenergebnissen. Nach der Wiedervereinigung zeigt sich also in der Übernachtungsentwicklung primär ein Ost-West-Gefälle, innerhalb des Westens aber auch ein Nord-Süd-Gefälle. Offensichtlich ziehen also die neuen Länder per Saldo im früheren Bundesgebiet mehr Übernachtungen ab als sie zusätzlich einbringen, wobei diese Bilanz für den Süden besonders ungünstig auszufallen scheint.
- Die Übernachtungsrückgänge seit 1993 im alten Bundesgebiet lassen sich allerdings nur teilweise auf ein Ausbleiben von Gästen zurückführen. So verbuchten alle alten Länder 1997 einen Gästezuwachs gegenüber dem Vorjahr, die meisten Länder einschließlich Baden-Württembergs erzielten sogar ein neues Rekordergebnis. Wesentlich entscheidender war dagegen vor allem im Jahr 1997 in den Flächenländern des früheren Bundesgebiets ein außerordentlich starker Rückgang der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, der

insbesondere dadurch zustandekam, daß die Sanatorien und Kurkliniken mit ihren besonders lang verweilenden Gästen erheblich an Boden verloren. Die Aufenthaltsdauer war zwar fast überall bereits in den 80er Jahren leicht gesunken, hatte sich aber zu Beginn der 90er Jahre zum Teil deutlich erholt. Ein erneuter Rückgang begann in den meisten alten Bundesländern um 1994, massiver wurde die Abnahme jedoch erst 1996 mit Einsetzen der Kurkrise. In den neuen Bundesländern nahm die Aufenthaltsdauer dagegen tendenziell meist bis 1996 zu, um 1997 nur vergleichsweise schwach zurückzugehen.

- Obwohl die Nachfrageentwicklung innerhalb des Bundesgebietes deutliche regionale Unterschiede zeigt, läßt sich eine für die wirtschaftliche Situation der Beherbergungsbranche sehr bedenkliche Entwicklung bundesweit erkennen: In allen Ländern expandierte nämlich das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten vor allem in den letzten Jahren absolut und auch in Relation zur Nachfrage, die durchschnittliche Auslastung lag 1997 durchweg sehr deutlich unter den Höchstwerten zu Beginn der 90er Jahre. Im früheren Bundesgebiet ist die Auslastung in den meisten Ländern sogar bereits mehr oder weniger stark unter den Ausgangswert aus dem Jahr 1984 gefallen, und auch in den neuen Ländern ist die Auslastung seit 1993 bzw. 1994 deutlich abgesackt. Zwar spielt auch hier die jüngste Entwicklung bei den üblicherweise sehr gut ausgelasteten Sanatorien und Kurkliniken eine wesentliche Rolle, in abgeschwächter Form läßt sich diese Entwicklungslinie aber auch bei den anderen Betriebsarten und in den nicht von der Kurkrise betroffenen Stadtstaaten beobachten. Wie insbesondere auch in den beiden anderen Südländern Bayern und Hessen war zwar die Kapazitätsausweitung Baden-Württembergs im Ländervergleich relativ schwach ausgeprägt, durch die besonders ungünstige Nachfrageentwicklung in den letzten Jahren waren aber gleichwohl die Auslastungsverluste vergleichsweise stark.
- Die Position der Bundesländer im Ländervergleich hängt ganz entscheidend vom gewählten Maßstab ab. Gemessen an den absoluten Gäste- und Übernachtungszahlen ist Bayern trotz der im bisherigen Verlauf des Jahrzehnts auch hier ungünstigen Entwicklung weiterhin unangefochten das Tourismusland Nummer eins, Baden-Württemberg nimmt bei den Gästen hinter Nordrhein-Westfalen Platz drei, bei den Übernachtungen noch vor Nordrhein-Westfalen Rang zwei ein. Legt man jedoch wegen der sehr unterschiedlichen Ländergröße die Übernachtungsdichte (jährliche Gästeübernachtungen je Einwohner) zugrunde, findet sich Baden-Württemberg mit einem Wert knapp unter dem Bundesdurchschnitt lediglich auf Rang sieben wieder, Bayern steht nur auf Position drei. Nach diesem Maßstab wird es inzwischen sogar von einem neuen Bundesland, nämlich Mecklenburg-Vorpommern, übertrou-

fen, das mit Schleswig-Holstein lediglich noch das andere große Küstenland vor sich hat. Insgesamt zeigt sich bei dieser Betrachtungsweise, daß sich die neuen Bundesländer inzwischen – anders als in vielen anderen Branchen – fest in der deutschen touristischen Landschaft verankert haben.

- In den Aufgliederungen nach Betriebsarten und Gemeindeprädikaten werden die strukturellen Besonderheiten Baden-Württembergs unter den Bundesländern erkennbar. So verfügt das Land bei insgesamt durchschnittlich ausgeprägter Hotellerie zu Lasten der Hotels garnis über relativ viele Gasthöfe, insbesondere aber ist das Gewicht der Sanatorien und Kurkliniken besonders hoch. Bei dieser Betriebsart verzeichnete Baden-Württemberg 1997 unter allen Ländern das größte absolute Übernachtungsaufkommen, der Übernachtungsanteil war nach dem Saarland am höchsten. Dagegen ist die Parahotellerie relativ schwach ausgeprägt, vor allem Ferienzentren, -häuser und -wohnungen sind deutlich unterrepräsentiert. Bemerkenswerterweise ist das Gewicht sowohl dieser Betriebsformen als auch der Parahotellerie insgesamt in all den Bundesländern deutlich stärker, die gegenüber Baden-Württemberg eine höhere Übernachtungsdichte aufweisen. Hinsichtlich der Gemeindegruppen zeichnet sich das Land innerhalb des früheren Bundesgebietes durch den höchsten Übernachtungsanteil der Heilbäder aus, auch Luftkurorte und Erholungsorte spielen eine überdurchschnittliche Rolle. Die Kategorie der Seebäder, denen in den Küstenländern, allen voran in Schleswig-Holstein, ganz erhebliche Bedeutung zukommt, ist hingegen wie in allen Binnenländern nicht vertreten. Obwohl Baden-Württemberg damit bezüglich des Gewichts der prädikatisierten Gemeinden beileibe nicht an der Spitze steht, sind die Sonstigen Gemeinden hier im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder leicht unterrepräsentiert. Insbesondere in Hessen und Nordrhein-Westfalen kommt den nicht prädikatisierten Gemeinden, zu denen daneben die Stadtstaaten als Ganzes gehören, eine deutlich stärkere Bedeutung zu.
- Die Trendwende in der Übernachtungsentwicklung nach dem Vereinigungsboom wurde im früheren Bundesgebiet zunächst in der Hotellerie eingeläutet. Nach Rückgängen ab 1992 scheint sich hier die Nachfrage inzwischen aber auf niedrigerem Niveau wieder zu stabilisieren. In der Parahotellerie war zwar die Zeit stetiger und im Vergleich zur Hotellerie stärkerer Zuwächse nach 1992 auch vorbei, die Übernachtungen verharteten seither aber relativ konstant in der gleichen Größenordnung. Die stationären Kureinrichtungen befanden sich dagegen bis einschließlich 1995 auf einem stetigen Expansionspfad, um dann durch die gesetzlichen Sparmaßnahmen ab der zweiten Jahreshälfte 1996 jäh einzubrechen. Auch wenn bei den Prädikaten im früheren Bundesgebiet ein exakter Zeit-

vergleich aufgrund wechselnder Gemeindezuordnungen nicht möglich ist, läßt sich doch als Tendenz eine relativ schwache Entwicklung bei den Heilbädern bereits vor dem Einbruch der Sanatorien und Kurkliniken und durchgehend bei den Luftkurorten erkennen, während Erholungsorte, nicht prädikatisierte Gemeinden und vor allem Seebäder vergleichsweise positiver abschnitten.

- Aus der spezifischen Betriebsartenstruktur Baden-Württembergs läßt sich damit zwar wegen der relativ starken Ausrichtung am Kur- und Bäderwesen der vergleichsweise kräftige Rückgang in den Jahren 1996 und vor allem 1997 erklären, der relativ ungünstige Übernachtungsverlauf in der Phase von 1990 bis 1995 scheint damit aber kaum zusammenzuhängen. Hierfür könnte der Erklärungsansatz sehr viel eher in der Gemeindestruktur des Landes liegen, denn einerseits betrifft die schleichende Abkehr von den Heilbädern und den Luftkurorten Baden-Württemberg – analog zu den südlichen Nachbarländern – besonders stark, andererseits sind die nicht prädikatisierten Gemeinden unterrepräsentiert und vor allem die offensichtlich eher im Trend liegenden Seebäder gar nicht erst vertreten. Gerade der letztgenannte Punkt mag auch den Umstand mit erklären, daß sich die Nachfrage nach der im Land traditionell ohnehin relativ schwach ausgeprägten Parahotellerie durchgehend, vor allem aber seit 1993 auffällig ungünstig entwickelt hat, denn gerade diese Betriebsformen haben in den Seebädern eine ihrer besonderen Domänen. Allerdings darf das auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Parahotellerie auch in allen im Land repräsentierten Gemeindearten vergleichsweise ungünstig abschnitt. Exemplarisch sei das an den Erholungsorten demonstriert: Im früheren Bundesgebiet verdankte dieser Gemeindetyp seine Übernachtungszunahme um ein Achtel im Zeitraum von 1988 bis 1997 vor allem der Parahotellerie, denn hier wuchs die Nachfrage sogar um mehr als ein Viertel, ihr Anteil an den Übernachtungen stieg von 36 % auf die Hälfte. In Baden-Württemberg dagegen büßten die Erholungsorte im selben Zeitraum leicht an Übernachtungen ein, wozu neben Rückgängen in der Hotellerie auch ein Minus bei der Parahotellerie um 9 % beitrug. Der Anteil der Parahotellerie verminderte sich dadurch von 29 auf 26 %.
- Während die Luftkurorte im Land etwa entsprechend dem bundesweiten Trend an Übernachtungen einbüßten, war die Entwicklung der Heilbäder in Baden-Württemberg bereits vor Einsetzen der Kurkrise noch etwas ungünstiger als in den alten Bundesländern zusammen. Zwar entsprach die schleichende Verlagerung insbesondere von der Hotellerie zu den Sanatorien und Kurkliniken durchaus einer bundesweiten Entwicklung, sie vollzog sich aber im Land in besonderer Schärfe. So erhöhte sich der Übernachtungsanteil der stationären Kureinrichtungen in den Heilbädern in der Zeitspanne von 1988 bis 1996 zwar im früheren Bun-

desgebiet auch von 41 auf 45 %, in Baden-Württemberg stieg er aber im selben Zeitraum von bereits 45 auf 53 %. Angesichts dieser noch verstärkten Abhängigkeit vom Kurwesen mußte sich der Einbruch bei den Sanatorien und Kurkliniken 1997 in den Heilbädern des Landes nahezu zwangsläufig besonders stark niederschlagen. Folglich war der Übernachtungsrückgang 1997 in dieser Gemeindekategorie in Baden-Württemberg mit 19,1 % höher als im früheren Bundesgebiet insgesamt mit 18,0 %. Ganz anders war die Situation dagegen bei den nicht prädikatisierten Gemeinden. Hier nahmen nämlich die Übernachtungen vor allem nach 1994 im Land deutlich stärker zu als in den alten Ländern insgesamt. Damit entspricht zwar eine allgemeine Verlagerungstendenz des Tourismusgeschehens von den traditionellen Ferienorten hin zu (früher) weniger touristisch geprägten Gemeinden durchaus auch einem bundesweiten Trend, auch diese Entwicklung vollzieht sich aber in Baden-Württemberg in besonders ausgeprägter Weise.

- Besonders negativ von diesem Trend betroffen ist in regionaler Hinsicht der Schwarzwald als traditionell bedeutendste Ferienregion des Landes. Auch die relativ tourismusintensiven Reisegebiete Württembergisches Allgäu-Oberschwaben, Neckartal-Odenwald-Madonnenländchen und Taubertal waren gerade in jüngster Zeit mit deutlichen Übernachtungsrückgängen konfrontiert. Profitiert hat von der Verlagerungstendenz des Tourismus hingegen vor allem das eher städtisch geprägte Reisegebiet Mittlerer Neckar mit der Landeshauptstadt Stuttgart an der Spitze, aber auch weniger tourismusintensive Gegenden mit relativ geringer Bedeutung des Kurwesens wie das Weinland zwischen Rhein und Neckar und die Schwäbische Alb konnten sich noch vergleichsweise gut behaupten.
- Naturgemäß schlagen sich die dargestellten Grundzusammenhänge und die allgemeinen Entwicklungslinien der verschiedenen Gemeindegruppen auch in den einzelnen Gemeinden nieder, wenn auch aufgrund örtlicher Besonderheiten in teilweise abgewandelter Form. So wird beispielsweise das Übernachtungsaufkommen aller Großstädte mehr oder weniger eindeutig von der Hotellerie dominiert, das gilt aber auch für einige ausgeprägte Tourismusgemeinden mit Prädikat wie beispielsweise Baiersbrunn oder Titisee-Neustadt. Dem stehen auf der anderen Seite Gemeinden wie Bad Mergentheim, Bad Krozingen, Bad Dürrenheim oder Isny im Allgäu gegenüber, in denen Hotels und verwandte Betriebsarten bereits traditionell nur eine untergeordnete Rolle spielen. Bei einer Gegenüberstellung der Übernachtungszahlen von 1988 und 1997 auf Gemeindeebene kann es angesichts der landesweiten Entwicklung kaum überraschen, daß die Anzahl der Gemeinden mit zum Teil kräftigen Einbußen deutlich größer ist als die Zahl der Orte mit stärkeren Zuwächsen, und daß sich die Verteilung nach Prädikaten zwischen die-

sen beiden Gruppen deutlich unterscheidet. Während nämlich unter den Orten mit stärkeren Abnahmen der Übernachtungszahlen die (höher) prädikatisierten Gemeinden deutlich überwiegen, finden sich in der Liste der Orte mit größeren Zunahmen nur wenige Ausnahmefälle mit Prädikat. Hier dominieren nämlich vor allem größere und mittlere Städte ohne Prädikatisierung. Bemerkenswerterweise verbuchten neben Freiburg mit Stuttgart und Rust zwei sehr unterschiedliche Gemeinden in den letzten Jahren die stärksten Übernachtungszuwächse, die allerdings eines gemeinsam haben: Die Nachfrigesteigerung nach Beherbergungsleistungen ist nämlich jeweils eng mit publikumswirksamen Freizeiteinrichtungen verbunden.

- Die weitere Entwicklung des Tourismus in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg läßt sich allerdings nur sehr schwer prognostizieren. Wie die Analyse der mittelfristigen Entwicklung in der Vergangenheit gezeigt hat, lassen sich zwar durchaus einige über das aktuelle Tagesgeschehen hinaus wirksame generelle Entwicklungslinien erkennen, ob und in welchem Umfang diese aber auch weiterhin anhalten werden, ist gerade in einer relativ schnellebigen Branche wie dem Tourismus immer mit einem hohen Unsicherheitsgrad verbunden. Dabei spielt auch der Umstand eine Rolle, daß der Tourismus beileibe kein homogener Markt ist, sondern sich aus verschiedenen Segmenten wie beispielsweise dem Urlaubstourismus, dem Geschäftstourismus oder dem Kurtourismus zusammensetzt, deren Entwicklung jeweils von ganz unterschiedlichen Faktoren abhängt. Wie insbesondere die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung und der jüngsten Reform des Gesundheitswesens im Kurbereich klar belegen, können auch nicht direkt prognostizierbare Ereignisse wie zum Beispiel bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen ganz erhebliche Auswirkungen auf den Beherbergungssektor haben.
- „Von der rückläufigen Entwicklung bei den Übernachtungen war die bedeutende Gruppe der Heilbäder... besonders betroffen. Hier wirken sich Entscheidungen des Bundesgesetzgebers... aus. Angesichts der deutlichen Rückgänge der bei den Sozialversicherungsträgern beantragten Kuren ist von dieser Seite eine baldige positive Trendwende nicht zu erwarten.“ Hier handelt es sich nicht etwa – wie man leicht vermuten könnte – um eine Einschätzung der aktuellen Situation im Jahr 1998, sondern um ein Zitat aus dem Statistisch-Prognostischen Bericht 1982/83 zur Lagebeschreibung im Jahr 1983.³² Daran wird eines klar erkennbar: Die

derzeitige Situation an sich ist nicht neu. Nur zur Erinnerung: Nach 1983 folgte eine mehr als ein Jahrzehnt andauernde Prosperitätsphase der Sanatorien und Kurkliniken, die auch durch kleinere gesetzgeberische Maßnahmen immer nur kurzfristig gebremst und erst durch massive gesetzliche Einschnitte jäh gestoppt wurde. Nun wäre es sicherlich vermessen, daraus auf eine ähnlich günstige Entwicklung in der Zukunft zu schließen, denn inzwischen haben sich einige Randbedingungen wie beispielsweise die Kostensituation im Gesundheitswesen oder die Konkurrenzsituation der Kureinrichtungen im erweiterten Bundesgebiet doch entscheidend verändert. Gleichwohl kann sicherlich auch weiterhin von einem grundsätzlichen Bedarf an Kurmaßnahmen ausgegangen werden, der sich früher oder später auch unter den neuen Bedingungen wieder Raum verschaffen könnte, wenn auch vielleicht nicht mehr im früheren Umfang. Für diese These könnte zum Beispiel auch der weiterhin anhaltende Trend zu einer Alterung der Bevölkerung sprechen, denn die Kundenpotentiale der Kureinrichtungen liegen schwerpunktmäßig in fortgeschrittenem Alter.

- Allerdings darf dabei, was in der Vergangenheit offensichtlich vor allem in den Heilbädern häufig der Fall gewesen zu sein scheint, die Zielgruppe der jüngeren Urlauber nicht aus den Augen verloren werden. Vor allem in der Parahotellerie, speziell bei Ferienhäusern und ähnlichen Einrichtungen, die schwerpunktmäßig unabhängige Urlauber bzw. Familien mit Kindern ansprechen, wurden in der Entwicklung der letzten Jahre Defizite im Land erkennbar. Das Problem scheint hier weniger im rein quantitativen Angebot zu liegen, denn die Kapazitäten für eine Erholung dieses Teilbereichs sind nach wie vor vorhanden. Allerdings scheint dieses Angebot zumindest in Teilen zunehmend am Markt vorbeizugehen, sei es bezüglich der qualitativen Ausstattung, der Vermarktung oder auch der Infrastruktur in der Umgebung. Wie die Beispiele Rust und Stuttgart, aber auch ähnliche Fälle in anderen Bundesländern belegen, können gerade ereignis- oder erlebnisorientierte Angebote im Umfeld zu einer nachhaltigen Steigerung der Übernachtungsnachfrage beitragen.
- Gewisse Hoffnungen macht auch die jüngste Entwicklung der Hotellerie, denn hier scheinen die zumindest teilweise von zu optimistischen Erwartungen geprägte Kapazitätsexpansion einerseits und die Nachfrageschwäche andererseits weitgehend überwunden, so daß der Grundstein für eine sich wieder langsam verbessernde Auslastung gelegt sein könnte. Allerdings klappt gerade auch hier die Schere zwischen den traditionellen Ferienorten und den Städten deutlich auseinander, die sich schlagwortartig unter der Überschrift „Verluste bei den Urlaubern, Gewinne bei den Geschäftsreisenden“ zusammenfassen ließen. Sicherlich sind die Ferienorte nicht generell in der Lage, ein stei-

32 Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs, in: Statistisch-Prognostischer Bericht 1982/83, Daten-Analysen-Perspektiven, Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, Stuttgart 1983, S.68.

gendes Geschäftsreiseaufkommen an sich zu binden, weil diese Art von Reisen eng mit den allgemeinen wirtschaftlichen Aktivitäten des Zielorts verknüpft ist, die in den typischen Ferienorten üblicherweise schwächer ausgeprägt sind. In Teilbereichen wie Tagungen oder Fortbildungen liegen aber durchaus auch Chancen für die meist landschaftlich attraktiven Ferienorte.

- Entwicklungspotentiale liegen sicher auch noch bei den Auslandsgästen, die bisher hauptsächlich nur in den Städten, vor allem in den größeren, eine stärkere Bedeutung haben. Hier dürfte sich durch den Trend zu verstärkt grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Vernetzungen eine tendenziell zunehmende Übernachtungsnachfrage im internationalen Geschäftsreiseverkehr ergeben, von der auch Baden-Württemberg als Sitz einiger verstärkt weltweit agierender Konzerne profitieren dürfte. Speziell für die Hotels als von internationalen Geschäftsreisenden bevorzugter Betriebskategorie wird daraus allerdings auch ein verstärkter Anspruch zur Orientierung an internationalen Standards und Gepflogenheiten resultieren. Bei den privaten ausländischen Kunden zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, daß sich gezielte Werbemaßnahmen durchaus positiv in den Übernachtungszahlen niederschlagen können. Wichtig scheint hier aber vor allem bei weiter entfernten Herkunftsländern die Bündelung einer Kampagne über die Grenzen von Reisegebieten oder Bundesländern hinaus, und zwar einerseits aus Kostengründen, andererseits auch deshalb, weil aus der Entfernung im Regelfall nur größere regionale Gebiete als Einheiten wahrgenommen werden.
- Dieses Denken und Agieren in größeren Einheiten, das häufig auch unter dem Postulat zur Abkehr von der „Kirchtumspolitik“ versinnbildlicht wird, ist allerdings nicht nur im Zusammenhang mit der Auslandswerbung gefragt, sondern bei der Vermarktung generell. Als positives Beispiel sei hier die „Kärnten Card“ genannt.

Mit dieser auch preislich attraktiven Karte können in einem unterschiedlich wählbaren Zeitraum öffentliche Verkehrsmittel (einschließlich Schiffen, teilweise auch Seilbahnen und Mautstraßen) des österreichischen Bundeslandes frei benutzt werden. Darüber hinaus berechtigt die Karte zum ermäßigten Eintritt in eine Vielzahl touristisch interessanter Einrichtungen wie Museen, Bäder oder Freizeitparks. Diese Einrichtung, die allerdings beträchtliche Infrastrukturinvestitionen voraussetzt und laufenden Aufwand verursacht, schärft nicht nur die Wahrnehmung des touristischen Produkts „Kärnten“ als Einheit mit vielen Facetten. Sie fördert sicherlich auch einerseits ein längeres Verweilen der Besucher und andererseits eine bessere Auslastung der ohnehin angebotenen Einrichtungen.

- Beim Blick in die Zukunft dürfen auch die möglichen Auswirkungen der Einführung des Euro auf den Tourismus im Land nicht außer acht gelassen werden. Allerdings ist hier nur sehr schwer vorhersehbar, in welche Richtung die gemeinsame europäische Währung per Saldo wirken wird. Eindeutig ist nur eines: der Euro wird sich auswirken. In diesem Zusammenhang sei nur noch einmal auf die deutlichen Spuren verwiesen, die die deutsche Wiedervereinigung auch in der heimischen Tourismuslandschaft hinterlassen hat. Wie bei diesem Anlaß sind vom Euro vor allem zwei gegenläufige Wirkungen zu erwarten: Einerseits wird der potentielle Kundenkreis der baden-württembergischen Tourismuswirtschaft erweitert, denn ohne den lästigen Währungsumtausch wird sicherlich im Euro-Gebiet generell die Neigung zu (auch kürzeren) grenzüberschreitenden Reisen steigen. Andererseits wächst die Konkurrenz vor allem im benachbarten Ausland weiter an. Wie sich die heimischen Anbieter auf diesem erweiterten Markt behaupten können, wird neben der Preiskomponente entscheidend davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich auf die besonderen Bedürfnisse der internationalen Kunden einzustellen.

Klimarelevante Emissionen in Baden Württemberg

Beitrag der verschiedenen Hauptemittenten und zeitliche Entwicklung

Durch die vom Menschen verursachte (anthropogene) Zunahme von klimarelevanten Gasen – Treibhausgasen – in der Atmosphäre können globale und regionale Klimaänderungen verursacht werden. Dies zeigen aufwendige Klimamodellrechnungen. Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Klimaänderungen langfristig ein gravierendes Ausmaß erreichen und da zudem von erheblichen zeitlichen Verzögerungen zwischen den Emissionen von Treibhausgasen und deren Auswirkungen auf das Klima ausgegangen wird, ist aus Vorsorgegesichtspunkten rasches Handeln zum Schutz des Klimas erforderlich. Dies bedeutet, daß auf allen Ebenen wirksame Gegenmaßnahmen eingeleitet und beharrlich ausgebaut werden, um die anthropogenen Emissionen klimarelevanter Gase zu vermindern. Es handelt sich dabei um eine globale umweltpolitische Herausforderung, die verantwortungsbewußtes Verhalten der Bevölkerung in allen Bereichen des täglichen Lebens und wirksame Maßnahmen von Staat und Wirtschaft erforderlich macht.

So hat sich das Land Baden-Württemberg mit der Verabschiedung des Klimaschutzkonzepts Baden-Württemberg sowie der Einrichtung der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH nachdrücklich dieser Aufgabe angenommen. Auch auf kommunaler Ebene wurden zwischenzeitlich vielfältige Initiativen zur Verringerung der klimarelevanten Emissionen eingeleitet. Eine wesentliche Grundlage für die Planung und Umsetzung von Aktivitäten, wie auch Voraussetzung für den Wirkungsnachweis der ergriffenen Maßnahmen, sind zeitlich und regional vergleichbare Daten über die Entstehung klimarelevanter Emissionen in der Gliederung nach Verursachergruppen.

Im folgenden wird eine aktuelle Bestandsaufnahme der Emissionen klimarelevanter Gase in Baden-Württemberg gegliedert nach Emittentenbereichen vorgelegt. Anhand von Zeitreihen wird die Entwicklung der Emissionen auch im Zusammenhang mit wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Rahmendaten untersucht. Die Darstellung konzentriert sich auf die drei wichtigsten Treibhausgase: die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂), von Methan (CH₄) und von Distickstoffoxid/ Lachgas (N₂O).

Weitere wichtige Treibhausgase sind die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Halone, deren Herstellung und Verwendung aber vor allem wegen ihres ozonschichtschädigenden Potentials bereits reglementiert sind. Da der Ausstieg aus Produktion und Verwendung in Deutschland im wesentlichen bereits Ende 1993/ Anfang

1994 weitgehend vollzogen wurde, werden diese Stoffe im folgenden nicht vertieft behandelt. Bei der Abschätzung der Emissionen von FCKW und Halonen muß zwischen Direkt- oder Sofortemissionen und den Altemissionen unterschieden werden. Quellen für die Direktemissionen sind die Anwendung von FCKW in Dosieraerosolen, die Nutzung von vollhalogenierten Stoffen für Laborzwecke, die Verwendung als Montageschaum und der Verbrauch von Kältemitteln. Dagegen stammen die Altemissionen aus solchen FCKW und Halonen, die in den zurückliegenden Jahren in neu hergestellten Anlagen oder in Hartschäumen eingeschlossen wurden und aus denen sie Jahr für Jahr in kleinen Mengen entweichen.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer klimarelevanter Stoffe, die derzeit zwar vergleichsweise geringe Emissionen aufweisen, von denen einige jedoch sowohl im Hinblick auf ihre atmosphärische Lebensdauer als auch auf ihr spezifisches Treibhauspotential von Bedeutung sind. Deshalb wird die Emissionsentwicklung dieser Stoffe auch kritisch verfolgt. Es handelt sich vor allem um wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (HFC) sowie um perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆). Für diese drei Stoffe bzw. Stoffgruppen sind zusammen mit CO₂, CH₄ und N₂O im Klimaprotokoll der Konferenz von Kyoto vom 10. Dezember 1997 verbindliche Reduktionsziele vereinbart worden. Daten über den Einsatz solcher klimarelevanter Stoffe werden ab 1996 in einer Bundesstatistik gemäß § 11 des Umweltstatistikgesetzes vom 21. September 1994 jährlich erfaßt und dargestellt.

Schließlich ist das bodennahe Ozon ein weiteres wichtiges Treibhausgas, das aber nicht als solches emittiert wird, sondern sich durch fotochemische Reaktionen in der Atmosphäre aus indirekten Treibhausgasen, den Vorläufersubstanzen, bildet. Die Emissionen dieser Vorläufersubstanzen Stickoxide (NO_x), Kohlenmonoxid (CO) und flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC) werden daher als indirekte Treibhausgase bezeichnet. Eine Bilanzierung der Emissionsfrachten indirekter Treibhausgase würde den Rahmen der vorliegenden Darstellungen sprengen. Ausführliche Angaben über die Entwicklung der Emissionen solcher indirekter Treibhausgase, auch in der Gliederung nach Emittentensektoren, werden in verschiedenen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes ausführlich dargestellt.¹

¹ Walter Stenius: Entwicklung der Emissionen in Baden-Württemberg Maßnahmen und Wirkungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/96 sowie, Entwicklung der Emissionen an flüchtigen organischen Verbindungen (VOC-Emissionen), Heft 5/97.

Die folgenden Betrachtungen befassen sich mit den drei wichtigsten direkt klimarelevanten Stoffen: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O).

Jährlich 81,9 Mill. Tonnen an energie-verbrauchsbedingten CO₂-Emissionen

Weltweit wurden durch menschliche Aktivitäten nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 1995 energieverbrauchsbedingt rund 22 Mrd. Tonnen CO₂ emittiert. Die in Deutschland durch den Energieverbrauch verursachten CO₂-Emissionen beliefen sich 1995 auf 869 Mill. Tonnen. Das sind ca. 97,5 % der gesamten in Deutschland von Menschen verursachten CO₂-Emissionen. Die übrigen 2,5 % oder 25,2 Mill. Tonnen stammen aus Industrieprozessen, in erster Linie aus der Zementherstellung. Der deutsche Anteil an den weltweiten energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen liegt mit 4,1 % mehr als doppelt so hoch wie der deutsche Anteil an der Weltbevölkerung (1,5 %).

Die CO₂-Emissionen durch den Verbrauch fossiler Energieträger in Baden-Württemberg beliefen sich im Jahr 1996 auf 81,9 Mill. Tonnen (1995 rund 78,1 Mill. Tonnen), so daß der Anteil Baden-Württembergs an den bundesweiten CO₂-Emissionen etwa 9 % beträgt (Tabelle 1).

Hinzu kommen knapp 4 Mill. Tonnen an CO₂-Emissionen aus industriellen Prozessen, wobei wie auf Bundesebene insbesondere die Zementherstellung und das Brennen von Kalk als Quellen aufzuführen sind. Insgesamt betragen damit die anthropogenen CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg im Jahr 1996 rund 85,7 Mill. Tonnen (1995 rund 81,8 Mill. Tonnen).

Die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen pro Einwohner beliefen sich 1995 im Bundesdurchschnitt auf 10,5 Tonnen. Dieser bundesweite Pro-Kopf-Wert lag deutlich höher als in Baden-Württemberg, wo 1995 je Einwohner 7,6 Tonnen emittiert wurden (Tabelle 2). Der beträchtlich niedrigere Wert für Baden-Württemberg erklärt sich in erster Linie durch den in Baden-Württemberg vergleichsweise hohen Anteil der Kernkraftwerke an der Stromerzeugung sowie die deutlich unterdurchschnittlichen Strukturanteile energieverbrauchsintensiver Industriebereiche. So lag der Anteil der Kernkraftwerke an der öffentlichen Stromerzeugung in Baden-Württemberg 1995 bei 60 %, während es bundesweit lediglich rund 30 % waren, und die CO₂-intensiven Branchen der Kohleverarbeitung, Koks- und Stahlindustrie fehlen in Baden-Württemberg nahezu völlig.

Für die nichtindustriellen Verbrauchssektoren der Haushalte und sonstigen Kleinverbraucher einschließlich Dienstleistungsbereich, im folgenden kurz Haushalte und Kleinverbraucher, sowie den Straßenverkehr sind die spe-

Tabelle 1

Emissionen an CO₂, Methan und N₂O in Baden-Württemberg 1996 nach Entstehungssektoren

Entstehungssektoren	Emissionen an					
	CO ₂		Methan		N ₂ O	
	insgesamt	pro Einwohner	insgesamt	pro Einwohner	insgesamt	pro Einwohner
	1000 t	/Einw.	1000 t	kg/Einw.	1000 t	kg/Einw.
Gesamtemissionen	85 701	8,3	325,8	31,4	10,6	1,0
Davon						
Energiebedingte Emissionen	81 911	7,9	38,1	3,7	4,5	0,4
Verbrennungsbedingt	81 911	7,9	9,8	0,9	4,5	0,4
Förderung, Aufbereitung und Verteilung von Brennstoffen	–	–	28,3	2,7	–	–
Emissionen aus:						
Industrieprozessen	3 790	0,4	–	–	–	–
Produktverwendung	–	–	–	–	0,6	0,1
Landwirtschaft	–	–	152,4	14,7	5,1	0,5
Abfallwirtschaft	–	–	135,3	13,0	0,4	0,0

Tabelle 2

Emissionen an CO₂, Methan und N₂O in Deutschland 1990 und 1995 nach Entstehungssektoren

Entstehungssektoren	Jahr	Emissionen an					
		CO ₂		Methan		N ₂ O	
		insgesamt	pro Einwohner	insgesamt	pro Einwohner	insgesamt	pro Einwohner
		1000 t	t/Einw.	1000 t	kg/Einw.	1000 t	kg/Einw.
Gesamtemissionen	1990	1 014 155	12,8	5 682	71,7	226	2,9
	1995	894 500	10,9	4 849	59,1	219	2,7
Davon							
Energiebedingte Emissionen	1990	986 640	12,5	1 768	22,3	37	0,5
	1995	869 300	10,6	1 289	15,7	42	0,5
Verbrennungsbedingt	1990	986 640	12,5	205	2,6	37	0,5
	1995	869 300	10,6	119	1,5	42	0,5
Förderung, Aufbereitung und Verteilung von Brennstoffen	1990	–	–	1 563	19,7	–	–
	1995	–	–	1 170	14,3	–	–
Emissionen aus:							
Industrieprozessen	1990	27 515	0,3	–	–	83	1,0
	1995	25 200 ¹⁾	0,3	–	–	81	1,0
Produktverwendung	1990	–	–	–	–	6	0,1
	1995	–	–	–	–	6	0,1
Landwirtschaft	1990	–	–	2 044	25,8	96	1,2
	1995	–	–	1 660	20,2	86	1,0
Abfallwirtschaft	1990	–	–	1 870	23,6	4	0,1
	1995	–	–	1 900	23,2	4	0,0

1) Werte für das Jahr 1994.

Quelle: Bundesumweltministerium Zweiter Klimaschutzbericht.

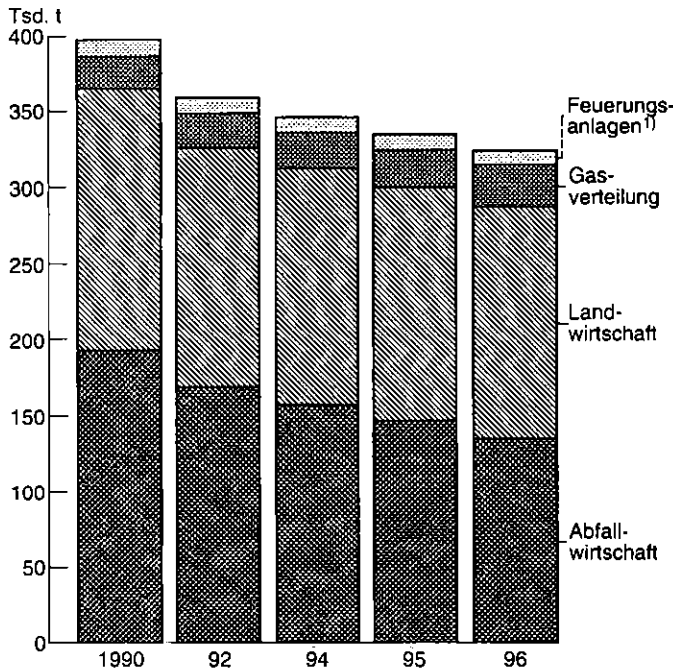
zifischen auf die Bevölkerung bezogenen Emissionswerte in Baden-Württemberg deutlich näher am Bundesdurchschnitt. Bei den Haushalten und Kleinverbrauchern errechnen sich für Baden-Württemberg bezogen auf das Jahr 1995 je Einwohner 2,21 Tonnen CO₂ bei einem Bundesdurchschnitt von 2,24 Tonnen. Beim Straßenverkehr liegt der Wert für Baden-Württemberg mit 2,13 Tonnen CO₂ pro Einwohner etwas höher als der für das Bundesgebiet berechnete Wert von 1,93 Tonnen. Gründe für die jeweilige Abweichung könnten einerseits die gemessen am Bundesdurchschnitt bessere, das heißt energieverbrauchschonendere Wohnungsversorgung der Haushalte in Baden-Württemberg und andererseits beim Straßenverkehr der in Baden-Württemberg deutlich überdurchschnittlich ausgeprägte Transitverkehr sein.

326 000 Tonnen Methan-Emissionen

Die Emissionen von Methan (CH₄) verursachen weltweit etwa 15 % des zusätzlichen anthropogenen Treibhauseffektes. Bezogen auf Deutschland wird Methan ein Anteil von 9,4 % am durch menschliche Aktivitäten verursachten zusätzlichen Treibhauseffekt zugeschrieben. Methan entsteht beim Abbau von organischem Material unter anaeroben Bedingungen (ohne Sauerstoff). Die größte natürliche Quelle von Methan sind Feuchtgebiete (Sumpfgas). Die wesentlichen anthropogenen Quellen sind der Reisanbau, die Viehhaltung, die Erdöl/Erdgas-Förderung und -verteilung, der Bergbau und Deponien. Methan-Emissionen führen indirekt auch zu höheren Wasserdampfkonzentrationen in der Stratosphäre.

Schaubild 1

Methan-Emissionen in Baden-Württemberg 1990 bis 1996 nach Entstehungssektoren



1) Einschließlich Verkehr.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

290 98

Bundesweit wurden im Jahr 1995 ca. 4,8 Mill. Tonnen Methan emittiert. Weltweit werden die Methan-Emissionen vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) für die Jahre 1980 – 1990 auf jährlich ca. 375 Mill. Tonnen geschätzt.

In Baden-Württemberg betragen die Methan-Emissionen im Jahr 1996 rund 326 000 Tonnen (Schaubild 1). Davon wurde mit 152 400 Tonnen fast die Hälfte (46,8 %) durch die landwirtschaftliche Tierhaltung verursacht. Der zweite große Emissionssektor ist die Deponierung von organischen Abfällen. Der Anteil der Hausmülldeponien an den jährlichen Methan-Emissionen im Land lag 1996 bei 41,5 % (135 300 Tonnen). Die energiebedingten Emissionen machen mit rund 36 000 Tonnen gut 10 % der Methan-Emissionen in Baden-Württemberg aus, wobei der Hauptteil durch Verluste bei der Erdgasverteilung (28 300) entsteht. Durch den Verkehr werden im Land etwa 4 000 Tonnen und durch Feuerungsanlagen des Energiesektors, der Industrie und im Haushaltsbereich rund 5 500 Tonnen Methan emittiert, wobei der Hausbrandbereich den Hauptteil der feuerungsbedingten Emissionen ausmacht.

Im Gegensatz zu den Kohlendioxid-Emissionen sind also bei den Methan-Emissionen die Verbrennungsprozesse eher von untergeordneter Bedeutung. Hauptquellen sind die Abfallwirtschaft, die landwirtschaftliche Tierhaltung sowie die Verteilung von Erdgas.

Auf die Einwohnerzahl bezogen wurden im Jahr 1995 bundesweit rund 59 kg Methan pro Einwohner emittiert. In Baden-Württemberg lag dieser Wert im selben Jahr bei ungefähr 32 kg je Einwohner. Der deutlich niedrigere spezifische Emissionswert für Baden-Württemberg erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß die Förderung und Aufbereitung von fossilen Brennstoffen im Land praktisch keine Bedeutung hat. Dagegen entstehen auf Bundesebene bei der Förderung und Aufbereitung von festen Brennstoffen immerhin 850 000 Tonnen (fast 20 %). Auch die Emissionen bei der Förderung gasförmiger Brennstoffe, die bundesweit durchaus relevant sind, fehlen in Baden-Württemberg praktisch gänzlich. Außerdem liegt die aus Deponien in Baden-Württemberg emittierte Methanmenge spürbar niedriger als im Bundesdurchschnitt; offenbar wurde im Land die Deponiegas erfassung und -nutzung bereits weiter ausgebaut, als dies bundesweit der Fall ist.

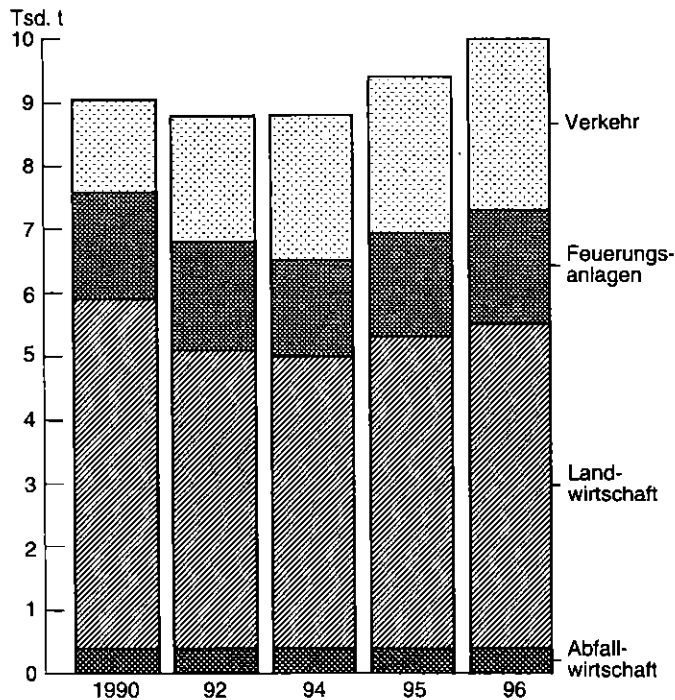
Die Entwicklung der Methan-Emissionen in Baden-Württemberg ist seit 1990 erkennbar rückläufig. Dies entspricht auch der bundesweit beobachteten Tendenz. Die jährliche Emissionsfracht ist von knapp 400 000 Tonnen im Jahr 1990 um etwa 16 % auf rund 326 000 Tonnen im Jahr 1996 zurückgegangen. Die Ursachen dafür liegen in erster Linie im Ausbau der Deponiegas erfassung und -nutzung sowie in den seit Mitte der 80er Jahre deutlich verringerten Viehbeständen im Land. Die Methan-Emissionen durch die Gasverteilung sind infolge des Ausbaus des Erdgasverteilungsnetzes seit 1990 um fast 33 % angestiegen. Rückläufige Tendenz zeigen demgegenüber auch die Methan-Emissionen des Straßenverkehrssektors, da sich hier die Einführung des Katalysators emissionsmindernd auswirkt.

Distickstoffoxid-Emissionen bei jährlich 10 600 Tonnen

Die Emissionen an Distickstoffoxid (N₂O), dem sogenannten Lachgas, tragen weltweit zu ca. 5 % zum zusätzlichen vom Menschen verursachten Treibhauseffekt bei. Die Schätzungen der globalen anthropogenen Emissionen an N₂O, auf denen diese Angabe beruht, sind jedoch mit relativ großen Unsicherheiten behaftet. Die weltweiten jährlichen Emissionen an N₂O werden auf 4,7 bis 12,6 Mill. Tonnen geschätzt. Für Deutschland hat das Umweltbundesamt jährliche Emissionsmengen für das Jahr 1995 in Höhe von 210 000 Tonnen berechnet. Die weltweit wichtigste Quelle für N₂O sind mikrobielle Um-

Schaubild 2

N₂O-Emissionen in Baden-Württemberg 1990 bis 1996 nach Entstehungssektoren



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

294 98

setzungen von Stickstoffverbindungen in Böden. Diese erfolgen sowohl unter natürlichen Bedingungen als auch infolge Stickstoffeintrag durch Landwirtschaft, Industrie und Verkehr. Die straßenverkehrsbedingten N₂O-Emissionen entstehen in erster Linie bei der katalytischen Reinigung von Kraftfahrzeugabgasen. In geringem Umfang wird N₂O bei Verbrennungsprozessen allgemein emittiert.

Auf der Grundlage der bundesweit angewandten Berechnungsmodelle für die Schätzung der N₂O-Emissionen in den verschiedenen Verursachersektoren errechnen sich für Baden-Württemberg jährliche Emissionen an N₂O in Höhe von rund 10 600 Tonnen bezogen auf das Jahr 1996 (Schaubild 2). Gemessen an der Bevölkerungszahl liegen die N₂O-Emissionen in Baden-Württemberg bei 1 kg pro Einwohner, das heißt bei weniger als der Hälfte des für Deutschland insgesamt berechneten Emissionswertes (2,7 kg pro Einwohner). Der Grund für diese deutlich geringeren Emissionen in Baden-Württemberg liegen in erster Linie daran, daß die mit hohen spezifischen N₂O-Emissionen verbundenen Produktionsverfahren zur Herstellung von Adipinsäure bzw. Salpetersäure in Baden-Württemberg praktisch nicht vertreten sind, während diese Produktionszweige bundesweit mit immerhin 81 000 Tonnen gut 1/3 der gesamten anthropogenen N₂O-Emissionen ausmachen. Außerdem liegen die aus landwirtschaftlicher Bodennutzung entstehenden Emissionen in Baden-

Württemberg gemessen an der Bevölkerungszahl deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch hat in Baden-Württemberg die Landwirtschaft mit gut 50 % den mit Abstand höchsten Anteil an den jährlichen N₂O-Emissionen.² Der Sektor Verkehr verursacht mit 2 700 Tonnen gut 1/4 und die übrigen energieverbrauchsbedingten Emissionen machen etwa 1/6 der gesamten anthropogenen N₂O-Emissionen im Land aus.

Die Entwicklung der N₂O-Emissionen in Baden-Württemberg zeigt eine insgesamt leicht steigende Tendenz. Die in der Landwirtschaft durch die Aufbringung von Stickstoffdünger verursachten N₂O-Emissionen sind zwar gegenüber 1990 leicht rückläufig – wobei allerdings nach einem Rückgang Anfang der 90er Jahre wieder ein Anstieg festzustellen ist – im Verkehrsbereich aber haben die N₂O-Emissionen infolge des zunehmenden Einsatzes von Katalysatoren recht deutlich zugenommen (+ 80 % bzw. + 1 200 Tonnen).

Gesamtreibhauspotential der klimarelevanten Emissionen

Zur Bestimmung der Klimawirksamkeit eines Stoffes wird das spezifische Treibhauspotential, Global Warming Potential (GWP-Wert) herangezogen. Der GWP-Wert eines Stoffes ist ein Maß für die Strahlungswirkung einer bestimmten Menge des Stoffes relativ zur Wirkung derselben Menge an CO₂. Der GWP-Wert hängt von der Verweilzeit des Gases in der Atmosphäre und dem Strahlungsantrieb des Gases ab, der die unmittelbare Auswirkung einer Konzentrationserhöhung des betreffenden Gases auf die Strahlungsbilanz beschreibt. Der GWP-Wert wird mit Hilfe von Klima-Chemie-Modellen berechnet und umfaßt zwei Effekte: die direkte Strahlungswirkung eines Stoffes durch die Absorption von Infrarotstrahlung und die indirekten chemischen Effekte, die die Sekundärwirkungen des Stoffes auf die Strahlungsbilanz umfassen. Multipliziert man die Emissionen eines klimarelevanten Gases mit seinem entsprechenden GWP-Wert erhält man Angaben über die Emissionen dieses Gases in CO₂-Äquivalenten und hat somit eine einheitliche Basis, um die Klimawirksamkeit der Emissionen verschiedener Gase vergleichend abschätzen zu können. In Übersicht 1 sind wesentliche Charakteristika der hier betrachteten klimawirksamen Spurengase und insbesondere deren GWP-Wert aufgeführt. Wegen der unterschiedlichen atmosphärischen Verweilzeiten der einzelnen Treibhausgase ist die relative Klimawirksamkeit eines Stoffes abhängig vom betrach-

2 Auch hier ist anzumerken, daß die Zahlenangaben mit relativ großen Unsicherheiten behaftet sind.

teten Zeithorizont. Der relative Beitrag von Stoffen mit einer kürzeren Verweilzeit als CO₂, wie zum Beispiel Methan, wird mit wachsendem Betrachtungszeitraum geringer bzw. mit kürzerem Zeitraum stärker. Für die folgenden Ausführungen wird ein Betrachtungszeitraum von 100 Jahren angenommen. Die zugrunde gelegten GWP-Werte basieren auf dem 2. Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe 1 des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Dezember 1995.³ Für Methan sind auch die indirekten Effekte der troposphärischen Ozonbildung und der stratosphärischen Wasserdampfbildung berücksichtigt.

In *Tabelle 3* sind für die hier betrachteten klimarelevanten Stoffe CO₂, CH₄ und N₂O die massenbezogenen CO₂-Äquivalente gegliedert nach Entstehungssektoren angegeben. Demzufolge entsprechen die Methan-Emissionen in Baden-Württemberg im Bezugsjahr 1996 einer Emis-

sionsfracht von 6,8 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalenten und die N₂O-Emissionen desselben Jahres haben dieselbe Strahlungswirkung wie 3,3 Mill. Tonnen CO₂. Damit errechnen sich aus den betrachteten drei direkten Klimagasen bezogen auf das Jahr 1996 für Baden-Württemberg insgesamt 95,8 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalente. Davon entfallen 89,4 % auf CO₂, Methan hat einen Anteil von 7,1 % und N₂O trägt mit 3,4 % zu den gesamten direkt klimarelevanten Emissionen bei.

Nach Entstehungssektoren gegliedert dominieren infolge des Übergewichts der CO₂-Emissionen auch die energieverbrauchsbedingten Emissionen, die (einschließlich Gasverteilung) 87,8 % ausmachen. Auf Industrieprozesse entfallen 4,0 %, auf die Landwirtschaft 5,0 % und auf die Abfallwirtschaft 3,1 % der gesamten direkt klimawirksamen Emissionen. Von herausragender Bedeutung für den Klimaschutz sind deshalb Maßnahmen zur Reduzierung der energieverbrauchsbedingten Emissionen an Treibhausgasen und hierbei vor allem Anstrengungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen. Deshalb wird im folgenden besonders auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen in der Gliederung nach Energieverbrauchssektoren eingegangen.

3 Klimaschutz in Deutschland, Zweiter Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, Seite 82 ff., Bundesumweltministerium, April 1997.

Übersicht 1

Charakteristika der direkt klimawirksamen Spurengase Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid

Zeitraum	Kohlendioxid CO ₂	Methan CH ₄	Distickstoffoxid/Lachgas N ₂ O
		Konzentration	
	ppmv	ppmv	ppbv
Vorindustrielle Zeit (1750-1800)	280	0,6	265
1992	355	1,75	310
Anstieg pro Jahr	1,5	0,005	0,7
Prozentualer Anstieg pro Jahr	0,4	0,4	0,26
		Verweilzeit	
Verweilzeit in Jahren	50-200 ¹⁾	10	120
		GWP, Global Warming Potential²⁾	
Zeithorizont 100 Jahre	1	21	310

1) Die Verweilzeit von CO₂ in der Atmosphäre hängt in komplexer Weise von den Austauschvorgängen zwischen den verschiedenen CO₂-Reservoirs, insbesondere zwischen Atmosphäre und ozeanischem Tiefenwasser, ab. – 2) Quelle: 2. Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe I des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), Dezember 1995; der GWP-Wert von Methan enthält indirekte Effekte der troposphärischen Ozonbildung und der stratosphärischen Wasserdampfbildung.

Quelle: Erster Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, BMU, Bonn, September 1994.

Tabelle 3

Emissionen an CO₂, Methan und N₂O in Baden-Württemberg 1996 nach Entstehungssektoren in CO₂-Äquivalenten

Entstehungssektoren	Emissionen an						Klimarelevante Emissionen in CO ₂ -Äquivalenten	
	CO ₂		Methan in CO ₂ -Äquivalenten		N ₂ O in CO ₂ -Äquivalenten			
	insgesamt	Anteil von Sp.7	insgesamt	Anteil von Sp.7	insgesamt	Anteil von Sp.7	insgesamt	Anteil an Gesamtemissionen
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamtemissionen	85 701	89,4	6 842	7,1	3 286	3,4	95 829	100,0
Davon								
Energiebedingte Emissionen	81 911	97,4	800	1,0	1 395	1,7	84 106	87,8
Verbrennungsbedingt	81 911	98,1	206	0,2	1 395	1,7	83 512	87,1
Förderung, Aufbereitung und Verteilung von Brennstoffen	–	–	594	100,0	–	–	594	0,6
Emissionen aus:								
Industrieprozessen	3 790	100,0	–	–	–	–	3 790	4,0
Produktverwendung	–	–	–	–	186	100,0	186	0,2
Landwirtschaft	–	–	3 200	66,9	1 581	33,1	4 781	5,0
Abfallwirtschaft	–	–	2 841	95,8	124	4,2	2 965	3,1

Entwicklung der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen

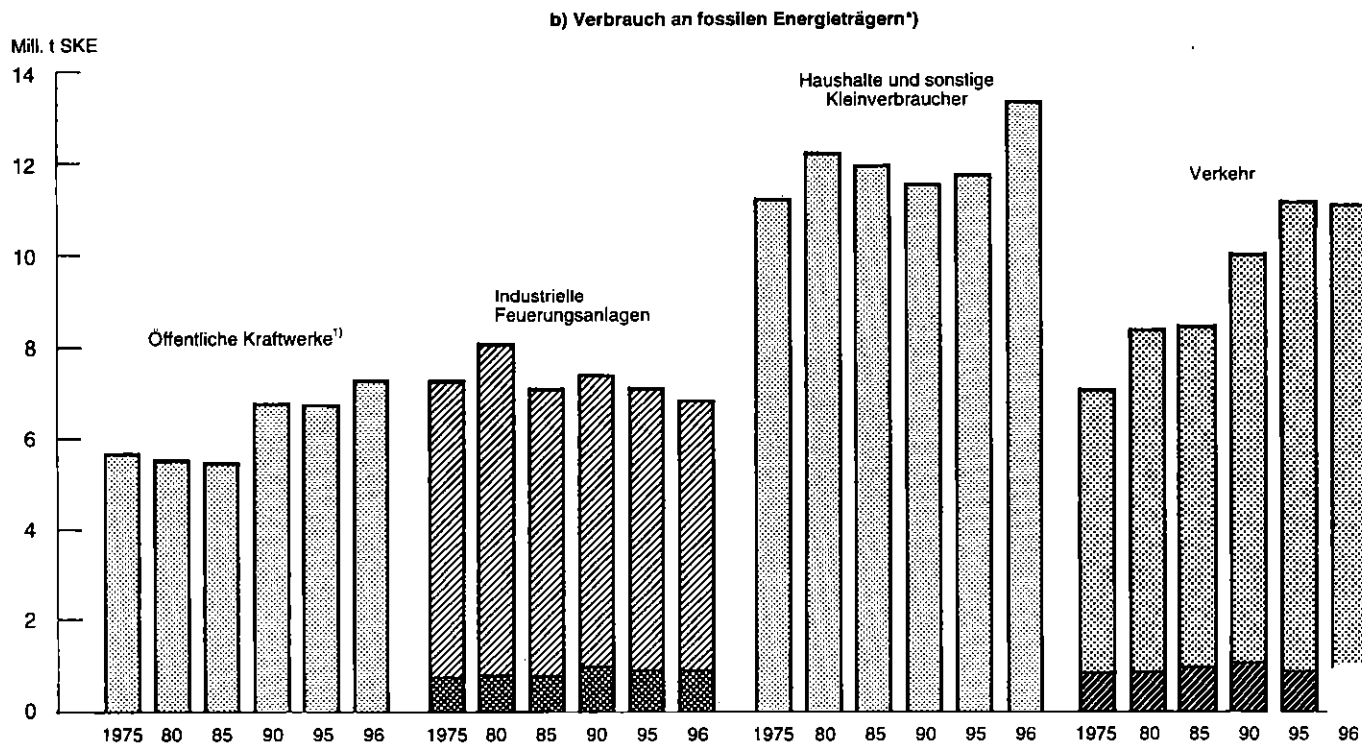
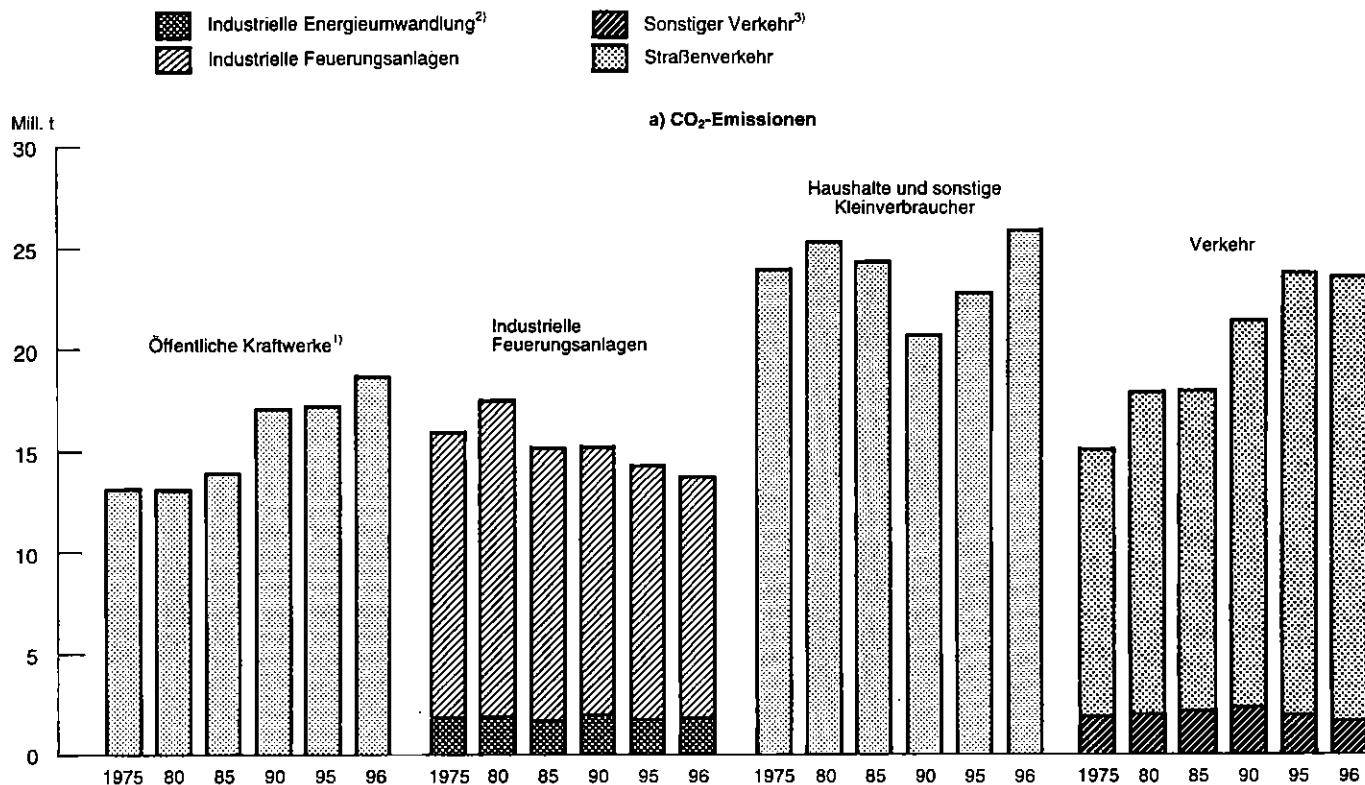
Die Entwicklung der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg weist seit 1975 eine insgesamt steigende Tendenz auf, wobei aber von Jahr zu Jahr zum Teil beträchtliche Schwankungen mit unterschiedlichen Ursachen zu verzeichnen sind. Zum einen wirkten sich in den einzelnen Zeitabschnitten gegenläufige Entwicklungen in den Hauptenergieverbrauchssektoren: Kraftwerke, Industrie, Haushalte und sonstige Kleinverbraucher sowie Straßenverkehr aus, zum anderen haben spezifische Einflüsse in den einzelnen Sektoren Schwankungen ausgelöst, die auch auf die jährliche Veränderungsrate der gesamten energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen durchschlugen. Hervorzuheben ist der Einfluß der Witterung, die in kalten Jahren zu erhöhtem Heizenergiebedarf und umgekehrt zu geringerem Bedarf in wärmeren Jahren beiträgt. Der seitherige Höchststand der CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg war im Jahr 1993 erreicht worden, wobei allerdings teilweise auch methodische Einflüsse zu berücksichtigen sind, da der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr, wie er in der Energiebilanz ausgewiesen wird, in diesem Jahr durch eine methodische Umstellung nach oben korrigiert wurde. Durch die stark überdurchschnittlich kalte Witterung wurde im Jahr 1996 ein neuer Höchstwert der CO₂-Emissionen im Land erreicht. Erste Energieverbrauchszahlen für das Jahr 1997 lassen wieder einen spürbaren Rückgang auf die zuletzt betrachtete Trendlinie erwarten. Insgesamt deutet die Entwicklung ab 1993 auf eine beginnende Tendenzwende bei den jährlichen CO₂-Emissionen hin.

Für das Bundesgebiet insgesamt zeigt sich seit 1975 eine Abnahme der CO₂-Emissionen. Für die alten Bundesländer allein lagen die CO₂-Emissionen 1995 etwa auf demselben Niveau wie 1975. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet zeigt sich vor allem seit 1990 eine deutlich günstigere Entwicklung als in Baden-Württemberg. Der 11prozentige Rückgang in diesen fünf Jahren ist aber vor allem auf die Strukturveränderungen und Energieeinsparungen in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Bezogen auf die alten Bundesländer ist die aktuelle Entwicklung eher vergleichbar mit der in Baden-Württemberg. Im Unterschied zu Baden-Württemberg zeigt sich bezogen auf die alten Länder seit 1991 eine leicht abnehmende Tendenz und der Höchststand der CO₂-Emissionen lag bereits Anfang der achtziger Jahre.

Um die Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land seit 1975 insgesamt besser einschätzen und einen Ausblick auf die mögliche zukünftige Entwicklung vornehmen zu können, ist eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Hauptenergieverbrauchssektoren notwendig (*Schaubild 3*). Bezogen auf das Jahr 1996 betrug der Anteil der öffentlichen Kraftwerke, das heißt im wesentlichen der Strom- und Fernwärmeerzeugung im Land (knapp 18,8 Mill. Tonnen) rund 23 %. Die CO₂-Emissionen aus industriellen Feuerungen (18,7 Mill. Tonnen) machten 17 % aus, auf Haushalte und sonstige Kleinverbraucher einschließlich Dienstleistungsbereich (22,5 Mill. Tonnen) entfielen 1996 rund 31 % und auf den Straßenverkehr (21,9 Mill. Tonnen) knapp 27 % der gesamten energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen im Land.

Schaubild 3

CO₂-Emissionen und Verbrauch fossiler Brennstoffe in Baden-Württemberg 1975 bis 1996 nach Hauptemittentengruppen



*) Kohle, Mineralöle, Erdgas, Flüssiggas, Raffineriegas, Petrolkoks, Müll. - 1) Einschließlich Fernheizwerke und Müllverbrennungsanlagen. - 2) Betriebseigene Stromerzeugung und sonstige Energieumwandlung. - 3) Bahn-, Schiffs-, Flugverkehr und landwirtschaftliche Zugmaschinen.

CO₂-Emissionen, Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum

Zur Beurteilung der Gesamtentwicklung der CO₂-Emissionen ist der Vergleich mit der Entwicklung des gesamten Energieverbrauchs einerseits sowie der des Bruttoinlandsprodukts andererseits hilfreich. Er zeigt, daß über den Betrachtungszeitraum insgesamt zwar ein positiver Zusammenhang zwischen den Entwicklungen dieser drei Größen besteht, daß aber deutliche Entkopplungseffekte eingetreten sind. So hat das Bruttoinlandsprodukt von 1975 bis 1996 um 63 % zugenommen, während der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum etwa halb so stark um 32 % angestiegen ist. Die CO₂-Emissionen haben, vom Ausnahmejahr 1996 einmal abgesehen, mit 15 % sehr viel weniger stark zugenommen als die beiden für die wirtschaftliche Entwicklung bzw. den Energieverbrauch stehenden Größen.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, daß nach 1990, wohl in erster Linie bedingt durch die Zunahme im Haushalts- und Verkehrsbereich, der Energieverbrauch etwa doppelt so stark angestiegen ist wie das Bruttoinlandsprodukt.

Deutlich steigende CO₂-Emissionen aus öffentlichen Wärmekraftwerken durch erhöhten Strombedarf

Die CO₂-Emissionen durch die öffentlichen Wärmekraftwerke sind im Zeitraum von 1975 bis 1996 um 42 % angestiegen. Die Entwicklung ist jedoch relativ stark durch Schwankungen der jährlichen Emissionsfracht gekennzeichnet (Schaubild 4). Nach einem Höchststand im Jahr 1991 gingen die Emissionen bis 1994 auf 14,4 Mill. Tonnen zurück, 1995 und 1996 nahmen die Emissionen wieder deutlich zu (+ 20 % bzw. + 9 %). Die teilweise sprunghafte Emissionsentwicklung erklärt sich in erster Linie durch die jährlich schwankende Auslastung der fossil befeuerten öffentlichen Wärmekraftwerke.

Generell bestimmen im wesentlichen zwei Haupteinflussfaktoren die Entwicklung der CO₂-Emissionen im Bereich der öffentlichen Wärmekraftwerke. Zum einen ist die Stromproduktion der öffentlichen Kraftwerke im Land infolge der deutlich gestiegenen Verbrauchsmengen im Betrachtungszeitraum um 182 % angestiegen. Daß die CO₂-Emissionen im Vergleich dazu deutlich weniger stark angestiegen sind, liegt zum anderen daran, daß der Anteil der Kernkraftwerke an der öffentlichen Stromerzeugung von 14,2 % im Jahr 1975 auf den Höchststand von 65,7 % im Jahr 1994, bzw. im Jahr 1996 immerhin 62,0 %, angestiegen ist. Dadurch wurden in beträchtlichem Umfang CO₂-Emissionen vermieden. Ohne die Kernkraftwerke würden durch die öffentliche Stromerzeugung im Land

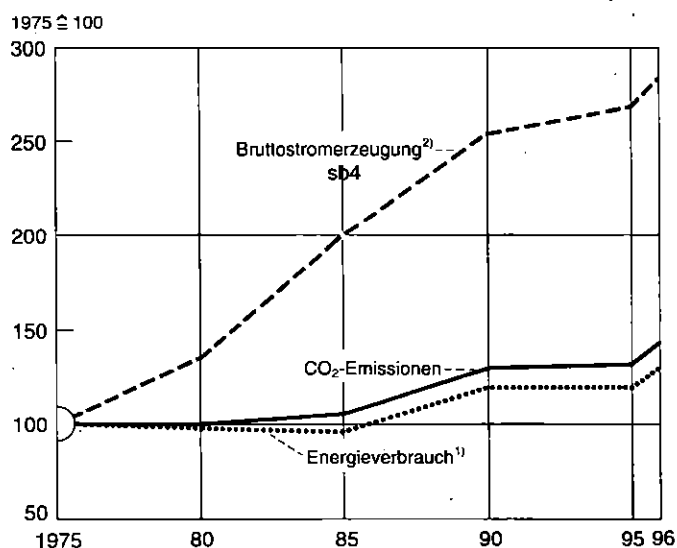
etwa dreimal so hohe CO₂-Emissionen emittiert, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die Stromerzeugung durch Wasserkraftwerke konnte nicht proportional zum gestiegenen Strombedarf ausgebaut werden, so daß deren Anteil an der Stromerzeugung insgesamt von 16,4 % im Jahre 1975 auf 8,1 % im Jahr 1996 zurückgegangen ist.

Der Anteil der fossilen Wärmekraftwerke an der öffentlichen Stromerzeugung im Land hatte 1994 mit 24,5 % den bislang niedrigsten Wert erreicht. So erklärt sich auch, daß in diesem Jahr vergleichsweise geringe CO₂-Emissionen der öffentlichen Wärmekraftwerke zu verzeichnen waren. In den letzten Jahren (1995 und 1996) war eine steigende Auslastung der fossil befeuerten Wärmekraftwerke festzustellen. Zuletzt im Jahr 1996 wurde sogar wieder ein Anteil von 29,5 % an der gesamten öffentlichen Stromerzeugung erreicht. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen aus dem Bereich der öffentlichen Energieversorgung wird also maßgeblich von der Entwicklung der Stromverbrauchsmenge insgesamt und dem Produktionsanteil der fossilen Kraftwerke im besonderen bestimmt. Der gesamte Stromverbrauch resultiert aus den Bedarfsmengen der Endverbrauchssektoren Industrie, Haushalte, Verkehr und sonstige Bereiche, weshalb weiter unten auch auf die Entwicklung des Stromverbrauchs in diesen drei Verbrauchssektoren ausführlicher eingegangen werden soll.

Die Effizienz der fossilen öffentlichen Wärmekraftwerke, ausgedrückt durch das Verhältnis von eingesetzter Primärenergie in Tonnen SKE zur gewonnenen

Schaubild 4

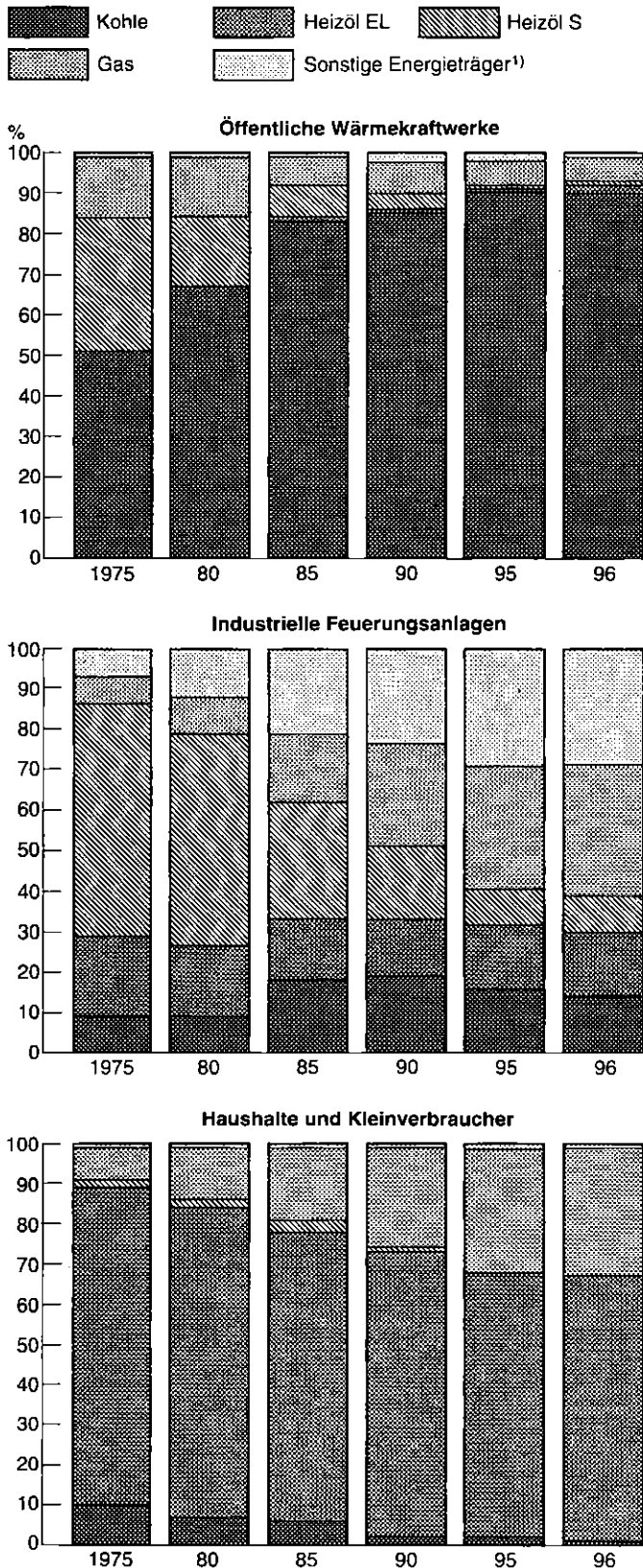
CO₂-Emissionen, Primärenergieverbrauch und Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke in Baden-Württemberg 1975 bis 1996



1) An fossilen Brennstoffen. – 2) Der Kernkraftwerke, fossilen Wärmekraftwerke und Wasserkraftwerke.

Schaubild 5

CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger in Baden-Württemberg 1975 bis 1996 nach Brennstoffarten



1) Müll, Raffineriegas, Petrolkoks und Flüssiggas.

Strom- plus Fernwärmemenge ebenfalls in Tonnen SKE, wurde im Betrachtungszeitraum von 2,37 auf 2,45 gestiegen. Der Einfluß dieser Größe auf die beobachtete Entwicklung der CO₂-Emissionen ist demnach eher von untergeordneter Bedeutung. Dagegen hat die Entwicklung des Brennstoffsplits, das heißt die Aufteilung der fossilen Primärenergienmenge nach Brennstoffarten, – gegenläufig zur Steigerung des Kernkraftanteils – relativ deutlich zur Erhöhung der CO₂-Emissionen beigetragen. Seit 1975 ist der Kohleanteil auf immerhin 85 %, vor allem auf Kosten von schwerem Heizöl, gestiegen (Schaubild 5). Auch der Gasanteil ging bis Mitte der achtziger Jahre deutlich zurück. Da der Einsatz von Kohle jedoch mit höheren spezifischen CO₂-Emissionen verbunden ist als der von schwerem Heizöl und noch mehr von Erdgas (Übersicht 2), hat diese Brennstoffsubstitution eine gravierende Erhöhung der CO₂-Emissionen bewirkt. Eine sich neuerdings möglicherweise abzeichnende Hinwendung zum Erdgas-einsatz im Bereich der öffentlichen Strom- und Fernwärmeezeugung würde sich aufgrund des geringen CO₂-Emissionspotential beim Einsatz von Erdgas emissionsmindernd auswirken.

Rückgang der CO₂-Emissionen aus industriellen Feuerungsanlagen

Die aufgrund des Einsatzes fossiler Energieträger verursachten direkten CO₂-Emissionen der Industrie⁴ einschließlich industrieller Kraftwerke und sonstiger Umwandlung sind nach einem Höchststand im Jahr 1980 (17,4 Mill. Tonnen) seither fast kontinuierlich zurückgegangen und lagen 1996 mit ca. 13,7 Mill. Tonnen immerhin um 14 % niedriger als im Jahr 1975. Von den industriellen direkten CO₂-Emissionen entfielen 1996 rund 1,7 Mill. Tonnen auf die industrielle Stromerzeugung und 2,8 Mill. Tonnen auf die sonstige Umwandlung (insbesondere in Raffinerien).

Die seit 1980 zu beobachtende deutliche Reduzierung der direkten industriellen CO₂-Emissionen erklärt sich durch die erfolgreichen Bemühungen der Betriebe, den Einsatz fossiler Brennstoffe insgesamt zu reduzieren und gleichzeitig den Energieeinsatz auf emissionsärmere Brennstoffe umzustellen. Der Verbrauch an fossilen Brennstoffen ist in den gut 20 Jahren seit 1975 um 5,0 % zurückgegangen, wobei bis 1980 noch Zuwächse zu verzeichnen waren. Im gleichen Zeitraum wurde die Bruttowertschöpfung

4 Die Kurzbezeichnung „Industrie“ steht hier für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, mit im wesentlichen 20 und mehr Beschäftigten.

Emissionsfaktoren für die Berechnung der Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger

– Stand 1998 –

Energieträger	Öffentliche Kraftwerke	Industrielle Feuerungsanlagen	Hausbrand	Straßenverkehr	Sonstiger Verkehr
	kg / t SKE				
Steinkohle	2 725,6	2 725,6	2 725,6	–	–
Steinkohlekoks	–	3 165,3	3 165,3	–	–
Steinkohlebriketts	–	–	2 725,6	–	–
Braunkohle	–	2 960,1	2 960,1	–	–
Braunkohlebriketts	–	–	2 960,1	–	–
Petrolkoks	–	3 487,7	–	–	–
Heizöl S	2 315,3	2 315,3	–	–	–
Heizöl EL	2 168,8	2 168,8	2 168,8	–	–
Erdgas	1 641,2	1 641,2	1 641,2	–	–
Raffineriegas	–	1 553,3	–	–	–
Flüssiggas	–	1 934,3	1 934,3	–	–
Hausmüll	1 172,3	–	–	–	–
Gewerbeabfälle	–	1 172,3	–	–	–
Benzin	–	–	–	2 110,2	2 110,2
Diesel	–	–	–	2 168,8	2 168,8
Schwerer Flugturbinentreibstoff	–	–	–	–	2 168,8

Quelle: Universität Stuttgart, Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung IER.

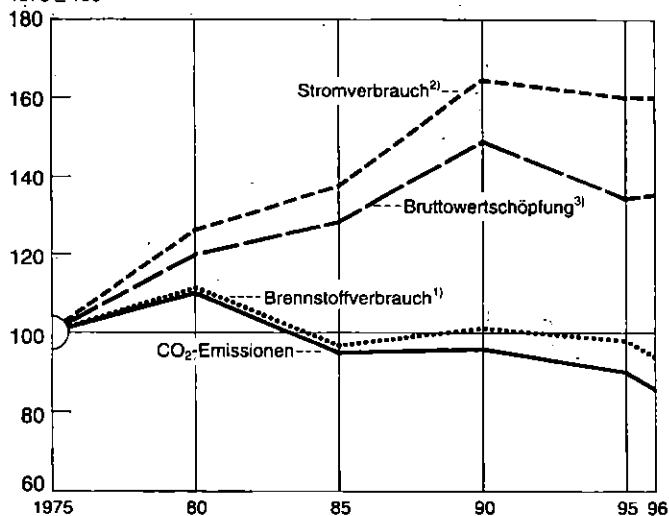
des Verarbeitenden Gewerbes deutlich erhöht (+ 35 %), so daß der spezifische Verbrauch fossiler Energieträger bezogen auf 1 Mill. DM Bruttowertschöpfung von 67,5 Tonnen SKE auf 47,3 Tonnen SKE, also um immerhin 30,0 % zurückgegangen ist. Diese Entkoppelung von Brennstoffeinsatz und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist allerdings zumindest teilweise durch einen erhöhten Einsatz von Strom aus öffentlichen Kraftwerken erreicht worden. Bezogen auf den gesamten Einsatz, ist der Energiebedarf je Einheit Bruttowertschöpfung deutlich weniger stark zurückgegangen (– 5 %) (Schaubild 6).

Fast ebenso starken Einfluß wie der reduzierte Bedarf an Brennstoffen insgesamt, hatte die Veränderung in der Zusammensetzung der eingesetzten Brennstoffarten auf die direkten industriellen CO₂-Emissionen. Vor allem ausgelöst durch die Ölkrise und die Großfeuerungsanlagenverordnung bzw. die TA-Luft, wurde das ehemals in großem Umfang eingesetzte schwere Heizöl bis auf einen Anteil von 7,5 % durch das emissionsärmere Erdgas ersetzt, dessen Anteil am gesamten direkt CO₂-relevanten Energieeinsatz im Bereich der Industrie im Betrachtungszeitraum umgekehrt auf 39 % stieg.

Schaubild 6

CO₂-Emissionen, Energieverbrauch und Bruttowertschöpfung der Industrie in Baden-Württemberg 1975 bis 1996

1975 = 100



1) An fossilen Brennstoffen. – 2) Strombezug und Stromerzeugung. – 3) In Preisen von 1991.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

297 98

Starke Schwankungen der CO₂-Emissionen durch Haushalte und Kleinverbraucher

Für die direkt, das heißt durch den Einsatz fossiler Brennstoffe in Haushalten und bei Kleinverbrauchern einschließlich Dienstleistungsbereich verursachten CO₂-Emissionen zeigt sich kaum ein Minderungserfolg. Im Zeitraum von 1975 bis 1995 sind hier die CO₂-Emissionen zwar um ca. 5 % auf 22,8 Mill. Tonnen zurückgegangen, im Jahr 1996 lagen sie allerdings sogar wieder über dem Niveau von 1980 und damit deutlich höher als 1975. Die beobachteten Jahresemissionsfrachten schwankten im Betrachtungszeitraum zwischen gut 20 und über 25 Mill. Tonnen. Hauptgrund für diese Streuung ist die relativ starke Abhängigkeit des Energiebedarfs in diesem Sektor von den klimatischen Bedingungen der einzelnen Jahre. Das heißt, der im Haushaltsbereich stark dominierende Heizenergiebedarf führt in kälteren bzw. wärmeren Jahren zu beträchtlichen Abweichungen vom Trend der energieverbrauchsbedingten direkten CO₂-Emissionen.

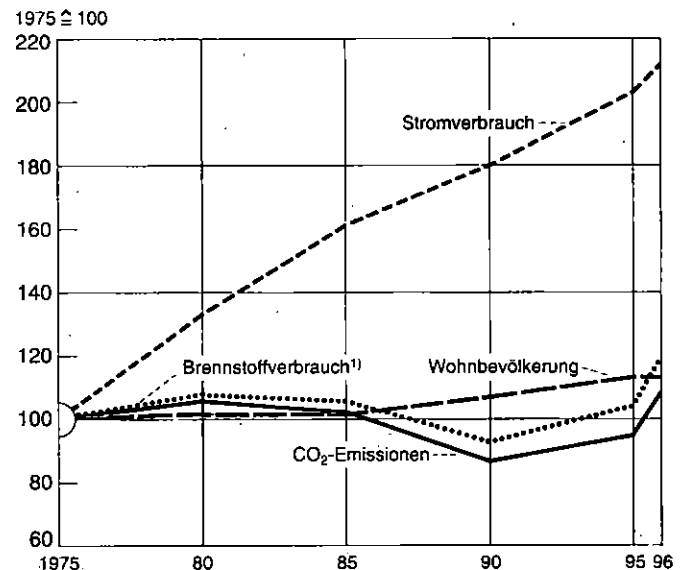
Die tatsächliche Entwicklung der direkten CO₂-Emissionen im Bereich der Haushalte und Kleinverbraucher wird an der Entwicklung der spezifischen Emissionen je Einwohner eher sichtbar. Dieser Wert ging von 2,61 Tonnen CO₂ je Einwohner im Jahr 1975 auf 2,21 Tonnen im Jahr 1995, das heißt um 15 %, zurück. Der Wert für 1996 lag vor allem witterungsbedingt zwar wieder bei 2,49 Tonnen aber dennoch niedriger als 1975.

Die Ursachen für den spezifischen Rückgang der CO₂-Emissionen im Hausbrand-Sektor liegen letztlich in der gravierenden Umstellung des Energieträgereinsatzes hin zu emissionsärmeren Brennstoffen (*Übersicht 2*). Zwar ist leichtes Heizöl nach wie vor der dominierende Energieträger, sein Anteil ist aber von 79 % im Jahr 1975 auf noch 58 % im Jahr 1996 zurückgegangen. Wichtigster Grund ist der fortgeschrittene Ausbau des Erdgasversorgungsnetzes, der zu einem Erdgasanteil von 38 % am Gesamtbrennstoffeinsatz in diesem Sektor geführt hat. Dabei wurde insbesondere der CO₂-intensive Kohleeinsatz auf nur noch weniger als 1 % zurückgedrängt (*Schaubild 7*).

Die Änderung in der Brennstoffstruktur ist jedoch nicht die alleinige Ursache für den Rückgang der spezifischen CO₂-Emissionen bei den Haushalten und Kleinverbrauchern. Zugleich wurden Erfolge beim Energiesparen erzielt. Zwar ist der Brennstoffverbrauch des Sektors insgesamt im Betrachtungszeitraum – vom Ausnahmejahr 1996 einmal abgesehen – absolut betrachtet geringfügig angestiegen; bei einem Anstieg der Bevölkerungszahl um 13 % im gleichen Zeitraum und einer Zunahme der Wohnungszahl um sogar fast 33 % ist auch im Haushaltssektor eine deutliche Abkopplung des Brennstoffbedarfs von der Bevölkerungs- bzw. Wohnungsentwicklung gelungen. So hat der Verbrauch an Brennstoffen pro Einwohner von 1,21 Tonnen SKE auf 1,12 Tonnen SKE im Jahr 1995

Schaubild 7

CO₂-Emissionen und Energieverbrauch der Haushalte und sonstigen Kleinverbraucher in Baden-Württemberg 1975 bis 1996



1) An fossilen Brennstoffen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

296 98

abgenommen und der Bedarf je Wohnung ist sogar von 3,28 Tonnen SKE auf 2,57 Tonnen SKE, also immerhin um 22 %, zurückgegangen. Die durchaus spürbare Verringerung des spezifischen Brennstoffbedarfs wurde vor allem durch den fortschreitenden Trend zu kleineren Haushalten (Singularisierung der Gesellschaft), der auch in einer Belegungsdichte von nur noch 2,3 Personen pro Wohnung im Jahr 1996 zum Ausdruck kommt, wieder aufgebraucht. Bei einer Belegungsdichte von 2,7 Einwohnern pro Wohnung, wie sie 1975 noch bestand, und dementsprechend geringerer Wohnungszahl, wäre bei sonst gleichen Bedingungen der Bedarf an Brennstoffen immerhin um rund 13 % geringer ausgefallen.

Anders als beim Einsatz von fossilen Brennstoffen stellt sich die Entwicklung beim Strombedarf der Haushalte und Kleinverbraucher dar. Noch deutlicher als bei der Industrie ist hier hervorzuheben, daß der Stromverbrauch entgegengesetzt zur Entwicklung der Brennstoffverbrauchsmenge deutlich angestiegen ist. Im Zeitraum von 1975 bis 1996 hat sich der Stromverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher mehr als verdoppelt. Dies hat zur Folge, daß deren Gesamtenergieverbrauch mit rund + 20 % gegenüber 1975 sogar überproportional zur Entwicklung der Einwohnerzahl angestiegen ist. Der spezifische Gesamtenergieverbrauch je Einwohner ist von 1,47 Tonnen SKE im Jahr 1975 auf 1,55 Tonnen SKE im Jahr 1995 (1,76 Tonnen SKE im Jahr 1996) angestiegen.

Starker Anstieg der CO₂-Emissionen durch den Straßenverkehr

Am weitaus stärksten haben im Betrachtungszeitraum die straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen zugenommen. Die von diesem Verbrauchssektor verursachten CO₂-Emissionen stiegen seit 1975 um 65,8 % auf 21,9 Mill. Tonnen im Jahr 1996 an. Vor allem ab Mitte der 80er Jahre sind die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors fast sprunghaft angestiegen. In den letzten Jahren seit 1993 deutet sich, allerdings auf hohem Niveau eine stagnierende oder sogar leicht rückläufige Tendenz der straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen an.

Ursache des starken Anstiegs der straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen ist die rasante Zunahme der Gesamtfahrleistungen sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr. Die gesamten Jahresfahrleistungen der Pkw sind in den Jahren von 1975 bis 1996 um 91,5 % angestiegen. Der Kraftstoffverbrauch der Pkw hat mit + 58,8 % im gleichen Zeitraum deutlich unterproportional zur Jahresfahrleistung zugenommen, so daß die vom Pkw-Verkehr verursachten CO₂-Emissionen ebenfalls unterproportional zu den Jahresfahrleistungen angewachsen sind. Der Anstieg der CO₂-Emissionen entspricht mit 59,5 % fast genau der Rate beim Kraftstoffverbrauch, obwohl der Anteil der Diesel-Pkw angestiegen und Dieselmotoren mit höheren spezifischen CO₂-Emissionen verbunden ist. Dies

Tabelle 4

CO₂-Emissionen, Fahrleistungen und Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr Baden-Württembergs 1975 bis 1996

Jahr	CO ₂ -Emissionen insgesamt		Jahresfahrleistung insgesamt ¹⁾		Kraftstoffverbrauch insgesamt ²⁾		
	1000 t	1990 $\hat{=}$ 100	Mill. km	1990 $\hat{=}$ 100	1000 t	1990 $\hat{=}$ 100	kg/100 km
Straßenverkehr Insgesamt ³⁾							
1975	13 234	69,2	43 366	57,4	4 212	69,3	X
1980	15 953	83,4	51 935	68,8	5 075	83,4	X
1985	15 964	83,5	60 253	79,8	5 078	83,5	X
1990	19 125	100,0	75 504	100,0	6 082	100,0	X
1991	19 310	101,0	76 448	101,3	6 140	101,0	X
1992	21 292	111,3	78 589	104,1	6 771	111,3	X
1993	22 067	115,4	79 412	105,2	7 016	115,4	X
1994	21 497	112,4	79 424	105,2	6 765	111,2	X
1995	21 902	114,5	80 719	106,9	6 964	114,5	X
1996	21 935	114,7	82 698	109,5	6 955	114,4	X
Pkw- Verkehr							
1975	9 729	69,5	37 904	57,3	3 109	69,6	8,2
1980	11 472	81,9	45 704	69,1	3 665	82,0	8,0
1985	11 772	84,1	52 717	79,7	3 759	84,1	7,1
1990	13 999	100,0	66 109	100,0	4 469	100,0	6,8
1991	13 685	97,8	66 943	101,3	4 370	97,8	6,5
1992	15 254	109,0	68 856	104,2	4 871	109,0	7,1
1993	16 216	115,8	69 700	105,4	5 175	115,8	7,4
1994	15 459	110,4	69 678	105,4	4 865	108,9	7,0
1995	15 438	110,3	70 839	107,2	4 930	110,3	7,0
1996	15 522	110,9	72 602 ⁴⁾	109,8	4 937	110,5	6,8
Lkw - Verkehr							
1975	3 505	68,4	4 349	78,0	1 103	68,4	25,4
1980	4 481	87,4	4 929	88,4	1 410	87,4	28,6
1985	4 192	81,8	4 679	83,9	1 319	81,8	28,2
1990	5 126	100,0	5 575	100,0	1 613	100,0	28,9
1991	5 625	109,7	5 678	101,8	1 770	109,7	31,2
1992	6 038	117,8	5 915	106,1	1 900	117,8	32,1
1993	5 851	114,1	5 899	105,8	1 841	114,1	31,2
1994	6 038	117,8	5 935	106,5	1 900	117,8	32,0
1995	6 464	126,1	6 026	108,1	2 034	126,1	33,8
1996	6 413	125,1	6 146 ⁴⁾	110,2	2 018	125,1	32,8

1) Auf Außerorts- und Innerortsstraßen. – 2) Benzin und Diesel. – 3) Einschließlich Kräder und Lkw < 2,8 t. – 4) Vorläufige Werte.

erklärt sich dadurch, daß der im Zeitablauf deutlich erhöhte Dieselanteil an den Pkw-Fahrleistungen durch den geringeren spezifischen Verbrauch der Diesel-Pkw etwa wieder ausgeglichen wird. Ein Beitrag zur Minderung der CO₂-Emissionen stellt der Einsatz von Treibstoffen dar, die aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden.

Noch stärker als beim Pkw-Verkehr sind die CO₂-Emissionen des Güterverkehrs angestiegen. Während die Jahresfahrleistungen der Lkw um 41,3 % zugenommen haben, ist der Kraftstoffverbrauch im Güterverkehrsbereich um über 83,0 % angewachsen, so daß auch die Lkw-bedingten CO₂-Emissionen 1996 um rund 83,0 % höher lagen als 1975. Während in den zwanzig Jahren bei den Pkw eine deutliche Reduzierung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs erzielt wurde, ist beim Lkw-Verkehr dem stark erhöhten Gütertransportaufkommen offenbar durch größere und verbrauchsstärkere Motoren begegnet worden und damit der fahrleistungsspezifische Kraftstoffverbrauch beträchtlich angestiegen. Möglicherweise haben sich auch die Bemühungen zur besseren Auslastung der Lkw erhöhend auf die spezifischen Verbrauchsmengen und die daraus resultierenden CO₂-Emissionen ausgewirkt.

Bezüglich des Pkw-Verkehrs ist weiter bemerkenswert, daß der flottenspezifische Verbrauch der ottomotorgetriebenen Pkw im Betrachtungszeitraum um ca. 1,3 Liter zurückgegangen ist, während der spezifische Verbrauch der dieselmotorgetriebenen Pkw, wenngleich auf von vornherein deutlich niedrigerem Niveau, praktisch konstant geblieben ist.

Knapp 1,7 Mill. Tonnen CO₂ durch „Sonstigen Verkehr“

Die CO₂-Emissionen des Sektors „Sonstiger Verkehr“ beliefen sich im Jahr 1996 auf 1,67 (1995 ca. 1,84) Mill. Tonnen. In diesem Energieverbrauchssektor sind neben dem Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr auch die Kraftstoffverbräuche durch Zugmaschinen der Landwirtschaft und anderer Bereiche sowie durch Militärfahrzeuge zusammengefaßt. Die Berechnungen für den Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr stützen sich auf die in der Energiebilanz des Landes ausgewiesenen Kraftstoffverbräuche, das heißt die an diesen Verkehrssektor im Land gelieferten Mengen. Diese aus der Energiebilanz hervorgehenden Liefermengen weichen sicher mehr oder weniger deutlich von den tatsächlich im Land durch Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr verbrauchten Kraftstoffmengen ab. Insofern ist auch die Entwicklung der Emissionen durch diesen Sektor nur mit Einschränkungen interpretierbar. Die CO₂-Emissionen lagen über den gesamten Zeitraum relativ nahe bei 2 Mill. Tonnen und ihr Anteil am gesamten CO₂-Emissionen betrug fast konstant 2,5 %. Bestimmt wird die Höhe der Emissionen durch sonstige Verkehrsträger in erster Linie durch den Flugverkehr (40 %) sowie vom Verbrauch durch Zugmaschinen in der Landwirtschaft und anderen Bereichen (45 %).

Insgesamt 45 % der CO₂-Emissionen durch Haushalte und Kleinverbraucher

Für die Betrachtung der CO₂-Emissionen nach dem Verursacherprinzip sind die im Bereich der öffentlichen Energieversorgung, das heißt bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme in öffentlichen Kraftwerken entstandenen CO₂-Emissionen den Sektoren zuzuordnen, denen letztlich die erzeugten Strom- und Fernwärmemengen zur Nutzung zufließen. Auch aus diesem Grund wurde bereits oben die Entwicklung des Stromverbrauchs in den Hauptverbrauchssektoren mit in die Betrachtung einbezogen. Werden die indirekt am Standort der Kraftwerke durch die Strom- und Fernwärmeezeugung verursachten CO₂-Emissionen sowie die vor Ort durch den Brennstoffverbrauch direkt verursachten CO₂-Emissionen zusammengefaßt, so errechnen sich die dem Sektor insgesamt zuzurechnenden energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen. Diese gesamtverbrauchsbezogene Verteilung der CO₂-Emissionen unterscheidet sich beträchtlich von der oben betrachteten Verteilung nach dem Brennstoffverbrauch. Immerhin 45 % und damit der mit Abstand höchste Anteil der CO₂-Emissionen im Jahr 1996 wurden danach letztlich von Haushalten und Kleinverbrauchern einschließlich Dienstleistungsbereich verursacht (*Schaubild 8*). Obwohl der (Straßen-)Verkehrssektor kaum Strom bzw. Fernwärme bezieht, bleibt sein CO₂-Emissionsanteil mit 29,5 % am zweitgrößten. Auf die Industrie schließlich entfallen 26,6 % der direkt und indirekt durch Energieverbrauch verursachten CO₂-Emissionen.

Die Veränderungsdaten der CO₂-Emissionen aus dem Gesamtenergieverbrauch der drei Sektoren unterscheiden sich aufgrund der stark differierenden Anteile am Strom- und Fernwärmeverbrauch wesentlich stärker, als dies bei der Entwicklung der direkten Emissionen aus dem Brennstoffverbrauch der Fall ist. Während die Industrie auch auf die direkt und indirekt verursachten CO₂-Emissionen bezogen eine Minderungsrate von -4,0 % im Zeitraum von 1975 bis 1996 aufweist, ist bei den Haushalten und Kleinverbrauchern eine Zunahme der direkt und indirekt verursachten CO₂-Emissionen um 6,4 % bis 1995 bzw. 19,8 % gemessen am Jahr 1996 zu konstatieren. Da beim Verkehr der Brennstoffverbrauch eindeutig dominiert, bleibt die Zuwachsrate dieses Sektors auch unter Einbeziehung der indirekt durch Strom- und Fernwärmeverbrauch verursachten CO₂-Emissionen bei 56 %.

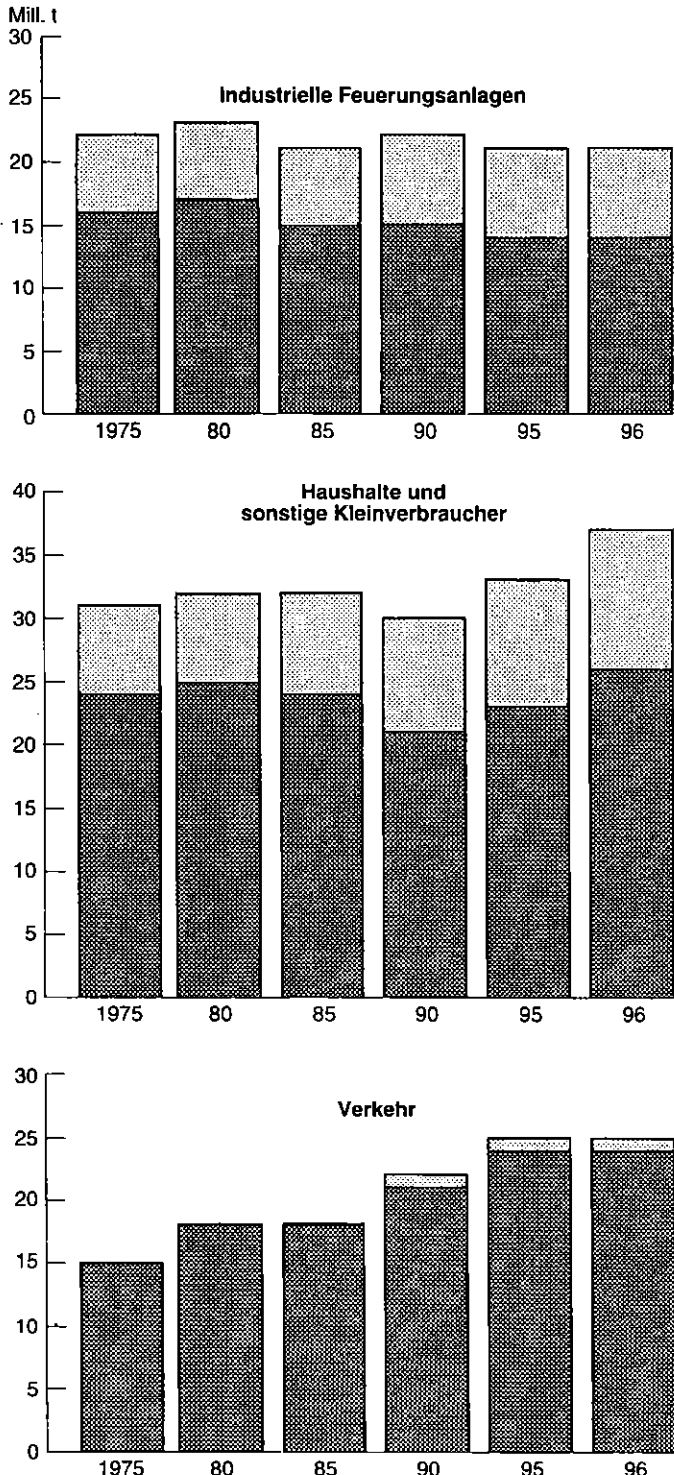
Vorausrechnung der CO₂-Emissionen bis 2010

Aus der Gesamtdarstellung der klimarelevanten Emissionen im Land wird deutlich, daß für den Erfolg der Klimaschutzbemühungen in erster Linie die Entwicklung der energieverbrauchsbedingten Emissionen ausschlaggebend sein wird. Dies bedeutet, daß die zukünftige Ent-

Schaubild 8

Direkte und indirekte CO₂-Emissionen aus dem Energieverbrauch*) in Baden-Württemberg 1975 bis 1996 nach Endenergieverbrauchergruppen

■ direkte CO₂-Emissionen¹⁾
 □ indirekte CO₂-Emissionen²⁾



wicklung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe für die Energieversorgung von herausragendem Interesse bei der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Verringerung von Treibhausgasen ist. Auf der Basis der aktuellen Energieverbrauchsdaten in der Gliederung nach Verbrauchssektoren einerseits und Brennstoffarten andererseits wird im folgenden anhand von zwei Szenarien ein Korridor für die mögliche zukünftige Entwicklung der Energieverbrauchsmengen, deren Zusammensetzung und der damit zu erwartenden energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen berechnet. Die Annahmen, die den beiden Szenarien zugrunde liegen, stützen sich im wesentlichen auf die seitherige Entwicklung des Energieverbrauchs nach Sektoren, auf die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung bzw. Wohnungsbedarfsprognose des Statistischen Landesamtes, die Energieprognose von Esso⁵ und die Vorausrechnung der Fahrzeugbestände bzw. Fahrleistungen im Straßenverkehr durch das Statistische Landesamt, die sich ihrerseits auf den Generalverkehrsplan des Landes sowie die Shell-Prognose zur Entwicklung des Straßenverkehrs⁶ stützt. Die getroffenen Annahmen der beiden Szenarien I und II, die auch als Referenz (I) bzw. als Optimierungsszenario (II) bezeichnet werden können, sind in *Übersicht 3* zusammengefaßt.

Nach Variante I werden die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen im Land gemessen am aktuellen Berechnungsjahr 1996 bis zum Jahr 2010 um ca. 8 % zurückgehen. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 werden danach jedoch die CO₂-Emissionen im Jahr 2010 um rund 1 % höher liegen (*Schaubild 9*). Der Grund für diese ungünstige Entwicklung im Referenzfall liegt in erster Linie am nach wie vor steigenden Stromverbrauch durch Industrie, Haushalte und sonstige gewerbliche Verbraucher. Außerdem werden nach den Annahmen der Referenzvariante trotz sinkender durchschnittlicher Kraftstoffverbräuche die straßenverkehrsbedingten CO₂-Emissionen im Jahr 2010 noch über dem Wert von 1990 liegen, da die Fahrleistungen weiterhin sehr deutlich ansteigen. Spürbar geringere CO₂-Emissionen als im Referenzjahr 1990 werden im Jahr 2010 in den Sektoren Industrie sowie Haushalte und sonstige Kleinverbraucher erreicht. Der Rückgang der brennstoffverbrauchsbedingten direkten CO₂-Emissionen im Sektor Industrie wird danach rund 12 % betragen, die Abnahme bei den Haushalten und sonstigen Kleinverbrauchern wird sogar bei rund 15 % liegen. Diese Rückgänge beim Brennstoffverbrauch werden allerdings durch die nach Szenario I stark wachsenden Stromverbräuche weitgehend ausgeglichen. Der zusätz-

5 Esso A.G., Presse- und Informationsabteilung (Hrsg.): Esso-Energieprognose, Stand 1997.

6 Shell, (Hrsg.): Pkw-Szenarien 1995, Szenarien des Pkw-Bestandes und der Neuzulassungen in Deutschland bis zum Jahr 2020, Heft 26 Nr. 9/1995.

*) Kohle, Mineralöle, Erdgas, Flüssiggas, Raffineriegas, Petrolkoks, Müll. – 1) Aus der Verbrennung fossiler Energieträger in eigenen Feuerungsanlagen. – 2) Durch den Verbrauch an Strom und Fernwärme.

Tabelle 5

Vorausrechnung der CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg bis 2010 nach Emittentengruppen

Entstehungssektoren	Jahr	Szenario I (Referenz)					
		CO ₂ -Emissionen insgesamt		Energieverbrauch an fossilen Energieträgern ¹⁾		Stromerzeugung/-verbrauch	
		1000 t	1990 $\hat{=}$ 100	1000 t SKE	1990 $\hat{=}$ 100	Mill. Kwh	1990 $\hat{=}$ 100
1. Öffentliche Wärmekraftwerke	1975	13 167	77,0	5 634	83,1	14 484	78,6
	1980	13 063	76,4	5 501	81,1	14 049	76,3
	1985	13 832	80,9	5 475	80,7	13 174	71,5
	1990	17 094	100,0	6 783	100,0	18 418	100,0
	1995	17 301	101,2	6 758	99,6	16 282	88,4
	1996	18 769	109,8	7 312	107,8	18 258	99,1
	2000	20 062	117,4	7 855	115,8	20 142	109,4
	2005	20 777	121,5	8 304	122,4	21 568	117,1
	2010	21 394	125,2	8 565	126,3	22 538	122,4
2. Industrielle Feuerungsanlagen ²⁾	1975	15 864	104,2	7 279	98,9	14 224	60,8
	1980	17 403	114,3	8 050	109,4	17 978	76,8
	1985	15 113	99,3	7 087	96,3	19 526	83,4
	1990	15 220	100,0	7 361	100,0	23 402	100,0
	1995	14 315	94,1	7 124	96,8	22 685	96,9
	1996	13 696	90,0	6 877	93,4	22 821	97,5
	2000	13 652	89,7	6 935	94,2	23 628	101,0
	2005	13 524	88,9	6 902	93,8	26 088	111,5
	2010	13 457	88,4	6 869	93,3	28 803	123,1
3. Haushalte und sonstige Kleinverbraucher	1975	23 917	115,7	11 093	108,1	16 843	56,9
	1980	25 359	122,6	11 975	116,7	21 982	74,2
	1985	24 345	117,7	11 704	114,1	26 604	89,8
	1990	20 677	100,0	10 259	100,0	29 614	100,0
	1995	22 774	110,1	11 509	112,2	33 414	112,8
	1996	25 826	124,9	13 116	127,8	34 815	117,6
	2000	21 076	101,9	10 811	105,4	36 766	124,2
	2005	19 428	94,0	10 067	98,1	38 606	130,4
	2010	17 516	84,7	9 220	89,9	38 718	130,7
4. Straßenverkehr	1975	13 234	69,2	6 222	69,4	-	-
	1980	15 953	83,4	7 494	83,6	-	-
	1985	15 965	83,5	7 493	83,5	-	-
	1990	19 126	100,0	8 969	100,0	-	-
	1995	21 902	114,5	10 259	114,4	-	-
	1996	21 935	114,7	10 274	114,6	-	-
	2000	21 490	112,4	10 052	112,1	-	-
	2005	21 158	110,6	9 887	110,2	-	-
	2010	20 747	108,5	9 687	108,0	-	-
5. Sonstiger Verkehr ³⁾	1975	1 812	79,7	839	79,8	1 148	70,2
	1980	1 905	83,8	882	83,8	1 447	88,4
	1985	2 070	91,1	959	91,2	1 466	89,6
	1990	2 273	100,0	1 052	100,0	1 636	100,0
	1995	1 839	80,9	849	80,7	1 738	106,2
	1996	1 685	74,1	778	74,0	1 509	92,2
	2000	1 895	83,4	875	83,2	1 842	112,6
	2005	1 960	86,2	905	86,0	1 950	119,2
	2010	2 047	90,0	945	89,8	2 119	129,5
Insgesamt	1975	67 994	91,4	31 067	90,2	32 215	58,9
	1980	73 683	99,0	33 902	98,5	41 407	75,8
	1985	71 325	95,9	32 718	95,0	47 596	87,1
	1990	74 390	100,0	34 424	100,0	54 652	100,0
	1995	78 131	105,0	36 499	106,0	57 837	105,8
	1996	81 911	110,1	38 357	111,4	59 145	108,2
	2000	78 176	105,1	36 528	106,1	62 236	113,9
	2005	76 846	103,3	36 065	104,8	66 643	121,9
	2010	75 160	101,0	35 286	102,5	69 640	127,4

1) Umfasst Kohle, Mineralöle, Erdgas, Flüssiggas, Petrolkoks, Hausmüll und Gewerbeabfälle. Quelle: Energiebilanz Baden-Württemberg. -

Szenario II (Optimierung)						Jahr	Entstehungssektoren
CO ₂ -Emissionen insgesamt		Energieverbrauch an fossilen Energieträgern ¹⁾		Stromerzeugung/-verbrauch			
1000 t	1990 $\hat{=}$ 100	1000 t SKE	1990 $\hat{=}$ 100	Mill. Kwh	1990 $\hat{=}$ 100		
13 167	77,0	5 634	83,1	14 484	78,6	1975	1. Öffentliche Wärmekraftwerke
13 063	76,4	5 501	81,1	14 049	76,3	1980	
13 832	80,9	5 475	80,7	13 174	71,5	1985	
17 094	100,0	6 783	100,0	18 418	100,0	1990	
17 301	101,2	6 758	99,6	16 282	88,4	1995	
18 769	109,8	7 312	107,8	18 258	99,1	1996	
19 634	114,9	7 698	113,5	19 737	107,2	2000	
18 250	106,8	7 377	108,8	19 161	104,0	2005	
17 706	103,6	7 212	106,3	18 980	103,1	2010	
15 864	104,2	7 279	98,9	14 224	60,8	1975	
17 403	114,3	8 050	109,4	17 978	76,8	1980	
15 113	99,3	7 087	96,3	19 526	83,4	1985	
15 220	100,0	7 361	100,0	23 402	100,0	1990	
14 315	94,1	7 124	96,8	22 685	96,9	1995	
13 696	90,0	6 877	93,4	22 821	97,5	1996	
13 572	89,2	6 894	93,7	23 432	100,1	2000	
13 203	86,7	6 737	91,5	21 877	93,5	2005	
12 893	84,7	6 580	89,4	21 754	93,0	2010	
23 917	115,7	11 093	108,1	16 843	56,9	1975	3. Haushalte und sonstige Kleinverbraucher
25 359	122,6	11 975	116,7	21 982	74,2	1980	
24 345	117,7	11 704	114,1	26 604	89,8	1985	
20 677	100,0	10 259	100,0	29 614	100,0	1990	
22 774	110,1	11 509	112,2	33 414	112,8	1995	
25 826	124,9	13 116	127,8	34 815	117,6	1996	
20 281	98,1	10 614	103,5	35 713	120,6	2000	
18 377	88,9	9 774	95,3	35 379	119,5	2005	
16 490	79,8	8 914	86,9	34 831	117,6	2010	
13 234	69,2	6 222	69,4	-	-	1975	
15 953	83,4	7 494	83,6	-	-	1980	
15 965	83,5	7 493	83,5	-	-	1985	
19 126	100,0	8 969	100,0	-	-	1990	
21 902	114,5	10 259	114,4	-	-	1995	
21 935	114,7	10 274	114,6	-	-	1996	
20 908	109,3	9 780	109,0	-	-	2000	
20 114	105,2	9 399	104,8	-	-	2005	
19 179	100,3	8 953	99,8	-	-	2010	
1 812	79,7	839	79,8	1 148	70,2	1975	5. Sonstiger Verkehr ³⁾
1 905	83,8	882	83,8	1 447	88,4	1980	
2 070	91,1	959	91,2	1 466	89,6	1985	
2 273	100,0	1 052	100,0	1 636	100,0	1990	
1 839	80,9	849	80,7	1 738	106,2	1995	
1 685	74,1	778	74,0	1 509	92,2	1996	
1 895	83,4	875	83,2	1 842	112,6	2000	
1 960	86,2	905	86,0	1 950	119,2	2005	
2 047	90,0	945	89,8	2 060	125,9	2010	
67 994	91,4	31 067	90,2	32 215	58,9	1975	
73 683	99,0	33 902	98,5	41 407	75,8	1980	
71 325	95,9	32 718	95,0	47 596	87,1	1985	
74 390	100,0	34 424	100,0	54 652	100,0	1990	
78 131	105,0	36 499	106,0	57 837	105,8	1995	
81 911	110,1	38 357	111,4	59 145	108,2	1996	
76 290	102,6	35 861	104,2	60 986	111,6	2000	
71 904	96,7	34 192	99,3	59 206	108,3	2005	
68 314	91,8	32 604	94,7	58 645	107,3	2010	

2) Einschließlich industrielle und sonstige Energieumwandlung. – 3) Bahn-, Schiffs-, Flugverkehr und landwirtschaftliche Zugmaschinen.

Szenarien für die Vorausrechnung der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg bis 2010

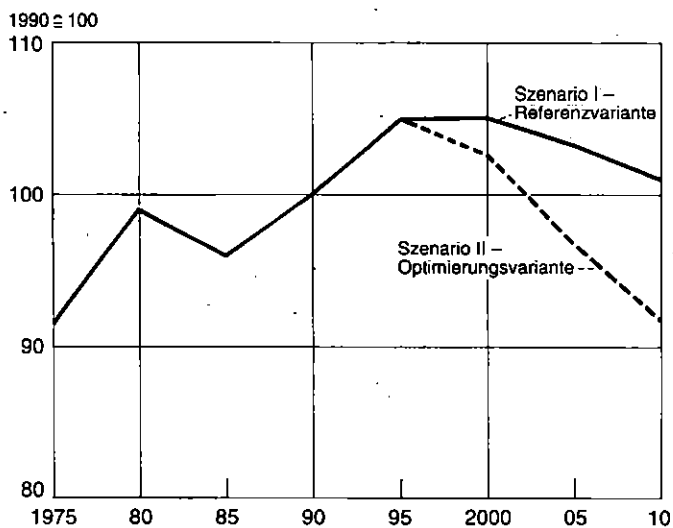
Szenario I (Referenz)	Szenario II (Optimierung)
Haushalte und sonstige Kleinverbraucher	
<p>Entwicklung des Brennstoffverbrauchs in Abhängigkeit vom Wohnungsbestand Grundlage: Wohnungsbedarfsprognose; spezifischer Brennstoffverbrauch je Wohnung verringert um 1,7 % pro Jahr (Basis 1995) – Steigerung der Energieeffizienz gemäß Esso-Prognose 1997;</p>	<p>wie Szenario I; jedoch Entwicklung des Wohnungsbestandes entsprechend unterer Variante der Bevölkerungsvorausrechnung modifiziert;</p>
<p>Entwicklung des Stromverbrauchs in Abhängigkeit der Bevölkerungszahl, Bevölkerungsvorausrechnung mittlere Variante, Stromverbrauch je Einwohner entsprechend seitheriger Entwicklung;</p>	<p>wie Szenario I, jedoch Bevölkerungsentwicklung entsprechend unterer Variante der Vorausrechnung und Rückgang des Stromverbrauches je Einwohner ab dem Jahr 2000 gemäß Prognose der Elektrizitätswirtschaft 1997;</p>
<p>Energieträgersplit entsprechend seitheriger Entwicklung mit Annäherung an Esso-Prognose;</p>	<p>wie Szenario I, jedoch raschere Annäherung an Esso-Prognose;</p>
Industrie/Industrielle Feuerungsanlagen	
<p>Brennstoffverbrauch in Abhängigkeit von der BWS (Bruttowertschöpfung), Zuwachs der BWS 2 % (Basis 1995); spezifischer Brennstoffverbrauch je BWS minus 1,7 % pro Jahr – Steigerung der Energieeffizienz gemäß Esso-Prognose;</p>	<p>wie Szenario I, jedoch Zuwachs der BWS 1,5 % pro Jahr;</p>
<p>Stromverbrauch je BWS entsprechend seitheriger Entwicklung;</p>	<p>Stromverbrauch je BWS abnehmend;</p>
Straßenverkehr	
<p>Fahrleistungen und dynamische Flottenstruktur gemäß Referenzvariante der Straßenverkehrsvorausrechnung revidiert, spezifischer Kraftstoffverbrauch entsprechend Esso-Prognose 1997 (7,4 Liter Otto-, 5,8 Liter Dieselmotoren im Jahr 2010) bzw. Emissionshandbuch für LKW;</p>	<p>wie Szenario I; jedoch entsprechend Gestaltungsvariante der Straßenverkehrsvorausrechnung;</p>
Öffentliche Wärmekraftwerke	
<p>Brennstoffverbrauch in Abhängigkeit vom Stromverbrauch der Industrie, der Haushalte und der sonstigen Kleinverbraucher, Kernkraftanteil etwa gleichbleibend bis 2010, Verdoppelung des Gaseinsatzes, übriger Mehrbedarf durch Kohle.</p>	<p>wie Szenario I, jedoch Strombedarf gemäß Szenario II, vgl. oben.</p>
<p>Quelle der Wohnungsbedarfsprognose, der Bevölkerungsvorausrechnung und der Straßenverkehrsvorausrechnung: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.</p>	

liche Strombedarf durch Haushalte und Industrie kann beim verfügbaren und auf mittlere Sicht wohl auch annähernd konstanten Kraftwerksbestand nur durch eine erhöhte Auslastung der öffentlichen fossilen Wärmekraftwerke gedeckt werden. Selbst wenn es gelingt, den Anteil der Kernkraftwerke an der öffentlichen Stromerzeugung konstant bei 62 % zu halten, steigt der Primärenergiebedarf der fossilen öffentlichen Wärmekraftwerke auf rund 8,5 Mill. Tonnen SKE, das heißt um ca. 27 % weiter an. Unter der Annahme, daß die Strom- und Fernwärmeerzeugung durch gasbefeuerte öffentliche Kraftwer-

ke deutlich gesteigert werden kann (+ 100 %), wird trotzdem vor allem eine stärkere Auslastung der bestehenden öffentlichen Kohlekraftwerke erforderlich, so daß die stromverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen bei Szenario I um rund 25 % ansteigen werden.

Nach Variante II, die von einschneidenden Sparerfolgen beim Stromverbrauch und von gravierenden Verkehrsverlagerungen weg von der Straße sowie Kraftstoffverbrauchsreduzierungen ausgeht, ist eine Verminderung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 um

Vorausberechnung der CO₂-Emissionen durch den Verbrauch an fossilen Energieträgern bis 2010



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

298 98

etwa 8 % und bis zum Jahr 2005 um rund 3 %, jeweils bezogen auf das Jahr 1990, erreichbar. Gegenüber dem Jahr 1996 bedeutet dies immerhin eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um über 16 % bis zum Jahr 2010. Trotz erheblicher Sparerfolge beim Stromverbrauch durch Industrie und Haushalte wird ein leichter Anstieg der stromverbrauchsbedingten Emissionen im Bereich der öffentlichen Kraftwerke auch nach Szenario II eintreten. Um die wohl untere Grenze für die Entwicklung der energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen gemäß Variante II zu erreichen, sind deshalb massive Reduzierungen vor allem beim Brennstoffverbrauch im Haushaltsbereich sowie im Straßenverkehr erforderlich. Zusätzlich zu diesen beschleunigten Bemühungen bei der Einsparung von Brennstoffen im Haushaltsbereich sowie im Straßenverkehr wird bei Szenario II von einem geringeren durchschnittlichen Wirtschaftswachstum sowie einem gedämpften Anstieg der Bevölkerungszahl ausgegangen. Außerdem liegt Variante II die Annahme zugrunde, daß der Anteil der Erdgasnutzung im Bereich der Haushalte und sonstigen Kleinverbraucher schneller ansteigt als bei Variante I und im Betrachtungszeitraum bis 2010 auf den Bundesdurchschnittswert von 55 % ausgeweitet werden kann.

Der gegenüber dem Referenzjahr 1990 vergleichsweise geringe Minderungserfolg ist teilweise auch dadurch bedingt, daß der Brennstoffverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher im Referenzjahr 1990 offenbar durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse besonders niedrig lag.

Zusammenfassung

- Durch die anthropogene Zunahme klimarelevanter Gase in der Atmosphäre können Klimaänderungen von langfristig gravierendem Ausmaß verursacht werden. Deshalb sind aus Vorsorgegesichtspunkten rasch wirk-same Maßnahmen von Staat und Wirtschaft sowie verantwortungsbewußtes Handeln der Bevölkerung in allen Bereichen des täglichen Lebens erforderlich.
- Die wichtigsten direkt klimarelevanten Spurengase sind CO₂, CH₄ und N₂O, deren Anteil an zusätzlichen vom Menschen verursachten Treibhauseffekt weltweit auf 55 %, 15 % bzw. 5 % beziffert wird. Unter Berücksichtigung ihres relativen Treibhauspotentials tragen CO₂ mit rund 83 %, CH₄ zu knapp 10 % und N₂O zu rund 6 % (übrige Spurengase 1%) zu den klimarelevanten Emissionen in Deutschland bei.
- Die CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg beliefen sich 1996 auf insgesamt 85,7 Mill. Tonnen (1995 rund 81,8 Mill. Tonnen). Mit 81,9 Mill. Tonnen überwiegen eindeutig die CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe. Rund 3,8 Mill. Tonnen wurden aus industriellen Prozessen, insbesondere bei der Zementherstellung, emittiert. Der Anteil Baden-Württembergs an den bundesweit verursachten CO₂-Emissionen beträgt rund 9 %. Die CO₂-Emissionen je Einwohner lagen in Baden-Württemberg im Jahr 1995 mit 7,6 Tonnen deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt von 10,5 Tonnen. Der Grund für die niedrigeren spezifischen CO₂-Emissionen liegt vor allem in dem vergleichsweise hohen Anteil der Kernenergie bei der öffentlichen Stromerzeugung im Land und dem relativ geringen Strukturanteil energieverbrauchsintensiver Industriebranchen in Baden-Württemberg.
- Die Methan-Emissionen in Baden-Württemberg betragen 1996 rund 326 000 Tonnen. Die zeitliche Entwicklung zeigt einen Rückgang der jährlichen Emissionen gegenüber 1990 um etwa 16 %. Hauptquellen der Methan-Emissionen sind die landwirtschaftliche Tierhaltung, die Ablagerung organischer Abfälle in Deponien sowie die Erdgasverteilung. Energieverbrauchsbedingte Methan-Emissionen sind eher von nachgeordneter Bedeutung. Pro Einwohner wurden 1995 in Baden-Württemberg rund 32 kg Methan emittiert, der Bundesdurchschnitt lag im selben Jahr bei 59 kg. Dieser deutlich höhere Bundeswert resultiert vor allen Dingen aus den Methan-Emissionen aus der Förderung und Aufbereitung fester Brennstoffe.
- Im Jahr 1996 wurden in Baden-Württemberg schätzungsweise 10 600 Tonnen N₂O emittiert. Hauptverursacher der N₂O-Emissionen in Baden-Württemberg ist die landwirtschaftliche Bodennutzung mit den damit verbundenen Stickstoffeinträgen. Die Zunahme der

N₂O-Emission um jährlich 3 % – Tendenz steigend – resultiert vor allem aus den straßenverkehrsbedingten Emissionen, die durch den zunehmenden Einsatz von Katalysatoren bewirkt werden.

- Die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen im Jahr 1996 wurden zu 23 % (18,8 Mill. Tonnen) von öffentlichen Wärmekraftwerken verursacht. Auf die industriellen Feuerungen einschließlich industrieller Stromerzeugung und sonstiger Umwandlung entfielen 17 % (13,7 Mill. Tonnen). Auf Haushalte und sonstige Kleinverbraucher einschließlich Dienstleistungsbereich konzentrierten sich 1996 31 % der gesamten energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen und auf den Straßenverkehr knapp 27 %.
- Die CO₂-Emissionen haben im Zeitraum von 1975 bis 1995 um 15 % und damit deutlich weniger stark zugenommen als der Energieverbrauch insgesamt (32 %) und das Bruttoinlandsprodukt (+ 63 %). Die Entwicklung ist in den Energieverbrauchssektoren unterschiedlich verlaufen, wobei insbesondere der Witterungseinfluß als Einflußgröße hervorzuheben ist. So hat die überdurchschnittlich kalte Witterung im Jahr 1996 einen deutlichen Anstieg des Energieverbrauchs, vor allem bei Haushalten und Kleinverbrauchern, bewirkt.
- Die Höhe der CO₂-Emissionen im Bereich der öffentlichen Kraftwerke wird von der Entwicklung der Stromerzeugung insgesamt und in erster Linie vom Anteil der Kohlekraftwerke an der Stromerzeugung bestimmt. Ihr Anteil ist zuletzt bei insgesamt steigender Stromerzeugungsmenge spürbar angestiegen, so daß auch die CO₂-Emissionen aus öffentlichen Kraftwerken deutlich angestiegen sind.
- Die CO₂-Emissionen aus industriellen Feuerungsanlagen sind seit 1980 kontinuierlich zurückgegangen, so daß die Emissionen im Jahr 1996 mit 13,7 Mill. Tonnen rund 14 % niedriger lagen als im Jahr 1975. Maßgebend waren der geringere Verbrauch fossiler Brennstoffe insgesamt sowie vor allem die Umstellung beim Brennstoffsplit weg von der emissionsreichen Kohle bzw. schwerem Heizöl hin zum emissionsärmeren Erdgas.
- Starke Schwankungen sind bei den CO₂-Emissionen durch den Brennstoffverbrauch in Haushalten und bei sonstigen Kleinverbrauchern festzustellen. Hauptgrund sind die zum Teil erheblichen Witterungsunterschiede. So lagen die CO₂-Emissionen im Jahr 1995 zwar um 5 % niedriger als 1975, aber im deutlich kälteren Jahr 1996 erheblich über dem Wert von 1975. Abgesehen von diesen witterungsbedingten Schwankungen ist eine leicht rückläufige Tendenz bei den CO₂-Emissionen durch Haushalte und Kleinverbraucher festzustellen, die hauptsächlich auf die emissionsärmeren Brennstoffe zurückzuführen ist, das heißt den deutlich gesteigerten Anteil von Erdgas. Jedoch auch Energieeinsparungen insgesamt werden bei einer auf die Wohnbevölkerung bzw. die Zahl der Wohnungen bezogene spezifische Betrachtung sichtbar.
- Stark angestiegen sind die CO₂-Emissionen im Bereich Straßenverkehr. Hier lagen die Emissionen 1996 um 65,8 % höher als im Jahr 1975. Grund sind die nach wie vor steigenden Jahresfahrleistungen sowohl im Pkw- als auch im Lkw-Bereich, die Erfolge bei der Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs mehr als ausgeglichen haben. Erst in den letzten Jahren ist eine Stagnation des Kraftstoffverbrauchs insgesamt festzustellen.
- Wurden die im Bereich der öffentlichen Energieversorgung, das heißt bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme in öffentlichen Kraftwerken entstehenden CO₂-Emissionen den Sektoren zugeordnet, die letztlich die erzeugten Strom- und Fernwärmemengen nutzen, so errechnen sich die in diesen Endverbrauchssektoren Industrie, Haushalte und Kleinverbraucher sowie Verkehr insgesamt zuzuordnenden direkten und indirekten CO₂-Emissionen. Bei dieser gesamtenergieverbrauchsbezogenen Verteilung entfielen 1996 auf die Haushalte und Kleinverbraucher rund 45 % der gesamten CO₂-Emissionen. Auf die Industrie entfielen 26,6 % und auf den Verkehrssektor 29,5 % der direkten und indirekten durch Energieverbrauch verursachten CO₂-Emissionen. Während bei der Industrie gegenüber 1975 ein Rückgang um 4 % festzustellen ist, sind die gesamten CO₂-Emissionen der Haushalte und Kleinverbraucher, gemessen am Jahr 1996, um 19,8 % und auch bezogen auf das „Normaljahr 1995“ um 6,4 % angestiegen.
- In zwei unterschiedlichen Szenarien werden auf der Basis der seitherigen Entwicklung der Energieverbräuche in den Sektoren die mögliche Entwicklung des Energieverbrauchs und der daraus resultierenden CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 vorausgerechnet. Nach Szenario I, der sogenannten Referenzvariante, in dem die aktuelle Entwicklung im wesentlichen fortgeschrieben wird, werden die CO₂-Emissionen im Jahr 2010 etwa auf dem Stand des Referenzjahres 1990 liegen (+ 1 %). Gegenüber dem Jahr 1996 bedeutet dies ein Rückgang der CO₂-Emissionen um 8 %. Nach Szenario II, der Optimierungsvariante, bei dem die weitgehende Ausschöpfung der bestehenden Energieeinsparungsmöglichkeiten unterstellt wird, ist von einem Rückgang der CO₂-Emissionen gegenüber dem Referenzjahr 1990 um rund 8 % und gegenüber dem Jahr 1996 immerhin um über 16 % zu rechnen.

Anhang

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt:

Dipl. - Volkswirt Reinhard Burkard

Dr. Helmut Büringer

Dipl. - Volkswirt Thomas Forster

Dr. Monika Kaiser

Dr. Richard Kössler

Dr. Ilse Anette Walter

Dipl. - Volkswirt Thomas Weinmann

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden (genau null)
 - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann